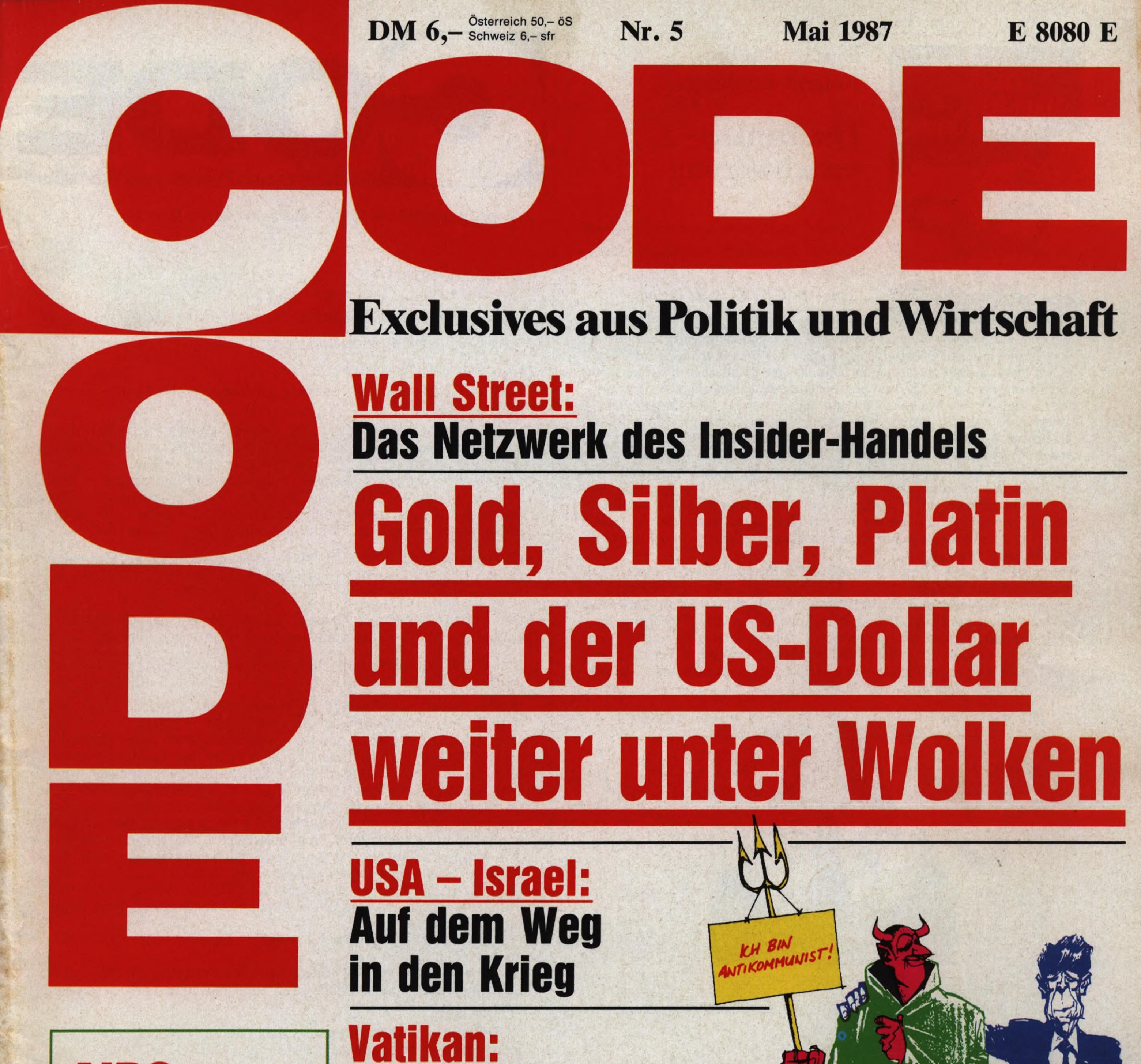
DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr | Nr. 5 | Mai 1987 | E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Wall Street:
Das Netzwerk des Insider-Handels

Gold, Silber, Platin und der US-Dollar weiter unter Wolken



USA – Israel:
Auf dem Weg in den Krieg

Vatikan:
Die wichtigsten Freimaurer der Kirche

Südafrika:
Liberale als fünfte Kolonne

Trilaterale Kommission:
Verrat in Moskau

AIDS:
Ein Virus aus den Labors des CIA oder KGB?



Eustace Mullins/ Roland Bohlinger

Die Bankier-verschwörung

Zweite, stark erweiterte Auflage, 480 Seiten, kartoniert, zahlreiche Abbildungen
Teil 1 DM 24,80 (jetzt erschienen!)
Teil 2 DM 24,80 (in Vorbereitung)

Begann es mit einem geheimen Treffen der Spitzenbankiers im Jahre 1910 auf Jekyl Island mit einem Gesetz, das nach Täuschungsmanövern im Handstreich verabschiedet wurde, nämlich durch eine Minderheit des amerikanischen Kongresses am 23.12.1913, als die ablehnende Mehrheit der Parlamentarier bereits in den Weihnachtsurlaub abgereist war? Oder begann es viel früher? Und was haben diese lange zurückliegenden Ereignisse zu tun mit den beiden Weltkriegen, der jetzigen Atombombenrüstung und der wachsenden Weltwirtschaftskrise oder mit Bevölkerungsexplosion und Völkerschwund, mit Umweltzerstörung, Rechtsfälschung und Kulturzerfall? Haben sie überhaupt etwas damit zu tun?
Die Autoren zeigen auf, wie eine kleine Gruppe von Männern durch eine langfristig angelegte Strategie die Vorherrschaft auf wirtschaftlichem Gebiet errang, welche Bedingungen es waren, die das ermöglichten, und welche Folgen das hatte und hat.
Wichtigste Themen: Die US-Notenbank in privater Hand; internationale Finanzherrschaft und die beiden Weltkriege; Weltregierungspläne und der kommende Zusammenbruch der Weltwirtschaft; Zins- und Bodenwucher als Hauptursache der Umweltzerstörung; mafiaartige Zusammenhänge zwischen Plutokratie und Plutonium-Staat; Wissenswertes um die P2-Verschwörung; die Zerstörung der Wissenschaft und des Rechts; Verschwörung oder Ergebnis einer geistig und wirtschaftlich seit Jahrhunderten fehlgerichteten Gesellschaftsentwicklung; Auswege.


DIE ZEIT — DOSSIER

Erpressung, Bestechung, Mord und Putschversuche: In der Geheimloge „Propaganda Due" laufen Spuren fast aller politischen Skandale Italiens zusammen. Jetzt hat ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß das Komplott von „Ehrwürdigen Meistern", Ministern und Ganoven durchleuchtet.

Die Loge des Bösen

Wie die Freimaurer-Bruderschaft „P 2" Italien beherrschen wollte

Von Erwin Brunner

Felix Franz Egon Lützeler

Hinter den Kulissen der Weltgeschichte

Faksimile, kart. 1432 S., Band I–III zusammen nur DM 98,–

Der Verlag legt hier die neunte Veröffentlichung in seiner Reihe »Hintergrundanalysen« vor, den Faksimiledruck eines fast verschollenen, aber hochinteressanten Werks, das in zahlreiche Hinter- und Abgründe der menschlichen Geschichte hineinleuchtet. Dieses Werk behandelt die Geheimbündeleien bei Südseeinsulanern und afrikanischen Negervölkern ebenso wie bei den alten Ägyptern und Babyloniern, Indern und Tibetanern, Griechen, Römern, Kelten und Germanen, dazu die verschiedenen Ritterorden des Mittelalters, die orientalischen Orden und Geheimbünde von den Sikhs bis zu den Sufis, von den Assassinen bis zu den Wahhabiten, Senusis und Mahdisten, außerdem selbstverständlich die Freimaurer, Odd Fellows, Druiden und den B'ne B'rith, die Jesuiten und Illuminaten, die Hermetiker, Evergeten und Rosenkreuzer, den Ku-Klux-Klan, die Tammany-Society, zahlreiche Geheimbünde Ostasiens und Chinas u.v.m.


Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
2257 Struckum/Nordfriesland



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 260 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Herausgebers und der Redaktion überein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt der Herausgeber keine Haftung.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, D-6370 Oberursel, Postfach 5132, Telefon (0 61 71) 7 30 71.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. Mai 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

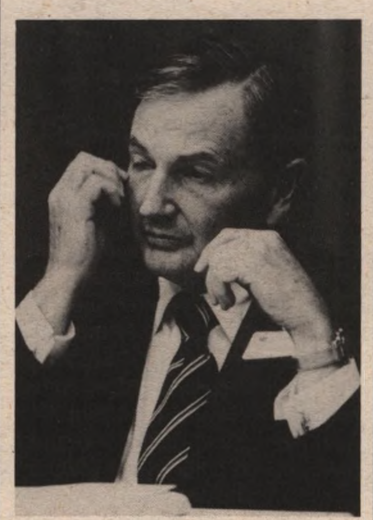
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Ivan Boesky, der bedeutendste Börsenschwindler, der sich im Netz der US-Börsenaufsicht verfing, bot an bei milder Strafe zum Denunzianten zu werden.



David Rockefeller gründete 1973 die Trilaterale Kommission.



William Webster, bisher Direktor des FBI, wurde zum Chef des US-Geheimdienstes CIA bestellt.

Nr. 5 Mai 1987

Sozialismus

Internationales



P. W. Botha hat seinen nationalistischen und konservativen Zielen den Rücken gekehrt.

Wissenschaft und Technik

Weltregierung

Ständige Rubriken

US-Dollar

Wie geht es weiter?

Peter Blackwood

Nichts wurde und konnte erreicht werden beim letzten Treffen der fünf Finanzminister in Paris. Wenn Deutschland und Japan ihre Volkswirtschaften ankurbeln – ökologisch betrachtet äußerst negativ und unklug –, um im Ausland mehr einzukaufen, bedeutet das weniger Überschüsse, um den Dollar zu stützen; dafür wird amerikanischer »Schund« gehortet. Die Situation der USA ist unhaltbar.

Die Moratorien der südamerikanischen Länder ändern nichts an der Realität, außer daß die großen US-Banken illusorische Forderungen schließlich abschreiben müssen. Das ist immer noch viel besser für das System als die »Geld«-Zufuhr, das heißt weitere Kredite, zu verringern, indem man dann das Geld wieder bekommt, was ebenfalls heißen würde, diese »Aktiva« abzuschreiben.

Schwanzwedeln des Hundes

Auf jeden Fall leben die US-Banken von der Manipulation der Vorschriften des amerikanischen Bundesrechnungshofes und der Gnade unbegrenzter Unterstützung seitens des Federal Reserve Systems (Fed). Andererseits ist die gleiche starke Unterstützung durch Japan und Deutschland nötig, damit der Dollar nicht unter den Punkt fällt, wo eine Wirtschaftsankurbelung unmöglich wird, und unter das 200-Milliarden-Defizit der US-Regierung mit steigender Tendenz. Dieses Defizit ist unbedingt nötig, um die deflationistischen Auswirkungen von Darlehensabschreibungen und Zinseszinsen zu kompensieren. Die Deflation setzt sich weiterhin verstärkt fort, wenn Amerika sein Versprechen hält, das Bundesdefizit zu senken, während die Wucherer nicht mehr »Geld« ins Dasein borgen können.

Die USA haben Erfahrung als eine Nation und als Geschäftsleute; sie schämen sich nicht, ein gutes, neues Geschäft zu beginnen und damit für einen neuen Start der ganzen Geschichte zu sorgen. Sie werden also wieder in Verzug geraten und eine neue Währung herausbringen. Vielleicht hat uns das Netzwerk von Levine, Boesky, Drexel und Konsorten – indem sie den Leuten als Ausgleich dafür, Macht über große Firmen gewinnen zu wollen, ihren eigenen Worten nach »Schrott«-Papiere andrehten – die ganze Zeit sagen wollen, daß dies das Ergebnis sein wird.

Inzwischen haben die Finanzhyänen die USA so entindustrialisiert, daß sie beim Massenkonsum zu 20 Prozent und bei Investitionsgütern zu 25 Prozent von Importen abhängen, die sie sich mit dem immer schwächer werdenden Dollar jeden Tag weniger leisten können. Das bedeutet Schwierigkeiten für Japan und Deutschland und schließlich auch für die Schwindelvolkswirtschaften in Korea, Taiwan, Hongkong und Singapore; es sei denn, sie können in Japans früheren Greater Pacific Prosperity Scheme (Prosperitätsplan der größeren Pazifik-Region) integriert werden.

Die Überraschungen beim Dollar

Ein Faktor, der in den letzten Jahren immer wieder hochkommt, doch generell ignoriert zu werden scheint, ist die Tatsache, daß von 150 Milliarden Dollar etwa 120 Milliarden Dollar im Ausland sein sollen. Mit immer strengeren Kontrollen über die Banknoten in den USA – jede Abhebung über 3000 Dollar ist anzeigepflichtig – angeblich um den Drogenhandel unter Kontrolle zu haben, doch in Wirklichkeit, damit dem Finanzamt nichts entgeht – und der seit langem gerüchteweise kursierenden »Androhung«, daß das Bargeld durch neue Banknoten mit Metallstreifen ersetzt werden soll, muß diese Geldmenge in den Händen eines jeden brennen, der eine 100-Dollar-Note hat und somit dem Ganzen eine zusätzliche Belastung bringt. Wenn diese Veränderungen einmal vollzogen sein werden, hat das vielleicht überraschende Auswirkungen auf den Dollar.

Der gegenwärtige Dollar wird verschwinden und mit ihm ein großer Teil der Schulden, die die Weltwirtschaft verlangsamen. Deshalb die Empfehlung: Reduzierung des amerikanischen Wertpapierangebots, obwohl die Flucht von einheimischem und derzeit auch ausländischem Kapital in Wertpapieren mangels anderer Gelegenheiten die Preise weiterhin zu unsichtbaren Höhen hinauftreiben sollte; maximale Dollar-Überziehungen sowie Schulden benutzen, wo es möglich ist.

Eine gute Gelegenheit für das Verschwinden des Dollar wäre möglicherweise die Beseitigung des US-Präsidenten Ronald Reagan durch die künftigen Mächte – durch den Medienmob oder durch Tod, gemäß dem Fluch der Rothaut Shenodoah aus dem Jahr 1840, daß US-Präsidenten alle 20 Jahre im Amt sterben.

Keine Wertpapiere in jetzigen »Hart«-Währungsländern. Nur Bargeld oder öffentliche Schulden.

Großbritannien ist ein Sonderfall. Nachdem sie die Reserve Banks fast zwanzig Jahre lang nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Pfund »Sterling« überhäuft haben, hat die City Einlegern Angst eingejagt und in den Dollar getrieben. Mit anderen Worten, die für den Erwerb von Vermögenswerten weltweit ausgegebenen Pfund wurden zu einer Belastung für Uncle Sam und später für den deutschen Michel.

Heute steht Großbritannien wieder an erster Stelle weltweit, wenn es um den Besitz von unbeweglichen Vermögen im Ausland geht. Intern ist Großbritannien leider eines jener Länder mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. Soweit Schulden der öffentlichen Hand nicht von der »Regierung Ihrer Majestät« ausgegeben wurden – so hieß es in aller Deutlichkeit –, sind diese in keiner Weise garantiert und werden in vielen Fällen nicht bezahlt werden.

Unter dem Joch der City

Der britische Finanzminister Lawson, »the Chancellor«, scheint nach Anweisungen zu handeln, die den Anspruch des Pfundes als einzige Währung auf der Welt aufrechterhalten sollen, die in Jahrhunderten nicht in irgendeiner Form durch eine Währungsreform ersetzt wurde, wie das beim Yen, der DM, der Lira, dem Dollar, dem französischen Franc der Fall war. Das gleiche gilt für den Schweizer Franken, doch seine Geschichte ist noch zu kurz und er ist im Grund ein Bluff, während die Lira auch nur eine hundertjährige Geschichte aufzuweisen hat und obwohl sie nicht ausgetauscht wurde, so ist sie doch, wie der französische Franc, umbenannt worden.

Privatisierungen lassen viel Geld in das britische Schatzamt fließen und ermöglichen den Rückkauf von Schulden durch die Bank von England, was auf niedrigere Zinssätze bis zu den Wahlen später in diesem Jahr hindeutet.

So sind die britischen Schuldverschreibungen des Schatzamtes jetzt noch gute Reservewerte, doch sie sind noch ein besserer Einsatz, wenn man ein oder zwei Jahre weiter denkt. Dann werden die heutigen starken Währungen – DM, Yen und Schweizer Franken – fallen, da die sich stark verschlechternden Austauschverhältnisse zu einem Ausfluß hoher Reserven, wahrscheinlich zurück in den neuen Dollar, führen werden, wenn dann nicht ein völlig vereinheitlichtes System von »ihnen« eingeführt sein wird, wobei natürlich das alte vorher völlig zerstört werden muß.

War es ein »weiser Bursche« oder ein weiser Mann, der bemerkte, daß »falls und wenn« die UdSSR unter Gorbatschow ihr Spiel mit Hilfe guter ausländischer Beratung zusammenkriegt, schlaues Geld dort hingehen wird, um Nutzen zu ziehen aus der Re-Privatisierung der »linken Volkswirtschaft«. Die Typen bei der Chase Manhattan Bank am Roten Platz in Moskau werden zu dieser Zeit sicher behilflich sein. □

US-Dollar

Weiter unter einer Wolke

C. Gordon Tether

Der Verfall des amerikanischen Dollars auf den Devisenmärkten der Welt wird von der amerikanischen Banken-Gemeinde bedauert, doch ist er wirklich so schlecht für das amerikanische Volk?

In den ersten Monaten dieses Jahres lag der Wert des Dollar im Verhältnis zur Deutschen Mark und dem japanischen Yen mindestens 40 Prozent unter dem Wert, den er hatte, als der von der Reagan-Regierung hervorgerufene Anstieg Anfang der achtziger Jahre in den ersten Monaten des Jahres 1985 schließlich langsam zu Ende ging. Sein Wertverlust im Verhältnis zu den meisten anderen Währungen einschließlich einigen der wichtigsten war jedoch relativ gering, er lag beispielsweise gegenüber dem englischen Pfund Sterling bei nur 15 Prozent.

Das Ausmaß des Verfalls

Doch auch wenn man dies berücksichtigt, so kann es keinen Zweifel daran geben, daß ein führendes britisches Banken-Journal nicht übertrieben hat, wenn es kürzlich erklärte, daß die Geschwindigkeit und das Ausmaß, den die Wende des Dollar genommen hat »in der Gegenwart unter den wichtigen Währungen seinesgleichen sucht«.

Diese dramatische Kehrtwendung im Schicksal des Dollar ist natürlich das Ergebnis seiner hohen Überbewertung im Hinblick auf seine internationale Kaufkraft, die den vorherigen spektakulären Anstieg verursacht hat. Dadurch, daß sich die amerikanischen Waren als Folge davon im Inland durch zu hohe Preise um ihre Marktstellung gebracht haben und desgleichen auf dem Weltmarkt allgemein, führte zu einer deutlichen Verschlechterung im Verhältnis der Importe und Exporte des Landes.

Dadurch öffnete sich ein großer Spalt zwischen Angebot und Nachfrage des Dollar auf den wichtigen Devisenmärkten.

Dank seinem zwei Jahre andauernden Rückgang hat er jetzt einen weitaus realistischeren Marktpreis. Der Präsident des Federal Reserve Board, Paul Volcker, ging vor kurzem sogar so weit zu versichern, daß er jetzt an eine »konkurrenzfähige Stufe« herangekommen sei, und daß jeder weitere, deutliche Verfall deshalb Gefahren in sich bergen würde.

Doch unter den Wirtschaftsweisen herrscht allgemein Übereinstimmung, daß das Absinken vor Ende 1987 kaum wirksam gestoppt werden könne. Die Meinungen über das Ausmaß des Verfalls im Jahr 1987 gehen auseinander, doch im Durchschnitt belaufen sich die Schätzungen auf eine Größenordnung von zehn Prozent gegenüber der Deutschen Mark und dem japanischen Yen und fünf Prozent im Ganzen gesehen.

Die USA brauchen weitere Kredite

Teil der Erklärung dafür, daß die Schwäche des Dollar über die scharfen Korrekturen der letzten beiden Jahren hinweg anhält, liegt in der Tatsache, daß Verzerrungen im Handelsgefüge, wie sie die USA seit Anfang der achtziger Jahre erlebt haben, verständlicherweise eine beträchtliche Zeit brauchen, bis sie sich umkehren – manchmal bis zu drei oder vier Jahren.

Der Rest der Antwort liegt vor allem in der Entwicklung eines noch heikleren Aspekts. Es ist die Wende zum Schlechteren bei den unsichtbaren Positionen in der amerikanischen Zahlungsbilanz, hervorgerufen durch die Tatsache, daß man sich in den Reagan-Jahren sehr stark auf die Kreditaufnahme im Ausland verlassen hat.

Indem man sich in solch hohem Maße auf Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zur Deckung des Defizits im amerikanischen Bundeshaushalt und des Defizits auf den Auslandskonten der Länder stützte, hat Washington die Kosten zur Bedienung der Auslandsverschuldung in die Höhe getrieben wie nie zuvor. Als Folge davon wurde der große Überschuß im sogenannten Zahlungsverkehr der unsichtbaren Posten untergraben, der seit Ende des Ersten Weltkrieges für die Zahlungsbilanz des Landes eine Kraftquelle war.

Was dies noch beunruhigender macht, ist die Tatsache, daß es kaum oder keine Hoffnung gibt, daß Washington in nächster Zeit in die Lage kommen wird, diesen Schaden wieder gutzumachen, den es der amerikanischen Zahlungsbilanz zugefügt hat.

Denn so lange wie das Defizit bei den Kontokorrent-Zahlungen besteht, werden die Vereinigten Staaten sich weiterhin in großem Umfang auf Kreditaufnahme im Ausland stützen müssen, um die Finanzräder am Laufen zu halten – oder anders gesagt, daß der große Anstieg der Zinsrechnung mit dem Ausland als ein gewissermaßen halbpermanentes Merkmal der Auslandskonten des Landes zu betrachten ist.

Der Dollar wird also für einige Zeit unter einer Wolke bleiben. Das allein wird offensichtlich seinen Statusverfall als internationale Währung hervorheben, der durch die Abwertung in den letzten beiden Jahren unvermeidlich in Gang gesetzt wurde. In die gleiche Richtung geht angesichts der angespannten Auslandszahlungssituation die Unfähigkeit des Landes, weiter als Quelle unbegrenzten Kapitals für den Rest der Welt zu fungieren.

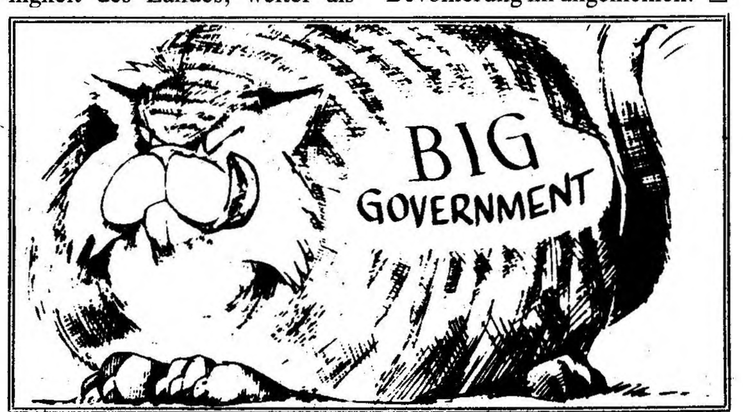
Gift für die US-Banker

Das war einer der wichtigsten Faktoren gewesen, die in der Nachkriegszeit hinter dem Anstieg des Dollar zum König der internationalen Währungsburg geführt haben.

Nachdem der Dollar das internationale Währungssystem dermaßen durchdrungen hat, wird er sicherlich dieser dominanten Rolle, die er inne hatte, nicht über Nacht beraubt. Doch es kann keinen Zweifel darüber geben, daß diese Rolle in erheblichem Maße herabgesetzt wird. An seine Stelle wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Währung des Landes treten, das im amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit den Gegenpart – den Überschuß – aufweist: der japanische Yen.

Es versteht sich von selbst, daß der Verfall des Dollar im Verhältnis zu anderen Währungen im allgemeinen und dem Yen im besonderen – und alles was damit zusammenhängt – der amerikanischen Banken-Gemeinde alles andere als willkommen ist. Doch es wäre dumm daraus zu folgern, daß es für die amerikanische Öffentlichkeit im allgemeinen eine völlige Katastrophe sein wird.

Wie die amerikanische Erfahrung in den letzten Jahren und die der Briten davor gezeigt hat, kann die Tatsache, eine Währung zu haben, die der König des Währungsschlosses ist, die Wirtschaft des Landes sehr stark belasten und sehr zum Nachteil der Öffentlichkeit im allgemeinen sein. Kurz gesagt, dies ist ein Fall, wo das, was Gift ist für die amerikanischen Banker, von Vorteil ist für die amerikanische Bevölkerung im allgemeinen. □



Zitate

Wiedervereinigung

Manfred von Ardenne, Physiker und Autodidakt in vielen Disziplinen sowie Stalinpreisträger: »Der Zeitpunkt für die Wiedervereinigung, für eine Art Wiedervereinigung, ist von Konrad Adenauer vom Tisch gefegt worden. Ich selbst hatte noch im Juni 1957 von Ulbricht und Grotewohl den Auftrag, mich mit meinem Vetter, dem damaligen Bundesratspräsidenten Kurt Sieveking zu treffen und den Vorschlag unserer Seite zu überbringen, aus beiden deutschen Staaten eine Konföderation zu schaffen. Das wäre ein anderes Verhältnis als heute. Dieser Vorschlag, der auch von der Sowjetunion – sagen wir mal – als ›vernünftig‹ angesehen wurde, ist von Adenauer nicht angenommen worden. Nicht einmal Helmut Schmidt, mit dem ich 1984 in Hamburg zusammentraf, war dieser Vorgang bekannt. Das war der letzte große Augenblick für eine Wiedervereinigung, bei dem ich zufällig selber der Briefbote war.«

Reformen

Valentin Falin, ehemaliger sowjetischer Botschafter in Bonn und Deutschland-Experte in Gorbatschows Umgebung: »Wir möchten, daß die Demokratie nicht nur als Slogan, als Begriff besteht. Sie muß sichtbar werden. Es wird künftig alles gewählt: Die Direktoren in den Fabriken, sie müssen sich dem Wettbewerb stellen, die Abteilungsleiter, die Chefs der Brigaden, die Direktoren der Institute und die Ersten Sekretäre der regionalen Parteiorganisationen. Abgeordnete, die sich nach ihrer Wahl außer Kontrolle den Bürgern stellen und deren Vertrauen verlieren, werden abgelöst. Jeder muß wissen, daß er nicht Herrscher, sondern Diener ist. Eine Einschränkung muß ich allerdings machen. Es wird nicht so werden, wie es nach der Oktober-Revolution war: Damals wurden die Kommandeure der Armee gewählt. Die Professoren, die streng zu den Studenten waren, hatten ihre Lehrstühle verloren und waren gezwungen, in die USA zu emigrieren. Solche Auswüchse durch die Demokratie zur Anarchie wird, werden bei uns nicht geduldet.«

Vatikan

Paul Casimir Marcinkus, Kurien-Erzbischof, Präsident der Vatikan Bank und ein Vertrauer des Papstes: »Nur mit dem Ave Maria kann man die Kirche nicht verwalten.«

Ronald Reagan

Bruce Babbitt, ehemaliger Gouverneur des US-Bundesstaates Arizona: »Ronald Reagan erinnert mich an einen Klavierspieler in einem Bordell, der nicht weiß, was in den oberen Etagen vor sich geht.«

Börse

Hans Mast, Berater der Crédit Suisse-First Boston-Gruppe: »Durch den Handel rund um die Uhr im Banken- und Börsengeschäft sind neue Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft geschaffen worden. Der Vorteil dieser Entwicklung liegt darin, daß leistungsfähige Finanzmärkte einen besseren weltweiten Kapitaleinsatz ermöglichen. Dem stehen aber erhebliche Risiken gegenüber. Denn die Globalisierung der Märkte fördert die Tendenz zur Übersteigerung einzelner Trends an den Märkten in Ost und West und erhöht damit die Gefahr schockartiger Rückschläge.«

Waffen

Ronald Reagan, US-Präsident: »Vor ein paar Monaten habe ich dem amerikanischen Volk versichert, daß ich nicht Waffen gegen Geiseln tausche. Mein Herz und meine besten Absichten suggerieren mir nach wie vor, daß dies zutrifft. Doch die Tatsachen und die Beweise sagen mir, daß dem nicht so ist. Dies widerspricht meinen Überzeugungen, der Politik meiner Adminstration und der ursprünglich beabsichtigten Strategie. Es gab Gründe, warum dies geschah, doch keine Entschuldigung. Es war ein Fehler.«

Schuld

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Schuld ist, wie Unschuld, persönlich. Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Aber jeder Deutsche trägt die Erbschaft der Geschichte seines Volkes. Es steht ihm nicht frei, die dunklen Teile auszuschlagen.«

Glasnost

Professor Jurij Orlow, Gründer der sowjetischen Helsinki-Gruppe: »Ich rate zu Realismus. Man sollte nicht von ›Revolution‹ sprechen, sondern von kleinen Schritten. Die Freilassung von Gefangenen geht mühsam und nur ganz langsam vonstatten, und dafür gibt es zwei Gründe: Erstens, man will eigentlich gar keine Gefangenen freilassen – man laßt sie frei, um vor dem Westen besser dazustehen.

Das zweite ist ein propagandistischer Trick: Je länger das dauert, um so mehr redet der Westen darüber. Und der Westen ist so naiv, er gerät in Verzükkung, anstatt zu fragen: Warum macht ihr das so langsam und nur nach und nach?

Für besonders wichtig halte ich aber auch dies: Der Westen sollte von der Sowjetunion offene Grenzen fordern, wie sie bestehen zwischen den westlichen Ländern. Das wäre entscheidend für die Sicherheit. Wir sowjetischen Dissidenten sind der Meinung, daß für den Frieden nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt die Demokratisierung in der UdSSR viel wichtiger ist als die Abrüstung. Dann würden auch die Widersprüche und Spannungen ein Ende finden. Erst dann wird die Abrüstung wirkliche Sicherheit bringen.«

Gorbatschow

Lord Peter Carrington, Generalsekretär der NATO: »Gorbatschow ist weder Revolutionär, noch Konterrevolutionär. Er ist ein kommunistischer Führer,und er ist Russe. Eine dieser Tatsachen zu vergessen, wäre ein Fehler.«

Umerziehung

Heinz Köppler alias Sir Henry Koeppler, Umerziehungschef im PW-Lager Wilton Park: »Umerziehung ist ein Pferd vom Vater Arroganz und von Mutter Ignoranz und ein solches Pferd hat noch nie ein Rennen gewonnen.«

Einsicht

George Kennan, ehemaliger US-Botschafter in Moskau: »Dadurch, daß wir den Russen erlaubt haben, Königsberg zu annektieren und Wien und Weimar zu besetzen, haben wir das Äußerste getan, um zweitausend Jahre europäischer Geschichte ungeschehen zu machen.«

Freiheit

Mahatma Gandhi: »Kein Volk kann auf Dauer unterjocht werden, wenn es nicht irgendwie an seiner Unterjochung mitwirkt.«

Geschichte

Otto von Bismarck, deutscher Reichskanzler: »Die geschichtliche Logik ist genauer in ihren Revisionen als unsere Oberrechnungskammer.«

Deutsche Eigenart

Napoleon I.: »Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Zwiespalt brauchte ich unter ihnen nur zu säen. Ich brauchte nur meine Netze auszuspannen, dann liefen sie wie scheues Wild hinein. Untereinander haben sie sich gewürgt und sie meinen, damit ihre Pflicht zu tun. Törichter ist kein anderes Volk auf der Erde. Keine Lüge kann grob genug ersonnen sein, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.«

Deutsches Reich

Hastings Kamuza Banda, Präsident von Malawi: »Wenn ich mir vorstelle, daß Brandenburg, Königsberg, besonders Brandenburg, die Wiege des Hohenzollernstaates, heute außerhalb Deutschands liegen würde, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß ein Deutscher oder irgendeiner, in dessen Adern deutsches Blut fließt, dies als endgültige Lösung der europäischen Frage hinnimmt. Nein! Dafür weiß ich ein bißchen zuviel von ihrer Geschichte.« □

Edelmetalle

Im Schlepptau des Dollar-Verfalls

C. Gordon Tether

Die Preise für Edelmetalle sind, außer bei Silber, in den vergangenen zwölf Monaten im Dollar-Wert beträchtlich angestiegen. Doch dieser Aufwärtstrend ist kaum mehr als die umgekehrte Reflektion des internationalen Dollar-Verfalls.

Seit der Zeit, als sie Anfang der achtziger Jahre bis in die ersten Monate des Jahres 1985 hinein nie dagewesene Rekorde verzeichneten, sind die Preise für alle Edelmetalle nahezu kontinuierlich gefallen. An diesem Punkt allerdings nahm das Glück des amerikanischen Dollar eine entscheidende Wende zum Schlechteren hin und der darauffolgende Verfall im internationalen Wert im Verhältnis zu anderen Währungseinheiten hat sich seither mit nur gelegentlichen Unterbrechungen fortgesetzt.

Gold teilt Schwäche des Dollar

Die Edelmetalle besitzen zwar anerkanntermaßen einen starken Währungsinhalt, doch ihre Preise in Dollar haben einen unvermeidlichen Auftrieb erhalten.

Viele der Wirtschaftsweisen haben dies dahingehend interpretiert, daß sich nun die langerwartete fundamentale Wende zum Besseren auf der Edelmetallszene zeigt. Wenn man jedoch ihr Preisverhalten in den letzten Jahren mit dem wichtiger Währung vergleicht, wird deutlich, daß eine solche Schlußfolgerung verfrüht ist.

Zwischen den ersten Monaten des Jahres 1986 und Februar diesen Jahres zeichnete der Dollar-Preis des Goldes eine Steigerung von etwa 25 Prozent. Dies ist vergleichbar mit den Zuwächsen bei der Deutschen Mark, dem japanischen Yen und einigen anderen führenden Währungen im gleichen Zeitraum; was darauf hindeutet, daß das Gold gemessen an anderen internationalen Währungseinheiten kaum oder gar keine Fortschritte gemacht hat.

Die Botschaft, die in der Geschichte des Jahres 1986 enthalten ist, unterstreicht das, was seit Beginn des Jahres 1987 passiert ist. In den ersten Monaten haben die Bewegungen im Gold weiterhin mehr oder weniger den Abwärtstrend des Dollar widergegeben, wobei der Preis etwas über 400 Dollar pro Unze hinausging.

Die Erfahrungen des Gegenparts des Goldes, des Silbers, sind ähnlicher Natur. Sein Dollar-Preis hat durch den Verfall der amerikanischen Einheit im internationalen Wert im letzten Jahr einen größeren Auftrieb erhalten.

Ende des Jahres 1986 lag sein Dollar-Preis allerdings etwa zehn Prozent unter dem Vorjahreswert, was darauf hindeutet, daß sein internationaler Wert auf dem Währungssektor als Ganzem weiterhin gesunken ist.

Der eine Sektor von Edelmetallen, der auf den ersten Blick so aussieht, als würden sich die Dinge zum Besseren wenden, ist der Bereich Platin. Sein Dollar-Preis hat sich zwischen Ende 1985 und August 1986 verdoppelt und erreichte 674 Dollar pro Unze – den höchsten Wert seit 1980.

Platin ist ein besonderer Fall

Obwohl er Anfang des Jahres 1987 auf etwa 500 Dollar abgefallen ist, war dies immer noch ein Zuwachs, der deutlich über dem Fall des Dollar für den gleichen Zeitraum lag. Doch Platin ist ein sehr besonderer Fall.

Das Angebot-Nachfrage-Verhältnis bei Platin hat sich zumindest derzeit erheblich verändert und zwar durch die Sorge darüber, daß eine seiner wichtigsten Produktionsquellen durch die Auswirkungen der südafrikanischen Apartheid-Krise teilweise oder völlig versiegen wird. Das Kommen und Gehen dieser Besorgnis erklärt weitestgehend die größere Unbeständigkeit im Preisverhalten dieses Metalls während des letzten Jahres im Vergleich zum Gold.

Es erscheint wahrscheinlich, daß solche Ängste weiterhin eine dominierende Rolle in der Bestimmung des Verhaltens auf dem Platinmarkt spielen werden, so lange der Apartheid-Kampf weitergeht.

Wenn man sich auf der Edelmetallszene umschaut, so scheint eines klar: der Abwärtstrend im Horten angesichts dem weit verbreiteten Sinken der Inflationsraten in den achtziger Jahren wird weiterhin die Geschwindigkeit für die nahe Zukunft bestimmen. Die Zinssätze in der gesamten neuen Welt sind weiterhin auf vergleichbar hoher Stufe geblieben, ungeachtet der Tatsache, daß die Inflationsraten fast auf Null absanken.

Die Folge davon ist, daß die wirklichen Zinssätze auf Kapitalanlagen in Papiergeldform immer noch ungeheuer attraktiv sind.

Es stimmt, daß einige Anzeichen dafür sprechen, daß in manchen Ländern das Absinken der Inflationsraten anfängt den Tiefstand zu überschreiten, und daß sich hier und da sogar wieder ein Aufwärtstrend zeigen wird. Doch es besteht kein Grund anzunehmen, daß die Inflation in den nächsten ein oder zwei Jahren ein größeres Comeback feiern wird.

Investition in Goldminenaktien

Als Folge des Abwärtstrend bei den Zinssätzen könnte es bei den Realzinssätzen zu einer Aushöhlung kommen. Doch dies wird sich angesichts des Fehlens einer dramatischen Verschlechterung auf dem Weltmarkt langsam vollziehen, das heißt also, es wird frühestens Ende dieses Jahrzehnts ein Zustand eintreten, wo es zu einer Flucht aus dem Papiergeld in Edelmetalle kommen wird.

Eine Form der Investition in Edelmetalle, die sich in den kommenden Jahren als äußerst profitabel erweisen könnte – obwohl damit auch Risiken verbunden sein mögen –, ist der Erwerb südafrikanischen Goldminenaktien.

Dank der Apartheid-Krise und den Befürchtungen, daß die Bergbauindustrie des Landes dadurch großen Schaden nehmen wird, werden solche Wertpapiere derzeit zur Hälfte des Preises notiert, den sie hätten, wenn es nicht solche Wolken am Horizont gäbe.

Wenn also die Rassenfrage gelöst werden kann, ohne daß das Schlimmste vom Schlimmen kommt, was die Goldminen angeht, so könnten Anleger in solchen Wertpapieren letztlich hohen Kapitalgewinn verzeichnen.

In der Zwischenzeit ist erwähnenswert, daß die Preise für solche Wertpapiere selbst ohne große Veränderungen in der Apartheid-Szene von Monat zu Monat starken Schwankungen ausgesetzt sind; in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gab es beispielsweise einen Fall in der Größenordnung von zehn Prozent.

Eine Politik des Ein- und Aussteigens könnte all jenen, die sie ins Gang setzen wollen, einige Gewinne bringen. □

TOP SECRET

Gold

Banker helfen den Sowjets

Alec de Montmorency

Was ist mit den zaristischen Goldvorräten, die über 900 Tonnen betragen haben sollen, nach der bolschewistischen Revolution des Jahres 1917 geschehen? Das Vermögen, das die Zaren in Jahrhunderten angesammelt hatten, verschwand sehr rasch, nachdem die Bolschewisten die Macht übernommen und Zar Nicholas II., die Zarin Alexandra und deren Kinder ermordet hatten.

Doch die Kommunisten waren nicht die einzigen, die sich für das Vermögen interessierten und nicht die einzigen, die die Hand aufhielten, um etwas davon abzubekommen. Zu einer Zeit hatte Admiral Alexander Kolchak den größten Teil des Goldschatzes unter seiner Kontrolle. Er schrieb darüber in einem Brief an seine Frau in Frankreich.

Theorie über das Zaren-Gold

Alexander Vasilyevich Kolchak (1874 bis 1920) war der Anführer der anti-bolschewistischen Streitkräfte in Sibirien von 1918 bis 1920. Er zeichnete sich im russisch-japanischen Krieg aus und im Ersten Weltkrieg befehligte er die Flotte im Schwarzen Meer. Im Oktober 1918 wurde er Kriegsminister in einer konter-revolutionären Regierung, die in Omsk, Sibirien, gebildet wurde. Im November führte er einen Coup gegen die Bolschewisten in der Gegend aus und übernahm die Macht in Sibirien. Im Jahre 1920 wurde er verraten, wodurch ganz Sibirien in bolschewistische Hand kam, außer der Region ganz im Osten, die unter der Kontrolle der japanischen Interventionsstreitkräfte war.

Eine Zeitlang hatte die tschechische Armee die Macht über einen großen Teil des russischen Goldes, die sich während der Revolution in Rußland befand, zusammen mit dem französischen General Maurice Janin, der an der Verschwörung beteiligt war, die Tschechen Kolchak gefangennehmen zu lassen und ihn den Bolschewisten auszuliefern. Seit Anfang der zwanziger Jahre zirkulieren viele Theorien und Anekdoten über das Gold.

Die folgenden Tatsachen sind bekannt: Die russischen Goldreserven des Zaren beliefen sich zu Beginn des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914 auf 801 500 000 Dollar, es handelte sich um rund 900 Tonnen Gold. Die Zaren-Regierung hat 330 Millionen Dollar von diesem Gold nach Großbritannien transferiert, damit es in London als Sicherheit für russische Kredite fungierte, das waren ungefähr 350 Tonnen.

Es gab eine Bestimmung, daß die gleiche Menge Gold nach dem Krieg wieder nach St. Petersburg zurückgehen sollte. Natürlich setzte dies voraus, daß die Zaren-Regierung noch intakt wäre, was nicht der Fall war.

Der Zar hatte im Krieg auch etwa 2,5 Millionen Dollar Gold als Kredit nach Schweden gebracht. Weiteres Gold wurde von der russischen Regierung nicht über die Grenzen des Kaiserreichs hinaus geschickt.

Privates Gold verläßt das Land

Gold in privater Hand ging vor allem nach Schweden, doch dies wurde nicht registriert, da es hierüber keine Gesetze im damaligen Rußland gab.

Die umfangreichen Waffenkäufe, die von der russischen Regierung in den Vereinigten Staaten getätigt wurden, sind von dem in London deponierten Gold gedeckt worden. Nach der Abdankung von Zar Nikolaus II. hat die provisorische Regierung von Prinz Lvov und Alexander Kerenski nie Gold exportiert – zumindest nicht offiziell.



Mit über 22 Millionen Dollar finanzierten amerikanische Banker die bolschewistische Revolution.

Doch als die bolschewistischen Streitkräfte – namentlich unter Jakob Sverdlow und Wladimir Uljanow (AKA Lenin) – in Petrograd – dem früheren St. Petersburg und jetzigen Leningrad – ans Ruder kamen, fanden sie nur noch einen Bruchteil des Goldes vor, was sie erwarteten. Doch es gibt keinen vergrabenen Schatz, der gefunden werden soll. Folgendes ist geschehen.

Der Zar hatte das Gold – über 500 Tonnen, die verblieben waren – aus dem russischen Schatz nach Samara – dem jetzigen Kuybyshev – bringen lassen, einer Stadt im mittelost-europäischen Teil des Reiches, die nach dem Beginn der Revolution zum Hauptquartier der anti-bolschewistischen Streitkräfte wurde.

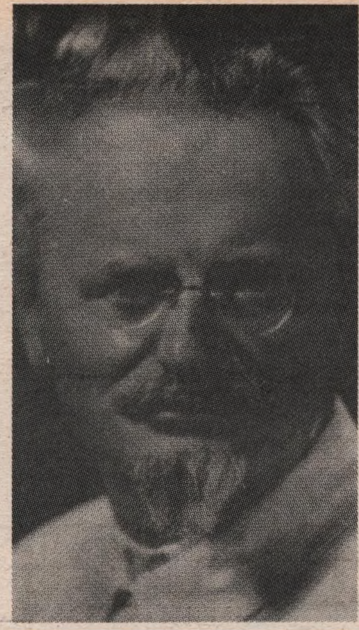
Doch das war nur der Anfang. Dann fallen Kolchak, die tschechische Legion in Sibirien und die Alliierten – britische, amerikanische, französische und japanische Expeditionstruppen – in Rußland ein.

Als der Zar noch regierte, hatten Rußland, England und Frankreich ein Abkommen unterzeichnet, das besagte, wenn in einem der Unterzeichner-Staaten eine Revolution ausbricht, würden die anderen beiden Länder dem dritten zu Hilfe kommen und ihr Bestes tun, um die Rebellion zu unterdrücken. Das Dokument haben unterzeichnet Premierminister Lloyd George für England, Premierminister Georges Clemenceau für Frankreich und der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff.

Als Amerika in den Ersten Weltkrieg eintrat, erhielt Sir Arthur Balfour – erster Earl of Balfour – von US-Präsident Woodrow Wilson eine Order, mit der ähnlichen Verpflichtungen auf seiten der Vereinigten Staaten eingegangen wurden.

Die Sowjets hatten das Gold

Kolchak war ein brillanter russischer Marineoffizier, der sich im Kampf – auch im Ersten Weltkrieg – ausgezeichnet hatte. Er tat Dienst am Schwarzen Meer, als der Zar abdankte. Er ging ins Exil und lebte in den Vereinigten Staaten, als die Alliierten gegen die Bolschewiken aufmarschierten.



Als Lev Bronstein und seine Partner im internationalen Bankwesen die Regierung des zaristischen Rußland stürzten, war eines der ersten Dinge, die er tat, nach dem Zarengold zu suchen und dies sicherzustellen.

Zu der Zeit gab es in Rußland über 100 000 tschechische Soldaten. Im Ersten Weltkrieg waren diese en masse auf die Seite des zaristischen Rußland übergelaufen. Die zaristischen Behörden sahen sich mit dem Problem konfrontiert, was sie mit diesen Streitkräften tun sollten. Die Russen wollten die Tschechen nicht an vorderster Front kämpfen lassen, weil sie befürchteten, daß sie wieder zur anderen Seite überwechseln.

Dann verfielen die Behörden auf einen Plan: Sie erkannten die technischen Fertigkeiten dieser westlich geschulten Leute und so übergab man ihnen die Verantwortung für die wichtigsten Eisenbahnstrecken – einschließlich der großen Transsibirischen Bahn. Als sich dann im Jahr 1918 der große bolschewistische Vorstoß ereignete, hatte die neu organisierte tschechische Legion die Kontrolle über die gesamte Eisenbahn in Rußland einschließlich Sibirien.

Als bekannt wurde, daß die Alliierten Streitkräfte in Rußland landeten – und zwar in Murmansk, an den Ufern des Schwarzen Meeres und in Wladiwostock –, sammelte sich die tschechische Legion zur Unterstützung und um Kolchak, der zurückgekehrt war, um einen großen zaristischen Trupp russischer Freiwilliger anzuführen.

Das war im Sommer 1918, als der Zar und seine Familie in Katharinenburg, dem heutigen Swerdlowsk, ermordet wurden. Die Sowjets hatten Samara genommen und brachten das Zarengold in Barken auf der Wolga flußaufwärts nach Kazan.

Die tschechische Legion schnitt dem bolschewistischen Konvoi in Kazan den Weg ab. Das Gold war wieder in weißrussischen Händen. Bestürzt über den Verlust stürmten die Bolschewisten ostwärts, um wieder an das Gold zu kommen. Zur gleichen Zeit brach unter den verschiedenen weißrussischen Gruppen ein mörderischer Krieg aus, in dem General Anton Denikin Kossakenführer wegen »Ungehorsams« exekutierte und die verschiedenen Mitglieder der alliierten Expeditonskorps untereinander in Streit gerieten.

Die Rückgewinnung der verbliebenen zaristischen Gold-Reserven durch die Anti-Kommunisten war ein harter Schlag für die Bolschewisten und die internationalen Banker, die den Roten in Petrograd und Moskau an die Macht verholfen hatten. In New York wurde die Banker-Gruppe angeführt von Kuhn, Loeb and Partners und von der Lehman Brothers Inc.

Banker als Sponsoren

In einer amerikanischen Zeitung zitierte Walter Winchell nach Jacob Schiffs Tod den verstorbenen Präsidenten von Kuhn & Loeb und meinte, er habe sich damit gerühmt, daß er über 22 Millionen Dollar beschafft habe, um die bolschewistische Revolution zu finanzieren. Dies wurde bestätigt in einer Konferenz im Army-Navy-Club in Washington, und zwar durch Ben Freedman, einen Verwandten Schiffs, der die Bücher für diese geheime Geldbeschaffungs-Kampagne geführt hatte und später bereute, mitgemacht zu haben.

Die Nya Banken in Happaranda, Nordschweden, an der Grenze zu Finnland, war der tatsächliche Ausgangspunkt für die Kuriere, die Gelder in konvertierbarer Währung oder in Goldbarren an Trotzky und Lenin in Petrograd lieferten. Ein Teil der Gelder kam aus New York, ein anderer aus Deutschland.

Doch am 3. März 1918 unterzeichneten die Bolschewisten den Vertrag von Brest-Litowsk mit Deutschland. Deutschland hatte bekommen, was es wollte; somit kamen keine weiteren Gelder aus dieser Quelle. Außerdem mußten sich die Bolschewisten von 100 Millionen Dollar in Gold trennen, was die erste Reperationsrate an Deutschland war.

Die Situation wurde für die Bolschewisten und ihre Banker-Sponsoren stündlich kritischer. Wie Napoleon einst sagte: »Um einen Krieg zu führen, benötigt man drei Dinge: erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld.«

Man entschied, daß die einzige Chance die bolschewistische Revolution vor dem Zusammenbruch zu retten darin bestand, sich die 330 Millionen Dollar in Gold von der tschechischen Legion wiederanzueignen. Der Weg dahin führte über die Banque Worms von Paris, die stiller Teilhaber von Lehman und Kuhn & Loeb war. Die Banque Worms war auch zufällig der Hauptgeldgeber von Eduard Benes, der Nummer zwei im tschechischen Befreiungskomitee im Ausland.

Während Thomas Masaryk, ein hoffnungslos unpraktischer Theoretiker, in den Vereinigten Staaten in Armut lebte, machte sich Benes, der gerissene Geschäftsmann in diesem Unternehmen, in Paris ein schönes Leben.

Die beiden tschechischen Generale in Sibirien – Gayda und Serovy – standen mit Masaryk und Benes in Verbindung. Das Problem war, wie man ihnen Benes' Befehle übermitteln sollte. Hier kamen französische Beamte im Kriegsministerium und General Janin gerade recht.

Zum großen Erstaunen der weißrussischen, amerikanischen und britischen Befehlshaber in Sibirien, erhoben sich die zuvor gehorsamen Tschechen plötzlich gegen ihren russischen Anführer Kolchak, machten ihn zum Gefangenen und lieferten ihn den sowjetischen Streitkräften aus.

Kolchak wurde exekutiert und die Sowjets bekamen das Gold. □

Das Netzwerk des Insider-Trading

James Harrer

Drexel Burnham Lambert, die am schnellsten wachsende Effektenbank an der Wall Street, ist in weitreichende strafrechtliche Untersuchungen über angeblich betrügerische Taktiken bei Übernahme-Attacken von alteingesessenen amerikanischen Firmen verwickelt. Ertappt wurde der draufgängerische Geschäftemacher nicht aufgrund der Milliarden, die er von den sogenannten Ramsch-Obligationen abgeschöpft hat, die er herausgab, um diese Transaktionen zu finanzieren.

Wie aus gut informierten Quellen aus dem New Yorker Finanzdistrikt und aus diplomatischen Kontakten ins UNO-Hauptquartier zu erfahren ist, geriet Drexel Burnham aufgrund seiner angeblichen Verwicklungen in ein Unterstützungsnetzwerk für Israel, das sich hinter den Kulissen abspielte, in die Fangarme der amerikanischen Staatsanwaltschaft.

Der erste Tip kam aus dem Ausland

»Die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde sagt, sie haben diesen ›Insider Trading‹-Skandal – Börsenhandel aufgrund von Insider-Informationen – durch die Überwachung des Marktes mit ihrem Supercomputer und eifrigen Stabsrechercheuren entdeckt«, berichtete ein Wall Street-Wertpapierexperte, der jetzt als Finanzberater eines ölproduzierenden Landes am Persischen Golf tätig ist, nachdem er zehn Jahre lang als Marktforschungsleiter einer großen Effektenbank gearbeitet hat.

»In Wirklichkeit«, so der Informant, »bekam die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde ihren ersten Tip aus dem Ausland. Er kam von einer Quelle aus Venezuela, die Verbindungen zur OPEC hat. Der Tip-Geber schrieb einen Brief, in dem er behauptete, er habe ein Netzwerk von Personen entdeckt, für die Israel an erster Stelle steht und die Millionen-Gewinne aus betrügerischen Wertpapiergeschäften machten und diese dunklen Transaktionen dadurch legalisierten, indem sie einen Teil der Einnahmen an den Kleinstaat in Nahost überwiesen.«

Weitere Details, die diese Version der Ereignisse bestätigten, kamen aus vertraulichen Gesprächen mit anderen Wall Street-Quellen. Es wurde festgestellt, daß die US-Behörden erste Andeutungen über die Drexel Burnham-Affäre bekamen, als die Börsenaufsichtsbehörde eine schriftliche Mitteilung aus Caracas, Venezuela, erhielt, aus der hervorging, daß Andres C. Zubillaja, Leiter der Zweigniederlassung der großen Effektenverwertungsgesellschaft Merrill Lynch, in ein geheimes Konsortium verwickelt ist.

Dieses Konsortium, so erfuhr man, machte Millionen mit illegalen Wertpapiergeschäften und konnte ungestraft davon kommen, weil seine Mitglieder »große Unterstützer Israels waren und somit Protektion erhielten«, wie eine Quelle es nannte.

Großes Absahnen mit krummen Geschäften

Da die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde selbst eher geneigt ist zu protektionieren als zu verfolgen, wenn es sich um »große Unterstützer« Israesl handelt, blieb die Anzeige eine Weile unbearbeitet, sagten diese Informanten. Doch sie konnte nicht lange beiseite geschoben werden.

Aufgeschreckt durch den Bericht fürchtete Merrill Lynch, sie würden in eine große Verschwörung über Kurstreibereien hineingezogen und verlangten nach einer Untersuchung, um sich selbst zu schützen. Die Untersuchung führte auf die Bank Leu – das älteste und skandal-umwittertste Anlageberatungshaus in der Schweiz – und zu Dennis Levine, einem Direktor bei Drexel Burnham, der auf den Bahamas ein geheimes Bankkonto mit über 12 Millionen Dollar aus betrügerischen Wertpapiergeschäften unter der Bezeichnung »Insider Trading« angehäuft hatte.

Bei Insider Trading wird in großem Rahmen abgesahnt, doch seine wesentlichen Merkmale kamen bei der Rekonstruktion von Levines betrügerischen Komplott deutlich zutage. Den strafrechtlichen Untersuchungen zufolge flog Levine am 27. Mai 1980 von New York City nach Nassau auf den Bahamas, wo er unter dem Namen Samuel Diamond – die Identität des verstorbenen Vaters seiner Frau – bei der Niederlassung der Bank Leu ein sogenanntes Verkaufskonto eröffnete.

»Jetzt gab es in Wirklichkeit nicht nur einen, sondern zwei Dennis Levines«, erläuterte ein Rechercheur bei der Staatsanwaltschaft für den südlichen Bezirk von New York, zudem auch die Wall Street gehört. »Der erste Dennis Levine mit seinem richtigen Namen und der Würde, wie sie einem Direktor von Drexel Burnham zukommt, arbeitete an der Finanzierungsvorbereitung für die Unternehmensübernahmen.

Dazu waren Vorauskenntnisse – sogenannte Insider-Informationen – über geplante Firmenzusammenschlüsse und Akquisitionen erforderlich. Nach dem Gesetz war es illegal, daß Dennis Levine mit diesen Insider-Kenntnissen versuchte Geld zu machen – es war sogar ein Verbrechen.«

Doch da war noch Levines anderes Ich, wie der Informant erläu-



Die Wallstreet, das US-Börsenzentrum, wurde durch die amtlichen Untersuchungen im Insider-Trading schwer erschüttert.

terte, der fiktive »Samuel Diamond«, der jetzt im Ausland – auf den Bahamas – ein Konto besaß. Unter Verwendung des Namens »Diamond« machte Levine umfangreiche, geheime Aktienkäufe über die Bank Leu, wenn er verläßliche Insider-Informationen über bestehende Unternehmens-Zusammenschlüsse bekam.

Schnell reich nd reicher werden

Um zu verdeutlichen, wie bei solch krummen Geschäften Millionen gemacht werden, beschrieb ein Ermittler der Börsenaufsichtsbehörde die ersten und letzten Transaktionen, die von Levine über dessen Konto auf den Bahamas gedeichselt wurden.

Am Morgen des 5. Juni 1980 rief Levine unter dem Namen »Diamond« die Bank Leu in Nassau von einer öffentlichen Telefonzelle in New York aus an und orderte den Kauf von 1500 Aktien der Firma Dart Industries. Zwei Tage später wurde in der Finanzpresse berichtet, daß Dart im Begriff sei sich mit Kraft Inc. zusammenzuschließen; die Börsenkurse schossen in die Höhe und Levine heimste einen Reingewinn von 4193 Dollar ein.

Fünf Jahre später, am 6. Mai 1985, führte Levine ein weiteres R-Gespräch mit der Bank Leu – er sorgte dafür, daß diese Ferngespräche nicht auf seiner eigenen Telefonrechnung erschienen –, um 150 000 Aktien von Nabisco, dem riesigen Nahrungsmittelkonzern, zu kaufen. Eine Woche später, als die R. J. Reynolds Corp. die Übernahme von Nabisco ankündigte, stiegen die Aktienkurse in die Höhe. Levine orderte telefonisch den Verkauf seiner Anteile und machte einen Reingewinn von knapp 3 Millionen Dollar bei diesem Geschäft.

»Das Problem war, daß Levine zu diesem Zeitpunkt Mitglied in einem internationalen Netzwerk von Spekulanten geworden war, die mit Insider-Informationen ihren großen Handel betrieben«, sagte der Wall Street-Experte. »Einige OPEC-Investoren, die selbst große Werkpapierhändler sind, waren sich darüber im klaren, daß ein Ring von eng mit Israel verbundenen Schwindlern den Mark mit solch betrügerischen Geschäften in Milliardenhöhe hinterging. Sie beschlossen die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde zu informieren und Levine wurde verhaftet.«

Als er am 12. Mai 1986 in New York in Untersuchungshaft genommen wurde, waren die Anklagepunkte: Aktienbetrug, Vorspiegelung falscher Tatsachen, Behinderung der Justizbehörden und Steuerhinterziehung. Levine bot an bei milder Bestrafung zum Denunzianten zu werden. Darauf folgte eine Welle von Verhaftungen, die Wall Street erschütterte. Im Juni und Juli wurde eine Reihe bekannter Effektenmakler, Effektenbanker und Anwälte wegen Wertpapier-Betrügereien auf Grund von Insider Trading ins Gefängnis gesteckt.

Die weißen Handschuhe sind ausgezogen

Unter ihnen waren Ira B. Sokolow, Andrew Solomon, Morton Shapiro, Michael David, Daniel Silverman und Robert Salsbury. Dabei handelt es sich um Führungskräfte erster Firmen an der Wall Street: Shearson Lehman Bros., Goldman Sachs, Lazard Freres und Drexel Burnham sowie die einflußreiche Anwaltsfirma von Paul Weiss Riskind aus Manhattan, die für ihre intensive Unterstützung Israels bekannt ist.



Ivan Boesky hat als Börsenspekulant einen Handel mit der Börsenaufsicht geschlossen, indem er andere denunzierte.

Der bedeutendste Börsenschwindler, der sich in dieser Zeit in dem Netz der amerikanischen Börsenaufsicht verfing, war der Milliardär und Spekulant Ivan S. Boesky, der Levines Beispiel folgte und rasch zugab, daß er Betrügereien begangen hat, eine Geldstrafe in Höhe von 100 Millionen Dollar zahlte und dann anbot, Informationen zu geben.

Als Boesky sich bereit erklärte mit der Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten, richteten sich die Untersuchungen auf ein neues Ziel: Drexel Burnham. Im Sommer 1986 stand die Investmentbank mit ihren harten Geschäften und hohen Profiten »am Gipfel einer neuen Machtstruktur, die die gesamte US-Konjunktur verändert hat«, wie der Wall Street-Autor Chris Welles es nennt.

Firmen mit erstklassigen Wertpapieren (Standartwerten) wie die International Business Machines Corp. oder American Telephone and Telegraph Co. wendeten sich traditionell an eine der »sechs großen« patrizischen Investmentbanken, wenn sie Geld für Expansions- oder Aquisitionszwecke beschaffen wollten. Doch die neue Spezies von Firmen-Attackierern und gerissenen Geschäftsleuten, die in den achtziger Jahren über die Wall Street kamen, gingen zu Drexel Burnham, wo sie gegen sogenannte Ramsch-Obligationen – Industrieschuldscheine mit hohen Zinssätzen, doch wenig Sicherheiten – Milliarden ausleihen konnten.

Im Jahr 1986 wurde eine Reihe von Drexel Burnhams Kunden wie Carl Icahn, Victor Posner, Meshulam Riklis, Hyman und Samuel Belzberg, Ronald Perelman, Saul Steinberg und Rupert Murdoch als die »barbarischen Invasoren« auf dem Territorium des einst so vornehmen Banken-Establishments bekannt.

»Die weißen Handschuhe sind ausgezogen; die ethische Elite des privaten Klubs ist ersetzt worden durch die Regeln des sozialen Darwinismus: töten oder getötet werden«, berichtete »Business Week« Mitte August 1986 in einem Leitartikel über Drexel Burnham.

Die Angst der US-Regierung

Aus amerikanischen Justizquellen verlautet hingegen, daß in Wirklichkeit die herkömmliche Ethik des Establishments ersetzt wurde durch die Moral von »betrügen oder betrogen werden«, die von dieser neuen Welle von spekulierenden Milliardären praktiziert wird, deren Methoden – so die traditionellen Finanziers – reformiert werden müssen, um eine vollständige Übernahme zu verhindern.

Nach diesen Quellen haben die Behörden inzwischen Beweise dafür, daß Boesky und Michael Milken, der Hauptgeschäftemacher bei Drexel Burnham, in einer Reihe von illegalen marktmanipulierenden Manövern zusammengearbeitet haben, die rasche Profite in Höhe von mehreren Hundert Millionen Dollar brachten.

Doch die Reagan-Regierung weiß nicht, wie sie vorgehen soll, obwohl viele der Tatsachen in den Untersuchungsakten aus kenntnisreichen Quellen wie Levine und Boesky stammen, die selbst Beteiligte waren. Zum einen ist das Weiße Haus angeblich besorgt darüber, daß Boesky und eine Reihe seiner Kompagnons ein wichtiges Netzwerk zur Unterstützung Israels gebildet haben. Sie haben nicht nur große Beträge für den Kleinstaat besorgt, sondern entwickelten auch Kanäle im Untergrund, um heimlich Dollar in die israelische Wirtschaft zu schießen.

Eine weitere Betrachtung, die ein Zögern in Regierungskreisen hervorruft, ist die Entdeckung einer »zweiten Kategorie von Verdächtigen«, wie es Rechercheure nennen, in diesem Skandal. Es handelt sich dabei um die multinationalen Großbanken wie das Chase Manhattan-Konsortium, das Finanzflaggschiff der Rockefellers, die für Boeskys und Drexel Burnhams spekulative Raubzüge diskrete Anleihen in Milliardenhöhe zur Verfügung stellten.

»Niemand kümmert sich mehr um Ivan Boesky«, sagte der Börsen-Experte Philippa Ambrose. »Doch die Regierung ist ängstlich bemüht, nicht in einen anderen Skandal verwickelt zu werden, der damit enden würde, einige der größten Verfechter Israels zu belasten, und sie will die Großbanken schützen, die Kopf und Kragen verlieren würden, wenn Drexel Burnham angeklagt wird.« □

USA

Aushöhlung der Industrie-Basis

C. Gordon Tether

Ein Aspekt militärischer Kampfbereitschaft wird immer mehr übersehen: die Notwendigkeit, eine industrielle Basis in den westlichen Industriestaaten einschließlich der Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, um die nötige Unterstützung im Kriegsfall zur Verfügung zu haben.

Der Streit darüber, welches Flugzeug die britischen Luftstreitkräfte erhalten sollten, um ihre Anforderungen an das Frühwarnsystem zu erfüllen, wurde damit entschieden, daß man festlegte, welches der verfügbaren Flugzeuge die Aufgabe am besten erfüllen würde. Auf dieser Grundlage rechtfertigte die Regierung Thatcher ihren jüngsten Beschluß, anstatt der aktualisierten Version des einheimischen Nimrod-Flugzeuges, das die britische Industrie versuchte ihr zu verkaufen, das amerikanische AWACS-System aufzustocken.



Margaret Thatcher hat sich für das amerikanische Frühwarnsystem und gegen die einheimische Industrie entschieden, was auch in Großbritannien einen Abbau der industriellen Basis bedeutet.

Lektionen aus dem Zweiten Weltkrieg

Es bestehen kaum Zweifel daran, daß nach diesem Kriterium zu urteilen, das amerikanische Erzeugnis – zumindest nach derzeit verfügbaren Beweisen – leicht gewinnen konnte. Doch ist das die richtige Betrachtungsweise?

Sollte nicht, wie einige Kritiker der Vorgehensweise der Thatcher-Regierung deutlich machten, der Notwendigkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, eine einheimische Industrie zu erhalten, eine Industrie, die in Kriegszeiten dafür sorgen kann, das Reparaturen und Ersatzlieferungen im Land besorgt werden können, falls die internationalen Versorgungswege ernsthaft unterbrochen werden sollten?

Dieses Argument wurde – wie in den meisten anderen Ländern auch – in der Debatte AWACS gegen Nimrod brüsk beiseite geschoben. Es ist leicht einzusehen warum, angesichts der Tatsache, daß die wachsende Internationalisierung der industriellen Aktivitäten es immer schwieriger macht, sich auf einheimische Firmen zu verlassen, wenn es um die immer höheren Anforderungen an moderne Rüstungssysteme geht.

Doch die Erfahrungen aus der Vergangenheit deuten darauf hin, daß diese Praktik zu vieles dem Zufall überläßt, daß dies tatsächlich letztendlich die Achillesferse der Verteidigungssysteme sein kann, die ansonsten untadelig sein könnten.

Es ist eine nüchterne Tatsache, daß Großbritannien in den ersten Jahren des Zweiten Weltkrieges beinahe in die Knie gezwungen worden wäre, dadurch, daß es gelang seine internationalen Versorgungswege mit der U-Boot-Flotte der Deutschen anzugreifen.

Es ist genauso richtig, daß der letztliche Zusammenbruch Deutschlands im gleichen Krieg viel mehr auf die Zerstörung der industriellen Basis des Landes durch Luftangriffe – und somit seiner Möglichkeiten, die bewaffneten Streitkräfte angemessen zu versorgen – zurückzuführen war als auf die Niederlage seiner Armee im Feld.

Könnte auch in USA passieren

Um auf die Debatte AWACS gegen Nimrod in Großbritannien zurückzukommen: Es kann wohl mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß sich die beiden Länder in einem künftigen Krieg niemals auf gegnerischen Seiten befinden werden und daß deshalb keine Gefahr besteht, daß Verstärkungen der britischen Frühwarnsystem-Flotte durch politische Entscheidungen in Washington gefährdet werden könnten.

Was hingegen nicht sicher ist, ist die Tatsache, daß es nie zu einer Unterbrechung oder Abschneidung der transatlantischen Versorgungswege kommen wird, in einem solchen Fall wäre der britische Zugang zur US-Industrie unterbrochen.

Besteht die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten dieser Schwachstelle ebenfalls zum Opfer fallen könnten, nämlich in eine Situation zu geraten, wo das Sicherheitsrisiko nicht durch Unzulänglichkeiten im Waffensystem, sondern durch die Aushöhlung der industriellen Basis verursacht wird, die einfach nötig ist, um das Militär-Programm am Leben zu erhalten?

Im Hinblick auf die ungeheuere geographische Weite und den Umfang und die Stärke ihrer betroffenen Industrien wurde das bisher mit gutem Grund für undenkbar gehalten. Doch ein leichter Zweifel klingt hier inzwischen an.

Er findet auch seinen Ausdruck in den sehr angesehenen New Yorker Investment-Letter »Lynch International Investment Survey«: »Selbst angesichts des starken Dollar-Verfalls ist es kaum zu Kürzungen im Handelsdefizit gekommen. Als Ergebnis gingen viele Hunderttausende amerikanischer Arbeitsplätze verloren, insbesondere in der Schwerindustrie, wo es zunehmend zu Übergriffen von Seiten der Länder am Pazifik wie Japan, Korea und Taiwan kommt.

Der Wechsel des Landes von einem produktions-orientierten Industrie-Giganten zu einer dienstleistungs-orientierten Nation ist nahe daran, zu einem nationalen Sicherheitsproblem zu werden.«

Sowjets haben starke Industrie-Basis

Wegen der Betonung auf die Gefahr eines Atomkrieges, herrschte in der Nachkriegszeit die Tendenz, davon auszugehen, daß künftige internationale Feuersbrünste so rasch vorüber sein werden, daß das Fehlen angemessener industrieller Stützpunkte zu Hause für Waffenprogramme kaum Konsequenzen haben wird. Doch angenommen, die nukleare Kriegsführung scheidet wegen ihres selbstmörderischen Charakters aus und der Kampf wird mit konventionellen Waffen geführt?

Es besteht kein Zweifel, daß die Vereinigten Staaten ernsthaft Gefahr laufen, in einem künftigen, an die Substanz gehenden Krieg in große Schwierigkeiten zu geraten, wenn sie zulassen, daß ihre industrielle Basis aufgrund der internationalen Umstrukturierung allmählich zerstört wird, einer Umstrukturierung, deren Bestand der Fortschritt der Pazifikländer ist.

Das Ganze sieht noch unheilvoller aus, wenn man bedenkt, daß der sowjetische Gegner dafür gesorgt hat, sich eine ausreichend starke industrielle Basis zu erhalten, damit seine Rüstungsindustrien in größt-möglichem Maße versorgt sein werden. □

Geldpolitik

Abschied vom Monetarismus

Ein Jahrzehnt lang haben die wichtigsten Industrieländer eine konsequente Geldmengensteuerung betrieben. Allerdings bestanden erhebliche Unterschiede in der konkreten Ausgestaltung der nationalen Geldpolitik – und in der Strenge, mit der diese Ziele verfolgt wurden. Dieser Trend kippte 1985: Die Geldmenge hat sich in allen großen Industrieländern gleichzeitig kräftig ausgeweitet. Vieles spricht dafür, daß die Geldpolitik unter dem Druck der USA den Stabilitätskurs auf Dauer verläßt und sich wieder stärker von tagespolitischen Erfordernissen leiten läßt.

Was ist Geldmenge? Theorie und Praxis – je nach Liquiditätsgrad – vor allem zwischen diesen drei Geldmengen: M 1 ist die Summe aus Bargeldumlauf (Banknoten und Münzen) und Sichteinlagen. Sie ist somit die Geldmenge mit dem höchsten Liquiditätsgrad. M 2 ist die um Termingelder mit einer Laufzeit bis zu vier Jarhen erweiterte Geldmenge M 1. M 3 setzt sich aus M 2 und den Spareinlagen zusammen. Sie repräsentiert die Geldmenge mit dem niedrigsten Liquiditätsgrad.



Karl-Otto Pöhl ist es bisher gelungen, das Geldmengenwachstum in der Nähe des angestrebten Ziels zu halten.



Paul Volcker, Chef des Federal Reserve Systems, hat bei der US-Geldmengensteuerung unterschiedlichen Erfolg.

Ein Patentrezept gibt es nicht

Das Verhältnis der unterschiedlichen Geldmengen zueinander ist keineswegs stabil: Zinsniveau-Änderungen führen zu Umschichtungen. Bei sinkenden Zinsen nimmt zum Beispiel die Nachfrage nach weniger liquiden Geldbeständen ab – die Geldmenge M 1 steigt.

Diese Zinsfälligkeit mindert die Qualität von M 1 als monetäre Steuerungsgröße. Andererseits: M 1 enthält die für Käufe am schnellsten mobilisierbaren Geldbestände.

Ein Patentrezept für die monetäre Steuerungsgröße gibt es nicht. Das hat auch einen Vorteil. Jede nationale Notenbank kann entsprechend den Gegebenheiten im eigenen Land eine eigene Lösung finden.

Das theoretische Fundament der Geldmengensteuerung lieferte die monetaristische Denkschule in den sechziger Jahren. Für ihren Vordenker Milton Friedman ist die Geldmenge die einzige ökonomische Variable, die eine Notenbank zuverlässig kontrollieren und damit für Preisstabilität sorgen kann.

Hintergrund: Übersteigt die Geldmengenexpansion das reale Wachstum des Sozialprodukts, entsteht in dieser Größenordnung ein Spielraum für Preiserhöhungen – Inflationsgefahr droht.

Diese theoretische Botschaft der Geldmengensteuerung wurde erst im inflationären Klima der frühen siebziger Jahre aufgenommen und in konkrete Politik umgesetzt. Frei wurde dieser Weg durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahr 1973. Denn in einem System fester Währungsparitäten sind die Zentralbanken zu wechselkursstützenden Markteingriffen verpflichtet. Durch Devisenkäufe oder Verkäufe der Zentralbanken vergrößert oder verringert sich jedoch die inländische Geldmenge. Eine strikte Kontrolle ist dann nicht mehr möglich.

Die kurzatmige »Stop-and-go«-Politik

Der meßbare Erfolg der Geldmengensteuerung zeigte sich mit etwa zweijähriger Verzögerung: Nach dem Inflationsrekord von 1980 gingen die Teuerungsraten im gewogenen Durchschnitt der sieben größten Industrienationen von rund 12 auf 5 Prozent (1986) zurück.

Zwei gemeinsame Merkmale prägen die Geldpolitik dieser Nationen. Erstens, die Vorankündigung: Die Notenbanken geben die angepeilte Wachstumsrate der Geldmenge meist ein Jahr im voraus bekannt. Dies soll eine Orientierungsmarke für alle am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen sein: Den Tarifpartnern will die Notenbank damit signalisieren, daß sie nicht bereit ist, kostentreibende Lohnerhöhungen durch eine Ausdehnung der Geldmenge zu alimentieren.

Zweitens, die Verstetigung: Die öffentliche Vorankündigung hindert Notenbanken daran, eine kurzatmige »Stop-and-go«-Politik zu Lasten geldpolitischer Berechenbarkeit zu betreiben. Grund: Häufige Abweichungen vom Geldmengenziel beeinträchtigen die Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik.

Das Problem, welches Geldmengen-Aggregat gesteuert werden soll, wird von den nationalen Notenbanken unterschiedlich gelöst. Auch die Erfolge weichen von einander ab.

Bundesrepublik Deutschland: Die Deutsche Bundesbank wählt als monetäre Zielgröße die Zentralbankgeldmenge. Sie ist zwar eine fiktive Größe, im Prinzip aber nichts anderes als eine Variante der Geldmenge M 3. Sie besteht aus den Bargeldbeständen der Nichtbanken sowie dem Mindestreserve-Soll der Banken auf Inlandsverbindlichkeiten, bewertet zu den Reserve-Sätzen von 1974.

Die Bundebank formuliert ihr Geldmentenziel seit 1975 jeweils im Dezember für das folgende Jahr. Sie gibt dabei seit 1979 eine Bandbreite von 2 oder 3 Prozentpunkten vor (»Zielkorridor«).

Den Frankfurter Währungshütern ist es in der Regel gelungen, das Geldmengenwachstum in der Nähe des angestrebten Zielpfades zu halten. Eine deutliche Zielüberschreitung gab es nur in den Jahren 1976 und 1986, in denen hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zu verzeichnen waren.

Gute Noten für die Deutschen

Großbritannien: Die Geldmengenpolitik richtet sich an einem leicht modifizierten Geldvolumen M 3 (»Sterling-M 3«) aus. Für die Jahre 1976 bis 1979 wurden zwar schon Geldmengenziele vorgegeben, doch erst mit dem Amtsantritt von Margaret

Geldpolitik

Abschied vom Monetarismus

Thatcher wurde eine dogmatisch-monetaristische Politik verfolgt. Dieser Kurswechsel brachte nicht den erwünschten Erfolg. Das Geldmengenwachstum war 1980 doppelt so hoch wie der Zielwert. Auf die erneute Überschreitung von 1981 reagierten die Politiker mit einer Erweiterung der monetären Steuerungsgrößen.

Jedoch: Schon 1983 schossen die beiden neuen Aggregate erheblich über die Sollmarke hinaus. Seit 1984 wird neben Sterling-M 3 die Geldmenge M 0 – fast ausschließlich der Bargeldumlauf – benutzt. Diese leicht steuerbare Größe sagt allerdings wenig über die effektive Geldmengenversorgung aus.

USA: Seit 1975 verpflichtet der Kongreß die amerikanische Notenbank alljährlich monetäre Zielgrößen für M 1, M 2, M 3 und das Kreditvolumen der Geschäftsbanken zu veröffentlichen. Trotz dieser Zielvorgaben wurde die Geldmenge bis Herbst 1979 nicht konsequent gesteuert.

Grund: Auch für die von der Notenbank kontrollierten Tagesgeldsätze wurden Zielgrößen formuliert. Dabei wurde eher ein Überschreiten des Geldmengenziels als des Zinsziels toleriert. Erst mit dem Amtsantritt von Paul Volcker wurde die Geldmenge – Vorrang hatte M 1 – zielorientiert gesteuert.

Der Erfolg der US-Geldmengensteuerung ist jedoch unterschiedlich: Gemessen an den jährlichen Zuwachsraten herrscht seit 1980 eine relativ große Übereinstimmung zwischen Soll und Ist. Allerdings haben die monatlichen Ausschläge seit 1979 stark zugenommen.

Eine kontinuierliche Geldmengensteuerung kannten außerdem noch Frankreich, Italien, Japan und die Schweiz. Gemessen am Erfolg der Geldmengenpolitik, wie nämlich Ziele und Ist-Werte im langfristigen Durchschnitt voneinander abweichen, ergeben sich für die Bundesrepublik recht gute Noten.

Geplante und realisierte Geldmenge weichen in der Bundesrepublik im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1985 nur um 1,4 Prozentpunkte voneinander ab – gemessen an der Mitte des »Zielkorridors«. Doch schon diese geringe absolute Abweichung führte zu einer hohen »relativen« Zielverfehlung von rund 20 Prozent im Durchschnitt 1975 bis 1985.

Seit Mitte 1985 hat sich in allen beobachteten Ländern die Geldmengenexpansion dramatisch beschleunigt. Für das rapide Geldmengenwachstum gibt es zwei Gründe.

Geldmenge und Wirtschaftswachstum

Erstens: Die Nachfrage nach liquiden Mitteln steigt. Denn aufgrund der derzeit niedrigen Zinsen wollen sich nur wenige Anleger langfristig engagieren.

Zweitens: Neue Finanzinstrumente haben die traditionellen Grenzen zwischen Zahlungsmittel- und Wertspeichercharakter einiger Anlagen verschwimmen lassen. In den USA werden heute scheckfähige Aktiva wie Spareinlagen verzinst. Zusammenhänge zwischen Geldmenge und Sozialprodukt, die in der Vergangenheit stabil waren, lösten sich auf. Damit verliert die Geldmengenstatistik an Aussagekraft – und die Geldmengensteuerung wird erschwert.

Überdies zeichnet sich ein genereller Kurswechsel ab: Weltweit macht das Schlagwort vom Ende des Monetarismus die Runde. »Tagesereignisse« wie Konjunktur, Zinsen, Wechselkurse und Zahlungsbilanz gewinnen auf die Geldpolitik wieder größeren Einfluß. So haben die USA 1986 den Diskontsatz viermal gesenkt, um den Dollar-Kurs zu drücken und die Leistungsbilanz zu entlasten.

Japan folgte dem amerikanischen Vorbild nach massivem Druck. Die Bundesbank widerstand diesen Forderungen, mußte aber im Januar 1987 die Zinsen senken, um spekulative Devisenzuflüsse abzuwehren. □

Kennenlern-Gutschein und Bestellkarte

(Am besten gleich ausfüllen und noch heute absenden)



Organ des Deutschen Naturheilbundes e.V.
Organ der Gesellschaft für Gesundheitsberatung e.V.

Viele Themen für Ihr persönliches Wohl:
Gesundheit, Naturheilkunde, Homöopathie, Medizin, Ernährung, gesundes Bauen und Wohnen, biologisch gärtnern, Natur- und Umweltschutz. **Dazu die ständige Rubrik: Naturheilärztlicher Rat aus der Praxis.**

Ja, ich möchte den Naturarzt kennenlernen. Bitte senden Sie mir ein kostenloses Probeheft. Wenn Sie innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Heftes nichts gegenteiliges von mir hören, bin ich damit einverstanden, daß mit der folgenden Ausgabe ein Jahres-Abonnement beginnt.
Preis pro Heft DM 3,—, 12 Hefte jährlich DM 36,— incl. Versandkosten und MwSt. Die Bezugszeit beträgt mindestens 12 Monate. Danach ist die Kündigung jeweils 3 Monate vor Ende eines Kalenderjahres möglich.

Name und Vorname *(Bitte Druckschrift)*

Straße/Nr.

Postleitzahl Wohnhort

Vertrauens-Garantie

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von 2 Wochen beim Verlag Access Marketing GmbH, Postfach 5132, 6370 Oberursel widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich zahle bequem und bargeldlos durch jährlichen Bankeinzug. Inland DM 36,— incl., Ausland plus Porto.

Bankleitzahl Kontonummer

Geldinstitut

Datum Unterschrift

An die Zeitschrift
Der Naturarzt
im Verlag Access Marketing GmbH
Zimmersmühlenweg 73, Postfach 5132

6370 Oberursel/Taunus

Japan

Gold mit 50 Prozent Rabatt

Tom Valentine

Aus verschiedenen, unabhängigen Quellen ist zu erfahren, daß mit den Japanern ein besonderes Geschäft gemacht wurde: kurzfristige, mittelfristige und langfristige amerikanische Schatzanweisungen gestützt durch Gold. Ferner wurde die Tatsache bekannt, daß Japan gegenwärtig 66 Tonnen Gold pro Monat importiert.

»Die Vereinigten Staaten verschiffen Gold aus der Schweiz und Südafrika – trotz des ganzen üblen Geredes Südafrikas – nach Japan, weil das amerikanische Papiergeld den Japanern nicht gut genug ist. Sie wollen ihre Währung mit Gold stützen und sie benutzen die Prägung der Hirohito-Münze als Deckung«, sagte Sherman Skolnick, ein langjähriger, freiberuflicher Rechercheur aus Chicago.

Sie wollen keine undichten Stellen

Skolnick war auch derjenige, der die ursprüngliche Insider-Geschichte über den Zusammenbruch und Wiederaufbau der amerikanischen Continental Illinois Bank untersuchte und der Öffentlichkeit zugänglich machte. Der Zusammenbruch der Bank wurde damals dadurch beschleunigt, daß das japanische Geld herausgezogen wurde und ein Wiederaufbau, der zum großen Teil wiederum mit japanischem Geld geschah.

»Auf der La Salle Street (dem Dreh- und Angelpunkt der mittelamerikanischen Finanzwelt)«, sagte Skolnick, »ist die Sanwa Bank of Osaka sehr stark vertreten. Die Leute hier beginnen sich zu fragen, wer den Zweiten Weltkrieg eigentlich gewonnen hat.«

Skolnicks Behauptung, die Japaner hätten mit Paul Volckers Federal Reserve Bank einen Handel gemacht ähnlich dem der Nixon-Regierung in den siebziger Jahren mit Saudi Arabien – einer geheimen Vereinbarung, den Kauf von Schatzpapieren durch Gold zu stützen –, wurde von einer anderen zweiten Quelle, unabhängig von Skolnicks Recherchen, untermauert.

Der zweite Informant sagte: »Woher wissen Sie das?« Er reagierte damit auf die Frage nach dem mit Gold gestützten Geschäft. »Ich weiß davon schon seit längerer Zeit«, fuhr er fort, »doch mir ist es absolut nicht gelungen, eine schriftliche Bestätigung dafür zu bekommen. Sie wollen nichts darüber durchsickern lassen.«

Skolnick, dessen Enthüllungen sich in der Vergangenheit immer als wahr erwiesen haben, sagte: »Die Japaner kaufen mengenmäßig fast die Hälfte des in der ganzen westlichen Welt abgebauten Goldes und es beeinflußt den Preis nicht im geringsten. Sie behaupten unter einem Deckmantel des Schweigens, sie würden 10 Millionen Münzen zu je 20 Gramm prägen.

Was sie nicht angekündigt haben ist die Tatsache, daß die Münzen ein gesetzliches Zahlungsmittel sein werden, und daß sie dabei sind, den Yen mit Gold zu stützen. Sie wollen unser Papiergeld, den Dollar, nicht und wir schicken ihnen darum Gold.«

Einen Fuß in der Bank America

Skolnick fügte hinzu, daß die Japaner nicht die Absicht haben, ihre Goldmünzen weltweit zu verkaufen. Sie sind in erster Linie für den Kauf im Inland bestimmt, doch werden sie auch an Ausländer verkauft werden.

»Den Japanern gehören etwa 40 Milliarden Dollar als Anteile an der Bank America«, sagte Skolnick und jetzt wollen sie den Besitz an der zweitgrößten Bank des Landes.

Der andere Informant stutzt bei der Nennung des Betrages, der den Japanern angeblich »gehören« sollte, doch er bestätigte, daß Japanern und Chinesen auf Taiwan zusammen gewaltige Mengen an Papieren der Bank America gehören.

»Ein hoher Prozentsatz von Bank American-Papieren gehört Taiwan über japanische Quellen, doch die Summe ist vielleicht wesentlich geringer als die 40 Milliarden Dollar, von denen Sie gehört haben«, meinte diese Quelle.

Skolnick wies darauf hin, daß die Aktiva der Bank America 117 Milliarden Dollar betragen und im Abnehmen begriffen sind, und daß den Japanern davon über ein Drittel gehört.

»Das amerikanische Finanzministerium soll gegen einen weiteren großen Banken-Ausverkauf sein, doch sie wollen auch nicht, daß eine solch große Bank ausländisches Eigentum wird«, meinte Skolnick deutlich. »Der Druck geht los!«

Skolnick wiederholte, daß es der Druck durch die Japaner war, der den Run auf die Continental Illinois verursachte. »Die gleiche Sache, nur in größerem Umfang, könnte am Entstehen sein«, sagte er.

Fünfundzwanzig Prozent aller neu herausgegebenen Wertpapiere des US-Schatzamtes sind von Japanern gekauft worden, so Skolnick, »doch nun kann man auch sagen, warum: sie haben ein besonderes Geschäft gemacht«.

Skolnick und der zweite Informant hoben beide hervor, daß die Saudis in der Ära der Ölkrise einen ähnlichen Vorteil bekommen hatten.

»Dieses Geschäft mit den Saudis wurde – ganz vorsichtig – publiziert, doch der Handel mit den Japanern ist nie erwähnt worden«, fügte Skolnick hinzu.

Die Gedenkmünze Kaiser Hirohitos ist zum Gedächtnis an die 60jährige Herrschaft des japanischen Monarchen gedacht, womit er sich in solcher auserwählter Gesellschaft mit berühmten Monarchen wie Königin Victoria und König Ludwig XIV. befindet.

»Das ist nur ein Deckmantel!«

»Das ist nur ein Deckmantel«, meint Skolnick und zuckt mit den Schultern. »Die Japaner ziehen nur heftiger an dem Goldstrang und da die Vereinigten Staaten sehr wenig richtiges Gold haben, holen wir eine Menge aus Südafrika herein, trotz des dummen Geschwätzes aus dem US-Außenministerium.«

Die Situation der Bank America sieht noch schrecklicher aus, da Brasilien angekündigt hat, es werde die Zinsen auf seine Riesenschuld nicht zahlen. Drei große Banken in den USA halten eine Menge brasilianischer Papiere: die Citybank 4,6 Milliarden Dollar, die Chase Manhattan 2,8 Milliarden Dollar und die Bank America 2,7 Milliarden Dollar.

Die Bank America kann sie nicht abschreiben – sie haben sie nicht. Skolnicks Schlußfolgerung: »Die Japaner kaufen Gold zu einem 40- bis 50prozentigen Rabatt, weil der Wechselkurs für sie günstig ist und sie sind dabei eine Bank zu übernehmen. Ich weiß nicht, wie jemand darauf kommen könnte, sie fielen in die Kategorie eines eroberten Landes.« □



Europa-Journal

Die Stahlkrise ist noch nicht vorbei

In der Europäischen Gemeinschaft wird noch immer sehr viel mehr Stahl produziert, als verkauft werden kann. Und offensichtlich sind die Stahlkocher im Europa der Zwölf nicht bereit, ihre Produktionskapazitäten soweit zurückzuschrauben, wie es die Experten für erforderlich halten.

Seit nahezu zehn Jahren befindet sich die europäische Stahlindustrie in einer ernsten Krise. Der Absatz europäischer Stahlprodukte auf dem Weltmarkt geht zurück, denn neue Konkurrenten wie neue Produkte oder neue Unternehmen drängen auf den Markt, vor allem aus den Ländern der dritten Welt.

1981 stimmten die Stahlunternehmen der Gemeinschaft einem strengen Umstrukturierungsplan zu mit dem Ziel, den überlebensfähigen Teil der gemeinschaftlichen Stahlindustrie zu retten. In fünf Jahren wurden 31,2 Millionen Tonnen Überschuß-Kapazität in diesem Sektor abgebaut.

Die Experten sind jedoch der Meinung, daß noch weitere 27 Millionen Tonnen Überschußkapazität abgebaut werden müssen. Diese Zahl basiert auf einer weder zu optimistischen noch zu pessimistischen Einschätzung der künftigen Entwicklung auf dem Stahlmarkt. Nimmt man eine optimistische Schätzung, dann würden sich eventeull die Überschußkapazitäten auf 21,9 Millionen Tonnen beziffern lassen.

Die europäischen Stahlproduzenten sind offensichtlich nicht bereit, mehr als 9,1 Millionen Tonnen an Überkapazität abzubauen – 7,5 Millionen davon bedingunglos, 1,6 Millionen Tonnen jedoch nur, wenn die nationalen Regierungen sowie die Europäische Gemeinschaft Kompensation leisten und für die Kosten von Sozialplänen für die entlassenen Arbeitnehmer aufkommen. □

Aus Indochina kamen 160 000 Flüchtlinge nach Europa

Seit der Machtübernahme durch die Kommunisten in den drei Ländern Indochinas haben über 160 000 Flüchtlinge aus Vietnam, Kambodscha und Laos in den zwölf Ländern der EG Aufnahme gefunden. Dies sind bedeutend weniger als in den USA (627 970). Dennoch zählt die EG weltweit zu den Hauptaufnahmeländern.

1975 endete der Vietnamkrieg mit der Besetzung des Südens durch die Kommunisten, die den Norden seit über zwanzig Jahren beherrschen. Gleichzeitig übernahmen die Roten Khmer die Macht in Kambodscha, und auch Laos wurde kommunistisch. In den Monaten und Jahren danach und insbesondere nach der Invasion der vietnamesischen Truppen in Kambodscha haben Hunderttausende von Menschen das Land verlassen. Einige von ihnen, die sogenannten »boat people«, wählten den gefährlichen Seeweg.

Die Mehrzahl der Indochina-Flüchtlinge der EG leben in Frankreich. Da die drei Länder Indochinas zum ehemaligen französischen Kolonialreich gehörten oder früher unter französischem Protektorat standen, sprechen viele Flüchtlinge Französisch. □

Die Wüste droht

Die Wüste ist nicht zu stoppen. Tag für Tag bedroht sie in immer stärkerem Maße die schon jetzt mageren Ressourcen des afrikanischen Kontinents. 1986 schlossen sich sechs ostafrikanische Staaten in dem Verbund IGADD (Intergovernmental Authority for Draft and Development) zusammen. Dabei handelt es sich um eine regionale Organisation, deren Ziel es ist, gegen ein weiteres Vordringen der Wüstenregionen in Afrika zu kämpfen. Gleichzeitig soll die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Gebiet gefördert werden.

Die sechs Länder sind: Kenia, Uganda, Äthiopien, Sudan, Somalia und Dschibuti. 100 Millionen Menschen, die in einem Gebiet von 5,2 Quadrat-Kilometern leben, sind von dieser Initiative betroffen, also 26 Prozent der Bevölkerung und 23 Prozent des Territorums südlich der Sahara-Region in Afrika.

Die Lage dort ergibt ein düsteres Bild. Nur ein sehr geringer Teil der kultivierbaren Erde wird wirklich genutzt, die Wasserversorgung ist unzureichend, und der Vormarsch der Wüste bedroht die Existenz der ortsansässigen Bevölkerung. Doch manchmal kann ein Unglück auch Gutes bringen. Die Hungersnot, die seit Jahren diese Region heimsucht, hat zumindest dazu geführt, daß einst verfeindete Länder jetzt friedlich zusammenarbeiten, um gemeinsam ihre Probleme zu lösen.

Der Kommission der Europäischen Gemeinschaft wurde jetzt eine Liste mit Projekten vorgelegt, die im Augenblick von der IGADD behandelt wird. Die EG hat dazu ihr Interesse bekräftigt, daß man nichts unversucht lassen wird, um den Vormarsch der Wüste zu stoppen und die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas zu sanieren. □

1990 voraussichtlich 100 000 Aids-Kranke in der EG

Die Immunschwäche Aids breitet sich mit besorgniserregender Geschwindigkeit aus: Im Oktober 1983 waren in der EG 232 Fälle registriert, 1984 bereits 571, 1985 1412 und im vergangenen Jahr 3354. Die Zahl der Erkrankten verdoppelt sich demnach innerhalb von neun Monaten. Hält diese Entwicklung an, so muß die Gemeinschaft Ende 1990 mit mehr als 100 000 Fällen rechnen.

Nach Ansicht von Sachverständigen werden bis dahin jedoch noch weit mehr Menschen an Aids leiden, da mit einer Dunkelziffer von 50 bis 100 Infizierten, das heißt HIV-Positiven, pro gemeldetem Fall zu rechnen sei. Ein Teil dieser Virusträger werde über kurz oder lang ebenfalls erkranken.

Die Lage ist um so ernstzunehmender, als bislang weder eine Therapie noch ein Impfstoff gegen diese tödliche Immunschwäche bestehen und in naher Zukunft auch nicht zu erwarten sind. Die Öffentlichkeit scheint daher von einer regelrechten Psychose erfaßt, die eine vernünftige Aufklärung erschwert. □

Ist koffeinfreier Kaffee krebserzeugend?

Nach Aussage der beiden führenden Verbraucherverbände der Vereinigten Staaten soll Methylchlorid – eine chemische Substanz, die zur Entkoffeinierung von Kaffee verwendet wird – bei Tieren Krebs erzeugen. Diese Behauptung wird jedoch von der amerikanischen »Food and Drug Administration« energisch bestritten. Sie verwies darauf, daß die Chlorid-Rückstände kein Gesundheitsrisiko für den Menschen darstellen.

Um sich Klarheit in dieser Frage zu verschaffen, hat die EG-Kommission ihren wissenschaftlichen Lebensmittelausschuß um Stellungnahme gebeten. Die Sachverständigen kamen zu dem Ergebnis, daß die gewöhnlich in entkoffeiniertem Kaffee auftretenden Spuren von Chlorid nach dem derzeitigen Erkenntnisstand ein Verbot dieses Entkoffeinierungsverfahrens nicht rechtfertige. Die Frage müsse jedoch erneut geprüft werden, sobald die Ergebnisse noch laufender Untersuchungen über die Risiken dieser Substanz vorliegen. □

Immer mehr Lebensversicherungen in ECU abgeschlossen

Heimlich still und leise macht die europäische Währungseinheit ECU ihren Weg. So beginnt die Verwendung der ECU sich in mehreren EG-Ländern insbesondere bei Lebensversicherungen durchzusetzen. In Frankreich, Italien, den Niederlanden

und Luxemburg ist sie bereits üblich und scheint alle Beteiligten zufriedenzustellen.

Dem Versicherten garantiert dieses System eine größere Wechselkursstabilität und läßt ihm gleichzeitig die Möglichkeit, die ECU jederzeit in nationale Währungen umzutauschen. Sparer sind in der Regel keine Börsenspekulanten und möchten vor Wechselkurs- und Zinsschwankungen sicher sein. Aber auch die Versicherungsgesellschaften kommen – zumindest langfristig – auf ihre Kosten, da ihnen die ECU aufgrund günstiger Umtauschbedingungen größere Gewinnspannen ermöglicht. □

Weniger Wachstum und höhere Arbeitslosigkeit

In ihren jüngsten Prognosen für 1987 sieht die EG-Kommission pessimistischer in die Zukunft als noch im vergangenen Oktober. Danach wird das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr bei 2,3 Prozent statt der ursprünglich angenommenen 2,8 Prozent liegen. Die Arbeitslosenrate der Gemeinschaft wird 11,8 Prozent anstatt 11,7 Prozent betragen.

In den vergangenen Monaten ist die weltweite Entwicklung weniger günstig verlaufen als man im Oktober 1986 erwartet hat. Der Dollar ist schneller gefallen und der internationale Handel zudem erlahmt, was zu sinkenden EG-Exporten und Investitionen in der Zwölfergemeinschaft geführt hat.

Um das Problem der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, bedarf es nach Auffassung der Kommission jedoch einer nachhaltigen Konjunkturbelebung. Dies erfordere eine verstärkte Investitionstätigkeit der europäischen Unternehmen. □

Aspirin taugt für kleine Kinder nicht

Großbritannien verhängt ein Verkaufsverbot für aspirinhaltige Kinderheilmittel. Der Wirkstoff Aspirin steht in dem Verdacht, bei manchen Kindern das Auftreten des sogenannten Reye-Syndroms zu begünstigen, einer Krankheit, die zu Schädigungen der Leber und des Hirns mit teilweise tödlichem Ausgang führt. Obwohl bei dieser Erkrankung mehrere Faktoren eine Rolle zu spielen scheinen, hat sich die britische Pharmaindustrie entschlossen, alle aspirinhaltigen Kinderheilmittel vom Markt zu nehmen.

Weniger streng zeigt sich dagegen der Europäische Ausschuß für pharmazeutische Erzeugnisse. Auf seinen letzten Sitzungen hatte er einen möglichen Zusammenhang zwischen der Einnahme von Aspirin und dem Auftreten des Reye-Syndroms diskutiert und über eventuelle Maßnahmen beraten. Angesichts des derzeitigen Stands der Forschung beschloß er einstimmig, daß ein Verkaufsverbot für aspirinhaltige Kindermedikamente nicht erforderlich sei.

Das Reye-Syndrom gehört zu den äußerst seltenen Krankheiten: In Großbritannien wurden in einem Zeitraum von vier Jahren nur 229 Fälle registriert. □

Mehrwertsteuer auf Briefmarken

Zollbeamte in Lüttich haben eine 19prozentige Mehrwertsteuer auf eine französische Briefmarke von rund DM 2,15 erhoben. Die Marke klebte auf einem von Frankreich nach Belgien versandten Paket, das ein Stickdeckchen im Wert von umgerechnet 16 DM enthielt.

Abgesehen von der Mehrwertsteuer für das Deckchen konnten die Lütticher Zollbehörden den stattlichen Betrag von 8,50 Belgische Franc (DM 0,40) für die Briefmarke kassieren. Dieses Paradebeispiel übertriebener Bürokratie hat die belgische Europa-Abgeordnete Anna-Marie Lizin zum Anlaß genommen, die EG-Kommission zu Gegenmaßnahmen aufzufordern.

Nach Ansicht der Kommission haben die einzelstaatlichen Behörden jedoch das Recht, nicht nur auf den Warenwert, sondern auch auf die Transportkosten Mehrwertsteuer zu erheben. Eine europäische Richtlinie aus dem Jahr 1983 stelle es allerdings den Mitgliedsstaaten frei, Waren, deren Gesamtwert unter 45 DM liegt, von der Mehrwertsteuer zu befreien. □

Mageres Jahr für die Steinkohle

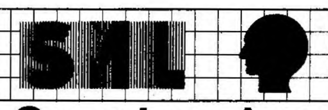
1986 förderte die Europäische Gemeinschaft etwas mehr Steinkohle als im Vorjahr. Gleichzeitig konnte sie ihre Einfuhren aus Drittländern drosseln. Trotzdem sank die Zahl der im Bergbau Beschäftigen um über 10 Prozent.

Durch sinkende Rohölpreise und den Verfall des für den Erdölpreis maßgeblichen US-Dollar haben Mineralölprodukte gegenüber anderen Brennstoffen wie der Kohle an Attraktivität verloren. Auch die schlechte Lage der europäischen Stahlindustrie ist für die Absatzschwierigkeiten der Kohle mit verantwortlich.

Grund für die leichte Produktionssteigerung 1986 um 4,9 Prozent ist in erster Linie die Wiederaufnahme der Förderung in den britischen Bergwerken, deren Produktion 1984 und 1985 durch den großen Bergarbeiterstreik stark zurückgegangen war. Klammert man Großbritannien aus der Statistik aus, so ergibt sich für die übrigen EG-Länder 1986 sogar ein Produktionsrückgang gegenüber dem Vorjahr.

Mit 228 Millionen Tonnen lag die Kohleförderung in der EG insgesamt über den Ergebnissen der beiden vorausgehenden Jahre, jedoch deutlich unter denen der Jahre 1973 mit fast 280 Millionen Tonnen und 1980 mit 260 Millionen Tonnen.

Ferner setzte sich der Stellenabbau in den Kohlengruben der EG auch 1986 weiter fort. Die Zahl der Beschäftigten sank um 10,2 Prozent von 312 800 auf 281 000. Am härtesten betroffen waren die Bergleute in Großbritannien mit 18,3 Prozent und in Frankreich mit 17,4 Prozent. In Belgien betrug der Beschäftigungsrückgang 5 Prozent, in Spanien 2,4 Prozent und in der Bundesrepublik 2 Prozent. □



Superlearning

ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SPANISCH, ITALIENISCH, RUSSISCH

INTENSIVKURSE AN EINEM WOCHENENDE

Anfängerkurse zum „schnuppern" und Auffrisch-Kurse zum wiederholen der Grundkenntnisse an einem einzelnen Wochenende:

- äußerst schnell und sicher
- streßfrei und effektiv
- mit Phantasie und Kreativität
- in kleiner Gruppe
- in entspannter Atmosphäre
- im Kurhotel Haus Buntschu, Bad Mergentheim.

Fordern Sie Infos über Wochenendkurse und Fremdsprachenprogramm an. Jetzt.

SML Studio für modernes Lernen
Postfach 1927, 7030 Böblingen
Tel. 0 70 31/27 74 58 + 51813



Absolut überdurchschnittliche Renditen

per annum in Schweizer Franken erzielten wir kontinuierlich für unsere internationale Klientel in den letzten Jahren.

Wir beraten Sie mit gebotener Diskretion gegenüber jeglichen Drittpersonen.

Fordern Sie noch heute unsere adäquaten Unterlagen an.

Mindest-Investitionssumme ab sFr. 10.000,–

GLOBAL MARKETINVESTIGATION AG
Reberastrasse 10, FL-9494 SCHAAN
Fürstentum Liechtenstein
Tel. 00 41/75/29 6 11
Telex 77 0 80 glag-fl
Telefax 00 41/75/29 6 12
Niederlassungen:
Panama - Panama City
USA - Fort Lauderdale, Florida
Bahrain - Saudi Arabia
Canada - Montreal
Hongkong

Trilaterale Kommission

Es geht um die Zukunft

James P. Tucker

Die Trilaterale Kommission, eine wichtige Gruppierung der Weltschatten-Regierung , kam im März in San Francisco zusammen. Auf der Tagesordnung standen drei wichtige Punkte: Sicherstellen, daß der nächste Präsident der Vereinigten Staaten – wie immer seit Nixon – ein willfähriges Werkzeug ihrer Weltorganisation sein wird; amerikanische Steuergelder weiterhin unbegrenzt über die internationalen Kanäle fließen lassen – insbesondere die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) –, um immer mehr Profite anzuhäufen; amerikanische Militärausgaben für konventionelle Waffen und für die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) auf hohem Niveau zu halten, denn sie sind eine weitere Profitquelle für die internationalen Banker.

Die Trilaterale Kommission wurde von David Rockefeller gegründet und wird von ihm beherrscht. Kurz nach dem Treffen in San Francisco wird sich im Mai die schon früher gegründete Bilderberger-Gruppe ebenfalls hinter verschlossenen und bewachten Türen treffen, und zwar mindestens zwei Tage lang. Bei den Bilderbergern teilt sich Rokkefeller die Macht mit den Rothschilds aus Europa.

Die Macht hinter dem Präsidenten

Den beiden Geheim-Gruppierungen gehört eine bunte Mischung internationaler Banker, einflußreicher politischer Führer und Staatsoberhäupter an. Ihre Frühjahrstreffen sind immer koordiniert und ihre Tagesordnungen werden immer vor dem Jahres-Wirtschaftsgipfel der Industrienationen aufgestellt.

Zu ihren »Abfallprodukten« gehören der Club of Rome, das Council on Foreign Relations (Rat für Auslandsbeziehungen, CFR), das Bretton Woods Kommittee und andere, die von Insidern als die »Junioren« bezeichnet werden. Die Mitglieder der beiden Spitzen-Gruppierungen Trilaterale und Bilderberger sind allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet, und die Treffen finden hinter verschlossenen Türen statt unter strengster Ausschaltung der Öffentlichkeit.

Ein Aspekt ihrer ungeheueren, doch verborgenen Macht ist ihre Kontrolle der amerikanischen Präsidenten. Als Präsidenten waren Gerald Ford und sein Vize, der verstorbene Nelson Rokkefeller, Bilderberger. Jimmy Carter und sein Vize Walter Mondale waren beide Trilaterale.



Bill Bradley steht als Ersatz-Präsidentschaftskandidat bei der Trilateralen Kommission im Gespräch, weil George Bush, Reagans Vizepräsident, wegen des Waffenhandels im Gerede ist.

Sich dem ehemaligen texanischen Gouverneur John Connally bei dessen Feldzug gegen die Trilaterale Kommission anzuschließen, dem sein Rivale George Bush angehörte, half Ronald Reagan im Jahr 1980, die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten zu gewinnen. Doch der Druck, den die Schattenregierung ausüben kann, ist so machtvoll, daß Reagan gezwungen wurde, im Jahr 1980 Bush gegen seinen Willen mit ins Boot zu nehmen.

Reagan änderte seine Meinung

Bush, der wegen seines Trilateralismus von gemäßigten Amerikanern so stark angegriffen worden war, daß er während der Vorwahlen aus der Kommission »zurücktrat«, hielt als Vizepräsident vor der Gruppe im April 1981 eine längere Rede, als man sich damals in Washington zusammenfand.

Im Jahr 1984, als sich die Trilateralen wiederum in Washington trafen, gab Reagan im Weißen Haus einen Empfang für sie. Er war zwar nie ein »Mitglied«, doch Reagan wurde ihr eifriger Diener. Dies zeigte sich in seinem Meinungswechsel über den Beitrag von 8,4 Milliarden Dollar an den IWF, der als »Zinszahlung« für zweifelhafte Darlehen an die dritte Welt und kommunistische Länder direkt an die Banker geschickt wurde.

Der amerikanische Präsident hat seine Meinung, die er als Präsidentschaftskandidat über diesen Transfer vertrat, nicht nur völlig umgekehrt, insgeheim versprach er auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg im Juni 1983 sogar einen Beitrag von insgesamt 50 Milliarden Dollar. Er hat dieses Versprechen mehr als eingelöst.

Wegen des heiklen Problems dafür zu sorgen, daß sie in einem Zwei-Pferde-Rennen um die Wahl des Präsidenten im kommenden Jahr beide Trümpfe in der Hand haben, verschanzten sich beide Gruppen noch weiter in die extreme Geheimhaltung, wie es sie seit einem Jahrzehnt gibt.

Jahrzehntelang haben die Bilderberger die Existenz ihrer Gruppe geleugnet. Danach gaben beide Gruppen schließlich ihre Existenz zu und hielten vor und nach ihren Treffen sogar »Pressekonferenzen« ab, um zu erklären, daß sie nichts getan haben und nichts tun würden. Nachdem immer mehr über die Treffen in die Öffentlichkeit durchsickerte, werden jetzt erheblich größere Anstrengungen unternommen, um größt-mögliche Geheimhaltung zu sichern.

Traditionsgemäß treffen sich die Trilateralen im April und alle drei Jahre, wenn die Vereinigten Staaten Gastgeber sind, kommt man in Washington zusammen, wo auch der Zugang zum Establishment gegeben ist. Doch in diesem Jahr fand das Treffen zwei Wochen früher statt und wurde in San Francisco abgehalten. Unterdessen erzählt das Bilderberger-Personal in New York den Journalisten, daß sie »nicht wissen«, wo und wann sich die Bilderberger treffen werden. Einladungen für die Zusammenkunft sind allerdings schon verschickt worden.

Die Werbetrommel für Bradley gerührt

Trilaterale wie Bilderberger setzen auf Bush, einen Mann aus ihren Reihen, als Präsidentschafts-Kandidaten der Republikaner für 1988. Sie tun es, seit Reagan ins Amt kam. Es herrscht zwar jetzt eine gewisse Nervosität über die politischen Auswirkungen des iranischen Waffenskandals, und man spricht darum bereits von einer »Ersatz«-Wahl.

Es gibt große Unterstützung seitens der Bilderberger und Trilateralen für den demokratischen Senator Bill Bradley, der bei dem Bilderberger-Treff in Gleneagles im vorigen Jahr in ihre Reihen aufgenommen wurde. Das zeigt die politische Delikatheit, wenn er wegen »Terminschwierigkeiten« an dem diesjährigen Bilderberger-Treffen nicht teilnimmt. »Er wollte hinfahren« betonte Bradleys Sekretär.

Unter den Berichten, die von den Trilateralen diskutiert wurden, war einer mit dem Titel »Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten«, der vom Weißen Haus im Januar dieses Jahres herausgegeben wurde. Diese obskure Abhandlung ist von Reagan durch den Kongreß auf Drängen des US-Global-Strategy Council (Amerikanischer Rat für Weltstrategie) verlangt worden.

Der Rat wurde im Jahr 1981 – dem Jahr, als die Trilateralen in Washington zusammenkamen –

dort gegründet. Ihm gehören unter anderem an: Robert E. Ellsworth, eine ehemaliger Botschafter; SDI-Verfechter General Daniel Graham; Dr. Walter Judd, ehemaliger konservativer republikanischer Kongreß-Abgeordneter, der für eine zentralistische Atlantische Union als Schritt zu einer Weltregierung eintritt.

Der »Bericht« wird vom Weißen Haus laut Gesetz gefordert, einem Gesetz, das laut Ray Cline, einem weiteren Mitglied des Rates, vorangetrieben wurde. Es ist keine Kontroverse unter der Trilateralen-Bilderberger-Clique.

Es ist vielmehr ein Propagandawerkzeug, das die Mitglieder benutzen, um die Amerikaner davon zu überzeugen, daß es eine patriotische Tat zur Rettung der Flagge ist, weitere Milliarden Steuergelder für SDI, konventionelle Streitkräfte und Wirtschaftshilfe auszugeben, und nicht ein sicherer Weg, um den Reichtum der internationalen Banker zu vervielfachen.

Bei der Besprechung des Berichts am 10. März sagte Cline, es sei wichtig, das »internationale Wirtschaftselement« in eine Debatte über die nationale Verteidigung der USA zu zwingen.

Der Bericht über die Verteidigung betont wiederholt die »wirtschaftliche Unabhängigkeit« der Vereinigten Staaten in der »Weltwirtschaft« und verlangt nach einer stabilen und wachsenden Weltwirtschaft.

Es liegt im Interesse der USA, daß die Schulden der dritten Welt, die den internationalen Banken zu einem Wucherzins geschuldet werden, abgelöst und das Übel »wachsender Protektionismus« überwunden wird, heißt es in diesem Bericht.

Propaganda für eine Weltregierung

Der Bericht fordert auch eine »Weltordnung« mit »politischem, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt«. Er zitiert »internationale Wirtschaftsbelange wie massive Weltschulden, Handelsungleichgewichte und Verschiebungen im Wettbewerbsvorteil innerhalb unseres Weltwirtschaftssystems mit gegenseitigen Abhängigkeiten« als Thema, dem sich die Elite widmen muß.

Es ist nicht bekannt, wer an der Abfassung des Berichts beteiligt war, der mit Reagans Unterschrift hinausging, auf jeden Fall war es nicht der amerikanische Präsident. Es ist sogar zweifelhaft, ob sich der US-Präsident überhaupt der Tatsache bewußt ist, daß ihm diese Propaganda für eine Weltregierung in den Mund gelegt wird.

Ebenfalls zur gleichen Zeit trafen sich in Washington auch die Mitglieder eines anderen »Ablegers«, die Bretton Woods Society. Ihre Funktion ist es, zu befürworten, daß immer mehr Dollar in Milliardenhöhe für Zuwendungen der Weltbank und des IWF an die dritte Welt und kommunistische Staaten gehen.

Bei diesem Treffen argumentierte der amerikanische demokratische Abgeordnete Dave Obey, daß Reagans Zusage jährlicher Zuwendungen in Höhe von 958 Millionen Dollar ab dem Steuerjahr 1988 nicht ausreichen würde. Dabei stellt dies bereits eine Erhöhung gegenüber den 750 Millionen der letzten drei Jahre dar.

Reagan muß die Empfehlungen des House Budget Chairman, William Gray, zur Verringerung des diesjährigen Defizites um 36 Milliarden Dollar akzeptieren – anstatt 65 Milliarden –, um diese Gelder aufzubringen, äußerte Obey gegenüber der Bretton Woods Society.

Dieser Vorschlag – die Bemühungen in Richtung auf ein von Gramm-Rudman befürwortetes ausgeglichenes Budget zu verringern, um mehr Geld in die dritte Welt und die kommunistischen Länder zu pumpen – wird auch den Trilateralen nahegelegt.

Interessanterweise waren es die gleichen Bilderberger und Trilateralen, die bei ihren letzten Zusammenkünften das amerikanische Haushaltsdefizit für die raketenartig steigenden Zinssätze verantwortlich gemacht haben, die wiederum Schuld seien am Wirtschaftschaos in der dritten Welt. Diese Schuld wurde für die Argumentation verwendet, die USA müßten der dritten Welt helfen, weil sie zu dem Dilemma beigetragen hätten. Nun wird argumentiert, das Defizit könne vergrößert werden, damit die USA mehr Gelder dort hinschicken können. ☐

Endlich Schluß mit Tabakqualm, Schmutzstoffen und Staub

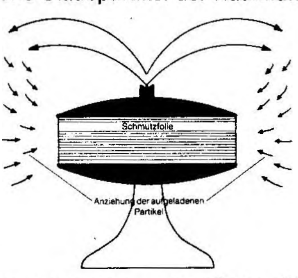
Ein neuartiges, bewährtes Luftreinigungsverfahren

Wissenschaftler stellten fest, daß viele chronische Krankheiten durch Luftverschmutzung verursacht werden. Zwar bekämpfen wir zu trockene Luft mit Befeuchtern; aber die viel schädlicheren Schwebepartikel bleiben unbeachtet, weil diese unspürbar, unsichtbar und oft auch geruchlos sind. Damit ist jetzt Schluß!
Lungengängige Schwebepartikel (z.B. Zigarettenrauch), Schmutzstoffe, Bakterien, Pollen und Allergiestoffe werden mit dem von der Universität in Bern empfohlenen Raumluftreiniger und Ionisator VITAR beseitigt. Das Schweizer Qualitätsgerät reinigt die Raumluft in Wohnräumen, an Büro- und Arbeitsplätzen und auch in Praxisräumen durch ein neuartiges System. Die Stoffe und Partikel werden mit VITAR-Ionen verbunden, aufgeladen und an einem Streifen am Gerät gesammelt.
Das System arbeitet sehr wirkungsvoll und es wird – was sehr wichtig ist – hauptsächlich mikrofeiner Luftschmutz, auch Zigarettenrauch, entfernt!
Diese sensationelle Neuheit erhielt auf der Intern. Erfindermesse in Genf die Silbermedaille. VITAR reinigt die Atemluft wirksam.

Weitere erhebliche Vorteile des Gerätes:
- ★ **Ohne Wasser; keine tägliche Wartung oder Pflege nötig!**
- ★ **Kein Luftzug durch VITAR!**
- ★ **Ohne jegliche Geräusche!**
- ★ **Geringer Stromverbrauch (nur 1 Watt)!**
- ★ **4 Wochen Test möglich (kostenlos, ohne Vorauszahlung). Zahlung erst nach Ablauf der Probezeit oder Rücksendung des VITAR – kein Risiko –!**
- ★ **Geringe Größe (25 cm ∅).**

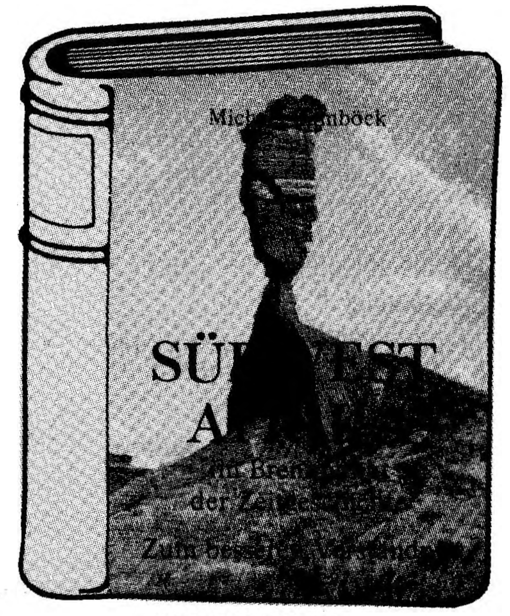
Gerät und Gratisinfos erhalten Sie vom Vertreiber. Die Adresse: VITAL-Versand Tien, In der Märsch 20 D, 4460 Nordhorn, Tel. (0 59 21) 1 31 66.

Aufladung der Schmutz- und Staubpartikel der Raumluft:



Das neuartige, patentierte Wirkungssystem des VITAR-Raumluftreinigers und Ionisators. 40 000fach weltweit bewährt.

Neuerscheinung



SÜDWESTAFRIKA
im Brennpunkt der Zeitgeschichte

7 s/w-Abb., ca. 210 Seiten
Ardagger 1987
Preis: öS 304,–/DM/SFr. 38,–

Bestellungen an den Autor
Dr. Michael Damböck
A - 3321 Ardagger, Markt 86
Österreich

Trilaterale Kommission

Verrat in Moskau

Peter Blackwood

Drei Tage nach der Vollversammlung des Zentralkomitees der sowjetischen Kommunistischen Partei im Januar 1987 landeten Delegationen von Establishment-Führern des New Yorker Council on Foreign Relations (CFR) und Mitglieder der Trilateralen Kommission in Moskau, um Gespräche zu führen mit dem Ziel, Westeuropa der sowjetischen Hegemonie auszuliefern.

Der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow benutzte die Vollversammlung des Zentralkomitees dazu, unablässig auf die Notwendigkeit der »Umstrukturierung der Wirtschaft und Gesellschaft« zu drängen und weitere Säuberungen bei jenen anzudrohen, deren »Hauptanliegen es ist, das Veraltete, Überholte zu erhalten«. Während die westlichen Medien von Gorbatschows angeblicher »neuer Offenheit« entzückt bleiben, sind realistischere Experten in Europa alarmiert.

Des Kaisers neue Kleider

Professor Niels Rosenfeldt vom Slawischen Institut in Kopenhagen verglich in einem Interview mit der »Berlinske Tidende« Gorbatschows »demokratisierende« Reformen auf der Vollversammlung mit Josef Stalins ähnlichen Aktionen auf dem Parteikongreß des Jahres 1937, auf der Höhe der großen Säuberungen.

Die von der Vollversammlung des Zentralkomitees herausgegebene Resolution machte in der Tat deutlich, daß die ergriffenen Maßnahmen mit den Aktionen übereinstimmen, die im Jahr 1983 von Marschall Nikolai Ogarkov zur Beschleunigung der Mobilisierung der sowjetischen Kriegswirtschaft als Vorbereitung für einen thermo-nuklearen Erstschlag gegen den Westen verlangt wurden.

In der Resolution heißt es: »Die gegenwärtige komplizierte, internationale Situation mit den Versuchen militaristischer, imperialistischer Kreise in den USA, die militärisch-strategische Parität zu zerstören und nukleare Überlegenheit zu erzielen, verlangt: eine Beschleunigung im Aufbau unseres Wirtschaftspotentials, eine umfassende Stärkung der Verteidigungskraft unseres Landes, Aufrechterhaltung der Sicherheit des Landes auf einer angemessenen Stufe, Erhöhung der Trainingsstufe und Kriegsbereitschaft der bewaffneten Streitkräfte und der Marine zu permanenter Bereitschaft.«

Dieser Aufbau der Kriegswirtschaft ist es, den die Trilaterale Kommission bereitwillig unterstützen will, zusammen mit Politikern wie dem Bonner Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der durch die letzten Bundestagswahlen frisch gestärkt ist.

Dieses Treffen führender Trilateraler, denen das Forum mit dem Titel »Für einen Frieden frei von Nuklearwaffen und für das Überleben der Menschheit« im Februar folgte, auf dem 700 westliche Persönlichkeiten aus 80 Ländern zusammenkamen, kann nur mit einer Reorganisation jener Vereinbarungen zwischen westlichen und östlichen Insidern, bekannt als »The Trust«, verglichen werden, die der bolschewistischen Revolution vorangingen und sie möglich machten.

Ein globales neues Jalta

Die amerikanischen Trilateralen kamen zu dem Treffen nicht nur nach Moskau, um »des Kaisers neue Kleider« zu bewundern, sondern um Zar Gorbatschow in verräterischer Weise zu huldigen und Zusammenarbeit anzubieten. Es geht um die Zusammenarbeit bei folgenden Projekten: einer gemeinsamen Strategie gegen eine frühe westliche Entfaltung der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI); einer Atomwaffenreduzierung, die die militärische »Abkopplung« des NATO-Bündnisses bewirken würde; umfangreiche Zuflüsse westlichen Kapitals und westlicher Technologie durch ein Programm, das die Engpässe bei der Mobilisierung der sowjetischen Kriegswirtschaft beseitigen würde. Das letzte Ziel wird als eine aktualisierte Version von Lenins »Neuer Wirtschaftspolitik« (NEP) angesehen, die durch Vermittlung der Trust-Büros Zuflüsse ausländischen Kapitals anheizte.

Während einige verleitete »Ehemalige« der Trilateralen tatsächlich glauben mögen, ein »globales neues Jalta« sei möglich – wie diese »nützlichen Idioten« unter den Liberalen an Lenins ursprünglichen Täuschungen des Trusts in den zwanziger Jahren teilnahmen –, wird ihr Verrat dieses Mal Zar Gorbatschow nur helfen, den uralten sowjetischen Traum zu verwirklichen, Moskau zur Hauptstadt »des dritten und endgültigen Roms« zu machen.

Die Moskauer Delegation ist Teil einer vom CFR organisierten Reise, von dessen Gründungsmitgliedern viele – von dem Vanderlip-Rockefeller-Syndikat, den Morgan-Interessen und den Schiffs – zu den Architekten der ersten finanziellen Vereinbarungen zwischen dem Trust und NEP mit Lenin gehörten.

Die Delegation wurde angeführt von Peter Peterson, Peter Tarnoff und John Swing, jeweils Vorsitzender, Präsident und Vizepräsident des Council on Foreign Relations (CFR). Andere Mitglieder der Delegation gehörten zur Führungsgruppe der »neuen Jalta-Bewegung« des liberalen westlichen Establishments. Ferner war Henry Kissinger dabei.

Es war ein Seminar des CFR im Jahr 1959 mit dem Titel »Atomwaffen und Außenpolitik«, mit dem Kissingers Karriere im liberalen Establishment begann und bei dem die wahnsinnige Militärdoktrin »Gegenseitige sichere Vernichtung« (MAD) und der flexible Gegenschlag einschließlich eines begrenzten Atomkrieges propagiert wurden. Kissinger verhandelte weiter mit den



Henry Kissinger gehörte zur Delegation des Council on Foreign Relations beim Besuch in Moskau. Es ist sozusagen die Führungsgruppe der neuen Jalta-Bewegung.

Sowjets über den »verdeckten Kanal« von Bertrand Russels Pugwash-Konferenz – deren Schaffung in den Jahren 1954 bis 1957 der Eckstein der Wiederbelebung des Trusts in der Nach-Stalin-Zeit war – und wurde dann amerikanischer Außenminister. Von diesem Posten handelte er die verräterischen SALT-ABM-Verträge des Jahres 1972 aus.

Die Moskauer Tagesordnung

Und Cyrus Vance war dabei. Vance war der Leiter des »Projekts der achtziger Jahre« des CFR, das nach »kontrollierter Disintegration« der westlichen Volkswirtschaften verlangte. Er war der amerikanische Unterhändler bei der Pariser Friedenskonferenz über Vietnam in den Jahren 1968/69, die sich Kissingers Verbindungen zu den Führern in Hanoi zunutze machte. Später, als amerikanischer Außenminister der Carter-Regierung, schickte Vance Ramsey Clark und andere Beamte des US-Außenministeriums zum Sturz des Schah in den Iran unter dem Deckmantel der Politik einer »islamischen fundamentalistischen Karte«.

Ein führender Verfechter von Kissingers MAD-Doktrin, Harold Brown, gehörte ebenfalls zur Delegation. Brown hat während seiner Amtszeit als Carters Verteidigungsminister die Pugwash-Bemühungen gefördert, den »begrenzten Atomkrieg« in das strategische Denken der USA einzuführen. Brown ist heute ein entschiedener SDI-Gegner.

William Hyland, Herausgeber der CFR-Zeitung »Foreign Affairs«, war Mitglied von Kissingers nationalem Sicherheitsrat der USA. Er begleitete Kissinger und Helmut Sonnenfeldt auf Geheimreisen nach Moskau zu den SALT-ABM-Verhandlungen.

Einem IREX-Sprecher zufolge, der Firma, die die CFR-Reise organisiert hat, sind die tatsächlichen Pläne für die Verhandlungen in Moskau von den CFR-Mitgliedern geheimgehalten worden. Abgesehen von dem publik gemachten Treffen mit dem Sowjetführer Gorbatschow, bat die Delegation um Gespräche mit: Premier Nikolai Ryzhkow; Staatspräsident Andrej Gromyko; dem neu ernannten Kandidaten und Politbüromitglied Alexander Yakovlev, auch Chef der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees; Politbüromitglied und Gosplan-Vorsitzenden Nikolai Talyzin; dem Sekretär des Zentralkomitees Anatoli Dobrynin, Chef der Internationalen Abteilung; Marschall Sergei Akhromeyev, Chef des Generalstabes; und dem Wirtschaftswissenschaftler Aganbegyan, der als Berater Gorbatschows eine Wiederbelebung des NEP zum Ausbau Sibiriens bewirkt hat.

Inzwischen begann der CFR vor kurzem ein Seminar über Handelskriege durch Zölle und Sanktionen, die das amerikanische Bündnis mit Westeuropa und Japan zu sprengen drohen; ein weiterer Schritt in der Eskalation des »Projekts der achtziger Jahre«. Während die Trilateralen den Handel und die Investitionen zusammenbrechen lassen, ist die Sowjetunion in Westeuropa, dem Nahen Osten und Südamerika und anderswo mit großen Verträgen eingestiegen, die sich auf mehrere Milliarden Dollar belaufen.

Moskaus Schicksal liegt im Pazifik

Seit Gorbatschows Ankündigung eines Entwicklungsprogramms für Sibirien anläßlich einer Rede in Waldiwostock im Juli 1986 hat der Kreml durch Angebote von Joint-ventures und selbst von Konzessionen nach westlichem Kapital und westlicher Technologie angefragt. Wie Graf George Ignatiev aus Kanada auf der Grundlage von Treffen und Gesprächen mit Georgii Arbatov vom »USA und Kanada Institut« berichtet, wird zusammen mit diesem Vorschlag betont, daß das Schicksal der Sowjetunion in Asien und am Pazifik liegt.

Dies hat appeasement-orientierte Westler nicht davon abgeschreckt, sich der sowjetischen Politik zu verdingen. Insgesamt 100 große amerikanische, deutsche, japanische und andere Firmen haben bisher Verträge unterzeichnet und damit Gorbatschows Wladiwostock-Vorschläge akzeptiert. □

Trilaterale Kommission

Gorbatschows Schalmeien

Moskau lobt die Trilaterale Kommission. Beweis dafür ist ein Artikel des sowjetischen Wochenblattes »Neue Zeit«. Der Beitrag ist überschrieben mit den Worten »Ein Elite-Ausschuß«. Er ist eine Antwort von Y. Fyodorov auf einen Leserbrief mit Fragen über die Trilaterale Kommission.

In der sowjetischen Wochenzeitschrift »Neue Zeit« schreibt Fyodorov über Rockefellers Trilaterale Kommission:

Informationen über die Trilaterale Kommission sind spärlich. Das Organ wurde im Jahre 1973 auf Initiative von David Rockefeller, dem damaligen Kopf eines der mächtigsten Finanzimperien des Westens, gegründet. Zu seinen Mitgliedern gehören über 300 prominente Geschäftsleute, Staatsmänner und Wissenschaftler wie Zbigniew Brzezinski, Alexander Haig, Henry Kissinger, Raymond Barre, Otto Wolff von Amerongen und Saburo Okita.

Begrenzung nationaler Souveränität

Ehemalige Kommissionsmitglieder haben einflußreiche Regierungspositionen in kapitalistischen Staaten inne. Fast die Hälfte der Mitglieder sind Bosse großer, besonders internationaler Unternehmen. Deshalb wird die Kommission von Presseleuten manchmal als »unsichtbare Regierung« bezeichnet. Die Definition ist etwas weit hergeholt, obwohl das Interesse, das ihre Aktivitäten geweckt haben, durchaus legitim ist.

Ihre Berichte beziehen sich auf viele Themenbereiche – die Bedrohung durch den Atomkrieg, regionale Konflikte, Hunger in der dritten Welt, Ökologie und wachsende Arbeitslosigkeit. Die Wurzeln aller wirtschaftlichen Übel in der kapitalistischen Welt werden vor allem dem Widerspruch zwischen der wachsenden Unabhängigkeit und nationaler Souveränität der Staaten zugeschrieben.

Die Kommission arbeitet an verschiedenen Projekten zur Verkündigung von Mitteln und Wegen staatsmonopolistischer Regulierung der Wirtschaft zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen, um internationale Unternehmen und Banken dominierende Positionen zu sichern.

Die internationalen Monopole und ihre Ideologien streben die Begrenzung nationaler Souveränität an, die ihre Aktivitäten behindert, und zielen auf Schaffung angemessener supra-nationaler Mechanismen ab, um ihre Ansprüche zur Kontrolle der kapitalistischen Weltwirtschaft zu bekräftigen.

Pläne zu trilateraler Sicherheit

In letzter Zeit hat die Trilaterale Kommission den Problemen internationaler Sicherheit beträchtliche Aufmerksamkeit geschenkt. Ungeachtet ihrer politischen und Klassen-Sympathien und Antipathien sind sich die Kommissionsmitglieder darüber im klaren, daß »ein Atomkrieg eine Katastrophe wäre, von der sich unsere Erdkugel vielleicht nicht mehr erholen würde«, und sie versuchen sich von den abenteuerlichen Plänen zu distanzieren.

So gibt ein Bericht mit dem bedeutungsvollen Titel »Trilaterale Sicherheit« ein realistisches Bild von Reagans Plan zur Entwicklung eines ABM-Systems mit Stützpunkt im Weltraum. Experten glauben, daß selbst wenn die äußerst komplizierten technischen Probleme gelöst würden, »die Stationierung von BMD durch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ei-

Trilaterale Kommission

Gorbatschows Schalmeien

nen weiteren Wettbewerb bei den offensiven Nuklearwaffen wahrscheinlich beschleunigen würde, was kostspielig und gefährlich wäre«.

Die Kommission befürwortet auch eine baldige Vereinbarung über einen totalen und universellen Stopp von Nukleartests. Sie unterstreicht die Notwendigkeit der Konsolidierung nuklearer Nichtweiterverbreitung und rügt die Stationierung eines strategischen MX-Raketensystems für einen Erstschlag in den Vereinigten Staaten.

Während sie Pläne zur Gewährleistung »trilateraler Sicherheit« vorbringt, das heißt Sicherheit der drei Zentren des Kapitalismus, verzichtet die Kommission jedoch zur gleichen Zeit nicht auf die bewaffnete Konfrontation mit dem realen Sozialismus und progressiven Regimen der dritten Welt. Sie will den Rüstungswettlauf nicht stoppen, sondern die »effektivsten« Richtungen für den Rüstungsaufbau feststellen.

Soweit die Zitate aus der sowjetischen Wochenzeitschrift »Neue Zeit«.

Ruf nach einem Wirtschafts-Jalta

Der folgende Artikel erschien in der spanischen Tageszeitung »El Pais« unter der Überschrift »Der sowjetische Markt als Notwendigkeit«. Der Autor ist Luis Solana, Präsident der nationalen Telefongesellschaft und Vorstandsmitglied der Trilateralen Kommission:

Es ist beeindruckend zu beobachten, wie die Suche nach Märkten für Länder und Firmen ein fundamentales Problem zu werden beginnt. Das Schlechte daran ist, daß es eine gefährliche Eskalation gibt dabei zu verkaufen, wo immer und wie immer man kann. Die entwickelten Volkswirtschaften brauchen die Öffnung zum Osten als unerläßlichen Schritt in Richtung einer stabileren und ausgeglichenen Weltwirtschaft.

Leider wird die Geschichte der Menschheit von notwendigen Situationen geplagt, die scheiterten, weil sie nicht möglich waren. Doch heute haben Notwendigkeit und Möglichkeit zusammengefunden.

Die neue Führung in der UdSSR hat die Möglichkeit, dem Westen ein wirtschaftliches Jalta unberechenbarer Konsequenzen für die Weltwirtschaft im allgemeinen und die entwickelten Länder im besonderen anzubieten. Einen Markt für Technologien zu liefern, wäre ein solches Angebot. In der Operation Mirror könnten die Führer des Westens Märkte für die Technologie bekommen. Selten kann man solch hoffnungsvolle Möglichkeiten sehen, der Krise, die droht, zu entkommen.

Die Führer des Westens sollten sich die wirtschaftlichen Möglichkeiten anschauen, die sich in der UdSSR eröffnen, um neue Bereiche für Firmen und Länder zu erschließen. Für Europa bietet die UdSSR die Chance, Forschungs- und Entwicklungskosten zu amortisieren, die viele Firmen in ihrem Wettbewerb mit den USA in den Ruin treiben.

Für Japan ist das sowjetische Sibirien der Wirtschaftsraum der letzten hundert Jahre. Für die USA ist es die Gelegenheit, Wirtschaftsergebnisse zu erzielen – ich spreche nicht von den Politikern – als ihren Triumph im dritten Weltkrieg, der nie stattgefunden hat.

Für die Menschheit, die sieht, wie die entwickelten Länder anfangen, aus der Krise herauszukommen, doch nicht die anderen Länder, bietet es eine Hoffnung, daß die positiven Ergebnisse auch sie erreichen werden, weil sich die beiden Blöcke in einem zweiten Wirtschafts-Jalta befinden. Und mit Gottes Gnaden in einem zweiten politischen Jalta.

Gorbatschows Friedens-Posse

Der folgende Artikel wurde von Fernando Mezzetti in der italienischen Tageszeitung »Il Giornale« veröffentlicht und trägt die Überschrift »Atomwaffen: Gorbatschow lädt die ›Großen‹ der westlichen Welt nach Moskau ein«:

Nachdem er einige innenpolitische Probleme gelöst hat, hat Gorbatschow eine breite Offensive zur Eroberung der internationalen öffentlichen Meinung unternommen. Einige Hundert der bedeutendsten Persönlichkeiten der westlichen Welt wurden vom Kreml für den 14., 15. und 16. Februar zu einer großen Konferenz mit dem Thema »Frieden in einer atomwaffenfreien Welt« eingeladen. Bei den Eingeladenen handelt es sich in erster Linie um die bekanntesten Namen des westlichen Kapitalismus, Industrielle und Banker. Dazu Politikwissenschaftler, Sozialwissenschaftler, Philosophen, Schriftsteller, Künstler, Vertreter von Kultur und Religion.

Es heißt, die Einladungen seien ergänzt durch ein Flugticket erster Klasse und angemessene Unterkunft.

Angesichts der unterschiedlichen Interessen und Aktivitäten der Teilnehmer wird die Konferenz auf der Basis mehrerer Diskussionsgremien organisiert. In jedem dieser Gremien wird eine hochrangige Persönlichkeit der Sowjetunion den Vorsitz führen.

Die reine Tatsache der Organisation der Konferenz und der Teilnahme zahlreicher und wichtiger Persönlichkeiten wird von Beobachtern als schlaue und raffinierte Initiative Gorbatschows angesehen. Die illustren Gäste werden gekommen sein, um sich Reden gegen das westliche System, gegen ihre Regierungen anzuhören. Die Palette der Teilnehmer, zu denen Gorbatschow direkt sprechen wird, gewährleistet bereits ein breites internationales Echo für die Initiative.

All dies ist als ein Teil von Gorbatschows Wiederöffnung auf weltweiter Ebene anzusehen, um sein Programm der Abrüstung für das Jahr 2000, das er am 15. Januar letzten Jahres verkündete, mit maximaler Publizität erneut in Gang zu setzen. Mit dieser Konferenz beabsichtigt er eine internationale Mobilisierung einflußreicher Persönlichkeiten – nicht vulgärer Propagandisten – gegen Reagans Weltraumprojekt.

Gorbatschows Erneuerung

Unter der Überschrift »Um seiner Wirtschaft Sauerstoff zu geben, beruft Gorbatschow ein Plenum von VIPs ein« schreibt Giampiero Martinotti in »La Repubblica«:

Das Treffen ist in vier Gremien aufgeteilt. Im ersten geht es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West und es wird organisiert von der Industrie- und Handelskammer der Sowjetunion. Im zweiten werden religiöse Probleme diskutiert und es wird geleitet vom moskowitischen Patriarchen. Das dritte Gremium, an dem die Akademie der Wissenschaften direkt beteiligt sein wird, behandelt Probleme der wissenschaftlichen Forschung und wird die Probleme im Zusammenhang mit der Nuklearenergie in den Vordergrund stellen, ein Thema, das nach dem Tschernobyl-Unfall besonders aktuell ist.

Im vierten Gremium werden kulturelle und wissenschaftliche Probleme zur Diskussion stehen, ein Bereich, in dem Gorbatschows »Erneuerung« sich in sensationeller Weise manifestiert hat.

Sicher ist jedoch das wichtigste Thema das der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West. Die Sowjets haben die Dinge in einem großen Rahmen veranstaltet und einige der wichtigsten Geschäftsleute der westlichen Welt eingeladen.

Die Moskauer Regierung möchte, daß einige Länder des Westens – insbesondere Italien – die Möglichkeit betonen, daß die Sowjetunion dem GATT beitritt, einer Möglichkeit, mit der die Sowjets liebäugeln.

Auf westlicher Seite dagegen liegen die Interessen darin, das Ausmaß der tatsächlichen Öffnung durch die Sowjets zu prüfen. In diesem Punkt gibt es zwei Argumente: die Schaffung von Joint ventures zwischen sowjetischen Industrien oder Firmen und westlichen Unternehmen und insbesondere die neuen Verfahren der Sowjetunion für Handelsbeziehungen im Ausland.

Ab 1. Januar hat die Moskauer Regierung tatsächlich eine Abschaffung einschränkender Bestimmungen begonnen, mit der die Befugnisse des Außenhandelsministers drastisch reduziert worden sind. □

Frankreich

Liberale Demokratie erstickt am Pluralismus

Beat Christoph Bäschlin

Der kompromißlose Pluralismus führt zum Selbstmord der Demokratie. Noch gibt es arglose Gemüter, die diesen Lehrsatz erst mühsam entdecken, so zum Beispiel der französische Armee-Minister André Giraud. Dieser verkündete im letzten Jahr, daß recht verstandene Landesverteidigung auch auf das Gebiet des Informationswesens übergreife. Insbesondere müsse der Desinformation genaueste Aufmerksamkeit gewidmet werden. Darum wollte er eine »Beobachtungsstelle für Desinformation« schaffen. Von dieser Beobachtungsstelle aus hätten der Bevölkerung Anhaltspunkte geliefert werden sollen zur Bewertung der politischen und militärischen Lage.

Der eifrige und wohlmeindende französische Armee-Minister der Regierung Chirac hat einer Selbstverständlichkeit das Wort geredet. Denn was nützen alle Bemühungen zur Bereitstellung einer schlagkräftigen Armee, wenn dem Volk die nationalen und internationalen Belange verzerrt oder falsch dargestellt werden? Gezielte Falschinformation kann bewirken, daß jeglicher Wille zur staatlichen Selbstbehauptung als Hirngespinst kriegslüsterner Offiziere oder geistesgestörter Politiker und Regierungsleute erscheint.

Grundsatzlosigkeit als Grundgesetz

Aber wer bestimmt im liberalen, pluralistischen Staat, was nationales Interesse ist? Die Logik der liberalen Demokratie würde eigentlich fordern, daß die Vertreter der Volksmehrheit dazu berufen sind, verbindlich zu erklären, was nationale Interessen sind und wie weit dieser Begriff zu fassen ist.

Aber je länger je mehr drücken sich die Führer der westlichen Demokratien darum, klare Auskunft zu geben über das, was als nationale Interessen zu gelten hat. Denn es kann eine wirksame Strategie nur geben, wenn die politischen und militärischen Ziele des Staates deutlich ausgesprochen werden.

Die von Verteidigungsminister André Giraud geplante »Beobachtungsstelle für Desinformation« hätte ein erster Schritt sein sollen auf dem Weg zur klaren Abgrenzung der militärischen Aufgaben des Staates. Verteidigungsminister Giraud war sich offensichtlich nicht bewußt, daß er mit seiner Gesamtverteidigungs-Planung in ein politisches Minenfeld geriet, wo philosophische Begriffsverwirrungen wie Selbstschußanlagen zu funktionieren begannen.

Das auf den Armee-Minister eröffnete Feuer war umso heftiger, als dieser vorgesehen hatte, für sein »Beobachtungsinstitut für Desinformation« ausschließlich Journalisten und Medienschaffende zuzulassen, »die ihrer staatsbürgerlichen Pflichten sich bewußt sind«.

Die Freiheit zur Falschinformation

Das war eine deutliche Sprache und eine klare Auffassung von Landesverteidigung. Aber gerade darum waren die vorgesehenen Maßnahmen des nationalen Selbstschutzes eine bloße Utopie. Giraud hatte nicht mit den Dogmatikern des Pluralismus gerechnet.

Für die gesamte Linke und für weite Kreise der liberalen, bürgerlichen »Mitte« bedeutet jede zielbewußte Gesamtverteidigungsabsicht nichts anderes als eine »untragbare Herausforderung«. Darum mußte die »Giraud-Doktrin« schnellstens in der Versenkung verschwinden. Schließlich bedeutet für die Linke die Informationsfreiheit auch die Freiheit zur Falschinformation. Die ganze marxistische und erzliberale Meinungsmache ließ die großen Orgeln ertönen und spielte mit vollen Registern brausend den Choral von der tiefempfundenen moralischen Empörung über die »faschistischen« Absichten des Armee-Ministers. Das Getöse verlor sich jedoch im wüsten Protestgetue der Studenten und erstarrte fröstelnd in den Eisenbahner-Streiks und Stromabschaltungen, die in Frankreich den Jahreswechsel kennzeichneten.

Doch am 27. Januar 1987 erschien am düsteren politischen Horizont wie ein fahles Nordlicht die abgeänderte »Giraud-Doktrin«. Darin steht kein Wort mehr von einer »Beobachtungsstelle für Desinformation«, geschweige denn etwas von Journalisten mit vaterländischer Gesinnung oder Ähnliches. Nun ist bloß noch die Rede von einer »Arbeitsgruppe Information und Landesverteidigung«.

Es war passiert, was passieren mußte: Gewerkschaften und Journalistenverbände hatten im Namen der »Informations-Freiheit« zum Proteststurm angesetzt gegen jegliches »Beobachtungsinstitut über Desinformation«. Wer es noch nicht gewußt hatte, dem wurde es jetzt beigebracht, nämlich daß für Linkskreise die Informationsfreiheit gleichbedeutend ist mit der Freiheit zur Desinformation, also zur Falschinformation oder zumindest zur Verzerrung der Information.

Natürlich wird das nicht so gesagt, wie es gemeint ist. Zum Beispiel spricht die »Vereinigung französischer Militär-Berichterstatter« in einer Verlautbarung »ihre Beunruhigung« aus, angesichts der verheerenden Folgen, die sich für die Ausübung ihrer Aufgabe einstellen müßten. Die Vereinigung lehnt jede Maßnahme entschieden ab, die eine Meinungskontrolle bedeutet.«

Kapitulieren, eine liberale Tugend

Damit wird schlicht gesagt, daß man sich zum Beispiel weigert, jemals einen von der Sowjetunion gebilligten oder angezettelen Krieg als solchen zu bezeichnen. Die nationalen Belange Frankreichs spielen für diese durch und durch ideologisierten Zeitungsleute überhaupt keine Rolle mehr.

Die Regierung Chirac ist eine denkbar schwache Regierung. Deshalb hat man vor den linken Meinungs-Diktatoren sang- und klanglos kapituliert. In Frankreich gilt in vermehrtem Maße, was im gesamten »freien Westen« die Regel ist, nämlich, daß der Linken ein fast absolutes Meinungsmonopol zugebilligt wird. Darum befindet die Linke in allen Staaten des Westens in souveräner Weise darüber, was in den Massen-Medien als verteidigungs-wertes nationales Interesse zu gelten hat. Insbesondere versteht sie es, jede antikommunistische Regung im Keim zu ersticken.

Die links-extreme Zeitung »Libération« ließ verlauten, daß die von der liberalen Regierung Chirac vorgesehene Kommission »Landesverteidigung und Information« vermutlich von der Journalistin Josette Alia vom marxistischen »Nouvel Observateur« präsidiert werde. Das ist die rechtgläubige Meinungsküche. Denn der »Nouvel Observateur« hat die französische Armee stets bekämpft, besonders als diese in Indochina und Algerien Krieg führte.

Die nationalistische Pariser Tageszeitung »Présent« berichtet, daß der »Nouvel Observateur« spezialisiert sei in Sachen Desinformation. Dort sei stets der sowjetische Standpunkt vertreten worden, wonach die »Befreiungsfronten« Vietnams und Algeriens »spontane Volkserhebungen« seien, die nicht das geringste mit sowjetischer Globalstrategie zu tun hätten.

Das Abwürgen der »Giraud-Doktrin« beweist einmal mehr, daß die westlichen Demokratien wegen ihrer pluralistischen Ideologie dem totalitären Marxismus wehrlos ausgeliefert sind. □

Keinen Beifall für den Neuen

Victor Marchetti

In einem kühnen, doch übereilten Schritt hat das Weiße Haus den FBI-Direktor William Webster zum Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA gemacht. Bereits die Wahl hat große Kontroversen in der amerikanischen Geheimdienstwelt ausgelöst. Kontroversen, die drohen, in den US-Kongreß überzugreifen.

William Webster, ein Republikaner aus dem US-Bundesstaat Missouri, der von US-Präsident Jimmy Carter im Jahr 1978 zum Direktor des FBI ernannt worden ist, genießt in Geheimdienstkreisen nicht unbedingt einen besonders guten Ruf. Einige altgediente Fachleute dieser geheimnisvollen Kunst stellen seine Leistungen als Spionfänger – der primäre Verantwortungsbereich des FBI-Direktors in der Geheimdienstarena – sehr in Frage.

Spionieren im eigenen Haus

Vielleicht der ernsthafteste Einwand, der gegen Websters Ernennung vorgebracht wird, ist die Befürchtung, daß er den CIA dazu benutzen wird, gegen amerikanische Staatsbürger und andere Personen innerhalb der Grenzen der USA zu spionieren.

Unter seiner Führung hat es im FBI eine ominöse Tendenz gegeben, sich in die Tätigkeiten der Schwesterorganisationen Drug Enforcement Agency (Drogenbehörde) und Immigration and Naturalization Service (Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörde) im US-Justizministerium einzumischen. Informanten im Ministerium zufolge ist dieser Trend seit der Ernennung des führeren Stabschefs des Weißen Hauses, Edwin Meese, zum Justizminister noch deutlicher geworden.

Ein Beispiel, das von diesen Kritikern zitiert wird, ist der jüngst aufgedeckte Plan des INS (Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörde) in Zusammenarbeit mit dem FBI geheime Verhaftungen und geheime Gerichtsverhandlungen »bestimmter Ausländer und Nationalitäten« durchzuführen und sie in »Konzentrationslagern« zu internieren.

Obwohl es keinerlei Beweise dafür gibt, daß Webster gleichen Sinnes ist wie Meese, was solch zweifelhafte, »legale« Aktionen angeht, hat allein die Tatsache, daß er sie zu dulden scheint, große Besorgnis darüber hervorgerufen, daß er den CIA in Geheimdienstoperationen im Inland hineinziehen könnte.

»Das Letzte, was wir gebrauchen können«, sagte eine ehemaliger Beamter der Behörde, »ist, wieder in dieses Syndrom hineinzugeraten. Der CIA kann es sich nicht leisten, erneut so ein Problem zu haben, wie es von Angleton verursacht wurde.«

James Angleton war der ehemalige Gegenspionagechef im CIA, dessen Spionageoperationen im Inland unter der Nixon-Regierung in der Zeit nach dem Watergate-Skandal aufgedeckt wurden.

Zu diesem Zeitpunkt ist Webster offenbar sicher, die Zustimmung vom Präsidenten und Senat zu haben. Viele im CIA sind für ihn trotz seiner mangelnden Erfahrungen auf solchen Gebieten wie technologischer Datensammlung und Geheimdienstanalyse.

Sein Ruf ist nicht allzu gut

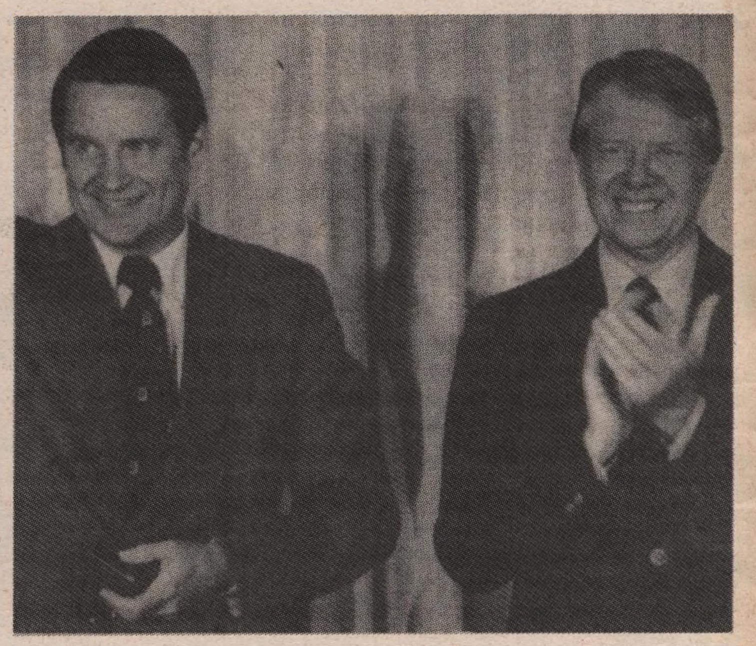
Einigen Informanten in der Behörde zufolge, die ihren Kollegen bei der Spionageabwehr nicht so ganz trauen: »Die Geheimdienstler hoffen, daß er eine erhöhte Beteiligung der Behörde an Operationen im Inland unterstützen wird. In der Nixon-Ära haben sie Geschmack daran bekommen, und es hat ihnen gefallen.«

»Sein Ruf ist nicht allzu gut«, murrte eine ehemaliger CIA-Beamter, der auf Gegenspionage spezialisiert war. »Das ›Jahr des Spions‹ (1985) passierte zu seiner Zeit. Ja, eine Menge Leute, die für den KGB und andere Geheimdienste wie den Mossad gearbeitet haben, wurden geschnappt. Doch das FBI hat dabei keine große Arbeit geleistet. Sie haben bei fast jedem Fall von uns, der Nationalen Sicherheitsbehörde oder jemand anderem in den Geheimdienstkreisen einen Tip bekommen.

Selbst dann leistete das FBI keine besonders gute Arbeit. Sie scheiterten bei der Überwachung von Edward Lee Howard (einem CIA-Überläufer, der



US-Präsident Ronald Reagan stellt William Webster als neuen Chef des US-Geheimdienstes CIA vor.



US-Präsident Jimmy Carter berief Webster 1978 zum Direktor des FBI.

Geheimnisse an den KGB verraten hat und im vergangenen Jahr nach Moskau entkam), als wir ihnen diese Aufgabe übertrugen und sie verursachten ein großes Chaos in ihrem eigenen Fall mit Richard Miller (dem ersten FBI-Agenten, der jemals wegen Spionage für die Sowjets verhaftet worden ist). Er ist immer noch nicht überführt.«

Andere peinliche Punkte hinsichtlich der Leistungen des FBI und damit der Websters betreffen Geheimdienstbeamte des CIA und des US-Verteidigungsministerums zufolge, die Affären Yurchenko und Pollard. Der CIA ist besonders verbittert über die Rolle des FBI bei Vitaly Yurchenkos Rückkehr zu den Sowjets. Der KGB-Offizier war im Jahr 1985 in Italien zum CIA übergelaufen, und wenige Monate später wandte er sich gegen seine Beschützer und kehrte in die Sowjetunion zurück.

Diese Quellen behaupten, das FBI sei gewarnt worden, Yurchenko sei unsicher und wahrscheinlich ein Doppelagent, der sorgfältig bewacht werden müsse. Der Behörde gelang es jedoch nicht, den KGB-Mann unter genauer Beobachtung zu halten, und so konnte er über die sowjetische Botschaft in Washington wieder in die Sowjetunion zurückkehren und verursachte den Vereinigten Staaten damit große Peinlichkeiten.

Der Fall Jonathan Pollard dagegen, dem Geheimdienstexperten der Marine, der für die Israelis spioniert hat, ist vom FBI mit Erfolg erledigt worden. Dennoch hat man der Behörde in Geheimdienstkreisen vorgeworfen, gegenüber solch offenkundigen Israel-Verfechtern wie Pollard und den Aktivitäten von Mossad-Agenten, deren Tätigkeit in den USA bekannt ist, nicht wachsam genug zu sein.

Der Mann, der es nicht schaffte

Vor der Bestallung von William Webster zum neuen Chef des CIA hatte man im Weißen Haus als Nachfolger von William Casey einen anderen ausgeguckt. Casey war durch einen Schlaganfall arbeitsunfähig geworden. Der Mann, der zunächst Chef des CIA werden sollte, war Robert M. Gates.

In Geheimdienstkreisen hatte der Vorschlag von Gates zum CIA-Direktor hinter den Kulissen einen Feuersturm entfacht. Einige Kritiker sehen Gates als einen karrierebedachten, unterwürfigen Bürokraten, der sich davor hüten wird, die Art von risikoreichen Geheimoperationen durchzuführen, wie Casey es tat.

Trotzdem sollten einige Fakten dargestellt werden, denn sie beleuchten den Hintergrund einer der wichtigsten Geheimdienstbehörden der USA. Gates Anhörungen vor dem amerikanischen Senat haben sich auf sein Wissen und seine Beteiligung an dem verpfuschten Handel Waffen gegen Geisel mit Iran und Israel konzentriert sowie die Umleitung von Geldern daraus zur Unterstützung der nicaraguanischen Contras.

Außerdem hatte sich Gates einen schlauen Weg ausgedacht, um sich selbst und die Rolle der Behörde im iranisch-israelischen Waffenskandal zu verdecken: er wies seinen Generalinspekteur an, die interne CIA-Untersuchung über die gescheiterte Operation neu zu eröffnen und bot jenen Beamten, die darüber wußten oder darin verwickelt waren, erneut Gelegenheit, hervorzutreten und sich zu erklären.

Er verkündete auch, er »würde seinen Rücktritt« als Direktor des CIA in Erwägung ziehen, wenn der Präsident jemals von ihm verlangen würde, eine solche Operation vor dem Geheimdienst-Überwachungsausschuß des US-Kongresses geheimzuhalten.

Gates trat dem CIA im Jahr 1966 bei, um hier seine berufliche Laufbahn zu beginnen, nachdem er am College von William und Mary in Virginia einen akademischen Grad und an der Universität von Indiana den Magistertitel erworben hatte. Nach der Grundausbildung erhielt er Geheimdienstberichtaufgaben in Angelegenheiten der Sowjetunion. In dieser Anfangszeit besuchte er Abendvorlesungen an der Universität von Georgetown und machte den Dr. phil. in Russisch und sowjetischer Geschichte.

Im Jahr 1974 wurde er zum Stab des Nationalen Sicherheitsrates der USA ins Weiße Haus versetzt und diente unter den Präsidenten Nixon, Ford und Carter. Er bekam gute Noten von Vorgesetzten wie Zbigniew Brzezinski und einen Ruf als Arbeitswütiger unter Kollegen.

Im Jahr 1980 kehrte er ins CIA-Hauptquartier zurück, um unter Casey zu arbeiten.

Anschließend wurde er Mitglied im Nationalen Geheimdienststab, um an Einschätzungen der sowjetischen Möglichkeiten und Absichten zu arbeiten. Casey machte ihn später zum Vorsitzenden dieses Stabs und dann zum stellvertretenden Direktor für Spionage, wobei er mehrere ihm vorgesetzte Beamte überging.



Robert Gates sollte nach dem Willen vom William Casey CIA-Chef werden.

Anfang 1986 – nach dem Rücktritt des damaligen stellvertretenden CIA-Direktors John McMahon (angeblich wegen Caseys Hang, die Behörde in schlechte geplante Geheimoperationen wie die Iran-Contras-Affäre zu verwikkeln) – wurde Gates zum neuen stellvertretenden Chef gewählt und zählte somit zu den möglichen Nachfolgern Caseys.

Zwiespältigkeit über die Aufgabe

Über den Zweck des CIA wird innerhalb und außerhalb der Behörde seit Jahren diskutiert. Traditionell ist die Frage immer zugunsten der operierenden Geheimagenten entschieden worden. Selbst amerikanische Präsidenten, die bei ihrer Amtsübernahme versprachen, den Zweig der Geheimoperationen des CIA abzuschneiden, neigten dann später doch dazu, diese zu dulden, wenn sie einmal erkannt hatten, daß solche Operationen ein praktisches Mittel waren, mit dem ihre Regierungen sich in Aktivitäten engagieren konnten, die sie vor der amerikanischen Öffentlichkeit und manchmal auch vor dem Kongreß geheimhalten konnten und für die sie dann nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

Die Denkweise der außenpolitischen Lobby im CIA und dem Establishment ging immer dahin, daß der Präsident und die Politikmacher eine spezielle, geheime Möglichkeit haben müssen, um mit jenen Situationen fertig zu werden, die mehr als nur Diplomatie und machmal weniger als offene Militäraktionen verlangen.

Doch in der Gesellschaft der USA und selbst im CIA gibt es viele, die der Meinung sind, daß die Vereinigten Staaten sich weder insgeheim noch auf andere Art in die internen Angelegenheiten anderer Länder einmischen sollten, daß solche Aktionen durch den CIA unproduktiv sind und oft zu Peinlichkeiten für das Land oder schlimmer noch zu paramilitärischen Konflikten und machmal Krieg führen; das alles geschieht im Namen der »nationalen Interessen« der USA, was oft nicht mehr ist als ein Feigenblatt für die Auskundschaftung der Interessen der Großbanken und Unternehmen des Establishments. Die Interessen dieser Cliquen sind normalerweise den Interessen des amerikanischen Volkes diametral entgegengesetzt.

Dieselben verantwortlichen Personen sind der Meinung, der CIA könnte Amerika besser dienen, wenn seine Aktivitäten auf das Sammeln und Analysieren von Informationen über das Ausland begrenzt würde, aufgrund dessen das Weiße Haus und der amerikanische Kongreß dann fundierte und vernünftige Entscheidungen im Hinblick auf die Auslandsbeziehungen und die nationale Verteidigung der USA treffen könnten. □

Weißes Haus

Der Dumme im Waffenhandel

James Harrer

Wie in einem neuen Dokument des amerikanischen Kongresses enthüllt wird, hat der israelische Geheimdienst, Mossad, ein Täuschungsmanöver in Szene gesetzt, um das Weiße Haus in geheime Waffenverkäufe und andere unsaubere Geschäfte hineinzuziehen, die jetzt insgesamt unter dem Namen iranischer Waffenskandal bekannt geworden sind.

In einem 65 Seiten umfassenden Bericht – in dem die 18 Tage dauernden Anhörungen des Geheimdienstausschusses des US-Sentas aus der letzten Zeit zusammengefaßt sind – wird eindeutig gezeigt, wie Israels intensives Streben nach immer umfangreicheren Waffenverkäufen dazu geführt hat, daß US-Präsident Ronald Reagan und seine Top-Berater in eine Reihe dubioser Transaktionen verwickelt wurden.

Unter Anweisung des Mossad

Die gesamte Washingtoner Geheimdienstbürokratie, das FBI, die Abwehr und andere amerikanische Behörden wurden vom Weißen Haus übergangen, als es um Geheim-Informationen über den Iran ging. Der Senatsbericht macht deutlich, daß Reagans Hauptentscheidungen ausschließlich auf »Informationen« von einem Team aus Mossad-Agenten beruhten, nämlich David Kinche, Yaacov Nimrodi, Mosha Mandel, Amiram Nir und andere.

Die Schlüsselbeteiligten an der Iranverschwörung einschließlich dem Waffenhändler Manucher Ghorbanifar, operierten eindeutig unter Anweisungen des Mossad. Damit wurden sie für das Weiße Haus »akzeptabel«, obwohl einige dieser Figuren dem CIA und FBI seit langem wohl bekannt sind als Beteiligte krimineller Verschwörungen – und im Fall Ghorbanifars als Drogenhändler und Anstifter anderer Täuschungshandlungen.

Aus dem Bericht geht hervor, daß Reagan bereit war, sich auf Drängen verrufener Mossad-Quellen in das unglückliche Iran-Abenteuer zu stürzen, ohne den Rat oder Beweise von amerikanischen Geheimdienstbeamten einzuholen.

»Ledeen traf mit Ghorbanifar Ende Juli in Israel zusammen. Auch Kimche, Nimrodi, Schwimmer (Al Schwimmer, ein großer israelischer Waffenhändler) waren dabei«, wie es in dem Senatsbericht heißt.

»Bei dem Treffen gab Ghorbanifar – wie Ledeen es nannte – eine ganze Menge Informationen über den Iran« und sagte, »wenn sich die Beziehungen zwischen Iran und den Vereinigten Staaten verbessern sollen, wäre die einzige, überzeugende Geste, dem Iran zu helfen, Waffen zu kaufen, an die sie sonst nicht herankommen könnten«.

Das ganze Komplott sei zu absurd

Wer sollte diese so schwer erhältlichen amerikanischen Waffensysteme an die schwer geprüften Iraner verkaufen, die in den Krieg mit dem Irak verwikkelt sind und die voraussagbaren Profite einstecken? »Es war das gleiche Konsortium israelischer Agenten – Nimrodi, Ghorbanifar und Konsorten –, das die Vorab-Informationen lieferten«, sagte Alain de Segonza, Experte für Nahost-Probleme.

»Wenn der CIA etwas Ähnliches versuchen würde, so würde die Decke seines Hauptquartiers in Langley einstürzen. Doch der Mossad hat offenbar einflußreiche Befürworter im Weißen Haus. Reagan hat den korrupten israelischen Plan nicht nur gut geheißen, er ist auf den Zug aufgesprungen.«

Der Senatsbericht gibt sogar Hinweise darauf, daß der Präsident dies über die bestürzten Einwände seiner wichtigsten Berater hinweg tat. Über das Manöver befragt, das vorgeblich dazu dienen sollte, die »Beziehungen zum Iran zu verbessern«, warnte Außenminister George Shultz den Präsidenten in einer geheimen Aktennotiz vom 29. Juni 1985 und meinte, das Mossad-Szenario sei »pervers«, »selbst-zerstörerisch« und »gegen unsere Interessen«.

Unter ähnlich vertraulichen Umständen verhöhnte Verteidigungsminister Caspar Weinberger den Mossad-Plan verächtlich und äußerte in einer geheimen Aktennotiz an Reagan, »das ganze Komplott sei fast zu absurd als daß man überhaupt darüber diskutieren könne«.

Erfahrene Washingtoner Journalisten, die sich mit US-Angelegenheiten beschäftigen und die den Senatsbericht kennen und von denen keiner die Hauptimplikationen in den amerikanischen Massenmedien berichten konnte, waren sich auf inoffizieller Ebene darin einig, daß das Iran-Fiasko aus dem entstand, was ein Pressemann »Reagans altbekannten Reflex, Israels Weisungen zu folgen«, nannte.

»Schauen Sie es sich einmal genau an«, sagte ein langjähriger und erfahrener Journalist, »Sie werden feststellen, daß in dieser amerikanisch-israelischen Partnerschaft ein Partner immer weiß, wie er das bekommt, was er haben will.« Dabei wies er auf die folgenden, herausragenden Punkte im Senatsbericht hin:

Fehlorientierung, Schande und Niederlagen

Bei den Waffenverkäufen an den Iran: Sie flossen in rauhen Mengen, sobald der Mossad Anfang des Jahres 1985 den Plan im Weißen Haus präsentiert hatte. »Israel«, so schlußfolgerte der Senatsausschuß, »fühlte sich nicht verpflichtet, jede einzelne Transaktion (Waffenlieferungen nach Teheran) mit den Vereinigten Staaten abzuklären. Die Israelis gingen davon aus, vom Präsidenten auf der Basis einer amerikanischen Verpflichtung die Vorräte aufzustocken, eine Pauschalgenehmigung zu haben.«

Mit anderen Worten, der Kleinstaat in Nahost nahm einfach an, er hätte die Genehmigung der Amerikaner, an den Iran sämtliche Militärsysteme zu verkaufen, die es dem Land verkaufen könne, und sich diese dann wieder kostenlos von Washington neu zu besorgen.

Während sich die üblichen Handelsspannen bei Waffengeschäften über mehrere Millionen Dollar, an denen Regierungen beteiligt sind, zwischen 2,5 und 10 Prozent bewegen, kursierten seit Anfang November Gerüchte, die drei Waffenhändler des Mossad – Nimrodi, Schwimmer und Ghorbanifar – verlangten für Lieferungen, die mit Genehmigung des Weißen Hauses getätigt wurden, horrend hohe Provisionen zwischen 40 und 50 Prozent. Der Senatsbericht hat diese Ansichten zerstreut.

Es heißt hierin ohne einen weiteren Kommentar, Israels tatsächliche Handelsspannen seien viel höher: »Ghorbanifar und Nimrodi gaben zu, Profite bis zu 60 Prozent anzustreben . . . doch der CIA stellte fest, daß eine mindestens fünf Mal so hohe Spanne nötig ist, um die Preise zu rechtfertigen.«

Was tat das Weiße Haus in dieser verzwickten Lage? Man wies den CIA an, sich eine gefälschte Preisliste auszudenken, um die hoch geschraubten Waffenpreise zu rechtfertigen, die von den Israelis verlangt wurden.

Abgesehen von der umstrittenen Ablenkung der Gelder an die anti-kommunistische Armee des CIA in Nicaragua, hat Israel einen weiteren Bonus aus den iranischen Waffentransfers bekommen: geheime Beihilfe für einige seiner eigenen verdeckten Operationen. Ein Teil dieser Gelder ging angeblich auf das Konto eines sogenannten »Verteidigungsfonds der Siedler am Westufer«. Es handelte sich dabei um einen Deckmantel für eine von Rabbi Meir Kahane, dem in Amerika geborenen Gründer der gewalttätigen Jewish Defense League (Jüdische Verteidigungs-Liga), geführte Terroristen-Organisation. □

Waffenskandal

Profite für den Terrorismus

Warren Hough

Einige der Profite aus den in den Jahren 1985 und 1986 mit Zustimmung des Weißen Hauses an den Iran getätigten Waffenverkäufen sind auf ein Konto gegangen, das von Rabbi Meir Kahane, dem Gründer der gewalttätigen Jewish Defense League (JDL) zur Finanzierung eines neuen terroristischen Untergrunds genutzt wurde, der sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im nahen Osten tätig werden soll.

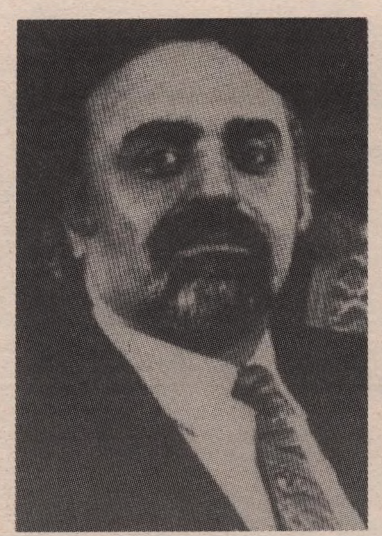
Aus maßgebenden Geheimdienstquellen bei den Vereinten Nationen ist zu erfahren, daß beträchtliche Summen aus den Erlösen des Waffenhandels mit dem Iran, die in die Hunderte Millionen Dollar gingen über ein geheimes Finanzierungsnetz auf ein israelisches Kampfkonto gegangen sind, das von der Kahane-Gruppe in Anspruch genommen wird.

Israel drängte auf diese Geschäfte

Kahane, einer der wenigen, in der Öffentlichkeit in Erscheinung tretenden Personen aus der Schattenwelt des internationalen Terrorismus, hat sowohl in Israel als auch in Amerika intensive Feldzüge geführt, um Gelder für einen »neuen Untergrund« zu beschaffen, um Terroranschläge gegen Feinde und Kritiker des Kleinstaates in Nahost ausführen zu können.

UN-Geheimdienstquellen mit besonderer Sorge um die Sicherheit und den Schutz arabischer Diplomaten und anderer Offizieller aus islamischen Ländern gaben exklusive »Hintergrund«-Informationen über die jüngsten Entwicklungen in diesem Skandal.

Obwohl Israel der islamischen Regierung des Iran seit Ende 1979 Kriegsmaterial geliefert hat, ist dieses Geschäft – so diese Informaten – im Herbst 1985 in eine neue, ehrgeizigere Phase eingetreten, als die Reagan-Regierung begann mitzumachen.



Manucher Ghorbanifar, gebürtiger Iraner, operierte als Waffenhändler im Iranskandal auf Anweisungen des israelischen Mossad.

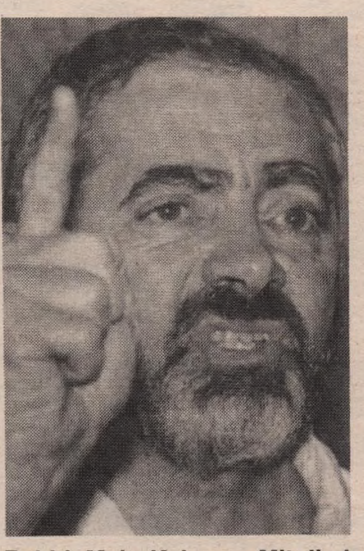
Anfang November 1985 wurden in die Rüstungstransfers über Israel in den Iran hochtechnisierte Waffensystem amerikanischer Herkunft mit einbezogen, die diesen Quellen nach zu urteilen, nicht ohne Zustimmung Washingtons hätten verkauft werden können.

Israel drängte auf diese Geschäfte, weil mit ihnen weitaus höhere Profite gemacht werden konnten als mit konventioneller militärischer Hardware. Wie die Informanten meinten, zahlte die iranische Regierung 48 Millionen Dollar für 120 Hawk-I-Missile-Batterien, die im November 1985 an Teheran geliefert wurden.

Von dieser Summe wurden 18 Millionen Dollar – das war der Grundpreis plus eine Handelsspanne von 80 Prozent – direkt an ein Konsortium israelischer Waffenhändler gezahlt, zu denen Yaacov Nimrodi, Al Schwimmer und ihr aus dem Iran gebürtiger Konsorte Manucher Ghorbanifar gehörten.

Gewinne gingen auf Geheimkonten

Weitere sechs Millionen Dollar »haben sich einfach in Luft aufgelöst«, so diese Informanten, das heißt, sie verschwanden unter den »Machern« und Unterhändlern dieses Geschäfts. Die verbleibenden 24 Millionen wurden auf zwei Geheimkonten bei



Rabbi Meir Kahane, Mitglied der Knesset, legte das Fundament zu einer unversöhnlichen Konfrontation mit der arabischen Welt.

der Genfer Zweigstelle der Schweizer Kreditbank überwiesen.

In den darauf folgenden Monaten ging eine Reihe von Waffenlieferungen in den Iran und die Schweizer Konten vermehrten sich um ein Vielfaches. Geheimdienst-Experten zufolge flossen bis Anfang 1986 überschüssige Gewinne aus diesem Handel auf mindestens zwei bis drei Dutzend Geheimkonten in der Schweiz und Großbritannien.

US-Beamte sagen, die Unterschriftsberechtigten auf diesen Konten – das heißt, die Mittelsmänner, die berechtigt sind Gelder von diesen Konten abzuheben oder einzuzahlen – seien Richard Secord, ein ehemaliger US-Luftwaffengeneral, dessen langjährige Geschäftspartner Albert Hakim und Amiram Nir, ein Mossad-Agent mit Befehlsfunktionen. In Wirklichkeit, so UN-Beobachter, gibt es »eine Reihe überall verstreuter Geheimkonten für diese Gelder« sowie »fünf oder sechs Unterschriftsberechtigte«.

Auf jeden Fall, so diese Experten, habe Robert Gates in einem geheimen Teil seiner jüngsten Zeugenaussage vor dem Geheimdienstausschuß des US-Senats ausgesagt, daß einige dieser Gelder für »Geheimprojekte des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses sowie für den Mossad zurückgestellt worden sind«.

Dazu ist zu erfahren, daß ein geheimgehaltener Empfänger der von dem Mossad ausgezahlten Gelder ein »Verteidigungsfonds für die Siedler am Westufer« war, vorgeblich eine Organisation zur Schulung israelischer Neulinge in diesem besetzten Gebiet in »anti-terroristischen« Taktiken durch Mossad-Lehrer.

Folgen der Finanzierung Kahanes

In Wirklichkeit sagen Geheimdienst-Experten ist dieser sogenannte Siedler-Verteidigungs-Fonds ein Deckmantel für eine halbgeheime Organisation mit dem Namen Tenuat Hameri, eine Bezeichnung, die aus den Zeiten terroristischer Kriegsführung stammt, die von israelischen Immigranten in den Jahren 1945 bis 1947 ausgeübt wurde.

Tenuat Hameri wird als eine Gruppierung von Kahane-Anhängern beschrieben, die entschiedene und gewalttätige Taktiken einsetzen, wobei sie manchmal für den Mossad, manchmal nach Kahane-Befehlen operieren.

»Es ist keine Frage, daß ein großer Teil des von dem Mossad aus den geheimen Iran-Profiten abgezweigten Geldes in das Kahane-Netzwerk gegangen ist«, sagte ein hochrangiger Nahost-Experte mit langjährigen Erfahrungen in der Beobachtung und Analyse von Mossad-Operationen.

Waffenhandel

Profite für den Terrorismus

»Ist sich Präsident Reagan darüber im klaren, daß mit den meisten der gemeinsamen Geheimoperationen, die von amerikanischen und israelischen Agenten durchgeführt wurden, das Problem des Terrorismus auf die eine oder andere Art noch schlimmer geworden ist? Die Finanzierung Kahanes wird die Flammen politischer Gewalt in Nahost und in den Vereinigten Staaten nur noch stärker auflodern lassen.«

Wer ist Rabbi Meir Kahane

Rabbi Meir Kahane, Gründer der gewalttätigen Jüdischen Verteidigungs-Liga (JDL) und jetzt mit einem Sitz im israelischen Parlament, ist in der Öffentlichkeit bekannt als Befürworter eines internationalen Terrorismus. Er befindet sich laufend auf Reisen in Nordamerika, um Gelder und Mitglieder zu beschaffen für einen »neuen israelischen Untergrund«, der »bereit sein muß gegen unsere Feinde loszuschlagen, wo immer sie uns bedrohen«. Dies wird so interpretiert, daß er »Israel und die Vereinigten Staaten« meint.

Bei seinen Reden in Synagogen und anderen Unterstützungszentren für Israel in den Vereinigten Staaten und Kanada gibt Kahane zu, daß der Kleinstaat in Nahost in der Reagan-Ära gut gefahren ist:

»Wir, das jüdische Volk auf der ganzen Welt, waren jahrhundertelang Verlierer. Jetzt sind wir, daß heißt Israel, am gewinnen und es ist mir egal, ob das dem Rest der Welt gefällt oder nicht.«

Doch in einer oft wiederholten Ermahung warnt er, daß das was zählt, ist, »daß wir uns unsere Stärke bewahren und täglich vergrößern und wir zeigen diese Stärke am besten durch direkte Aktionen: wir müssen den Feind schlagen, bevor er uns schlägt«. Zu den »Feinden«, die Kahane zur Zielscheibe seiner »Schläge« gemacht hat, zählen die »arabischen Nationalisten«, so behaupten Quellen, die sein Auftreten in der Öffentlichkeit genau beobachten.

Mit der Behauptung, daß Vertreter amerikanischer Unparteilichkeit in der Außenpolitik »eine Bedrohung für Israel« darstellen, die »ausgerottet« werden müssen, hat Kahane alles angegriffen, was sich ihm in den Weg stellt. Er bezeichnet sie als »anti-israelisch« und »Verfechter arabischer Argumentation« und als »Lanzenträger für die Attacken der Araber« gegen Israel.

Volksaufwiegelung nicht mehr ignorieren

Geheimdienst- und Sicherheitsexperten im UN-Hauptquartier in New York, die die Volksaufwiegelung in der Vergangenheit ignoriert haben, sagen jetzt, sie seien besorgt über diesen neuen Plan ein terroristisches Netz zu aktivieren.

»Wenn dieser Mann es auf mich abgesehen hätte, ich glaube, ich würde verschwinden – am besten in ein anderes Land«, sagte ein langjähriger UNO-Berater, der insbesondere für die Sicherheit der arabischen Diplomaten verantwortlich ist. »Wir sind dabei, einige Sondermaßnahmen einzuführen, um sicherzustellen, daß Delegierte aus islamischen Ländern keiner Gefahr ausgesetzt sind.

Wenn Kahane davon spricht gegen Feinde ›loszuschlagen‹, so ist er genauso eine Bedrohung wie ein Gangster. Dieser Mann bedeutet Mord.«

Was Sicherheitsexperten beunruhigt und die meisten arabischen Gesandten verärgert hat, sind Berichte, daß Kahanes terroristischer Kampfgeist sein Wiederaufleben geheimen Geldmitteln verdankt, die von den Bankkonten stammen, die mit dem iranischen Waffenskandal in Zusammenhang stehen.

Der Leiter der UNO-Mission eines Landes am Persischen Golf: »Es scheint absurd, sinnlos, doch in Wirklichkeit zeigt es, wie sehr das Weiße Haus von israelischen Agenten infiltriert ist, von denen viele ihren politischen Start als Terroristen nahmen. Ihr letztes Opfer war scheinbar die Glaubwürdigkeit und das internationale Ansehen der Reagan-Regierung selbst. Sie müssen gestoppt werden, bevor sie noch mehr Schaden anrichten können.« □

USA

Auf dem Weg in den Krieg

Warren Hough

Amerikas führende westeuropäische Verbündeten verstehen die amerikanische Außenpolitik nicht mehr. Der französische Verteidigungsminister André Giroud bezeichnete die Politik der USA als »verrückt«. Keiner weiß mehr angesichts immer neuer Beweise, unter welcher Fuchtel die Reagan-Regierung steht und welchen Interessenverbänden sie letztlich dient.

Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher – er ist eigentlich seit langem als proamerikanisch eingestellter Politiker bekannt – hat die jüngsten Schritte der USA in Nahost und Europa inoffiziell als »chaotisch« gebrandmarkt. In einem außerplanmäßigen Gespräch in einer kleinen Runde französischer, holländischer und westdeutscher Journalisten beklagte sich Genscher: »Man weiß heutzutage überhaupt nicht mehr, wer oder sogar welche Regierung in Washington das Sagen hat.« Er meint, die amerikanische Außenpolitik erscheine »im besten Fall« unkontrolliert, doch sehr oft ist sie unzusammenhängend, sprunghaft und führt oft zum Eigentor«.



Hans-Dietrich Genscher, Bonner Außenminister, betrachtet die US-Außenpolitik als unkontrollierbar, unzusammenhängend und sie führe oft zum Eigentor. Er wisse eigentlich nicht, wer in Washington regiert.

Reagan gibt Gas und Israel steuert

Was diplomatische UN-Quellen als die ernsteste Vertrauenskrise in die amerikanische Führung betrachten, die die Allianz in den letzten Jahren gespalten hat, kommt daher, daß sich die Reagan-Regierung zunehmend der Führung Israels unterwirft, was die wichtigsten Angelegenheiten der nationalen Sicherheit, der Verteidigunsstrategie, der Außenpolitik und Wirtschaftsprogamme angeht, so behaupten diese Quellen.

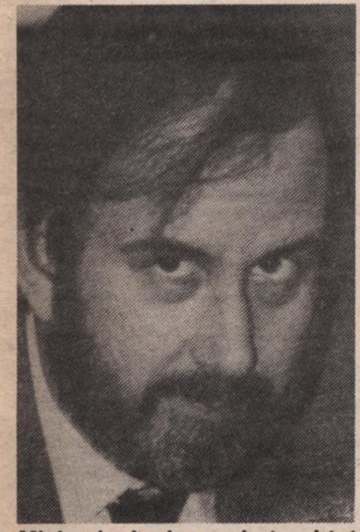
In einer Reihe von Gesprächen beschrieb eine Reihe von erfahrenen, politischen Experten bei den Vereinten Nationen mit Besorgnis die Eindrücke, die im Ausland darüber herrschen, daß eine Gruppe von Agenten des Mossad, des israelischen Geheimdienstes, und deren Anhänger im amerikanischen Kongreß »die Politik in bezug auf Iran – ja sogar den ganzen Nahen Osten und eine Reihe anderer Schlüsselfragen – bestimmen dürfen«.

Seiner trüben Einschätzung der Lage eine heitere Note verleihend, meinte ein junger holländischer Diplomat in einem Vergleich, die US-Regierung sei »ein Rennwagen mit Präsident Ronald Reagans Fuß auf dem Gaspedal, doch Israels Händen am Lenkrad«.

Französische und italienische Delegierte bei der UN – besonders erfahren in Mittelmeer-Angelegenheiten und mit tiefer Sorge über die Krise im Nahen Osten – äußerten sich vor allem kritisch über die jüngsten Schritte der USA in Nahost.

Langfristige Strategie zielt auf Krieg

»Wenn Sie sich nacheinander die amerikanischen Vertreter angehört hätten, die im vergangenen Jahr Italien besucht haben, hätten Sie nicht geglaubt, daß sie aus dem gleichen Land kommen«, meinte ein italienischer Presseattaché. »Da waren die US-Denk-Tanks mit der Heritage Foundation und dem Zentrum für Internationale Sicherheit an der Spitze, die in Rom und in anderen Städten außenpolitische Seminare abhielten. Ihre Redner prangerten den Iran, Syrien, Libyen und andere arabische Länder als ein ›Bündnis von Terroristen‹ und ›Regierungen des organisierten Verbrechens‹ an und forderten die NATO auf, bewaffnete Angriffe gegen sie zu führen.



Michael Ledeen betrachtet sich als persönlichen Abgesandten Ronald Reagans und verlangte nach Protektion und Transportmöglichkeiten für Waffen in den Iran.

Dann waren da die Beamten des US-Außenministeriums, die uns ständig warnten, wenn wir nicht jeden Verdächtigen mit möglichen ›Verbindungen zu Terroristen‹ ins Gefängnis stecken – und das schließe auch Leute ein, die lediglich Kritiker Israels sind –, würden wir nicht mehr länger als Freunde Amerikas betrachtet.

Und dann war da noch Michael Ledeen und Genossen, die in Rom auftauchten und behaupteten, persönliche Abgesandte Präsident Reagans zu sein und nach Protektion und Transportmöglichkeiten für geheime Waffentransfers in den Iran verlangten. Es war schon verwirrend.«

Die gleiche Verwirrung – wenn nicht Chaos – herrschte in den innersten Kreisen der Regierung Reagan in Washington, behaupteten kenntnisreiche amerikanische Geheimdienstquellen.



Für George Shultz, US-Außenminister, und seine Beamten sind Leute, die Israel kritisieren, nicht länger Freunde Amerikas.

»Das fundamentale Problem ist, daß wir für die Forderungen Israels zu empfänglich, wenn nicht gar unterwürfig waren«, sagte ein junger amerikanischer nationaler Sicherheitsexperte aus dem US-Kongreß.

»Die Folgen davon sind, daß mehrere wichtige Ministerien in verschiedene Aspekte israelischer Politik verwickelt wurden. Einige davon sind kurzfristige, andere langfristige Ziele. Die Folgen davon sind buchstäblich eine verrückte Mischung diplomatischen Drucks aus den verschiedensten Richtungen, der sich widerspricht.«

Nach Ansicht dieser Informanten und anderer Experten zielt Israels langfristige Strategie letztendlich auf Krieg ab: gemeinsam, bewaffnete Intervention zusammen mit US-Streitkräften in die Länder um das östliche Mittelmeer und den Persischen Golf, Neutralisierung Syriens und die ölreiche Golfregion unter das Mandat des Kleinstaats.

Dem Tiger auf den Schwanz getreten

Um diesen langfristigen Plan der Israelis durchzuführen, wurden das amerikanische Außenministerium und dessen Kopf, Außenminister George Shultz, dazu überredet, die harte Politik gegen die sogenannten terroristischen Länder, auf die Israel es abgesehen hat, zu unterstützen – eine Politik, die klar und deutlich dazu dienen soll, den Boden für militärische Schritte in der Region vorzubereiten.

Doch kurzfristig – so diese Quellen – benötigt Israel andere Dinge. Das Land will seine riesige Rüstungsindustrie weiter entwickeln und seinen angegriffenen Haushalt durch Schaffung lukrativer Märkte für seine Waffenexporte wieder flottmachen. Dazu war in erster Linie ein Krieg in der Region erforderlich, an dem der Kleinstaat in Nahost nicht teilnahm, und anschließend brauchte er die Mittel, um beiden Seiten Militärgüter zu verkaufen.

Israel erreichte diese Ziele und die Kosten wurden von den Vereinigten Staaten getragen. »Im Jahr 1979 hat der Mossad den CIA in ein Täuschungsmanöver hinein gezogen«, sagte ein ehemaliger Experte des Pentagons, der jetzt für einen großen Washingtoner Rüstungskonzern arbeitet. »Sie schickten falsche Berichte an den irakischen Diktator Saddam Hussein, aus denen hervorging, daß ein Angriff auf den Iran gewagt werden konnte. Dort herrschten nach dem Sturz des Schahs im Jahr 1979 chaotische Verhältnisse.

Getäuscht durch diese gefälschten Geheimdienstberichte griff der Irak seinen größeren Nachbarn an und stellte fest, daß er einem Tiger auf den Schwanz getreten war.«

Während der Golfkrieg in der Region wütete und Hunderttausende von Todesopfern forderte, profitierte Israel in Milliardenhöhe durch Waffenverkäufe an beide Seiten. Das Problem war, daß dieser umfangreiche Waffenhandel immer mehr amerikanische Unterstützung benötigte, und zwar nicht nur, indem man die Deckung für die geheimen Transfers lieferte, sondern auch durch Lieferung hochtechnisierter amerikanischer Waffensysteme, für die die Iraner bereit waren, jeden Preis zu zahlen.

Wer manipuliert die US-Strategie?

Das Weiße Haus war verantwortlich dafür, diese kurzfristige Politik zu unterstützen und zu fördern und die Berater schienen sich nicht darüber im klaren zu sein, daß die Unterstützung der Waffenlieferungen an den Iran mit der langfristigen israelischen Strategie in Konflikt stand, die vom amerikanischen Außenministerium verbreitet wurde.

Dies deckt sich mit den Ansichten der gut informierten UN-Beobachter. »Israels doppelzüngige und destruktive Manöver haben das Land auf internationaler Ebene zu einem Ausgestoßenen gemacht«, sagte Alain de Segonzak, ein angesehener französischer Schriftsteller, der zu Problemen der Weltpolitik Stellung nimmt.

»Doch wenn die US-Strategie anfängt die logischen Zusammenhänge zu verlieren, weil sie hinter den Kulissen von israelischen Agenten manipuliert wird, so wird das zu einer großen Krise führen.« □

Rüstung

USA kaufen eigene Technologie von Israel

Victor Marchetti

Der amerikanische Marineminister John Lehman hat veranlaßt, daß die israelische Mazlat Corporation ferngelenkte Aufklärungsflugzeuge vor allem für den Einsatz im Marinecorps an die amerikanische Marine verkauft. Die Vereinbarung sieht die Lieferung von 21 dieser Kleinstflugzeuge zu einem Preis von 25,8 Millionen Dollar vor. Mindestens fünf davon wurden bereits ausgeliefert.

Oberflächlich betrachtet hat es mit der Vereinbarung nichts besonderes auf sich. Die amerikanische Regierung macht ständig Geschäfte mit Israel, von denen einige weitaus zweifelhafter sind als dieses. Was diesen Vertrag so einzigartig macht ist die Tatsache, daß die Israelis den Amerikanern ihre eigene Technologie verkaufen und ein Windei noch dazu.

Der Wachhund der israelischen Armee

Das Flugzeug trägt den Namen »Pionier«. Nach Spezifikationen der US-Marine gebaut, hat es eine Länge von vier Meter und eine Spannweite von 15,15 Meter. Die Dauergeschwindigkeit beträgt 100 Meilen in der Stunde, es fliegt in einer maximalen Höhe von 4572 Metern und hat eine Reichweite von 900 Meilen.

In der Militärsprache läuft das Flugzeug unter der Bezeichnung ferngelenktes Miniaturfahrzeug (Kleinstfahrzeug). Es handelt sich um die größere Version von Israels Mastiff, das bei der Invasion in den Libanon im Jahr 1982 äußerst hervorragende Dienste geleistet hat. Der Mastiff hieß ursprünglich »Eule«, wurde jedoch in Mastiff (schwere, plumpe Dogge) umbenannt, um deutlich zu machen, daß es sich um den Wachhund der israelischen Armee am Himmel handelt.

Der Pionier soll wie sein Vorläufer, der Mastiff, mit niedriger Geschwindigkeit über Schlachtfelder und Kriegsgebiete fliegen. Ausgestattet mit einer kleinen, doch starken Fernsehkamera, fotografiert er Aktivitäten des Feindes am Boden und übermittelt die Aufnahmen in Realzeit zur Operationsbasis, von wo die Kamera von einer LKW-großen Kontrollstation aus gelenkt beziehungsweise das Flugzeug ferngesteuert wird.

Die von dem ferngelenkten Kleinstfahrzeug gesammelten Video-Informationen werden gleichzeitig auch an die Militärhauptquartiere geliefert, die die Feldoperationen unter sich haben.

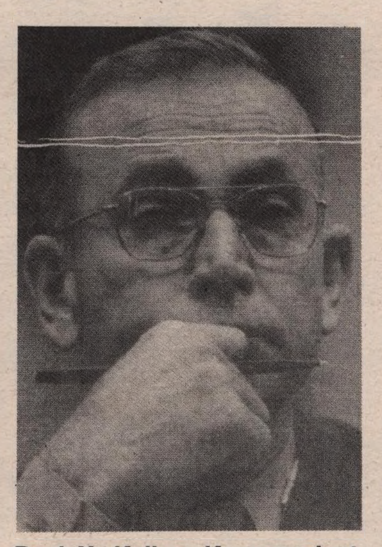
Fast ohne metallische Reflektion

In den ersten Tagen von Israels blutiger Offensive gegen den Libanon wurden von ihren Düsenbombern 28 Boden-Luft-Raketenstandorte im Bekaa-Tal zerstört. Lediglich ein israelisches Flugzeug wurde abgeschossen und zwar von einer schulter-gefeuerten Rakete.

Die sorgfältig geplante Luftverteidigung der Syrer – ausgestattet mit sowjetischen Boden-Luft-Raketen, die für die moslemisch-schiitischen Widerstandskämpfer gedacht waren – wurde ausgelöscht und die israelischen Panzer stürmten mit ungefährdeter Unterstützung aus der Luft gegen Beirut und trieben die libanesischen Schiiten in die Berge.



Ariel Sharon hat das libanesische Blutbad aus seiner Kommandozentrale tief im Untergrund von Tel Aviv verfolgt.



Paul X. Kelley, Kommandant des US-Marinecorps, ließ sich zum Kauf der israelischen Flugzeuge überreden.

Niemand, einschließlich dem amerikanischen Militär, konnte sich erklären, wie es den Israelis gelungen war, die syrischen Luftverteidigungskräfte völlig beiseite zu schieben. Der Grund war, wie man später erfuhr, das ferngelenkte Kleinstflugzeug, der Mastiff.

Das winzig kleine Aufklärungsflugzeug mit einer Spannweite von 3,5 Meter ist sowohl für den Radar als auch für das bloße Auge praktisch unsichtbar. Bei einer Flughöhe von 1500 Meter und Geschwindigkeiten unter 100 Meilen pro Stunde war der Mastiff lediglich ein lästiger »glitch« (spezielle Wellendeformation) auf dem syrischen Radar, falls er überhaupt gesichtet wurde. Das Flugzeug besteht im wesentlichen aus Balsaholz und Papier und liefert kaum metallische Reflektion, die durch Radar ausfindig gemacht werden kann, außer beim Motor.

Neben der Erfassung der Standorte von Boden-Luft-Raketen für die Israelis konnte der Mastiff syrische Panzerbewegungen auskundschaften und es den ersteren somit möglich machen, Bombenüberraschungsangriffe gegen die großen T–54- und T–74- Panzer sowjetischer Bauart zu führen, bevor diese in Kampfstellung gehen konnten.

Ariel Sharon, der damalige israelische Verteidigungsminister, der sich das libanesische Blutbad ausgedacht hat, soll in seinem Büro in Israels Kommandozentrale tief im Untergrund von Tel Aviv gesessen und an den Kanälen herumgedreht haben, um zu schauen, was die Mastiff-Aufklärungsflugzeuge übertrugen.

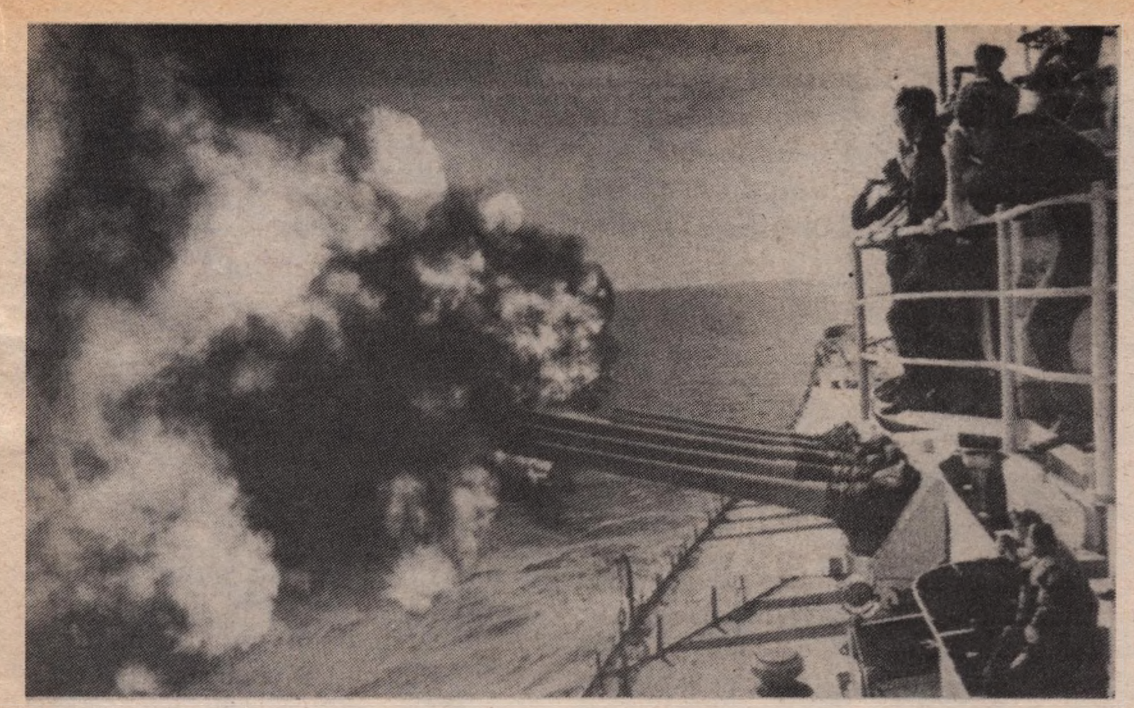
Viele seiner Befehle basierten auf dem, was das ferngelenkte Kleinstfahrzeug gezeigt hat.

Ursprüngliche Idee für den Mastiff

Obwohl die Israelis ihr Konzept des ferngelenkten Kleinstfahrzeugs dem amerikanischen Marineminister Lehman als »ursprüngliche« Idee präsentiert haben, ist dem nicht so. Die Technologie für den Mastiff und dessen Nachfolger, den Pionier, die der Minister so eilfertig gekauft hat, existiert in den Vereinigten Staaten schon lange.

Die Israelis haben den Amerikanern einfach ihre eigene Technologie verkauft, die sich die israelischen Ingenieure, die dereinst an amerikanischen Rüstungsaufträgen gearbeitet haben, rasch von der amerikanischen Regierung aneigneten.

Kenntnisreichen Quellen zufolge, hat der CIA vor 20 Jahren ein viel höher-wertiges ferngelenktes Kleinstfahrzeug entwickelt. Unter der Code-Bezeichnung »Acquiline« sollte ein kleines Aufklärungsflugzeug entwickelt werden – ungefähr von der Größe einer Condor –, das Aufgaben tief im Innern solch schwer zugänglicher, feindlicher



Das amerikanische Schlachtschiff »USS New Jersey« schoß ziellos auf nicht-militärische Ziele im Libanon.

Territorien wie dem kommunistischen China erfüllen sollte, die damals gerade dabei waren Interkontinentalraketen zu entwickeln und aufzustellen.

Obwohl das ferngesteuerte Kleinstfahrzeug des CIA erfolgreich entwickelt und getestet worden ist, kam es niemals zum Einsatz. Wie aus diesen Quellen verlautet, hatten die amerikanischen Aufklärungssatelliten damals dann einen befriedigenden Stand erreicht, so daß Acquiline nicht mehr benötigt wurde.

Das Projekt wurde im Jahr 1974 unter der neuen Bezeichnung »Aquila« an die US-Armee übergeben und verfing sich bald in dem berüchtigten Pentagon-Syndrom: es kamen alle möglichen zusätzlichen Merkmale hinzu, die die Entwicklungskosten rasch auf eine Gesamtsumme von 700 Millionen Dollar trieben. Bis heute hat Aquila die Anforderungen der Armee noch immer nicht erfüllt.

Inzwischen ist einer der amerikanischen Ingenieure, der an dem Projekt gearbeitet hat, nach Israel ausgewandert. Sobald er sich in seiner Wahlheimat niedergelassen hatte, begann er sofort die streng geheimen Informationen einzusetzen, die er erworben hatte, als er für einen Unterlieferanten des Projekts gearbeitet hatte.

Schließlich entwickelte er eine vereinfachte Version des ferngelenkten Kleinstfahrzeuges, doch konnte er seine Konstruktion wegen bürokratischer Reibereien mit der israelischen Flugzeugindustrie nicht an das Militär verkaufen. Er kehrte in die Vereinigten Staaten zurück, wo er erneut an streng geheimen Rüstungsprojekten zu arbeiten begann, in denen es auch um ferngelenkte Kleinstfahrzeuge ging.

Anschließend ging er wieder nach Israel zurück und entwikkelte den Mastiff, den die US-Marine jetzt von Israel kauft.

Der Verkauf des Pionier

Noch nicht zufrieden damit, die Technologie ihres ferngelenkten Kleinstfahrzeuges von den Vereinigten Staaten gestohlen zu haben, machten sich die Israelis als nächstes daran, die amerikanische Regierung damit zu ködern, ihr teuer entwickeltes Wissen zurückzukaufen. Nachdem sie gegenüber amerikanischen Militärquellen angedeutet hatten, sie seien im Besitz einer bestimmten Geheimwaffe, die ihnen dabei geholfen hätte die Araber im Libanon vernichtend zu schlagen, gaben die Israelis nach und nach zu, daß sie über ein ferngelenktes Kleinstfahrzeug verfügen.

General John Vessey, dem damaligen Leiter des US-Generalstabs, erzählte man von dem »Modellflugzeug«, das mit einer Fernsehkamera ausgerüstet ist. Er war erstaunt und interessiert. Als nächstes landete man bei General P. X. Kelley, Kommandant des US-Marinecorps, einen geschickten Verkaufserfolg. Ihm wurde eine Live-Darstellung der Fähigkeiten des Mastiff geboten: die Fernsehübertragung – aufgenommen von dem Kleinstfahrzeug –, die zeigt, wie einer von Kelleys Offizieren an einer Straße südlich von Beirut auf einen Offizier der christlichen libanesischen Miliz traf. Diese Szene wurde ins israelische Verteidigungshauptquartier übertragen.

Das überzeugte Kelly. Er wollte den Mastiff für seine eigenen Truppen.

An diesem Punkt kam der amerikanische Marineminister John Lehman ins Bild. Er war unter anderem mit der Leistung der Marine in der Friedensoperation im Libanon unzufrieden, insbesondere dem Verlust von zwei US-Flugzeugen durch syrische Boden-Luft-Raketen in einem abgebrochenen Angriff über dem Bekaa-Tal im Dezember 1983.

Die amerikanischen Flieger wußten nicht, wo sich die syrischen Luftabwehrpositionen befanden, als sie gegen ihre Ziele flogen. Darüber hinaus hatte man den Luftangriff aus einer Verzweiflung heraus unternommen, weil es keine Möglichkeit gab, das Feuer der 16-Zoll-Kanonen auf dem Kampfschiff »New Jersey« auf exakte Ziele zu richten. Frühere Geschosse, die vom Schiff aus abgefeuert worden waren, hatten zu viele indirekte Schäden an nicht-militärischen Zielen und Zivilisten verursacht.

Um die 2600 Pfund schweren Bomben des Kampfschiffes effektiver einsetzen zu können, waren genauere Ziel-Informationen nötig, die die US-Marine nicht besaß.

Der Kauf eines Windeis

Nur wenige Tage nachdem sie die Flugzeuge verloren hatten, bat Lehman die Israelis um den Verkauf eines Mastiff-Systems an die Vereinigten Staaten. Dazu waren diese nur allzu gerne bereit. Doch US-Präsident Ronald Reagan zog die amerikanische Militärpräsenz aus dem Libanon ab, noch bevor der Mastiff geliefert werden konnte.

Die Kaufverhandlungen wurden jedoch fortgesetzt und im vergangenen Jahr gab Lehman bei der Mazlat Corporation 21 Flugzeuge einer größeren Version, den Pionier, für die US-Marine in Auftrag.

»Das Dumme darin ist«, so Experten, »daß das ferngelenkte Kleinstfahrzeug praktisch nur einmal verwendbar ist. Sobald das Geheimnis heraus ist – und das ist jetzt der Fall –, weiß der Feind, wonach er Ausschau halten muß und kann sich davor schützen.«

So haben die Vereinigten Staaten einfach ein Windei gekauft und keine Geheimwaffe, mit der man das Blatt in einem Kampf wenden kann.

Der Feind wird versuchen, die elektronischen Steuerungen und die Fernsehübertragungen auf seine Operationsbasis zurückzuwerfen. Das bedeutet, daß das ferngelenkte Kleinstfahrzeug elektronische Gegenmaßnahmen aufweisen muß, die wieder mehr Größe und Gewicht mit sich bringen, wodurch es wiederum leichter zu sehen sein wird. Und dann gibt es da noch andere Probleme. Sie sind nicht so leicht zu einem militärischen Werkzeug zu entwickeln, wie es die Israelis den Amerikanern glauben machen wollen. □

USA

Geschäfte der Nazijäger

Peter Carr

»Es ist entweder eine neue Raubtierfütterung oder die letzten Zukkungen eines sterbenden Drachen«, sagte ein Amerikaner der zweiten Generation osteuropäischer Herkunft und kommentierte damit die jüngste »Naziwelle«, die dank jener durch die Vereinigten Staaten zieht, die mit Haß gerne ihre Geschäfte machen, und denen, die sie in den Establishment-Medien darin unterstützen.

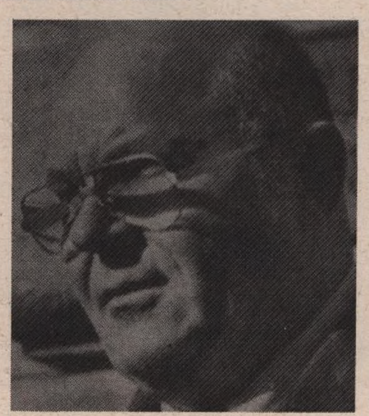
Eine Reihe naturalisierter amerikanischer Staatsbürger oder ehemals naturalisierter Staatsbürger sehen sich einer Exekution durch die Kommunisten gegenüber, unterstützt durch das vom Steuerzahler finanzierte Amt für Sonderuntersuchungen (OSI), einer Abteilung des amerikanischen Justizministeriums. Das OSI ist stolz auf seine enge Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB, von dem es die meisten seiner »Beweise« gegen die angeblichen »Nazikriegsverbrechen« bekommt.

Die letzte Chance für die Nazijäger

»Vergessen Sie nicht, daß es bald keine ›Nazikriegsverbrecher‹ mehr geben wird, denn nur wenige Menschen werden älter als 90 Jahre und der Zweite Weltkrieg endete vor über 40 Jahren«, stellte ein Amerikaner der zweiten Generation fest. »Das ist die letzte Chance für die ›Naziverfolger‹.

In den nächsten 20 Jahren oder so werden sie Gespenster jagen und Gespenster sind nicht annähernd so nützlich wie echte, lebendige ›Monster‹, wenn es um Spenden-Sammlungen geht.«

Das am meisten bekannte Opfer der »Nazimanie« ist vielleicht John Demjanjuk, der zur Zeit in Israel als Kriegsverbrecher vor Gericht steht, obwohl Israel als Land im Zweiten Weltkrieg noch gar nicht existiert hat. Demjanjuk, ein naturalisierter amerikanischer Staatsbürger aus der Ukraine, ist angeklagt, ein



John Demjanjuk wurde im »Nazi-Fieber« die US-Staatsangehörigkeit aberkannt und nach Israel ausgeliefert und steht dort vor Gericht.

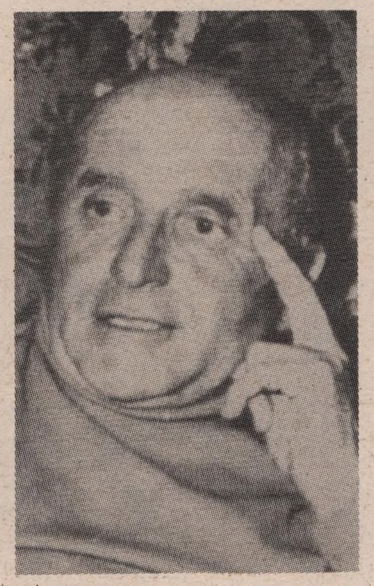
Wachtposten in einem Kriegsgefangenenlager mit dem Namen »Ivan, der Schreckliche« gewesen zu sein.

In einem unter verfassungsrechtlichen Aspekten fragwürdigen Gerichtsverfahren in den Vereinigten Staaten, bei dem Demjanjuk die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde und seine Auslieferung an Israel angeordnet worden ist, wurden Beweise vorgelegt, die zeigten, daß der Ukrainer aus mehreren Gründen nicht »Ivan« gewesen sein konnte, weil dieser bei einem Gefangenenaufstand getötet worden ist.

Fälschung erregt kein Aufsehen

Das Hauptbeweismittel gegen Demjanjuk, das dem OSI von deren Freunden, dem sowjetischen KGB, geliefert wurde – ein sogenannter Personalausweis – erwies sich als Fälschung. Nichts von all dem schien die amerikanischen Juristen zu stören, die taten, was die Chaos-Händler von ihnen verlangten.

Ein möglicher Grund für all das Interesse an Demjanjuk wurde in einem Artikel in der amerikanischen »Jewish News« aus Cleveland vom 21. März 1986 enthüllt. Danach wird verständlich, daß das Demjanjuk-Verfahren eine wichtige Funktion erfüllt.



Klaus Barbie wurde in Bolivien verhaftet und nach Frankreich gebracht und wartet dort auf seinen Prozeß. Er ist heute Mitterrands Problem.

In den »Jewish News« heißt es: »In einer Zeit, wo es Leute gibt, die sogar leugnen, daß es so etwas wie einen Holocaust überhaupt gegeben hat, muß die Welt daran erinnert werden, zu was ein faschistisches Regime fähig sein kann, sagte der ehemalige israelische Justizminister Zamir, und in dieser Hinsicht wird das Demjanjuk-Verfahren eine wichtige Funktion erfüllen.«

Mit anderen Worten, vergeßt, daß es sich um ein fälschlicherweise beschuldigten Menschen handelt; denkt an die »wichtige politische Funktion«, die der Prozeß hat.

Ein anderer berühmter »Kriegsverbrecher« ist Klaus Barbie, der einzige dieser »Verbrecher«, der in den Vereinigten Staaten Schlagzeilen macht und nicht vom amerikanischen »Rechts«-System »observiert« wurde. Er ist Frankreichs Problem heute.

Barbie wurde in den Medien auf der ganzen Welt als der »Schlächter von Lyon« angeklagt und überführt. Er sitzt derzeit in Lyon im Gefängnis.

Barbie war in Bolivien verhaftet und nach Frankreich gebracht worden, um einen sogenannten Schauprozeß durchzuführen – einen Stern in der Krone von François Mitterrand, dem französischen Präsidenten, und ein Plus für die Kommunisten, die ihn in seinem politischen Machtkampf unterstützt haben. Doch es wurde zu einem Alptraum für den französischen Staatspräsidenten, als Barbie sich die Dienste des Anwalts Jacques Verges zunutze machte.



Karl Linnas wird aus den USA abgeschoben, damit er in der Sowjetunion hingerichtet werden kann, ohne ein Gerichtsverfahren zu haben.

Verges war ein berühmter Linker, der im Zweiten Weltkrieg in Frankreich für die »Resistance« gekämpft hat und »weiß, wo die Leichen begraben sind«. Verges sagte, wenn Barbie vor Gericht gestellt wird, werde er Beweise vorlegen, die zeigen, daß viele einflußreiche Franzosen, die behaupten, Feinde der deutschen Besatzungsmacht gewesen zu sein, in Wirklichkeit Kollaborateure waren. Diese Peinlichkeit wurde im Januar 1987 von Martin Mendelsohn, einem der OSI-Gründer und Lieblings-Nazijäger der westlichen Establishment-Medien, der Öffentlichkeit

gegenüber eingestanden. Ein öffentlicher Prozeß gegen Barbie wird das Mitterrand-Regime ins Wanken bringen und viele einflußreiche Franzosen in Mißkredit.

Gefälschte sowjetische Beweise

Aus diesem Grund wird Barbie niemals vor Gericht gestellt werden. Verges behauptet, daß man versuchen wird, seinen Klienten im Gefängnis zu töten. Eigentlich sollte Barbie nach Veröffentlichungen der Establishment-Medien unmittelbar nach seiner Ankunft in Frankreich der Prozeß gemacht werden.

Andrija Artukovic, ein ehemaliger naturalisierter amerikanicher Staatsbürger, zuvor ein untergeordneter Regierungsbeamter in der Republik Kroatien im Zweiten Weltkrieg, wartet in einem jugoslawischen Gefängnis auf seine Hinrichtung. Er ist weit über 80 Jahre alt und so krank, daß er nicht einmal weiß, wo er sich befindet.

Das hat dem amerikanischen »Rechts«-System nichts ausgemacht. Die jugoslawischen Behörden ließen im Augsut 1986 verlauten, daß sämtliche Einsprüche Artukovics abgewiesen würden. Zunächst hieß es, er würde aufgrund seines hohen Alters und seines schlechten Gesundheitszustandes nicht erschossen. Später änderten sie jedoch ihre Meinung und beschlossen, ihn doch zu erschießen.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat auch den Weg freigegeben für die Auslieferung des 66jährigen naturalisierten Amerikaners Karl Linnas zur Hinrichtung in der Sowjetunion. Seine Töchter Anu, Tina und Epp sagen, man habe ihm »aufgrund gefälschter sowjetischer Beweise verhaftet, in Einzelhaft gesetzt und seine Auslieferung an die Sowjetunion zwecks Hinrichtung angeordnet, ohne daß er jemals wegen irgendwelcher Verbrechen vor Gericht gestellt wurde«.

Die Frauen sagten in einer Stellungnahme, die in den westlichen Establishment-Medien unerwähnt blieb: »Unser Vater ist keiner Verbrechen schuldig. Er war ein junger estischer Freiheitskämpfer, der im Zweiten Weltkrieg sein Land tapfer gegen die einfallenden sowjetischen Unterdrücker verteidigt hat. Das OSI des Justizministeriums hat mit dem sowjetischen KGB zusammengearbeitet, um die Beweismittel gegen unseren Vater zu liefern, damit ihm die Staatbürgerschaft entzogen und er ausgeliefert werden konnte. Die Sowjets wollen all jene Leute, die Zeugen ihrer Greueltaten waren und die Länder Osteuropas im Krieg verließen, zum Schweigen und in Mißkredit bringen und wie im Falle unseres Vaters, sie töten.

Schuldspruch ohne Glaubwürdigkeit

Sie tun dies, indem sie Videoaufnahmen mit Aussagen angeblicher Augenzeugen liefern, die wir mit unseren strafrechtlichen Gesetzen nicht überprüfen können. Die amerikanischen Richter sprachen aufgrund sowjetischer Videoaufnahmen, die als Beweismittel dienen sollten, den Schuldspruch, ohne jemals die Glaubwürdigkeit der Videos überprüft zu haben.

Diese offenbar unkorrekte Methode wird in Zivilprozessen angewandt, in dem auch unserem Vater die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. In Zivilprozessen gibt es keine Geschworenen, keine Kreuzverhöre von Zeugen oder allgemeinen Zugang zu den Gerichtsakten.

Diese Abhandlung als Zivilsache zeigt deutlich, daß unserem Vater die Grundrechte der Verfassung auf einen fairen Prozeß verweigert worden sind: Kreuzverhör, Geschworenengericht und vom Gericht zugewiesenen Rechtsbeistand. Diese Verfahrensart hat unserem Vater, dem ein Strafverfahren verweigert worden ist, ein strafrechtliches Todesurteil eingebracht. Es ist schwierig, das OSI politisch zu kritisieren, ohne Gefahr zu laufen als ›antisemitisch‹ oder ›Nazi-Sympathisant‹ gebrandmarkt zu werden.

In einer freien Gesellschaft sind wir aber in der Lage, jede staatliche Insitution in Frage zu stellen. Es ist dringend erforderlich, daß wir, das heißt alle Amerikaner, jetzt unsere Furcht und unsere Hemmungen beiseite schieben und den Kongreß und die Exekutive mit Telefonanrufen und Briefen bombardieren, in denen wir unseren Unmut über die OSI-Methoden zum Ausdruck bringen.

Wir drei alleine können nicht gegen die US-Regierung mit all ihren Mitteln und ihrer Macht ankämpfen. Wir benötigen die Hilfe aller beteiligten Gruppen.

Unseren Vater erwartet ein Todesurteil. Doch er ist nicht der einzige. Neunzehn weitere Personen hat man die Staatsbürgerschaft entzogen. Bisher sind neun ausgeliefert worden – eine in die UdSSR –, 300 Fälle sind rechtsanhängig und über 42 000 Personen sind angeblich potentiell Verdächtige.

Wie lange können wir amerikanische Staatsbürger osteuropäischer Herkunft noch verfolgt und vernichtet werden? Wie lange können wir noch daneben stehen und zuschauen, wie unsere Väter und Großväter gedemütigt, verunglimpft, ins Exil verbannt oder in den Tod geschickt werden? Wann werden wir uns zu einer Gruppe zusammenschließen, vereinigt in der Wahrheit – einer Gruppe, mit dem Ziel, unsere Leute mit dem verfassungsrechtlich verankerten Recht auszustatten sich zu verteidigen und die Unzuverlässigkeit der von den Sowjets gelieferten Beweise nachzuweisen?«

Man greift sich die Hilflosen

Valerian Trifa, der Erzbischof des römisch-katholischen Episkopats in den Vereinigten Staaten, starb kürzlich an einem Herzanfall in seinem Exil in Portugal. Er wurde aus den Vereinigten Staaten unter der Anschuldigung ein »Kriegsverbrecher« zu sein vom OSI verjagt.

Die Medien berichteten damals wie heute fälschlicherweise, ihm sei die Staatsbürgerschaft entzogen und er sei abgeschoben worden. Das ist allerdings eine Lüge der amerikanischen Regierung gewesen.

Als Trifa Amerika verließ, gab er eine Stellungnahme über die Umstände seiner Abreise ab. Ihm wurde zu keiner Zeit irgendeine Legitimation entzogen; er wurde nie eines Vergehens überführt; niemals hat er für irgend etwas seine Schuld zugegeben, noch hat man ihm in irgendeiner Sache eine Schuld nachgewiesen.

In einer öffentlichen Erklärung sagte Chester Wojciechowski, der ebenfalls beschuldigt wird ein »Kriegsverbrecher« zu sein: »Am 26. Juli 1985 wurde ich von der amerikanischen Regierung Verbrechen beschuldigt, die ich angeblich im Zweiten Weltkrieg begangen haben soll. Ihren Behauptungen zufolge, habe ich Insassen des Gefangenenlagers von Majdanek in Polen bewacht. Das ist nicht wahr. Zu der Zeit war ich an der ungarischen Front stationiert, wo ich schwer verwundet wurde und in ein Militärkrankenhaus nach Österreich gebracht worden bin. Dort blieb ich bis Februar 1945.

Ich befinde mich heute in einer angst-erregenden und gefährlichen Situation. Meine Sozialfürsorge beträgt 660 Dollar im Monat. Ein Betrag, mit dem ich kaum meine Lebenshaltungskosten decken kann, geschweige denn, mich vor einem Gericht verteidigen.«

Das ist genau die Art von Opfer, die dem OSI gefallen: jemand, der sich nicht verteidigen kann. Diese »bedeutenden Siege« für das amerikanische Justizministerium helfen professionellen Haß-Gruppierungen Geldmittel aufzubringen.

Das OSI hat Stefan Leili aus Clifton, US-Bundesstaat New Jersey, Martin Bartesch aus Chicago und Josef Wieland aus Burlingame, US-Bundesstaat Kalifornien, zu »Kriegsverbrechern« erklärt, denen die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt wird und die abgeschoben werden, sobald sie eine Anhörung bekommen haben – keine ordentliche Gerichtsverhandlung, wie es die amerikanische Verfassung als staatsbürgerliches Recht garantiert.

Wie von den Töchtern Karl Linnas' betont wird, gibt es tausend potentielle Opfer. In all den Berichten in den Establishment-Medien wird nicht ein einziges Mal darauf hingewiesen, was das dem amerikanischen Steuerzahler kostet, die angeblichen »Kriegsverbrecher« ausfindig zu machen und sie dann abzuschieben aufgrund von »Beweisen«, die vom KGB fabriziert worden sind. □

Jugoslawien

Rücksichtslos gegen Dissidenten

Tom Bradley

Das kommunistische Regime in Jugoslawien übt gegen antikommunistisch eingestellte Staatsbürger seines Landes, die zum Beispiel in den Vereinigten Staaten oder anderen westlichen Ländern leben oder studieren, Terror aus.

Obwohl sie nur knapp vor dem Punkt haltmachen, der auf diplomatischer Ebene zu einer größeren Verstimmung mit den Regierungen führen würde, machen die Roten ihren Standpunkt völlig klar, daß jugoslawische Dissidenten in den Vereinigten Staaten später ihren Preis dafür zahlen müssen, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren, sei es auch nur für einen kurzen Besuch.

Wegen Verleumdung des Staates

In den jüngsten Zwischenfall war Milan M. Nikolic, ein jugoslawischer Soziologe, verwikkelt, den man wegen seiner Doktorarbeit an der amerikanischen Brandeis Universität in Waltham zu einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt hat. Die Arbeit behandelte die sozialen Konflikte in Jugoslawien und wie die Behörden darauf reagieren.

»Ich habe einfach die Wahrheit geschrieben, so wie wir sie jeden Tag erleben«, erklärte Nikolic, 39 Jahre alt.

Er und fünf andere Jugoslawen wurden im vergangenen Jahr wegen »Verleumdung des Staates« in ihren Schriften und Reden verurteilt. Vier wurden ohne Verbüßung der Strafe auf freien Fuß gesetzt, ein fünfter befindet sich noch im Gefängnis.

Nikolic hat darum gebeten, die Strafe zu einem späteren Zeitpunkt zu verbüßen, da seine Frau krank ist und zwei Kinder zu versorgen sind. Er brachte auch vor, er leide unter hohem Blutdruck und habe ein schwaches Herz.

Nachdem er das Antreten der Strafe zu einem späteren Zeitpunkt beantragt hatte, wurde das Urteil im November 1986 von einem Untersuchungsausschuß von acht auf fünf Monate reduziert, von denen er im Jahr 1984 bereits 43 Tage verbüßt hat, während er auf die Urteilsverkündung wartete.

Die Behörden haben auf Nikolics Antrag zur Aussetzung der Strafe nicht reagiert.

Zuvor war Pjeter Ivezaj, 30 Jahre, ein in Jugoslawien geborener Albanier, doch jetzt ein naturalisierter US-Bürger, der im Jahr 1972 in die Vereinigten Staaten einwanderte und an der High School in Sterling Herghts unterrichtet, anläßlich eines Besuches in Jugoslawien verhaftet worden.

Ivezaj besuchte Titograd, die Hauptstadt der südjugoslawischen Provinz Montenegro im Juli 1986, und wurde dort von der jugoslawischen Polizei festgenommen. Die Anklage gegen ihn lautete, er habe »am 13. April 1982 an anti-jugoslawischen Demonstrationen in Detroit, Chicago und Washington teilgenommen und er habe bei diesen Demonstrationen Flugblätter verteilt und Plakate getragen, mit denen die konterrevolutionären, pro-albanischen Ereignisse in Kosovo unterstützt wurden«. Kosovo ist eine autonome Provinz im Südosten Jugoslawiens.



Henry Hyde, US-Abgeordneter, findet das Vorgehen Jugoslawiens gegen ehemalige Staatsbürger »unerhört«.

Das von Josip Broz Tito (links im Bild mit US-Präsident Jimmy Carter) errichtete totalitäre Regime bekommt weiterhin Hilfe aus den USA.

Unveränderte Haltung gegenüber Dissidenten

Der größte Teil der zwei Millionen Albanier in Jugoslawien leben dort. Einige davon haben vor den Ereignissen in den Vereinigten Staaten in Kosovo Demonstrationen abgehalten.

Unter anderem protestierten die Albanier dagegen, daß ihre Sprache nicht offiziell Landessprache ist, während die Kroaten, Makedonier, Serben und Slowenen ihre eigenen offiziellen Landessprachen haben.

Ivezaj wird auch beschuldigt, sich mit anderen »zum Zweck der Durchführung feindseliger Aktivitäten« zusammengetan zu haben. Damit war seine Mitgliedschaft in einer albanisch-amerikanischen Studentengruppe in den Vereinigten Staaten gemeint.

Am 3.Oktober 1986 stand der Amerikaner in Titograd vor Gericht. Nachdem er für schuldig befunden worden war, verurteilte ihn Richter Sreten Ivanovic vom Bezirksgericht von Titograd zu sieben Jahren Gefängnis.



Pjeter Ivezaj wurde in Jugoslawien verurteilt, weil er in seiner neuen Heimat an Demonstrationen teilnahm.

Der amerikanische republikanische Abgeordnete des Repräsentantenhauses Henry Hyde nannte die Anklage »unerhört«.

»Das Verbrechen, das er begangen hat«, meinte Hyde zornig, »war offenbar die friedliche Demonstration vor der jugoslawischen Botschaft in Washington.«

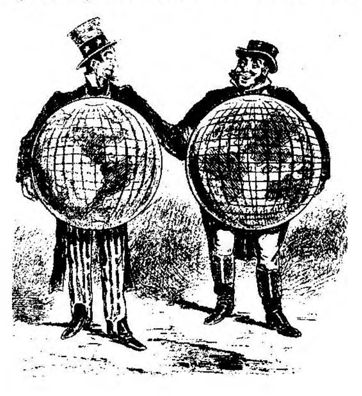
Inzwischen wurde ein anderer Amerikaner, Veroljub Radiovojevic, der in Thousands Oaks, Kalifornien, lebt, am 23. September 1986 beim Besuch seiner Eltern in Belgrad verhaftet. Etwa zur gleichen Zeit nahm man einen weiteren Amerikaner, Gradimir Hadzig, fest. Beide Männer wurden wochenlang ohne Anklageerhebung festgehalten und man erlaubte ihnen nicht, sich mit Vertretern der US-Botschaft in Verbindung zu setzen.

Die USA bringen das Geld

Nachdem das amerikanische Außenministerium bei der jugoslawischen Regierung jedoch offiziell protestiert hat, wurden alle drei Amerikaner freigelassen. Es ist jedoch deutlich geworden, daß das kommunistische Regime seine Haltung gegenüber den Dissidenten durchsetzt.

Dabei gewähren die Vereinigten Staaten Jugoslawien den »günstigsten« Handelsstatus. Derzeit werden jugoslawische Waren im Wert von 300 bis 400 Millionen Dollar jährlich nach Amerika importiert. Darin eingeschlossen sind auch billige jugoslawische Automobile, die auf dem Autosektor in den Vereinigten Staaten zu Ertragseinbußen geführt haben.

Selbst der amerikanische Botschafter in Jugoslawien, John F. Scanlon, hat schon für jugoslawische Autos auf dem US-Markt geworben. In einer zehnseitigen Anzeige der New York »Post«, die von der jugoslawischen Regierung bezahlt wurde und die den verstärkten Verkauf von jugoslawischen Waren in den Vereinigten Staaten fördern sollte, sagte der Botschafter:



»Nun haben wir den jugoslawischen Wagen, der bereits sehr populär ist, weil er einfach eine Nachfrage deckt, die von keinem anderen Fahrzeug gedeckt wurde. Es ist eine Art neuer VW, ein kleiner, einfacher, billiger Wagen, den sich jedermann leisten kann. Und er ist jetzt auf diesem Markt und ich denke, daß er eine Menge dazu beitragen wird, um jugoslawische Produkte in Amerika populär zu machen.«

Man sollte meinen, ein Botschafter repräsentiert die Interessen seines eigenen Volkes, seiner eigenen Regierung und Industrien.

Ungeachtet Scanlons Äußerungen wurde der jugoslawische Wagen von vielen amerikanischen Autoexperten als schlechter angesehen als andere Marken von diesen Kompaktfahrzeugen.

Jugoslawien genießt nicht nur den am meisten begünstigten Handelsstatus mit den Vereinigten Staaten, es bekommt auch noch rund 20 Millionen Dollar US-Hilfe und Kredite pro Jahr. Durch seine Lage an der Adria erwirtschaftet das Land 1,1 Milliarde Dollar aus dem Tourismus, zu einem großen Teil von Amerikanern und Deutschen.

Das Land wurde 35 Jahre lang von Marschall Josip Broz Tito regiert, der mit sowjetischer und britischer Unterstützung eine Widerstandsgruppe gegen die Deutschen geführt hat, die das Land fast den ganzen Zweiten Weltkrieg hindurch besetzt hatten. Als die Deutschen im Jahr 1945 das Land verließen und er an die Macht kam, ordnete Tito die Hinrichtung seines schärfsten Gegners, des Royalisten Draza Mihajlovic, an, und errichtete sodann eine kommunistische Diktator. Tito starb 1980, doch das kommunistische Regime besteht weiterhin.

Jugoslawien hat übrigens bei den USA eine Kriegsschuld von fast 120 Millionen Dollar. Seit dem Ersten Weltkrieg sind davon erst 2,5 Millionen Dollar zurückgezahlt worden. □

Sowjetunion

Ärger mit den moslemischen Republiken

Victor Marchetti

Das lange schlummernde Gespenst des islamischen Nationalismus tief im Innern der UdSSR hat sich schließlich erhoben und verfolgt den Kreml, bedroht dessen Hegemonie über die Sowjet-»Republiken« in Zentralasien.

In einer beispiellosen Bedrohung der Autorität Moskaus rebellierten islamische Studenten an der Alma-Ata-Universität in Kasachstan im Dezember 1986 gegen die ethnische Beherrschung der Russen in ihrer sozialistischen »Republik«. Der seltene Ausbruch politischen Nonkonformismus konnte von Truppen der örtlichen Miliz erst unterdrückt werden, nachdem sie den Campus besetzt hatten.

Viele drückende Probleme im Inland

Obwohl die Nachrichtenmedien des Establishments diesem vereinzelten Vorfall interner Unruhe kaum Aufmerksamkeit geschenkt haben, sehen erfahrene Sowjetologen diese Studentenrevolten in Kasachstan als Vorboten ernsterer Schwierigkeiten, die sich jetzt in den zentralsasiatischen »Republiken« der UdSSR zusammenbrauen.

Ironischerweise, so bemerken diese Experten, war es die neue Politik der »glasnost« oder Offenheit, die von dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei, Michail Gorbatschow, verkündet worden war, die diesen ungelegenen Aufruhr gegen die Regierung entfachte, anstatt jene »sichere« Atmosphäre zu schaffen, in der gerade solch wachsende Unzufriedenheit innerhalb des sowjetischen bürokratischen Systems zerstreut werden sollte.

Die Sowjets »haben so viele Probleme im Inland, die sie nicht mehr länger ignorieren können, so viele Probleme, die nicht mehr länger durch rein körperliche Kraftaufwendung unterdrückt werden können«, sagte ein langjähriger sowjetischer Beobachter, »daß sie anfangen müssen sie in Angriff zu nehmen, egal welche politischen Risiken damit verbunden sind – und zwar bevor es zu spät ist.

Eines der wichtigeren dieser Probleme, dem sich Gorbatschow und die neue Kreml-Führung gegenübersehen, ist die Sache mit dem islamischen Nationalismus. Für die Sowjets ist der islamische Nationalismus wegen der großen moslemischen Bevölkerung in Zentralasien ein potentiell explosives Inlandsproblem.

Die Bedrohung, die dies für die Autorität Moskaus darstellt, wächst täglich.

Jedes Mal, wenn die islamischen Fundamentalisten in Nahost gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß des Westens einen Sieg davon tragen – und in den Augen der moslemischen Fanatiker sind die Sowjets Teil der korrupten westlichen Zivilisation –, wird das Ergebnis in den zentralasiatischen Republiken sorgfältig registriert und gibt den Menschen dort weiteren Mut, die kommunistische Autorität herauszufordern.

Sowjetunion

Ärger mit den moslemischen Republiken

Die islamische Revolution oder Renaissance hat sich definitiv bis in die Sowjetunion ausgebreitet.«

Eine verwundbare Stelle der Sowjets

Vom Kreml lange als die verwundbare Stelle der Sowjetunion angesehen, sind die asiatischen sozialistischen Republiken Kasachstan, Uzbekistan, Turkmenistan, Kirghizia und Tadschikistan die Heimatländer für 30 Millionen Turko-Tataren, die damit ungefähr 11 Prozent der Gesamtbevölkerung der kommunistischen Macht ausmachen. Der traditionelle Lebensweg dieser einstigen Nomadenvölker ist in der islamischen Kultur und nicht in der marxistisch-leninistischen Ideologie verwurzelt.

Ungleich der Sowjet-»Republiken« in Osteuropa, die von den ethnischen Russen effektiv kontrolliert werden und zwar seit der Zeit des Zaren, ist Moskau auch nie in der Lage gewesen, seine islamischen Provinzen in Asien vollständig zu beherrschen.

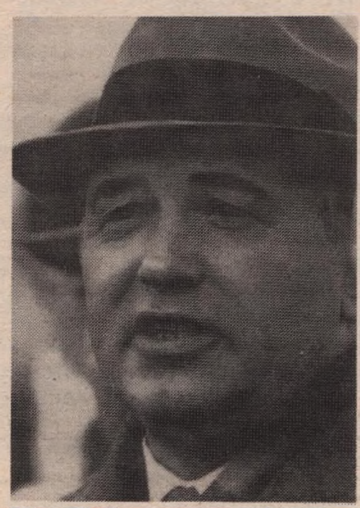
Seit Jahrzehnten verfährt die kommunistische Führung im Kreml so, daß diese widerspenstigen »Republiken« mit ethnischen Russen, Ukrainern und Weißrussen auf der oberen Regierungsebene in Schlüsselpositionen besetzt sind. Sonderzahlungen werden jenen Russen, Ukrainer und Weißrussen gemacht, die bereit sind, Dienstreisen in Zentralasien zu unternehmen. Erhebliche Vergünstigungen erwarten jene, die sich auf Dauer dort niederlassen wollen, das sind jedoch nur wenige.

Diese Taktiken hatten bisher nur begrenzten Erfolg. Die ethnischen Russen, Ukrainer und Weißrussen sind nur eine einfache Mehrheit in Kasachstan, der größten und wichtigsten der islamischen Republiken. In den anderen vier Provinzen, jenen, die an andere islamische Nationen angrenzen, sind die »Russen« in einer deutlichen Minderheit.

Die traditionelle islamische Kultur im mittelasiatischen Teil der Sowjetunion hat in den fast 60 Jahren kommunistischer Herrschaft trotz der ganzen Bemühungen Moskaus nicht sehr abgenommen. Und die Geburtenrate der Turko-Tataren überflügelt die importierten »Russen« bei weitem.

Vertuschung durch die Medien

In den letzten Jahren hat sich der islamische Nationalismus im mittelasiatischen Teil der Sowjetunion auf vielerlei Art gezeigt. Es hat ständig das Verlangen nach mehr proportionaler Vertretung in dem regionalen kommunistischen Parteiapparat



Michail Gorbatschow hat Probleme mit dem schlummernden Gespenst des islamischen Nationalismus im Innern der UdSSR.

gegeben, nach mehr persönlichen Eigentumsrechten und selbst nach Anerkennung bestimmter überlieferter religiöser Bräuche.

Die moslemische Jugend hat die obligatorische Einberufung in den Militärdienst vor allem wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan abgelehnt. Mit den Studentenrevolten an der Universität von Alma Ata hat das Problem im Dezember 1986 schließlich seinen Höhepunkt erreicht.

»Der neue Nationalismus geht tief in die asiatischen Republiken hinein«, sagte ein Informant, der zwei Jahre in der Sowjetunion für die US-Regierung auf Posten war. »Seit Jahren nun sind die Studentenheime der Universität getrennt, so daß die Studenten aus Kasachstan nicht mit den ethnischen Russen zusammenwohnen müssen.«

Trotz der Bemühungen von seiten der von Moskau stark kontrollierten amtlichen Nachrichtenmedien, die Studentenproteste als eine Abirrung betrunkener und unter Drogen stehender Rowdys darzustellen, war die grundlegende Ursache des Ausbruchs »ganz eindeutig althergebrachte Bürgerrechtsunruhen«.

Der Informant meinte weiter: »Wenn die Propagandamacher in Moskau die Unruhen ›nationaler Volksaufwiegelung‹ zuschrieben, so haben sie unbeabsichtigt viel mehr preisgegeben als die Regierung wahrscheinlich beabsichtigt hat. Und wenn die Propagandamacher die Studenten als ›Progrommacher‹ bezeichneten, so näherten sie sich hier ganz stark der Hysterie und ließen damit deutlich erkennen, daß die Schwierigkeiten weit verbreiteter sind als wir dachten, und daß die ethnischen Russen sehr zu leiden haben.«

»Doch der größte Fehler war«, sagte der langjährige Kreml-Kenner, »daß Dinmukhamed Kunaev, ein Nationaler aus Kasachstan und Schützling des ehemaligen sowjetischen Führers Leonid Breschnew, gefeuert und durch einen ethnischen Russen, Gennadi Kolbin, ersetzt wurde.

Dies läuft der normalen sowjetischen Praktik zuwider, in einer Minderheitsrepublik einen regionalen Loyalisten auf dem Spitzenparteiposten zu haben und einen ethnischen Russen aus Moskau, dessen Zuverlässigkeit außer Frage steht und der als Nummer zwei ein Auge auf den Einheimischen hat.«

Nationales Sicherheitsproblem

Die Sowjetunion hat 201 Kampfdivisionen entlang ihrer Grenzen aufgestellt. Nach Pentagon-Einschätzungen sind einige davon in den islamischen »Republiken« von Zentralasien stationiert. Lediglich vier stehen zusammen mit wichtiger Unterstützung in Afghanistan.

Zum Vergleich: In Osteuropa gibt es 30 sowjetische Kampfdivisionen und 53 sind entlang der Grenze zu Rotchina stationiert. Was noch wichtiger ist, das Verhältnis Panzer- zu Infanteriedivisionen ist in Osteuropa und an der chinesischen Grenze viel höher, wo die sowjetische Militärstrategie verlangt, raschere Offensivvorstöße machen zu können als in Zentralasien.

Somit sehen Experten aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium die Kampfanordnung in Zentralasien nicht als eine offensive Bedrohung, sondern eher als eine Defensivstellung, um Ordnung in der Region aufrecht zu erhalten und wenn nötig gegen einen Angriff von außen zu verteidigen.

»Die Sowjets haben in ihren islamischen Provinzen, besonders in Kasachstan ein großes nationales Sicherheitsproblem«, sagt ein ehemaliger Planer aus dem US-Verteidigungsministerium.

»Obwohl diese Republiken an Afghanistan, Pakistan und Rotchinas islamische Provinz Sinkiang – alles historische Ziele des zaristischen Imperialismus – angrenzen, sind sie nicht länger die Sprungbretter für eine Expansion. Heute besteht Moskaus strategischer Imperativ in Zentralasien darin, eher erst einmal zu Hause für Ordnung zu sorgen, als jenseits der Grenzen herumzuwurschteln.

Die Sowjets sind nicht in Afghanistan eingedrungen, um ihr kommunistisches Reich zu erweitern. Sie gingen nach Afghanistan, um dem islamischen Nationalismus Einhalt zu gebieten und eine sichere Pufferzone für ihre eigenen moslemischen Provinzen aufrechtzuerhalten. Die Sowjetarmee fiel im Dezember 1979 in Afghanistan ein, genau einen Monat nachdem die Revolutionäre im Iran die amerikanische Botschaft in Teheran besetzten.

Sie wollten ihre verwundbare Stelle nicht vor dem islamischen Nationalismus entblößen. Es gab sogar zu jener Zeit überzeugende Anzeichen dafür, daß Moskau in Erwägung zog, den Norden des Iran aus dem gleichen Grund zu besetzen. Man bewahrte jedoch einen kühlen Kopf, und der Kreml entschied sich still zu verhalten. Ich glaube, sie haben jetzt erkannt, daß sie bezüglich Afghanistan genauso hätten handeln sollen«, meinte der Informant. □

Rotchina

Scheitert die Politik des Westens?

Victor Marchetti

Der Besuch des amerikanischen Außenministers George Shultz im kommunistischen China wird in westlichen außenpolitischen Kreisen nicht unbedingt als herausragender Erfolg betrachtet. »Soweit ich sagen kann, wurde nur sehr wenig erreicht«, meint ein hochrangiges Mitglied des New Yorker Council on Foreign Relations (CFR) in einem inoffiziellen Gespräch.

Der Zeitpunkt des Besuchs war vom amerikanischen, als auch vom chinesischen Standpunkt aus schlecht gewählt. Dennoch, trotz ernsthafter Probleme im Inland, die beide Regierungen derzeit haben, wollte jeder offenbar zeigen, daß man die Auslandsbeziehungen »wie gehabt« weiter laufen lassen kann. Die Situation lieferte allerdings keine Atmosphäre, die der Diskussion jener unangenehmen Punkte dienlich gewesen wäre, die der US-Außenminister auf seiner Tagesordnung hatte. Unter den herrschenden Umständen ist verständlich, daß der chinesische Führer Teng Hsiao p'ing nicht den Wert von Reformen eines freien Marktes oder den Stand der Menschenrechte diskutieren wollte.

Peking schickt Khomeini Waffen

»Sicherlich nicht jetzt, wo er in einem massiven ideologischen Kampf mit den traditionellen konservativen Machtblöcken in seinem Land verstrickt ist. Alles, was Shultz erreicht hat, wenn er, abgesehen von ein bißchen Sightseeing überhaupt etwas erreicht hat, war vielleicht, ein Gefühl dafür zu bekommen, wie ernst Tengs gegenwärtige Probleme sind und wie sie die amerikanischen Beziehungen zu Peking in naher Zukunft beeinflussen können.«

Einer weiteren gut informierten Quelle, einem langjährigen Rotchina-Beobachter und Mitglied eines anerkannten Washingtoner Denk-Tanks, zufolge, hoffte der amerikanische Außenminister eine Reihe heikler Punkte zu diskutieren, die die Entwicklung engerer Beziehungen zwischen den beiden Nationen behindern. Zu den wichtigsten Punkten zählte dabei der Versuch, die Chinesen davon abzubringen, Waffen an den Iran zu verkaufen.

US-Geheimdienstbeamte sind der Meinung, Peking sei der Hauptlieferant militärischer Ausrüstung an die Khomeini-Regierung, die ihnen jährlich Waffen im Wert von »mehreren Milliarden Dollar« liefern.

»Ich bezweifle, daß man in dieser Sache vorangekommen ist«, sagte der erfahrene Sinologe. »Man rechnete damit, daß die Chinesen wie in der Vergangenheit damit kontern würden, daß wir unsere Waffenverkäufe mit Taiwan stoppen sollen. Damit wäre jede Diskussion in diesem Punkt in eine Sackgasse geraten.

Die beiden anderen wichtigen Punkte auf der Tagesordnung, Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA und der Stand der chinesisch-sowjetischen Beziehungen, sind wahrscheinlich ebenfalls nicht eingehender diskutiert worden. Soweit ich über meine Beziehungen zum Außenministerium informiert bin, kam es in diesen Punkten zu keinerlei Durchbrüchen.«



US-Außenminister Shultz (links) bei seinem Treffen in Peking im Gespräch mit Rotchinas Premier und amtierenden Parteiführer Zhao Ziyang.

Kompromisse zwischen Moskau und Peking

Seit Michail Gorbatschow an der Macht ist, haben die Sowjets immer häufiger freundliche Annäherungsversuche zu Peking unternommen. In den letzten Monaten soll Moskau angeboten haben, über einige »territoriale Streitpunkte zu sprechen, die seit langem heikle Punkte zwischen Peking und Moskau sind«, so ein kenntnisreicher Informant mit einem engen Kontakt zum amerikanischen Verteidigungsministerium.

Einer dieser Punkte hat mit der chinesisch-sowjetischen Grenze im Nordwesten Chinas (Zentralasien) zu tun, ein anderer mit den Grenzen zwischen der Mandschurei und den sowjetischen Provinzen in Fernost.

»Das ist vielleicht für uns nicht wichtig, doch es bedeutet den Chinesen eine Menge«, meinte dieser Informant. »Sie behaupten, der Zar habe China diese Territorien gestohlen und die Sowjets sollten sie als kommunistische Genossen zurückgeben.«

»Das zweite territoriale Thema hat eher mit dem Einflußbereich oder den geo-politischen Angelegenheiten zu tun«, meinte er weiter. »Es betrifft Afghanistan und Indochina. Die Chinesen sind der Meinung, daß diese Gebiete zu dicht vor ihrer Tür liegen und die Sowjets zu tief darin verwickelt sind. Bisher war Moskau nicht in der Lage, sich auszudenken, wie es sich aus dem Krieg in Afghanistan herausschwindelt, ohne wie ein Verlierer dazustehen.

Doch die Sowjets lassen langsam verlauten, daß sie eventuell bereit sind, sich aus Vietnam und dem Krieg in Kambodscha zurückzuziehen. Es gibt Hinweise darauf, daß sie es satt haben, den Vietnamesen all diese Hilfe zukommen zu lassen, nur um festzustellen, daß sie in den Dschungeln von Kambodscha verschwendet wird. Andererseits hat Hanoi jedoch den Sowjets Rechte auf der Marinebasis in der Cam Rahn Bay gegeben. Das ist sehr wichtig für sie.«

Moskau hat auch andere, konkretere Schritte unternommen, um seine Beziehungen mit China zu verbessern, wie beispielsweise das Angebot, die Hunderte von Fabriken und Werken zu renovieren und zu erweitern, die ursprünglich mit sowjetischer Wirtschaftshilfe vor Jahren gebaut worden sind. Es wird berichtet, daß sowjetische Techniker bereits in einer Reihe dieser industriellen Anlagen arbeiten.

Kein Erfolg mit der chinesischen Karte

Unterdessen hat die konservative Reaktion in China auf »die Exzesse des bürgerlichen Liberalismus«, sprich politische und wirtschaftliche Ideen des Westens, dazu beigetragen, eine engere Verbindung mit Moskau und dessen Satellitenstaaten zu schaffen.

Der chinesische Führer Teng hat mehrere bekräftigende Stellungnahmen in dieser Hinsicht gemacht in den vergangenen Monaten und sie durch gleichermaßen unterstreichende Handlungen gestützt, nämlich, indem er seinen langjährigen Verbündeten und früheren Parteichef Hu Yao-bang feuerte und die aufkeimende Liberalisierungs-Bewegung vernichtete.

Rotchina

Scheitert die Politik des Westens?

In einer Botschaft an die Parteiführer Anfang dieses Jahres verurteilte Teng den Kapitalismus und die Demokratie amerikanischen Stils und pries die kommunistische polnische Regierung für die harte Art, wie sie mit der Arbeiterbewegung Solidarität und der Opposition aus der katholischen Kirche umging.

»Wir betreiben eine Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland«, sagte Teng. »Wir studieren ausländische Technik. Wir nutzen ausländisches Kapital. Doch das ist nur eine Ergänzung zum Aufbau des Sozialismus und wir können vom sozialistischen Weg nicht abweichen.«

Selbstverständlich haben die kommunistischen Chinesen sowohl hinsichtlich der politischen Mentalität und dem wirtschaftlichen Ansatz mehr mit den Sowjets gemeinsam als mit den Vereinigten Staaten. Deshalb war es nie wirklich ein Erfolg, die »chinesische Karte zu spielen«, die Strategie des früheren amerikanischen Präsidenten Richard Nixon und seines Beraters Henry Kissingers vor 15 Jahren, um China für den Westen wieder zu öffnen.

Bis zum heutigen Tag haben sich die übertriebenen Zusagen engerer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen nicht verwirklicht. Eine noch größere Enttäuschung als das Scheitern der Nixon-Kissinger-Politik ist die Nichterfüllung der großen Erwartung deutlich verstärkter Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Nach eineinhalb Jahren ist dieser Austausch lediglich auf 8 Milliarden Dollar angestiegen, knapp ein Prozent des gesamten US-Außenhandels.

Die Amerikaner liefern weiter Waffen

Außer ein paar Mineralwasserfabriken hat es nur wenige industrielle Bauprojekte gegeben und viele amerikanische Geschäftsleute geben nun bedauernd zu, daß sie für sich in China keine große wirtschaftliche Zukunft sehen.

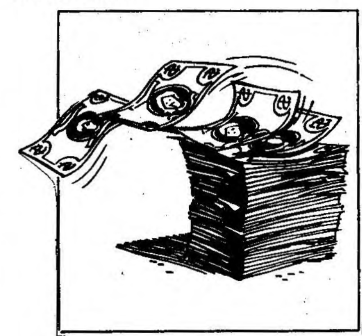
Andererseits zieht das kommunistische China vollen Nutzen aus Washingtons Beharrlichkeit, weiterhin zu versuchen, die Beziehungen zu verbessern. Zum Beispiel hat sich die Zahl der chinesischen Studenten an amerikanischen Universitäten vorwiegend in technischen Fachbereichen in den letzten Jahren gewaltig erhöht. Obwohl genaue statistische Angaben nicht verfügbar sind, ist die Zahl hoch genug, um amerikanische Beamte der Gegenspionage zu beunruhigen.

Die gleichen Beamten sind auch besorgt über Pekings Antrag, in Los Angeles ein Konsulat zu eröffnen. Der Antrag liegt jetzt beim Stabschef des nationalen Sicherheitsrates der USA, der neu berufen wurde, Frank Carlucci.

Die Amerikaner stellen fest, daß viele Studenten des kommunistischen Chinas jetzt in Amerika an Universitäten und Schulen der Westküste – einer Region, wo viele Rüstungsfirmen sitzen – eingeschrieben sind. Das Spionagepotential ist offensichtlich.

Unterdessen propagiert das amerikanische Verteidigungsministerium unter Führung von Verteidigungsminister Caspar Weinberger weiterhin Waffenverkäufe an die chinesischen Streitkräfte. Alles, von der Luftwaffenelektronik für Kampfflugzeuge bis zu U-Boot-Abwehrtorpedos, ist verkauft worden, und chinesisches Militärpersonal wird jetzt auf Militärstützpunkten der USA auf diese Systeme geschult.

Um das Waffenlieferungsprogramm zu unterstützen, hat der amerikanische Verteidigungsminister in den letzten Jahren einen ständigen Strom von hochrangigen amerikanischen Offizieren nach China entsandt. Marinekommandant P. X. Kelley traf in Peking am Tag nach der Abreise von US-Außenminister Shultz ein. □



Südafrika

Liberale als fünfte Kolonne

S. E. D. Brown

Die meisten Südafrikaner scheinen immer noch nicht zu wissen, daß sich die schwerwiegenden Ereignisse, die Ost-Europa im Namen des Kommunismus überkam, in nichts von denen unterscheiden, die im Namen des Sozialismus, Internationalismus, der Welt-Bruderschaft und dem zeitgenössischen Liberalismus über den Westen und über Südafrika gekommen sind. Auf allen Seiten ist zu beobachten, wie die Bollwerke der Zivilisation unablässig weggebrochen werden und das Schlimme daran ist, daß viele Liberale bei diesem Verrat mitmachen und sogar mit fanatischem Eifer.

Die Liberalen mißverstehen völlig die Natur des Menschen, den wahren Charakter der westlichen Zivilisation, die natürlichen Tendenzen der kollektiven Massen, das Wesen von Technologie und Wirtschaft, die religiösen Kräfte und die logischen Schlußfolgerungen irreligiöser Einstellungen, die Implikationen von Demokratie, Nationalismus, Totalitarismus und jede Form von Determinismus. Sie beurteilen die gegenwärtige Lage immer falsch und handeln in einer Art arroganter Unfehlbarkeit aufgrund falscher Annahmen, bis wir schließlich alle in unserer derzeitigen mißlichen Lage enden.

Liberale Freiheits-Politik

Da das liberale, englische und Afrikaans-Establishment täglich kühner und stärker wird, wozu auch die Annahme der zionistisch-kommunistischen Gleichheits-Doktrin durch die Regierung P. W. Bothas in Südafrika beigetragen hat; da es die schwarze Mehrheitsregierung für Rhodesien unterstützt und eine solche für Südafrika vorantreibt, die kommunistischen Regime der Frelimo und von Mugaba unterstützt, eine neue Mehrrassen-Verfassung mit Machtteilung und der daraus folgenden Zerstörung der rassischen und nationalen Integrität der weißen Nation aufweist – kurz, angesichts des Schritts der Botha-Regierung nach links und ihres Abrutschens in den »Liberalismus« –, möchte ich mich heute mit dem Liberalismus und seiner zerstörerischen Politik auseinandersetzen.

Zunächst zur »Freiheits«-Politik des Liberalismus: Wir alle möchten soviel persönliche und politische Freiheit haben wie es die Umstände zulassen. Diese Politik hat deshalb – wenn es sich dabei um wahren Liberalismus handelt – ihren legitimen Platz gegenüber dem Konservatismus.

Doch in Kriegszeiten und wenn ein Land von kommunistischer Unterwanderung und Zerstörung bedroht ist, verstehen wir, daß die Umstände drastische Beschränkungen der Freiheit erforderlich machen. Es ist dann nicht der richtige Zeitpunkt im Namen des Liberalismus eine Politik der Freiheit von Einschränkungen voranzutreiben.

Die Freiheit eines jeden bedeutet für den anderen eine Einschränkung. Wenn es keine Verkehrsregeln gäbe und wir Fahrzeuge wie Esel mitten auf der Straße abstellen könnten, wäre unsere Freiheit und Sicherheit beim Autofahren in gefährlichem Ausmaß eingeschränkt.

Bevorzugtes Losungswort der Liberalen

Auf einer höheren Ebene wird die bekannte Bedrohung der Freiheit durch den Kommunismus überall dort, wo er sich et-

abliert hat, zu einem Umstand, der die Freiheit aufgrund der subversiven Aktivitäten ebenso einschränkt wie ein Krieg.

Der gesunde Menschenverstand kann sicherlich unterscheiden zwischen Robinson Crusos Freiheit und der der Südafrikaner, die bedroht wird von Subversion, Sabotage und Revolution durch Kommunisten im Land und von außen.

Wenn die Philosophie des Liberalismus diese Regeln der Umstände nicht anerkennt, ist sie auf kriminelle Weise unvollständig und mangelhaft.

Eines der kommunistischen Spiele besteht darin, eine explosive Situation zu schaffen und sich dann zu beschweren, daß sie »faschistische« Methoden enthalten. Die Liberalen pflichten dem bei und behaupten ernsthaft, kommunistische Propaganda lebe von der Armut und Unterdrückung.

Das ist die bevorzugte Losung der Liberalen, die blind sind für die Geschichte und die Techniken des Kommunismus als einer militanten Kraft und sie scheinen sogar anzudeuten, daß es sich um eine wohltätige Bewegung, wenn auch eine gottlose, handelt.

Mit diesem Argument könnte man sogar damit rechnen mit der Armut und der Unterdrückung Wahlen zu gewinnen. Doch die Kommunisten haben in freien Wahlen niemals einen Sieg davongetragen und werden es nicht wagen, sich ihnen zu stellen.

Im Jahr 1917 haben die Bolschewiken die Kerensky-Revolution mit Maschinengewehren erfolgreich »geschlagen« und erreichten dann nicht die Anerkennung durch das arme, unterdrückte russische Volk, sondern mußten zu Mord und Terror greifen.

Mir haben Studenten und Chinesen bestätigt, daß die kommunistische Revolution in China auf Mangel an Nahrungsmitteln zurückzuführen gewesen sei. China wurde schließlich systematisch unterworfen, Dorf um Dorf, durch den ruchlosen Terror von Spitzenagenten, von denen jeder einzelne ein Profi in Gewalt und Brutalität war.



Der Angriff auf das Winterpalais am 26. Oktober 1917, der Auftakt zu der von den Bankern der Wallstreet finanzierten bolschewistischen Revolution.

Krankheit von Seele und Geist

Das Nachgeplapper der Liberalen, das »Armut die Wiege des Kommunismus sei«, ist eine der wichtigsten falschen Vorstellungen, die über den Kommunismus existieren. Es ist die falsche »Theorie des leeren Magens« über den Kommunismus.

Kommunismus ist nicht die Krankheit, die durch einen leeren Magen verursacht wird. Es ist eine Krankheit von Geist und Seele. Der Kommunismus entsteht nicht bei den Armen, den Ungebildeten, den Ausgebeuteten oder in der Arbeiterklasse. Jede große Persönlichkeit des Weltkommunismus, die in einem nicht-kommunistischen Land zum Kommunisten wurde, wurde dies als Student einer intellektuellen, materialistischen Philosophie und atheistisch im Glauben.

Die lange Liste wichtiger kommunistischer Agenten, bei denen es sich um wohlgenährte intellektuelle Studenten handelte, umfaßt Marx, Engels, Lenin, Stalin, Chou En-lai, Chou Teh, Mao Tse-tung, Ho Chi Minh, Alger Hiss, Harry Dexter White, Klaus Fuchs, Julius Rosenberg, Guy Burgess, Donald MacLean und viele mehr.

Darüber hinaus wird der Kommunismus nicht von den Armen, den Ungebildeten, den Ausgebeuteten oder der Arbeiterklasse am Leben erhalten, sondern von den Reichsten der Welt. Es ist in der Tat eine verbürgte Tatsache, die von der Weltpresse sorgfältig kaschiert wird, daß die russische Revolution von der Wall Street finanziert wurde, und daß die Sowjetunion seither von dem internationalen Banken-Establishment aufgebaut und erhalten wird.

Diese väterlichen Bande der Banker zum Kommunismus dauerten seit 1917 bis heute an. Sie sind heute vielmehr stärker denn je. Ihre wirksamsten Werkzeuge sind die Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen, von wo der »Wandel« kommt, der überall den weißen Mann seine Länder und seine Zivilisation zerstören soll.

Soviel zu dem Trugschluß, daß Armut die Wiege des Kommunismus sei. Ein Trugschluß, der endlos nachgeplappert wird, nicht nur von den Liberalen und der extrem linken, englisch-sprechenden Presse in Südafrika, die sich bemüht, die gegen den Kommunismus und die liberale Subversion in Südafrika ergriffenen Maßnahmen zu schmälern und zu diskreditieren. Er wird auch nachgeplappert von den Führern der progressiven Reformpartei und in zunehmendem Maße von den heutigen Anführern der nationalen Partei in Südafrika.

Die Kommunisten sind geschickt genug in der Kriegsführung, daß sie wissen, daß ihr Ziel auf verschiedenen Wegen angegangen werden kann. Sie wissen, daß einige Länder noch zu »weit zurück sind«, als daß sie die Kollektivierung ihrer Volkswirtschaft mit Enthusiasmus betrachten würden. Diese Länder müssen durch indirekte Methoden dazu gebracht werden; und die kommunistische Taktik, die jetzt im Westen und in Südafrika energisch angewandt wird, ist die Methode über die Idee der Machtteilung, der Rassen-Integration und des Kollektivismus.

Rosa geht über in Rot

Die Rassen-Einstellung der Kommunisten stammt – wie aber auch der Liberalen – von der materialistischen Darstellung des Menschen im Kommunismus, bei der das Dogma, es gäbe keine wirklichen Unterschiede zwischen den Menschen »außer den ökonomischen Unterschieden«, zu einem der wichtigsten Lehrsätze zählt. Demgemäß vertreten die Kommunisten die Ansicht: »Beseitigt die ökonomischen Unterschiede und alle anderen – rassische, kulturelle, soziale und moralische – werden verschwinden.«

Diese Phase des Gleichmachungs- und Verwischungs-Prozesses, der auch die Politik der Liberalen darstellt, wird jetzt mit großem moralischem Pathos präsentiert. Darüber hinaus hat es den taktischen Vorteil der Unterminierung der historischen Verfassungsstruktur eines jeden Landes einschließlich Südafrikas.

Das allgemeine Volk in jedem Teil der Welt hat dies schon seit langem verstanden. Für sie signalisierte der Kommunismus seine Ankunft schon immer durch eine scheinbar freie und natürliche, doch in Wirklichkeit befangene und tendenziöse Vermischung der Rassen. Auf diese Weise hat der Mensch im Westen das Auftauchen des Kommunismus intuitiv erkannt.

Das einfache Volk nimmt elementare Dinge, die die »Übergebildeten« nicht sehen können, oft viel stärker wahr. Daß sie Recht hatten darin, dies als Eröffnungstaktik des Kommunismus in den USA, in England, jetzt in Südafrika und anderswo zu erkennen, steht außer Frage.

Rosa geht über in Rot in der Politik wie auch in der Praxis. Es ist immer der Idealismus der Liberalen, auf den sich die Kommunisten verlassen und der ihnen die Tür öffnet für ihr politisches Banditentum, unter dem frommen Vorwand, jede geschlossene Tür sei eine Verweigerung von Freiheit.

Südafrika

Liberale als fünfte Kolonne

Und indem sie so viele konservative Maßnahmen und politische Ziele in Südafrika aus Prinzip verurteilen, spielen alle jene Liberale, die das tun, die Rolle der fünften Kolonne für kommunistische Infiltration und Übernahme.

Wie die Krebszellen in Rebellion gegen den Organismus, der sie hervorrief, können die »Liberalen« nur zerstören. Sie können ihre Länder von innen heraus zerstören, genauso wie sie eine politische Partei von innen heraus zerstören können – genauso wie sie die United Party in Südafrika zerstört haben und die demokratischen und republikanischen Parteien in Amerika –, und wie sie derzeit die einst große National Partei in Südafrika zerschlagen.

Das Spiel mit der Weltmeinung

Doch obwohl es in der Natur der »Liberalen« liegt zu spalten und zu zerstören – während sie unter den politischen Zionisten und den schwarzen und braunen Völkern der Erde für den gegenteiligen Effekt arbeiten – bedeutet das nicht, daß »Liberale« nicht an Einheit glauben. Natürlich tun sie das. Doch wie von Personen zu erwarten ist, die für schöpferischen Erfindungsgeist und die Verfolgung von Phantome ihres eigenen Geistes bekannt sind, haben die »Liberalen« einen besonderen Namen dafür. Sie nennen es die »Einheit der Menschheit«.

Natürlich machen sie nie deutlich, was sie unter diesem Satz verstehen. Noch definieren sie jemals die übrigen Schlagworte ihres Vokabulars – Schlagworte wie »Welt-Bruderschaft«, »Demokratie«, »Rassengleichheit«, »fundamentale Menschenrechte«, »soziale Gerechtigkeit«, »Frieden«, »Fortschritt«, »neues Denken«, »neue Welt«, »Wandel«, »Konsensus«, »Machtteilung« sowie der ganze übrige demoralisierende Jargon, der ihre »Weltmeinung« ausmacht.

Darüber hinaus stellen Beobachter fest, wie diese »liberalen« Schlagworte sich mehr und mehr in die Leitartikel der englischsprechenden und Afrikaans-Zeitungen und in die Aussagen der Politiker eingeschlichen haben.

Doch niemand unternimmt den Versuch diese Schlagworte zu definieren oder die Richtung anzuzeigen, in die diese vagen Begriffe die Öffentlichkeit führen und bitterlich irreführen sollen.

Alles, was der Mann auf der Straße wissen darf, ist, daß die »Liberalen« die »Moral« und die »Weltmeinung« auf ihrer Seite haben. Er darf nicht den Verdacht hegen, daß ihre »Moral« nur ein Produkt der Einbildung von Personen ist, die Sittlichkeit und Tugend in aller Öffentlichkeit verworfen haben, und daß »Weltmeinung« das ist, was geschaffen wird, wenn ein paar »liberale« Jounalisten in dem einen Land die Lieblingsschlagworte einiger Journalisten in einem anderen Land verwenden.

Einheit der Totalitaristen

Der Mann auf der Straße bekommt sicherlich nicht gesagt, daß die »Einheit der Menschheit«, die »fundamentalen Menschenrechte« und ähnliche Schlagworte dazu dienen sollen, ihn blindlings auf den Pfad zum internationalen Sozialismus zu führen, ihn seines Rassen- und Nationalcharakters zu berauben und schließlich seine Würde und Integrität als Mensch zu zerstören.

Die Bedrohung des »Liberalen« liegt genau in der Tatsache, daß hinter der sorgfältig durchdachten Fassade dieser hochtrabenden Schlagworte – Sophistereien, die klug erdacht sind, um das Konzept von Rassen-Integrität und nationaler Souveränität auszulöschen und den Menschen des Westens seines Rassen- und Nationalcharakters zu berauben, aus ihm einen entwurzelten Kosmopoliten zu machen, für den das Leben bedeutungslos geworden ist – alle »liberalen« Aktivitäten zweckbetont und koordiniert sind.

Ihre Aktivitäten führen geradewegs in Richtung auf ihr Ziel von »einer Welt, eine Rasse« und von einer »Ein-Welt-Regierung« – was nichts anderes sein kann als ein materialistischer Totalitarismus, eine monströse und barbarische Tyrannei. Das ist aber auch genau das Ziel der kommunistischen Verschwörung.

Getrieben von ihrer Entschlossenheit der Verschiedenartigkeit der Natur die Einheitlichkeit ihrer Weltvorstellung aufzuerlegen, haben die »Liberalen« das Ende beschlossen und schrecken vor den Mitteln nicht zurück. Daß die Auferlegung von Einheitlichkeit auf die Verschiedenartigkeit Gewalt erfordert – wie Bajonette, Maschinengewehre und Terrorismus auch in Amerika und anderswo nötig waren –, schreckt diese »Liberalen« nicht im mindesten.

Der Preis für soziale Gerechtigkeit

Als selbsternannte Hüter des »Weltgewisens« halten sie es für »unmenschlich« und nationalistisch betrachtet als unfein, die Tatsache zu erwähnen, daß es unvermeidliche Konsequenzen gibt, wenn Gewalt angewendet wird, um Paradiese – multi-rassische, sozialistische, kommunistische und andere – zu schaffen.

Hunderte von Millionen armer Teufel wurden bereits brutal abgeschlachtet und starben einen Hungertod, als die »sozialistischen« Paradiese von Rußland und China erschaffen wurden –, und weitere Millionen werden weiterhin niedergemetzelt, um diese und andere Paradiese aufrechtzuerhalten.

Der Preis für »soziale Gerechtigkeit« ist kurz gesagt Massaker. Das erklärt, warum die »Liberalen«, obwohl sie immer versichern Anti-Kommunisten zu sein, fast ausschließlich in den Rängen der militanten Anti-Kommunisten zu finden sind.



Lenin und Stalin ließen sich ihre »Weltrevolution« finanzieren. Der Kommunismus ist also keine Krankheit, die durch einen leeren Magen verursacht wird.

Denn ebenso wie die »Liberalen«, obgleich sie immer untereinander streiten, Grundüberzeugungen vertreten, die ihre Bemühungen zur Unterminierung und Zerstörung der Struktur, Integrität und organischen Einheit jeder westlichen Nation in Einklang bringen, so hindern ihre Streitigkeiten mit der Theorie des Kommunismus sie nicht daran, sich auf gemeinsamem Boden mit den Kommunisten zu befinden.

Wie sich die Sonnenblume der Sonne zuwendet, wenden sich die »Liberalen« immer der Linken zu.

Der Judas des Westens

Deshalb mobilisieren sich die weich-herzigen »Liberalen« immer sofort, um Verräter, Subversive und sogar Terroristen und Mörder zu verteidigen, wenn ein Land sich zu schützen sucht und die kommunistische Verschwörung untersucht und aufdeckt.

Trotz ihres wortreichen Gerangels mit den Kommunisten über Einzelheiten der Theorie, fühlen sich die »Liberalen« immer zu den Kommunisten hingezogen, denn indem sie sich von ihrer eigenen Kultur abschneiden, haben sie keinen anderen Ort, wohin sie gehen können. Sie selbst sind Leute, die ihrem eigenen Volk den Rücken zugewandt und es, ihre eigene Art und ihre eigenen Traditionen, verraten haben. Sie müssen zwangsläufig in die Gruppe der Feinde ihres Landes und ihrer Rasse eingereiht werden. Sie sind der politische Judas der heutigen westlichen Welt.

Wenn wir über ihren »liberalen« Wortschwall und ihre Beteuerungen der guten Absichten, die ernst sein mögen – und da kein Zusammenhang bestehen muß zwischen Ursache und Wirkung in ihrer Traumwelt – hinausblikken und auf das Ergebnis ihrer »liberalen« Aktionen schauen, so sehen wir vier wichtige Faktoren:

Erstens, der zeitgenössische »Liberalismus« leugnet ebenso wie der Kommunismus die Gültigkeit absoluter moralischer Werte, ob sie nun auf dem Gewohnheitswege oder vernunftmäßig ermittelt wurden.

Zweitens, der »Liberalismus« ebenso wie der Kommunismus lehnt die geistigen Grundlagen ab, auf denen das einzigartige Sein jedes Menschen sich gründet, und mit dieser Ablehnung zerstört er das philosophische Fundament, das das sine qua non, die unerläßliche Bedingung, einer freien Gesellschaft ist.

Drittens, der »Liberalismus« wie Kommunismus wenden auf die sozialen und politischen Realitäten die verrückten und pietätlosen Methoden eines »sozialen Machers« an, der mit der Berechnung und Gewalt zentralisierter Macht den freien Pulsschlag menschlichen Lebens eindämmt, begrenzt, kontrolliert und lenkt. Sie schaffen die Naturgesetze und die Vorstellung von Gott ab.

Viertens, sind der zeitgenössische »Liberalismus« und der Kommunismus tatsächlich Kräfte der gleichen revolutionären Bewegung. Der einzig signifikante Unterschied besteht darin, daß der Kommunist ganz sicher weiß, wohin sein Weg führt, während das bei dem »Liberalen« vielleicht nicht der Fall ist.

Das gleiche gilt für die Führer der heutigen südafrikanischen Regierung.

Kommunisten kennen ihr Ziel

Der südafrikanische Staatspräsident P. W. Botha und seine Bande links-liberaler Revolutionäre weiß vielleicht nicht, wohin er geht mit seinen »Reformen« und seiner neuen Multirassen-Verfassung der Machtteilung, kurz gesagt, mit dem pietätlosen, verrückten, staats-zerstörenden »sozialen Machertum« – doch die Kommunisten wissen sicher, wo es lang geht.

Die Kommunisten wissen nur allzu gut, daß – wenn P. W. Botha dem Group Areas Act, der letzten Säule der Apartheid, schließlich den Coup de grace versetzt, das Gesetz, das er, koste es was es wolle, bei der nächstbesten Gelegenheit zu Fall bringen will – Südafrika und die weiße Nation ihnen dann wie eine reife Frucht in den Schoß fallen wird und sie damit ein weiteres weiß-regiertes und antikommunistisches Land einheimsen können, so wie sie es mit Rhodesien gemacht haben.

Darüber hinaus hatten die Kommunisten bereits allen Grund Pieter Willem Botha, seinem Außenminister »Pik« Botha und ihrem Freund und Mentor, Henry Kissinger, für die wichtigen Rollen dankbar zu sein, die sie gespielt haben bei dem Auseinanderreißen und der Zerstörung dessen, was einst als geopolitische Einheit des südlichen Afrika bekannt war und deren stückweiser Übernahme durch die Kräfte der kommunistischen Weltrevolution.

Das erste Land war Mozambique, dann kam Angola, danach Rhodesien und heute sind Südwestafrika und Südafrika selbst an der Reihe, wenn der Prozeß nicht insgesamt aufgehalten und umgekehrt wird.

Südafrika mit seinen ungeheueren Mineralstoff-Reserven stellt schon seit langem den bedeutendsten Preis auf dem afrikanischen Kontinent dar; der Preis, der ihre vierzigjährigen Bemühungen krönen wird, Afrika zum ersten Kontinent ihrer kollektivistischen »Neuen-Welt-Ordnung« zu machen.

Doch niemand kann beginnen die Weltmachtstruktur von heute zu verstehen oder was auf der Welt passiert – oder die subversive, tödliche Rolle der heutigen Liberalen kennen –, wenn er nicht weiß, daß es sich bei den beiden asiatischen Bewegungen, die im Ersten Weltkrieg aufkamen und den Sieg des Zweiten Weltkrieges davontrugen, um den Sowjetkommunismus und den politischen Zionismus handelt. Diese beiden Bewegungen der Weltrevolution – diese beiden Imperialismen – entspringen einer gemeinsamen Wurzel in den Ghettos von Rußland und New York, und es hat zwischen ihnen niemals Meinungsverschiedenheiten gegeben über Ideologie, Taktik und Zielsetzungen.

Voll unterstützt durch die internationale Finanzwelt streben sie die letztendliche Kontrolle über die politische, wirtschaftliche und militärische Macht der gesamten menschlichen Rassen an.

Imperium der Zionisten

Ihr Ziel ist es, alle Rassen, Länder und Regierungen zu denationalisieren und auf dem Zusammenbruch der westlichen christlichen Zivilisation ihre kollektivistische »neue Weltordnung« zu errichten. Ihre Organisation und ihr politisches Instrument ist die Organisation der Vereinten Nationen, deren Charta genau die Formulierung des sowjetischen totalitären Systems in einem internationalen Idiom darstellt, das der Denkweise und Verfahrensweise des Westens angepaßt wurde.

In Amerika und anderen Ländern des Westens erfolgte der Aufstieg des Zionismus Seite an Seite mit dem Aufstieg des Kommunismus. Die zionistischen Juden arbeiten von der Spitze nach unten, die kommunistischen Juden von unten nach oben. Die Macht, die vom politischen Zionismus in der Welt heute ausgeübt wird, ist Macht auf höchster politischer Ebene. In Weltangelegenheiten ist es Weltmacht.

Sein Weltziel ist ein- und dasselbe wie das des Sowjet-Imperialismus und – da die heutige US-Regierung unter effektiver zionistischer Kontrolle steht – ein und dasselbe wie das des amerikanischen Imperialismus. Zionistischer Imperialismus, Sowjet-Imperialismus und zionistisch kontrollierter amerikanischer Imperialismus unterscheiden sich heute nicht mehr voneinander als die drei Hauptzweige des gleichen Baumes.

Die säkulare Religion von ihnen allen ist der neue Glaube, der zeitgenössische Liberalismus, auch bekannt als westlicher Liberalismus. Es ist dieser Liberalismus, der als seine Opfer und Gefangenen zuerst. P. W. Botha und seine links-liberalen Genossen veranlaßte, ihren lebenslangen und nationalistischen und konservativen Prinzipien und politischen Zielen den Rücken zuzukehren, um diejenigen der Feinde ihrer eigenen Rasse, Nation und Zivilisation zu übernehmen.

Es ist der gleiche Liberalismus, der dem pietätlosen, verrückten und staatszerstörenden »sozialen Machertum« der Botha-Regierung zugrunde liegt und der euphemistisch bekennt und präsentiert wird als »Frieden«, »Fortschritt«, »Menschenrechte«, »Reformen«, »rassenlose Demokratie«, »Machtteilung« und all der übrige Humbug im »liberalen« Arsenal.

Es ist der gleiche Liberalismus, der in politischer Hinsicht – und ob P. W. Botha und seine linksliberalen Genossen dies wissen oder nicht – heute aus ihnen Lakaien und die fünfte Kolonne der kommunistischen Weltrevolution und ihrer kollektivistischen »neuen Weltordnung« macht. □

Mozambique

Glück haben die Gegner der Roten

James P. Tucker

Trotz Nachrichtensperre in den Establishment-Medien und der Feindseligkeiten von seiten des amerikanischen Außenministeriums haben die anti-kommunistischen Kämpfe zur Beseitigung des sowjetischen Jochs in Mozambique in den letzten Wochen große Fortschritte gemacht. Die nationale Widerstandsbewegung des Landes, die »Renamo« kann jetzt auf eine achtzigprozentige Unterstützung unter ihren Landsleuten zählen. Die Renamo-Kräfte haben die nördlichsten Provinzen des Landes unter Kontrolle mit Ausnahme der Städte und haben in politischen und taktischen Auseinandersetzungen große Gewinne verzeichnet.

»Mit ihrer jüngsten Offensive soll das Vorhandensein von Söldnern in Mozambique hervorgehoben und ein Vorwarnschlag gegen die Pläne der Frelimo (kommunistische Regierung), die Interventionsstufe zu eskalieren, verübt werden«, sagte Tom Schaaf vom Informationsbüro in Washington.

Rote Söldner demoralisiert

»Derzeit gibt es in Mozambique 15 000 Zimbabwaner, 3 000 Tansanianer und 10 000 Ostblock-Soldaten, Techniker und Berater«, meinte Schaaf. Mit der Offensive konnte auch die Kontrolle der Renamo über die nördlichen Provinzen verstärkt werden, wo sich die Präsenz der feindlichen Regierung auf die Städte beschränkt.

Die Renamo hat vor kurzem Pläne der Frelimo aufgedeckt, 7 000 Soldaten aus dem kommunistischen Äthiopien in der zur Zeit in Mozambique operierende Einheiten zu integrieren.

Inzwischen hat Robert Mugabe, der Premierminister des kommunistischen Zimbabwe, nach Truppen aus Indien verlangt, die seine Intervention in Mozambique unterstützen sollen. Die Truppen aus Zimbabwe sind demoralisiert und ziehen jeden Tag eine Million Dollar aus Zimbabwes Wirtschaft ab, sagten Renamo-Führer.



Oliver Tambo wird vom amerikanischen Außenminister herzlich in Washington begrüßt.

Die Demoralisierung rührt größtenteils von zwei Ereignissen am 24. Januar 1987 her, als die Renamo die Provinzhauptstadt Tete angegriffen hat und 23 Zimbabwaner getötet sowie 91 weitere verwundet worden sind. Am gleichen Tag überfielen sie eine Einheit aus dem zimbabwanischen Hauptquartier in Mecanhelas in der Provinz Niassa und töteten weitere 25 Zimbabwaner. Niassa grenzt an die Seen Malawi, Chjuta und Chilwa.

Aus beschlagnahmten Dokumenten geht Feldberichten zufolge hervor, daß 7 000 äthiopische Kampftruppen in die bestehenden Einheiten von Zimbabwe und Tansania integriert werden sollen. Davon sollen mindestens 100 Äthiopier als Luftwaffenpiloten oder Geheimdienstbeamte eingesetzt werden.

In einem weiteren erfolgreichen Schlag wurde am 20. Januar 1987 die Garnison in Meloco in Mozambiques nördlichster Provinz Cabo Delgado eingenommen. Neun tansanische Truppen und 35 Frelimo-Soldaten wurden getötet. Die Renamo verloren neun Mann.

Nachrichtensperre über die Erfolge der Renamo

Die Garnison wurde von ihnen in Besitz genommen und mit ihr drei 112-Millimeter-Mörser, 215 Kisten Kleinwaffenmunition, 79 AK-47-Gewehre und 45 Kisten Handgranaten.

Am folgenden Tag – ebenfalls in Cabo Delgado – griff die Renamo einen Militärkonvoi der Frelimo an, der von der Hafenstadt Pemba nach Montepuez zog. 17 Frelimo-Soldaten wurden getötet und drei gepanzerte Mannschaftswagen zerstört.

Am 22. Januar 1987 nahmen sie die Stadt Maque am See Cabora Bassa ein und töteten dabei 11 Frelimo-Soldaten und 87 Rekruten. Weitere 47 Rekruten wurden gefangengenommen und machten vom Amnestieprogramm Gebrauch, nach dem sie entweder den anti-kommunistischen Kräften beitreten oder ihre Waffen niederlegen und in von den Renamo kontrollierten Gegenden ein Zivilleben aufnehmen können.

Der ungewählte Präsident der Frelimo, Joaquim Chissano, erwartet offenbar noch mehr Hilfe von anderen marxistischen Regierungen und hat ein Angebot der Renamo, die Kämpfe zu beenden, abgelehnt. Alfonso Dhlakama, der Präsident der Renamo hatte angeboten, den Krieg zu beenden, und zwar unter der Bedingung, daß alle ausländischen Streitkräfte das Land verlassen und in freien Wahlen eine Regierung aufgestellt wird.

Über die Erfolge der Renamo, die sich ausschließlich aus Mozambiquern zusammensetzen, ist in der Establishment-Presse wenig erschienen.

Das amerikanische Außenministerium erkennt weiterhin die von Truppen verschiedener kommunistischer Länder gestützte Marionettenregierung an. Selbst als die Freiheitskräfte jene Gewinne verzeichneten, empfing der amerikanische Außenminister George Shultz Oliver Tambo vom Afrikanischen National Kongreß (ANC), einer selbst ernannten kommunistischen Terroristengruppe, deren Ziel es ist, die südafrikanische Regierung zu übernehmen und sie unter sowjetische Herrschaft zu bringen.

Das Glück lacht den Freiheitskämpfern

Tambo hat versprochen, das Eigentum aller Weißen in Südafrika zu beschlagnahmen und es den Schwarzen zu geben. In Washington wiederholte Tambo seinen Plan und rechtfertigte die grausame Praktik der »Halskrause«, einer Folterart, bei der ein mit Benzin getränkter Reifen um den Hals des Opfers gelegt und angezündet wird.

Die Karrieristen im US-Außenministerium unter Präsident Jimmy Carter halfen beim Sturz der weißen Regierung in Rhodesien und bei der Umwandlung des Landes in das kommunistische Zimbabwe.

Dieselben amerikanischen Berufsbürokraten tun das gleiche jetzt mit Südafrika, wenn sie nach mehr »Sanktionen« verlangen und seine terroristischen Gegner in den Himmel heben. Unter dessen werden verschiedene kommunistische Regierungen, die auf Mozambiques Boden operieren, von den antikommunistischen Soldaten geschlagen.

Trotz der Feindschaft von seiten des westlichen Establishments lacht den Freiheitskämpfern das Glück. Vicente Ululu, der Sekretär der Renamo für interne Verwaltung, berichtet, daß in weiten Teilen des Landes der dringend benötigte Regen gefallen ist und in den unbesetzten Gebieten eine weitere gute Ernte erwartet wird. □

Philippinen

Marcos spricht von Betrug

P. Samuel Foner

»Massiver Betrug« wurde von der Regierung Corazon Aquino beim jüngsten Volksentscheid dem gestürzten Präsidenten Ferdinand Marcos zufolge begangen. Der Betrug steht in Zusammenhang mit Mrs. Aquinos »verzweifelten Bemühungen die neue philippinische Verfassung zu ratifizieren«, behauptete Marcos.

Während die Establishment-Medien den »überwältigenden Sieg« von Mrs. Aquino und ihrer Verfassung lauthals verkündeten, blieben der Betrug und die Manipulationen von seiten der Regierung Aquino unerwähnt. In den Präsidentschaftswahlen, in denen sich Mrs. Aquino und Marcos gegenüberstanden, war viel die Rede von Überwachung der Stimmabgabe durch die Opposition. Doch bei der tatsächlichen Abstimmung hörte man nichts mehr davon und das war kein Wunder.

Die Zehn-Prozent-Lösung

Marcos zufolge ist das Wahlgesetz geändert worden, um die Strategie der Aquino-Regierung für eine überwältigende Mehrheit an »Ja«-Stimmen sicher zu stellen. Nach dem neuen Gesetz, so Marcos, ist die Anwesenheit von Wahlstimmenprüfern aus der Opposition nicht mehr erlaubt.

Die Prüfer in den Wahlkreisen auf regionaler und überregionaler Ebene »sind alle Aquino-Gefolgsleute«, sagte Marcos. »Es gibt keinen unabhängigen Beobachter«, räumte der gestürzte philippinische Präsident ein. »Namfrel, eine sogenannte Bürgerorganisation, ist pro Aquino. Ihr Kopf, José Concepcion, ist ein Mitglied des Kabinetts von Mrs. Aquino«, sagte Marcos. »Es wurde keine andere Gruppe von Mrs. Aquinos Wahlausschüssen zugelassen.«

Bevor die offiziellen Ergebnisse verkündet wurden, so behauptet Marcos, sei das Computerprogramm zur Überwachung und Auflistung der Stimmen auf nationaler Ebene »frisiert worden, um ein Stimmenergebnis von 65:35 wiederzugeben«.

Das war eine sehr exakte Voraussage der Ergebnisse, die von der Aquino-Regierung verkündet worden war.

»Der Wahlausschuß berichtete bei der Zählung der letzten Stimmen von einem 93prozentigen Stimmenertrag«, meinte Marcos. »Tatsache ist, daß es nur zehn Prozent waren. Der Rest wurde dazu verwendet, die Wahlergebnisse in jedem Wahlbezirk im ganzen Land hoch zu päppeln.«

Mit diesen Machenschaften noch nicht zufrieden, drehte die Aquino-Regierung auch noch den Geldhahn auf, um das Stimmenergebnis zu verbessern. »Massiver Stimmenkauf wurde bereits vor Öffnung der Wahllokale beobachtet«, sagte Marcos. »Ungefähr 1000 Wahlhelfer bekamen zwischen 50 und 100 Pesos, um einen Tag vor Öffnen der Wahllokale die Wahlurnen mit ›Ja‹-Stimmen zu füllen.«

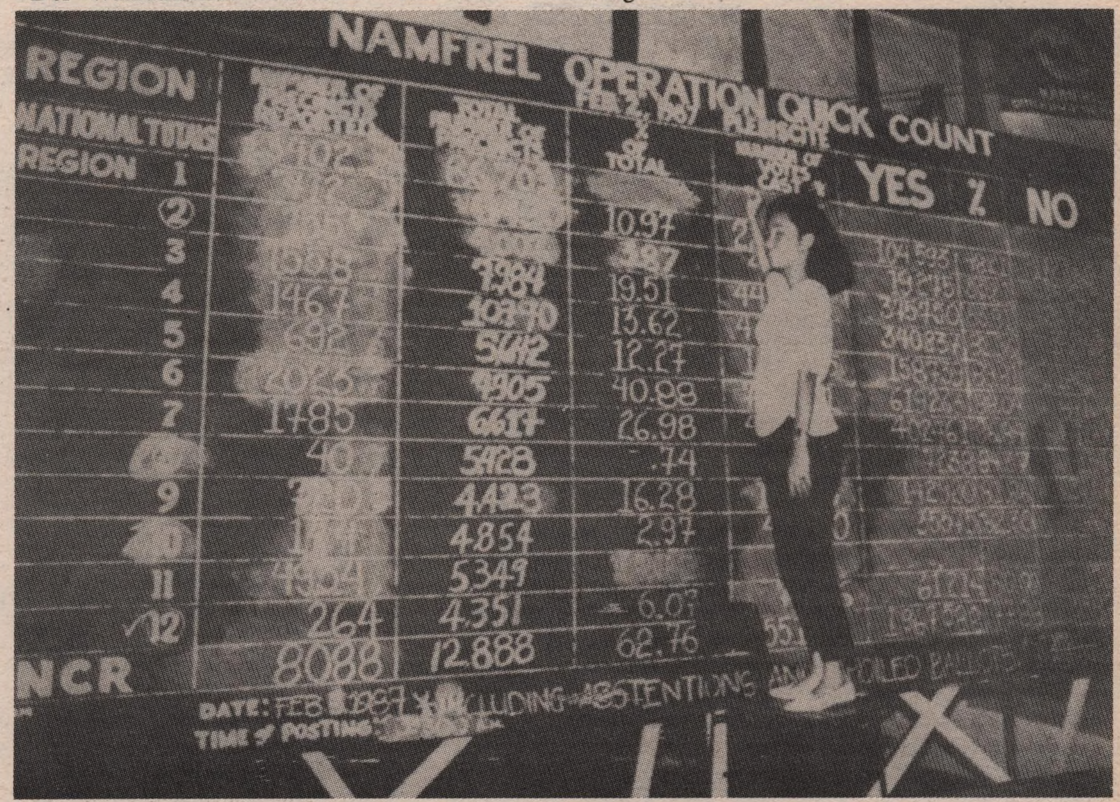
Stimmzettel im Geheimen gedruckt

»Ziviles und Militärpersonal erhielten je nach Rang und Stellung 1000 bis 2000 Pesos, um Wahlpropaganda zu machen und mit ›Ja‹ zu stimmen. Dies erklärt die hohen Regierungsausgaben in Höhe von einer Milliarde Pesos für den Volksentscheid«, äußerte Marcos. Das waren die »höchsten Ausgaben bei Wahlen und Volksabstimmungen in der ganzen Geschichte der Philippinen«.

Die Aquino-Regierung hielt auch das Drucken der Stimmzettel geheim. »Sie wurden ohne die Anwesenheit unabhängiger beziehungsweise Vertreter der Opposition gedruckt«, so Marcos. »Es geschah im Geheimen. Die übliche und legale Institution, die das normalerweise macht – die staatliche Druckerei – hatte nichts damit zu tun.«

Wenn diese Stelle die Wahlzettel druckt, werden bestimmte Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um zu verhindern, daß Stimmzettel gefälscht werden. Doch bei der Aquino-Volksabstimmung fehlten auf den Wahlscheinen »jegliche Sicherheitsmerkmale und sie konnten leicht in beliebiger Form gefälscht werden«, sagte Marcos.

Schließlich hatte die »Aquino-Regierung ihre eigene ›Gelbe Armee‹, um Gegenden zu terrorisieren, in denen man überwiegend mit ›Nein‹-Stimmen rechnete. Bei dieser ›Gelben Armee‹ handelt es sich um die gleiche Gruppe wie jene, die am 22. Januar 1987 auf Farmer und Demonstranten geschossen hat, wobei 19 Farmer getötet und rund 200 verwundet – darunter 97 lebensgefährlich – wurden«, äußerte Marcos. □



Unter Aufsicht von Namfrel lief nicht alles korrekt beim jüngsten Volksentscheid auf den Philippinen. Marcos wies darauf hin, daß es sich bei dem Leiter dieser »Überwachungsorganisation« um ein Mitglied des Aquino-Kabinetts handelte.

Philippinen

Der US-Coup gegen Marcos

William Carmichael

Dies ist die zweite Folge einer Artikelserie über die Philippinen, Ferdinand Marcos, Corazon Aquino und die Zukunft der belagerten Insel. Als Ferdinand Marcos zum Gewinner der Präsidentschaftswahlen auf den Philippinen erklärt wurde, mußten die Establishment-Medien in den Vereinigten Staaten dies – ungeachtet der Wahrheit – in Abrede stellen. Die US-Regierung ließ den Anschein erwecken, die Reagan-Administration stehe hinter Corazon Aquino und habe das »Vertrauen in Marcos verloren«.

US-Präsident Ronald Reagan wurde im ungewissen gelassen, während die Marcos-Gegner seinen Sturz vorbereiteten. Reagan wurde von US-Beamten, die für die nationale Sicherheit zuständig sind, über wichtige Entwicklungen in der Krise in ein falsches Bild gesetzt.

Marcos konnte Reagan nicht erreichen

Zu den Ereignissen, die dem US-Präsidenten von seinen Beamten vorenthalten wurden, gehörten drei persönliche Anrufe von Marcos in seinen letzten Amtstagen über eine geheime Telefonleitung. Die Anrufe wurden mit der schroffen Antwort abgewiesen, Reagan sei »nicht erreichbar«. In Wirklichkeit ist Reagan nie gesagt worden, daß sein alter Freund Marcos versucht hat, ihn zu erreichen, denn, wäre Reagan eingeschaltet worden, so hätte das zu viele Komplikationen für die Marcos-Gegner gegeben.

Während die Medien in den Vereinigten Staaten und auf den Philippinen nach einer Revolution verlangten, um Marcos zu stürzen, schürte das amerikanische Außenministerium seine Kampagne gegen Marcos in Washington. Zwei politische Beamte dieses Ministeriums hatten mit den Vorbereitungen zum Sturz von Marcos zu tun.

Es handelt sich dabei um Michael Armacost, Staatssekretär für politische Angelegenheiten in der Regierung Carter, und Morton L. Abramowitz, jetzt Leiter für Geheimdienst- und Forschungsangelegenheiten im US-Außenministerium. Abramowitz war auch ein Carter-Anhänger.



Leslie H. Gelb (links) begrüßt den sowjetischen Vertreter Lev Mendelevitsch bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Begrenzung von Waffenverkäufen.

Es war kein Zufall. daß das US-Außenministerium es für einen guten Zeitpunkt hielt, am 14. Februar 1986 seinen Jahresbericht über die Menschenrechte zu veröffentlichen. Die »Washington Post« berichtete dazu: »Das Außenministerium ließ gestern verlauten, daß die Sicherheitskräfte der philippinischen Regierung 1985 in Ermordungen und andere ernsthafte Verletzungen der Menschenrechte verwickelt waren.«

Zwei Tage später, am 16. Februar 1986, sagte der Unterstaatssekretär Carters für Nahostangelegenheiten, Richard Holbrook, ein enger Freund von Armacost, in der NBC-Sendung »Face the Nation«, daß es sein könnte, daß Marcos in zwölf Wochen weg ist.

Der Druck der Banker auf Marcos

Es gab keinen anderen Grund dafür, eine solche Aussage zu machen, als die Marcos-Gegner in dem Glauben zu bestärken, die Reagan-Regierung wäre bei einer Kraftprobe auf ihrer Seite.

Am 17. Februar 1986 berichtete Leslie H. Gelb von der »New York Times«, die ebenfalls Unterstaatssekretärin bei Carter war, in einer Titelgeschichte: »Aus maßgebenden Regierungskreisen verlautete heute, daß man auf höchster Ebene Rücktritte im philippinischen Kabinett erwarte und daß damit zu rechnen sei, daß Finanzinstitute den Druck auf Marcos erhöhen werden, um eine Schlichtung mit der Opposition herbeizuführen.

Sie betonten, die Regierung würde keine Abgänge aus dem Marcos-Lager fördern, doch man erwarte sie aufgrund wachsender Beweise unter Marcos-Anhängern.«

Ein Schema begann sich heraus zu kristallisieren. Am 18. Februar 1986 schlug sich das »Wall Street Journal« auf die Seite des US-Außenministeriums, um die Kampagne der Abgänge aus dem Marcos-Lager zu stützen, was das Ministerium angeblich nicht tat.

»Regierungsbeamte und Mitglieder des Kongresses stimmen jetzt darin überein, daß den US-Interessen auf den Philippinen am besten damit gedient sei, wenn Präsident Ferdinand Marcos sein Amt in ordnungsgemäßen Wahlen abgibt.«

Interessanterweise nennt das einflußreiche Blatt in seinem Artikel nicht einen einzigen Namen eines Regierungsbeamten, doch die Schlagzeile gibt zu verstehen, daß es sich um einen einstimmigen Konsens handelt, in den auch der US-Präsident mit einbezogen ist: »Amerikanische Regierungsbeamte fordern Marcos' Rücktritt – der philippinische Führer hat seine Legitimität wegen Wahlbetrugs verloren, sagen sie.«

Wie oben erwähnt, wollte Reagan nicht, daß Marcos gestürzt wird. Er zeigt sich nicht kooperativ und ignorierte die Dokumente seines Außenministeriums, denen zufolge er den Betrug von Marcos bestätigen sollte. Statt dessen bemerkte er auf einer Pressekonferenz am 11. Februar 1986, daß es offenbar »auf beiden Seiten« Betrug gegeben hätte.

Hörsagen aus dritter Hand

Und so stand es im US-Nachrichtenmagazin »Newsweek«: »Was immer der Grund dafür war, der Schaden war bereits angerichtet. Mrs. Aquino beschuldigte Reagan erbittert als jemand, ›der es vorgezogen hat mit Marcos zu konspirieren und die Filipinos um ihre Freiheit zu betrügen‹. Dreißig Minuten nach der Veröffentlichung ihrer bösen Bemerkungen kam Botschafter Stephen Bosworth in das Hauptquartier von Mrs. Aquino in Manila, um ihr zu versichern, daß der Präsident es nicht so gemeint habe.«

»Newsweek« versicherte dem amerikanischen Volk weiter, daß Mrs. Aquino auf den Besuch von Reagans Sonderbotschafter Philip Habib warte – er war von US-Außenminister George Shultz für diese Aufgabe ausgewählt worden. Laut »Newsweek« ist Habib ein »alter Asienkenner, dessen Abneigung gegen Marcos schon zwanzig Jahre andauert«. Es gibt einen Hinweis dafür, daß Shultz, der die Regierung Reagan vertreten soll, Reagan erzählt hat, daß Habib seit langem ein Marcos-Gegner ist.

Doch hochrangige Miglieder der

Marcos-Regierung bekamen die Botschaft, die das US-Außenministerium und die Establishment-Medien ihnen übermitteln wollten. Am Samstag, dem 22. Februar 1986, verkündete der Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und der Generalstabschef der bewaffneten Streitkräfte, General Fidel Ramos, ihren Rücktritt aus der Regierung Marcos.

Enrile verließ Presseberichten zufolge sein Haus am frühen Nachmittag und fuhr nach Camp Aguinaldo, »wo er Pläne für eine Meuterei mit den Reformern diskutierte«, das heißt, mit den Streitkräften von Corazon Aquino. Er soll sich angeblich auch mit Habib und Botschafter Bosworth getroffen haben. Bekam er dabei Anweisungen aus dem US-Außenministerium?

Später trat Enrile als Gegner von Mrs. Aquino auf, weil er offenbar zu spät herausfand, was wirklich vor sich ging.

Einen Tag später, am 23. Februar 1986, erschien in einem der heftigsten Anti-Marcos-Blätter in den Vereinigten Staaten, der »New York Times«, ein Kommentar von einem der eifrigsten Marcos-Gegner auf dem Capitol Hill, dem Demokraten Stephen Solarz, Mitglied des Repräsentantenhauses.

Im Dezember 1985 hatte Solarz in Hearings seines Asien-Unterausschusses für ausländische Angelegenheiten Gerüchte aus dritter Hand über Milliarden von Dollar verbreiten lassen, die Marcos und seine Frau Imelda angeblich in Immobilien besitzen würden. Interessanterweise machten die Medien im allgemeinen deutlich, daß Solarz keinerlei Beweise habe, an denen er seine Anschuldigungen »aufhängen« könnte:


Michael Armacost (rechts) übergibt Jovito Salonga Dokumente, die von Marcos beschlagnahmt wurden.


Philip Habib (links) traf am 17. Februar 1986 mit dem philippinischen Präsidenten Marcos zusammen. Im Hintergrund der amerikanische Botschafter Stephen Bosworth.

»Mitglied des Repräsentantenhauses Stephen J. Solarz, Demokrat aus Brooklyn und Vorsitzender des Asien-Unterausschusses für Auslands-Angelegenheiten, sagte, er sei von dem Schritt, den Enrile und Ramos gemacht hätten, nicht überrascht, denn im vergangenen April hätten beide Männer bei einem Frühstück im Haus des amerikanischen Botschafters in Manila, Stephen Bosworth, erzählt, sie würden mit seiner Kritik des philippinischen Militärs übereinstimmen. Sie beschwerten sich beide darüber, daß Marcos es abgelehnt habe, die Schritte zu unternehmen, die zu einer Reform des Militärs erforderlich wären.«

Der Todesstoß für Marcos

Am gleichen Nachmittag begann Reagan sich von seinem alten Freund zu distanzieren und wies darauf hin, daß die US-Hilfe an die Philippinen gestrichen würde, wenn die Regierung militärische Gewalt gegen die Rebellen einsetzt. Seine Berater weckten ihn am 24. Februar 1986 um 5 Uhr morgens mit der Nachricht, daß dies unmittelbar bevorstünde.

General Fabian Ver, ein enger Marcos-Verbündeter, war dabei, die aufkeimende Rebellion niederzuschlagen, wurde Reagan erzählt. Das war der Todesstoß für Marcos. In einer Stellungnahme des Weißen Hauses wurde ein »friedlicher Übergang zu einer neuen Regierung« verlangt. □

In der nächsten Ausgabe folgt ein weiterer Bericht über die Hintergründe der politischen Entwicklung auf den Philippinen.

14%–18% Zinsen

erhalten unsere Anleger seit 10 Jahren von uns oder aus von uns vermittelten Beteiligungsobjekten.

Diskrete Abwicklung über Schweizer Banken.

Schriftliche Anfragen:

COUNTDOWN-SOC.

Burggartenstraße 18, CH-4103 Bottmingen

Auskünfte in Deutschland über

Telefon (0 65 73) 15 88

BIOANTENNE

Werden Sie Ihr eigener Ernährungs- und Gesundheitsberater mit der »BIOANTENNE«

Nach einer mentalen Einarbeitungszeit ist fast jeder Mensch in der Lage, mit der **BIOANTENNE** zu arbeiten. Die **BIOANTENNE** ist wohl das empfindlichste und billigste Gerät ohne Elektronik, mit dem Menschen kosmisch-feinstoffliche Beziehungen zur Natur, Nahrungsmitteln, Baustoffen sowie zu sich selbst herstellen können und gestellte Fragen werden oft sekundenschnell beantwortet.



Tests über **Verträglichkeit** und **Qualität** von **Lebensmitteln** und **Arzneien**, Prüfung von **Körperblockaden, Schlaf- und Arbeitsplatz-Anomalien**, sowie räumliche und innere **Umwelteinflüsse** kann man relativ einfach mit der **BIOANTENNE** durchführen.

Stellen Sie sich einfach lautlos Fragen und die **BIOANTENNE** wird Ihnen interessante Aufschlüsse geben. Sind mein Haus, die Räume, die Baustoffe und die Inneneinrichtung für meinen Körper gesund, oder werden Allergien und sonstige Krankheiten ausgelöst? Die **BIOANTENNE** gibt Ihnen, wenn Sie später geübt sind, viele Antworten durch **Schwingungen** und ist für jedermann erschwinglich.

Preis: DM oder sFr. 140,– zzgl. Versand per Nachnahme.
Zu beziehen: **Baubiologe Dipl.-Ing. Hardy Burbaum,**
Lange Straße 60 B, **D-4132 Kamp-Lintfort,** Telefon (0 28 42) 8 08 39

NASA

Die Tragödie der US-Raumfahrt

P. Samuel Foner

Welches war das erste Land, das Raketen entwickelt hat und Düsenflugzeuge? Welche Gruppe ist dafür verantwortlich, daß die Sowjets den Vereinigten Staaten im Weltraum überlegen sind? Welche Gruppe ist dafür verantwortlich, daß die Vereinigten Staaten aufgeholt haben und im Weltraum nun an erster Stelle vor den Sowjets liegen? Wie sieht es derzeit mit den Raketen-Weltraum-Bemühungen der Amerikaner aus?

Als die Raumfähre »Challenger« explodierte und sieben Astronauten dabei ums Leben kamen, wurden damit beinahe auch die gesamten amerikanischen Bemühungen um den bemannten Weltraumflug zunichte gemacht. Die Amerikaner fragen sich immer noch, wie es zu der Katastrophe kommen konnte.

Der Haß auf die Deutschen

Obwohl viele Antworten von dem offiziellen, von US-Präsident Ronald Reagan ins Leben gerufenen Untersuchungsausschuß gegeben wurden, so wird man doch nie die richtigen Antworten bekommen, wenn man nicht die richtigen Fragen stellt. Alle Fragen und Antworten bezüglich der Tragödie, wie sie von den westlichen Establishment-Medien berichtet wurden, waren technischer Natur.

Es hat schon mechanische Fehlfunktionen gegeben, doch das waren nur die Symptome, nicht die zugrunde liegende Krankheit. Wenn man die Symptome behandelt, so kann das zwar zu einer Besserung führen, doch die Krankheit selbst besteht fort.

Die Krankheit, die die amerikanische Weltraumindustrie zerstört, ist ein durchdringender rassisch-ethnischer Haß, der von der mächtigsten internationalen Propaganda-Maschinerie geschürt wird, die sich der Mensch je ausgedacht hat.

Kommen wir zurück auf jene Fragen, die am Anfang dieses Artikels gestellt wurden. Beantworten wir sie, und wir wollen dann sehen, ob wir nicht zu einer Schlußfolgerung gelangen können, die der US-Regierung und den Establishment-Medien entgangen ist.

Welches war das erste Land, das Raketen und Düsenflugzeuge entwickelt hat?
Deutschland.

Welche Gruppe ist dafür verantwortlich, daß die Sowjets den Vereinigten Staaten im Weltraum überlegen sind?
Deutsche Raketenexperten.

Welche Gruppe ist dafür verantwortlich, daß die Vereinigten Staaten aufgeholt haben und im Weltraum nun an erster Stelle vor den Sowjets liegen?
Deutsche Raketenexperten.

Wie sieht es derzeit mit den Raketen-Weltraumbemühungen der Amerikaner aus?
Allerhöchstens sehr suspekt.

Nun eine Schlüsselfrage: Wo sind die deutschen Raketenexperten?
Fort. Von ihren Jobs vertrieben und manchmal sogar aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen von der zionistischen Propagandamaschinerie.

Im Zweiten Weltkrieg war das einzige Land mit Raketen Deutschland. Nach dem Kieg bekamen die Sowjets entsprechend der Bestimmungen des Abkommens von Jalta von den Vereinigten Staaten die Hälfte Deutschlands. Die Sowjets schnappten sich sofort eine große Anzahl deutscher Raketenexperten und brachten sie in die UdSSR.

Wernher von Braun wird von US-Präsident Eisenhower mit der höchsten amerikanischen zivilen Auszeichnung geehrt.

Die Beute der Alliierten

Etwas langsam dabei zu erkennen, was vorging, bekamen die Vereinigten Staaten schließlich ebenfalls ihren Anteil an deutschen Raketenexperten – doch nicht ohne große Warnungen von den Zionisten. Die gleichen Zionisten bewahrten seltsamerweise jedoch großes Stillschweigen über die deutschen Raketenexperten, die in der UdSSR arbeiteten.

Dann kam der 4. Oktober 1957 und »Sputnik 1«. Plötzlich hatte ein Weltraumprogramm oberste Priorität in den USA.

Es dauerte fast vier Monate – bis zum 31. Januar 1958 –, bis die Vereinigten Staaten einen künstlichen Satelliten in die Umlaufbahn brachten, und sie taten dies mit deutschen Raketenexperten.

Wenn die Amerikaner einen Fehler haben, so ist es Dinge für selbstverständlich zu nehmen. Bei dem Weltraumprogramm ist es nicht anders. Sobald die Vereinigten Staaten Vorsprung vor den Sowjets gewannen und diesen Vorsprung beibehielten, begann die amerikanische Öffentlichkeit dies für selbstverständlich hinzunehmen, und die Unterstützung der deutschen Raketenexperten nahm langsam aber sicher ab.

Jetzt sind die deutschen Raketenexperten fort, ebenso wie die Glaubwürdigkeit in die amerikanische Raumfahrtbemühungen. Kann es da einen Zusammenhang geben?

Genauso wie ein Raumschiff weiter nach oben steigen wird durch den Schub der Startraketen, auch wenn diese schon abgestoßen wurden, genauso verzeichneten auch das amerikanische Raumfahrtprogramm einen weiteren Aufwärtstrend, nachdem die deutschen Raketenexperten nicht mehr da waren. Um die Metapher fortzusetzen: Nun beginnt der Stern am Himmel des amerikanischen Raumfahrtprogramms zu sinken.

Der Druck der Zionisten

Zwei Fälle sind Georg von Tiesenhausen und Dr. Arthur Rudolph, deutsche Raketenexperten, die zum Rücktritt gezwungen beziehungsweise aus den Vereinigten Staaten abgeschoben wurden.

Von Tiesenhausen trat im Dezember 1986 als Ingenieur im Marshall Space Fligth Center in

Huntsville, Bundesstaat Alabama, das zur NASA gehört, zurück. Er kam dorthin im Jahr 1953 zusammen mit der zweiten Welle deutscher Raketenexperten, die in die USA gebracht wurden, um Amerikas Vorstoß in den Weltraum zu unterstützen.

Doch von Tiesenhausen und die anderen Deutschen, die Amerika in der Raumfahrt den Vorsprung vor der UdSSR gebracht haben, sind verraten worden, sagte von Tiesenhausen in einem kürzlichen Interview. »Als wir uns entschlossen nach Amerika zu kommen, wußten wir nicht, daß wir in eine Wegwerfgesellschaft geraten würden«, sagte er.

»Wir sind definitiv verraten worden«, sagte er und meinte damit das, was als »altes deutsches Team« bekannt geworden ist. Indem sie dem Druck der Zionisten nachgaben, haben die Vereinigten Staaten die Planer und die Vision von einem erfolgreichen Raumfahrtprogramm verloren. »So viel Wissen war plötzlich verloren«, sagte der zurückgetretene deutsche Raumfahrtingenieur.

Doch sicher, so werden Sie sagen, sind die Amerikaner in all diesen Jahren ausreichend geschult worden, um auf die Deutschen jetzt verzichten zu können.

Was ist mit dem amerikanischen Plan passiert, einen Mann auf den Mars zu schicken? Aus mit den Deutschen und aus mit dem Traum. Es war das deutsche Team, das einen Amerikaner auf den Mond geschickt hat, eine Leistung, die die Sowjets versucht haben, nachzuahmen und bei der sie gescheitert sind.

Es war das deutsche Team, das geplant hatte, einen Amerikaner auf den Mars zu schicken. Doch die Deutschen sind fort, Opfer einer durchdringenden rassischethnischen Haßpropaganda von seiten der Zionisten.

Hätten wir einen Menschen auf den Mars schicken können? »Vor zwei Jahren hätten wir es tun können«, sagte von Tiesenhausen. Der deutsche Raketenexperte sagte auch, die NASA könnte niemals die erstaunliche Erfolgsgeschichte der ersten Jahre wiederholen – der Mercury-, Gemini-, Apollo- und Skylab-Programme, bei denen die deutschen Experten eine so bedeutende Rolle gespielt haben.

»Der Grund dafür, warum wir so erfolgreich waren, bestand darin, daß wir ein paar der Merkmale besaßen, die nicht so weit verbreitet waren«, sagte er. »Wir hatten eine Qualitätskontrolle bis zum Überdruß. Deshalb hatten wir keine Fehlschläge aufgrund solcher kleiner Komponenten wie einem Dichtungsring – ein perfektes Beispiel.«

Charismatischer Wissenschaftler

Natürlich bezieht sich von Tiesenhausen hier auf den schadhaften Dichtungsring bei der

Eine Menge dieser Eifersüchteleien konzentrierten sich auf den Mann, der dem deutschen Team Persönlichkeit verlieh, der es aus Deutschland herausholte und es Teil des »American dream« werden ließ: Dr. Wernher von Braun.

»Von Braun war der Engel des Kongresses«, sagte Frank Ordway, der zusammen mit Mitchell Sharpe »The Rocket Team« herausgebracht hat, ein Buch über die Geschichte der deutschen Raketenwissenschaftler. »Von Braun war eine sehr charismatische Persönlichkeit.«

Im Jahr 1945 kamen von Braun und 118 Mitglieder seines Teams trotz der Einwände von seiten vieler einflußreicher Personen in den Regierungen von Roosevelt und Truman zusammen mit ih-

In Hermann Oberth (links) fand von Braun Anfang 1930 den Mann, der seine »Weltraum-Besessenheit« vertiefte.

»Challenger«, der Grund, wie der Präsidentenausschuß sagt, dafür, daß die Fähre explodierte und sieben Astronauten ums Leben kamen.

»Ich glaube nicht, daß das Unglück passiert wäre, wenn es das deutsche Team noch gegeben hätte«, sagte von Tiesenhausen.

War es einfach nur bürokratischer Neid, der zur Auflösung des deutschen Teams geführt hat, wie NASA-Beamte behaupten? Von Tiesenhausen gab zu, daß die Deutschen ihren eigenen »inneren Kreis« in der Raumfahrtbehörde hatten. »Wir waren sehr selbständig und unabhängig und eine Menge Leute mochten dies nicht«, sagte er. »Wir waren hartnäckig und schwer zu handhaben.«

ren Aufzeichnungen über Raketenforschung von Deutschland in die USA.

Zu der Zeit begannen sie mit Raketentests auf dem Testgelände von White Sands in New Mexico. Von Braun gewann sofort Hochachtung als ein fähiger Public-Relations-Mann und brillanter Wissenschaftler.

Er bekam auch die Unterstützung einer Reihe von einflußreichen Kongreßmitgliedern, darunter eines jungen Senators aus Massachussetts mit Namen John F. Kennedy. Als Kennedy amerikanischer Präsident wurde, versprach er innerhalb des nächsten Jahrzehnts einen Menschen auf den Mond zu schicken.

Die Stimme war die Kennedys, doch die Worte waren die von Braun. Bis zum Jahre 1970 jedoch gerieten die Dinge durcheinander. Von Braun verließ Huntsville, wo sich das Marshall-Raumfahrtzentrum der NASA befindet, und ging nach Washington, um die Behörde dort zu vertreten. Kennedy und Lyndon Johnson hatten von Braun ihre volle Unterstützung gegeben. Als Johnson jedoch aus dem Amt schied, litt auch das Raumfahrtprogramm darunter.

Frustriert trat von Braun im Jahr 1974 zurück. Nachdem Protektor von Braun weg war, begann das deutsche Team bürokratische Schwierigkeiten zu bekommen.

Die Deutschen sollten gehen

Dr. Bruce Maderis, ein ehemaliger Beamter des Marshall Space Flight Center, sagte, er habe keine Zweifel daran, daß der Druck von Firmen, die an dem Raumfahrtprogramm beteiligt waren, zur Entfernung der meisten deutschen Schlüsselexperten der NASA geführt hat, und daß das ganze darauf abzielte, die einst nahezu zwanghaften Qualitätskontrollen in der Behörde zu unterminieren.

»Aus allem, was ich weiß, kann ich nur zu einer Schlußfolgerung kommen«, sagte Maderis, der jetzt ein Episkopal-Geistlicher in Florida ist. »Das Hauptziel, die Entfernung der Deutschen, bestand darin, die Herstellerfirmen in die Lage zu versetzen, das System zu kontrollieren.

Und als die NASA begann, selbst die Endmontage an auswärtige Firmen zu vergeben, hätte ich es in Großbuchstaben an die Wand schreiben können, daß sie in dann Schwierigkeiten kommen würden.«

Die übrigen Raumfahrtbemühungen der NASA sind seit dem Weggang der Deutschen ebenfalls von einer Reihe Pannen geplagt worden. Seit der Explosion der Raumfähre »Challenger« hat es beim Abschuß unbemannter Raketen, um Kommunikations-Satelliten in die Umlauf-



NASA

Die Tragödie der US-Raumfahrt

bahn zu bringen, eine Reihe von Explosionen gegeben.

Von Tiesenhausen hatte noch Glück: Ihn zwang man nur zum Rücktritt. Dr. Arthur Rudolph dagegen wurde aus dem Land gejagt.

Rudolph hat während des Krieges in Deutschland in einem V-2-Werk gearbeitet. Gefangene arbeiteten in der gleichen Fabrik am Fließband. Sie wurden von SS-Leuten bewacht.

Doch wie der amerikanische Kolumnist Thomas Franklin in den Huntsville »News« schrieb: »Rudolph war ein Zivilist. Er durfte nicht einmal mit den Fließbandarbeitern sprechen, sondern mußte ihnen die Anweisungen durch die SS erteilen. Er selbst war bestimmt nicht Mitglied der SS.«

Franklin bekam eine Menge Ärger für diesen Kommentar, doch er hatte keine »Abbitte« getan, was beweist, daß nicht alle Mitglieder der Establishment-Medien automatisch von der Zionisten-Lobby eingeschüchtert werden – es sind lediglich die meisten.

Fragen bleiben unbeantwortet

Dr. Friedwardt Winterberg, Professor für theoretische Physik an der Universität von Nevada, schrieb im Juli 1985 an den republikanischen amerikanischen Senator Paul Laxalt:

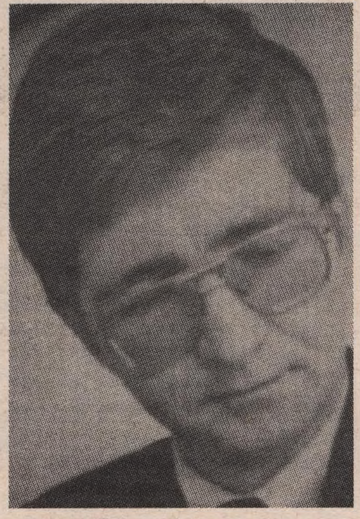
»In einem Artikel der großen deutschen Tageszeitung ›Süddeutsche Zeitung‹ wird ein ehemaliger Staatsanwalt des Justizministeriums und aus dem Amt für Sonderuntersuchungen mit Namen John Loftus zitiert, der behauptet haben soll, der deutschstämmige amerikanische Raketenwissenschaftler Dr. Arthur Rudolph habe im Zweiten Weltkrieg in dem V-2-Werk, dessen technischer Direktor er war, Tausende von Juden in den Tod getrieben.

Dieser Artikel ist höchst verleumderisch, da in dem V-2-Werk keine Juden als Gefangene gearbeitet haben. Wie mir ein ehemaliger Gefangener beispielsweise erzählte, wollte die SS – die den deutschen Wissenschaftlern und die Insassen von Konzentrationslagern befahlen, in dem V-2-Werk zu arbeiten – keine nichtarischen Gefangenen in diesem supergeheimen Werk arbeiten lassen.



Wernher von Braun, Dr. Kurt Debus, der Direktor von Kap Kennedy (links) und Dr. Hans Gruene (im Vordergrund, mit Brille) verfolgen den Start ihrer Rakete. Amerika war ihre neue Heimat, und Deutschland, das Land, aus dem sie kamen.





Arthur Rudolph (links) wurde vom »Nazijäger« John Loftus aus den USA gejagt. Der Beweis, ein »Kriegsverbrecher« zu sein, wurde von Experten bestritten, doch die Propaganda-Maschinerie setzte sich durch.

Könnten Sie bitte die folgenden Fragen an das Justizministerium richten: Erstens, wie kam das Amt für Sonderuntersuchungen (OSI), dem Loftus angehörte, zu dem Schluß, daß Tausende von Juden in dem V-2-Werk gearbeitet haben und die Rudolph in den Tod getrieben haben soll?

Zweitens, wer ermächtigte Loftus, der gesetzlich dazu verpflichtet ist, Informationen vertraulich zu behandeln, selbst wenn er aus seinem Amt im Justizministerium ausgeschieden ist, diese Informationen an die Öffentlichkeit preiszugeben?«

Winterbergs Fragen blieben bis heute unbeantwortet.

In offiziellen Dokumenten, die von Rudolphs Freunden und Kollegen kürzlich veröffentlicht wurden, geht hervor, daß das OSI den pensionierten Wissenschaftlern zwang, seine amerikanische Staatsbürgerschaft aufzugeben, indem sie drohten, die seiner Frau und seiner Tochter aufzuheben und ihm sämtliche Sozialversicherungs- und Pensionsbezüge vorzuenthalten.

Ohne die finanziellen Mittel, um sich und seine Familie in einem langwierigen Gerichtsverfahren zu verteidigen, zog Rudolph es vor, die Vereinigten Staaten freiwilig zu verlassen gegen die Zusage von Neal Sher, dem Leiter des OSI, »keinen Rechtsstreit auf Aufhebung der amerikanischen Staatsbürgerschaft von Mitgliedern in Rudolphs Familie zu beginnen«.

Doch die amerikanischen Wissenschaftler reden davon – in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion – einen Mann auf den Mars zu schicken. Erkennen Sie, wie hier das Ziel von jemandem in greifbare Nähe rückt? Ist es das, was die Amerikaner wollen? Wer würde ein solches Ziel haben? Wir überlassen die Antworten Ihrem gesunden Menschenverstand und Ihrem Gewissen. □

Biologischer Krieg

AIDS-Virus ein Kind des CIA oder KGB?

John Springfield

Die Leichtgläubigkeit deutscher Politiker zeigt sich an der Diskussion des AIDS-Problems. Im Grunde hat die Waffe des »biologischen Krieges«, AIDS, voll getroffen: Parteien, Kirchen und alle Mitläufer sind bereit zum letzten Schuß auf die Intimsphäre der Familie. Wenn Sexualtechniken künftig bereits zu jeder Tageszeit in den Medien anschaulich dargestellt werden, wird das wesentlich zur Abkühlung von wechselseitigen Gefühlen führen. Sex wird ein noch gefragterer Artikel unserer materialistischen Konsum-Gesellschaft, denn bereits an Schüler werden Kondome und andere Verhütungsmittel eines Tages wie Bonbons verteilt. Angeblich kirchlich und christlich orientierte Zeitschriften offerieren bereits Kondome als »Kultur-Service«. Der Hindergrund von AIDS hat jedoch politische Gründe, die Krankheit ist offenbar ein weiteres schreckliches Mittel auf dem Weg zur Weltkontrolle.

Damit ein großangelegtes, grundlegendes, biomedizinisches Forschungsschnell-Programm zur Bekämpfung von AIDS gestartet werden kann, müssen die geheimen biologischen Machenschaften, die bereits während der Nixon-Administration von Amerikas Jago, Henry A. Kissinger, in der britischen Oligarchie ausgehandelt wurden, ans Licht der Öffentlichkeit. Das internationale Netzwerk, das die verräterischen Handlungen von Kissinger in den späten sechziger Jahren bestimmt hat – die Pughwash-Bewegung, die World Federation of Science, das Stockholmer Friedensinstitut (SIPRI) und die in Genf beheimatete Weltgesundheitskonferenz (WHO) – sind die eigentlichen Kräfte, die den biologischen Krieg AIDS zum Erfolg haben werden lassen.

Praktisch jede Forschung gestoppt

Als Folge des Schwindels, den Kissinger und Genossen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre begangen haben, wurden Amerikas Unternehmungen in der Biophysik und der grundlegenden Bioforschung einseitig ausgeschaltet, und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, bevor der AIDS-Virus zuerst in die amerikanische Bevölkerung eingeschleppt wurde.

Unter dem Vorwand, die unaussprechlichen Schrecken der biologischen und bakteriologischen Kriegsführung zu verhindern, haben Bertrand Russels Pughwash-Bewegung und verbündete Kräfte praktisch jede Forschung in genau jenen Bereichen gestoppt, die für die Erforschung der Verhinderung von Epidemien wie AIDS ganz entscheidend sind.

An Anraten Kissinger kapitulierte Nixon

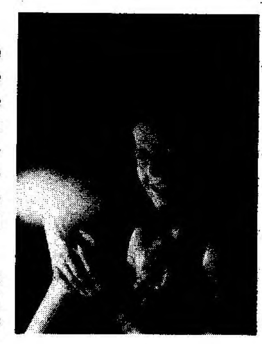
In einer außergewöhnlichen Erklärung vom 25. November 1969 gab US-Präsident Richard Nixon bekannt, daß die Vereinigten Staaten einseitig und bedingungslos ihre biologischen Grundlagenforschungseinrichtungen zerstören würden, und zwar auf Anraten des Nationalen Sicherheitsrates, der seiner-

Vitale Gesundheit durch natürlichen Sauerstoff

Die robuste Gesundheit und extreme Langlebigkeit der Einwohner eines kleinen Dorfes in den kaukasischen Bergen erregte schon vor 60 Jahren die Aufmerksamkeit russischer Wissenschaftler.

Das Ergebnis ihrer Untersuchungen: **Wer an einem Wasserfall lebt, genießt den Vorzug, den natürlichen Sauerstoff, den uns die Umwelt bietet, aufzunehmen.** Die Wissenschaftler haben Geräte konstruiert, die den Wasserfall-Effekt nachvollziehen. Dabei entsteht jener gesunder Sauerstoff (Hydro-Ionen genannt), der für Körper und Organismus lebensnotwendig ist. Der dtsch. Arzt und Biologe **Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky** hat für alle, die gesund leben wollen, ein praktisches Gerät entwickelt. **TROMA-ION** heißt dieser Gesundheitsbrunnen. Es kann bequem und ohne Extra-Installationen an der Badewannenarmatur oder auch an der Dusche angeschlossen werden.

Biologisch lebendiger Sauerstoff



Wasserfälle haben die Menschen seit je wie ein Magnet angezogen. Nicht nur der visuelle Eindruck vermittelt diesen Einfluß, es ist die frische, erholsame Luft. Die Luft, die durch den Wasserfall-Effekt entsteht, enthält hochwertigen **»lebendigen« Sauerstoff** (sogenannte feuchte Sauerstoff-Ionen). Dies wurde durch **Nobelpreisträger Prof. Ph. Lenard** nachgewiesen.

Bereits ein zweimal täglicher Gebrauch des **TROMA-ION kann die Lunge regenerieren** und **die Zellen »trainieren«, vermehrt Sauerstoff aufzunehmen.**

Sauerstoffmangel in den Körperzellen ist bekanntlich ein auslösender Faktor vieler Krankheiten.
Die körpereigene Abwehrkraft (Immunsystem) kann gestärkt werden.
Vorgebeugt wird den **Infektions- und Erkältungskrankheiten, Wetterfühligkeit** wie z. B. **Kopf- und Gliederschmerzen, Kreislauf- und Atembeschwerden.**

Ausführliche Gratisinfos bei **VITAL-Versand Tien, Postfach 2468/1, 4460 Nordhorn, Eilanforderungen Tel. (0 59 21) 1 31 66**

Deutsches Bier für Kanada und USA gebraut nach deutschem Reinheitsgebot!

Für dieses frisch gebraute und unverfälschte Naturprodukt besteht eine Marktlücke in **Kanada** und **USA.**

Deutsche Initiatoren bauen mit Genehmigung der kanadischen Regierung eine deutsche Brauerei in Alberta/Kanada.

Wir suchen noch Anleger ab Can $ 12 000,—

Ihre Beteiligung als Kommanditist wird eine
- renditestarke erstklassige Kapitalanlage dank bester Absatzchancen.
- Günstige Versteuerung in Kanada.
- Derzeit sehr günstiger Wechselkurs zum Einstieg!
- Absicherung über deutschen Treuhänder.
- Langfristige Bankfinanzierung kann beschafft werden.

Näheres durch:

Bernd J. Liermann & Hans J. Reinke, Obergasse 4, 6380 Bad Homburg v.d.H., Telefon 0 61 72/2 52 81 oder K. Gromadecka, Georg-Strobl-Straße 5, 8500 Nürnberg 20, Telefon 09 11/53 78 68

☐ Senden Sie mir unverbindlich Informationsmaterial
☐ Setzen Sie sich bitte umgehend telefonisch mit mir in Verbindung

Name Vorname Telefon

PLZ Ort Straße

Biologischer Krieg

AIDS-Virus ein Kind des CIA oder KGB?

zeit von Henry A. Kissinger geleitet wurde.

Nixon erklärte: »Kurz nach meinem Amtsantritt habe ich eine umfassende Studie über unsere chemischen und biologischen Verteidigungsgrundsätze und Programme angeordnet. Es hat in mehr als 15 Jahren keine solche Überprüfung stattgefunden. Es zeigte sich, daß Zielsetzungen und Grundsätze in diesem Bereich unklar waren und den Programmen Definition und Richtung fehlte.

Biologische Waffen haben massive, unvorhersehbare und potentiell unkontrollierbare Folgen. Sie können weltweit Epidemien erzeugen und die Gesundheit zukünftiger Generationen beeinträchtigen. Daher habe ich entschieden:

Die Vereinigten Staaten werden auf den Einsatz von lethalen biologischen Stoffen und Waffen sowie sämtliche andere Methoden der biologischen Kriegsführung verzichten.

Die Vereinigten Staaten werden ihre biologischen Forschungen auf Defensivmaßnahmen beschränken wie zum Beispiel Immunisierung und Vorsorgemaßnahmen. Das Verteidigungsministerium ist aufgefordert worden, Empfehlungen hinsichtlich der Beseitigung von vorhandenen Beständen biologischer Waffen abzugeben.«

Im Geiste dieser Entscheidungen sehen sich die Vereinigten Staaten verbunden mit den Prinzipien und Zielsetzungen des britischen Konventionsentwurfs, der den Einsatz von biologischen Methoden der Kriegsführung verbannt.

Zum Zeitpunkt als der AIDS-Virus kam

Daß Nixon in der Frage der Weiterentwicklung der amerikanischen Bioforschung kapitulierte, hat knapp zwei Jahre später zu der Unterzeichnung der »Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Bevorratung von bakteriologischen (biologischen) und toxischen Waffen sowie zu ihrer Vernichtung« geführt, an der sich 1972 die Amerikaner, Briten und Sowjets beteiligt haben. Diese können wir als die »biologischen Protokolle« Kissingers bezeichnen. Die Protokolle wurden genau in dem historischen Augenblick unterzeichnet, als sich in der Wissenschaftsforschung abzeichnete, daß der AIDS-Virus in die amerikanische Bevölkerung geschleppt wurde.



Henry Kissinger brachte den damaligen US-Präsidenten Nixon dazu, die »biologischen Protokolle« zu unterzeichnen.

Trotz ihrer Unterschrift unter den Vertrag von 1972 sind die Sowjets niemals von ihrer biostrategischen Doktrin abgewichen, die Marschall V. D. Sokolowskij in seinem berühmten Buch »Militärstrategie« dargelegt hat, dessen erste Ausgabe 1962 erschienen war. Sokolowskij schrieb über den kommenden, wie er ihn nannte »totalen Krieg«: »In dem kommenden totalen Krieg muß damit gerechnet werden, daß der Aggressor bakteriologische Waffen in Verbindung mit atomaren einsetzt.«

Und weiter: »In dem zukünftigen Krieg ist zweifellos mit der Verwendung chemischer und bakteriologischer Waffen zu rechnen.«

Diese sowjetische Doktrin ist eine durchgängige Politik, die sich direkt auf Erklärungen zurückführen läßt, die von Josef Stalin persönlich im Jahr 1938 gemacht wurden, daß nämlich ungeachtet der Genfer Konvention über biologische Waffen von 1925 die Sowjets die Kapazitäten entwikkeln würden, um gegen einen Aggressor zurückzuschlagen, der biologische Methoden einsetzt, insbesondere weil sie ein effizientes Mittel sind, um den Konflikt direkt auf den Boden des Feindes zu verlegen.

Daß die Sowjets die von Kissinger bewirkten biologischen Protokolle von 1972 ganz und gar nicht eingehalten haben, wurde öffentlich durch Präsident Reagan enthüllt, und zwar in seinen »Berichten über die Nichteinhaltung der Sowjets von Rüstungsabkommen«, die er 1984 und 1985 dem amerikanischen Kongreß vorgelegt hat. Darin hieß es, daß die Sowjets grob gegen die Protokolle von 1972 verstoßen haben, indem sie ein »offensives« Programm der biologischen Kriegsführung und Kapazität beibehalten haben.

Im April 1984 beschrieb der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger den derzeitigen Stand der sowjetischen Anstrengungen:

»Offensichtlich sind die Sowjets bemüht, ausgewählte Aspekte der genbiologischen Forschung an ihre Zentren für biologische Kriegsführung zu übertragen. Die sowjetischen Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der Gentechnik könnten auch eine Verbindung mit ihrem biologischen Kriegsführungsprogramm haben. Normalerweise unschädliche, nichtkrankheitserregende Organismen könnten so modifiziert werden, daß sie hochtoxisch wirken oder eine Krankheit erzeugen, gegen die ein Gegner keine bekannte Behandlung oder Heilmethode hat. Andere Wirkstoffe, die heute für eine Lagerung oder einen biologischen Kriegsführungszweck als zu instabil betrachtet werden, könnten so weit verändert werden, daß sie einen effektiven Wirkstoff abgeben.«

Die Biologieheiligen aus Cambridge

Die Maskerade hinter der sich die Kissinger-Protokolle verbergen, wurden durch US-Präsident Nixons persönlichen Brief enthüllt, den er als Begleitschreiben zu der Konvention von 1972 an den US-Senat am 10. August 1972 mitschickte. Nixon schrieb:

»Der Text dieser Konvention ist das Ergebnis einer rund dreijährigen intensiven Debatte und den auf der Konferenz des Abrüstungsausschusses in Genf und bei den Vereinten Nationen geführten Verhandlungen. Er sieht vor, daß die beteiligten Parteien sich dazu verpflichten, keine biologischen Wirkstoffe oder Toxine zu entwickeln, herzustellen, zu bevorraten, zu erwerben oder zurückzubehalten, deren Arten und Mengen nicht durch friedliche Zwecke zu rechtfertigen sind, ebenso wie Waffen, Geräte und Verbreitungsmöglichkeiten mit dem Zweck, derartige Wirkstoffe oder Toxine für kriegerische Zwecke oder in einem bewaffneten Konflikt einzusetzen.

Vor etwa zwei Jahren hat diese Regierung einseitig und bedingungslos auf den Einsatz sämtlicher biologischer und toxischer Waffen verzichtet und bekräftigt, daß wir unsere vorhandenen Bestände vernichten würden und unsere Programme auf eng definierte Verteidigungszwecke beschränken. Diese Initiativen

sind Ausdruck einer tiefgehenden nationalen Überzeugung und ein sehr wesentlicher Beitrag für den schlußendlichen Erfolg der Verhandlungen, die zu dieser Konvention geführt haben.

Wir sehen gleichzeitig dem Tag entgegen, an dem die Gemeinschaft der Nationen geschlossen handelt, um biologische Kriegsführung und Waffen zu verbieten. Wir haben unseren Verzicht auf diese Waffen angebunden an die Unterstützung der Prinzipien und Zielsetzungen der vom Vereinigten Königreich 1968 entworfenen Konvention auf diesem Gebiet. Am 16. Dezember 1971 wurde die hiermit übergebene Konvention, die eine international bindende Untersagung der unsererseits aufgegebenen Waffen beinhalten würde, von der Vollversammlung der Vereinten Nationen stärkstens empfohlen.«

Kurz: Richard Nixon schreibt den Briten und den Vereinten Nationen die Ehre zu, den Weg zu dieser Konvention angeführt zu haben. Wer waren diese britischen und UN-Freunde von Henry Kissinger, und welche Motive hatten sie?

Eine weltweite Pest ausbreiten

Meilenstein für die Verwirklichung der britischen Politik war eine Konferenz, die sich 1968 mit den Fragen der chemischen und biologischen Kriegswaffen befaßte.Sie fand in Bonnington Hotel in London am 22. und 23. Februar 1968 statt. Finanziert wurde sie von der J. D. Bernal Peace Library und dem Bertrand Russell War Crimes Tribunal.

J. D. Bernal, Doktorrand aus Cambridge, hatte 1953 den Lenin-Friedenspreis erhalten, sowie 1956 die Ehrenprofessur an der Universität Moskau, und sein berühmtestes Buch heißt »Marx and Science« (»Marx und die Wissenschaft«). Er und die anderen »Biologieheiligen« aus Cambridge sind die wichtigsten Aktiva der Sowjets in der westlichen Wissenschaftswelt und sie haben die westlichen Kapazitäten in diesem Jahrhundert zerstört.

Zu den Cambridge-»Heiligen« gehören insbesondere Jan Smuts, J. B. S. Haldane, Arthur Koestler, die Familie Huxley sowie Francis Crick. Dieser Kreis sieht eine erklärte philosophische Präferenz für die »Nützlichkeit« der bakteriologischen Kriegsführung in den weltweiten Programmen zur Bevölkerungsreduktion. Sein philosophischer Sprecher ist in diesem Jahrhundert Bertrand Russell gewesen, der die malthusianische Zielsetzung in seinem »Impact of Science on Society« (»Auswirkung der Wissenschaft auf die Gesellschaft«) dargelegt hat:

»Derzeit wächst die Weltbevölkerung mit rund 58 000 pro Tag. Krieg hat bisher keine sehr große Auswirkung auf diese Zuwachsrate gehabt, die auch während der beiden Weltkriege angehalten hat. Krieg ist in dieser Hinsicht bisher enttäuschend gewesen, aber vielleicht kann die bakteriologische Kriegsführung sich als effektiv erweisen. Wenn sich einmal in jeder Generation weltweit eine Pest ausbreiten könnte, könnten die Überlebenden sich uneingeschränkt vermehren, ohne die Welt zu vollgedrängt zu machen. So eine Sache ist vielleicht unangenehm, doch warum nicht?«

Die tonangebende Rede auf der 1968 im Bonnington Hotel gehaltenen Konferenz wurde von Lord Ritchie Calder gehalten, der im Zweiten Weltkrieg Direktor für Pläne und politische Kriegsführung im englischen Außenministerium gewesen war. Er war Professor an der Universität Edinburgh und Wissenschaftsredakteur des »London News Chronicle«. Er bezeichnete in seiner Rede den Zweck der Konferenz als den, einen Entwurf auszuarbeiten, der von den Regierungen übernommen werden kann. Und Kissinger brachte die Nixon-Administration dahin, genau dies zu tun.

Der erste Ausschuß befaßte sich mit der Frage der biologischen Waffen und der biologischen Kriegsführung; geleitet wurde er von Iwan Malek, einem Mitglied der tschechischen Akadamie der Wissenschaften und Mitarbeiter des tschechischen biologischen Institutes. Er war Führungsmitglied der Pugwash-Konferenz, Koordinator für biologische Forschungsfragen für seine Studiengruppe und ein Gründungsmitglied der Weltvereinigung der wissenschaftlichen Arbeiter. 1967 hatte er den Lenin-Friedenspreis erhalten. Und er schrieb die Paragraphen über biologische Kriegsführung in Dokumenten, die das Stockholmer Friedensforschungs-Institut (SIPRI) herausgab.

Die Grundlage der Kampagne

Eine andere Person, die mit der letzten Phase der Regierung Lyndon Johnson zu tun hatte, war der Journalist Seymourd M. Hersch, der Presse-Sekretär von Senator Eugene McCarthy sowie ein Pentagon-Reporter für AP gewesen war und in jüngerer Zeit für die »New York Times« als militärischer Berichterstatter gearbeitet hat. Hersch schrieb ein Buch mit dem Titel »Chemical and Biological Warfare: America's Hidden Arsenal« (»Chemische und biologische Kriegsführung: Amerikas verstecktes Waffenlager«).

Dieses Buch war die Grundlage der Kampagne in den Vereinigten Staaten, Nixon zur einseitigen und bedingungslosen Zerstörung der amerikanischen Kapazitäten zu bewegen. Ein Großteil seiner Informationen basierten auf Indiskretionen durch einen der Koordinatoren für die biologischen Programme im Verteidigungsministerium zur Zeit der Johnson-Regierung. Diese Person hatte den Posten des stellvertretenden Verteidigungssekretärs; im Mai 1976 sagte er vor dem US-Senat folgendes aus: »Unsere neue Politik ist eindeutig die, nicht den Einsatz von lethalen Biomitteln in Gang zu setzen.«

Wer hatte diese neue Politik bekanntgegeben? Nun, kein anderer als Cyrus R. Vance, der später Jimmy Carters Außenminister wurde.

1969, kurz bevor Richard Nixon dazu gebracht wurde, Amerikas Kapazitäten in der Biophysik im Kielwasser des Vietnamkrieges abzubauen, wurde bei der UNO eine umfassende Richtlinie erstellt, wie die Vereinigten Staaten ihre biologischen Kapazitäten vernichten sollten, und zwar natürlich unter Aufsicht der Weltgesundheitsbehörde. Dieser Bericht war überschrieben »UN-Report on Chemical, Bacteriological and Biological Weapons« (»Bericht der Vereinten Nationen über chemische, bakteriologische und biologische Waffen«), und war in Genf erstellt worden.

Die beiden Hauptautoren waren Akademiemitglied O. A. Reutow, Direktor für Virologie an der Staatlichen Universität Moskau, und Sir Solly Zuckerman, wissenschaftlicher Chefberater bei der Regierung von Großbritannien, Professor emeritus der Universität Birmingham und die

Als US-Präsident kapitulierte Richard Nixon in der Frage der Weiterentwicklung der amerikanischen Bioforschung.

Biologischer Krieg

AIDS-Virus ein Kind des CIA oder KGB?

führende wissenschaftliche Autorität des »New Scientist«.

Der UN-Bericht dankte vier Organisationen für die entscheidenden Beiträge: der Weltgesundheitsbehörde in Genf, dem Roten Kreuz – mit Stützpunkt in der Schweiz –, der Pugwash-Konferenz für Wissenschaft und Internationale Fragen sowie SIPRI in Stockholm.

Kurzum, das Netzwerk, das einem amerikanischen Präsidenten mit Erfolg dazu bewegt hat, Amerikas biologische Grundlagen zu zerstören, und zwar in einem Augenblick, als die AIDS-Seuche hervorgerufen wurde, ist diese Fraktion von Weltvereinigern aus Genf, London und Moskau. Sie verfolgen gegenüber der dritten Welt dieselbe Politik, die Bertrand Russell in seinen malthusianischen Ergüssen verbreitet hat.

Die sowjetische Rolle

Am 25. Oktober 1985 wurde in den USA eine Studie veröffentlicht, in der die sowjetische Rolle bei der Vertuschung der tödlichen Bedrohung durch AIDS sowie der Kreis sowjetischer Experten für Infektionskrankheiten in wichtigen Positionen in der Communicable Diseases Division der Weltgesundheitsorganisation. Es handelt sich um Dr. Sergei Litvinow, Dr. T. A. Bektimirow und Dr. Morosow.

Fünf Tage später, am 30, Oktober 1985, veröffentlichte die sowjetische Zeitung »Literaturnaya Gazeta« eine Entgegnung auf diese US-Studie, die behauptete, daß der AIDS-Virus von der CIA und dem Pentagon in den Labors hergestellt worden sein könnte.

Diese Studie rief auch eine hysterische Reaktion in Lord Solly Zuckermans »New Scientist« in Großbritannien und dem gesamten Pugwash-Apparat hervor. Eben diese Gruppierung ist das Verbindungsglied zwischen der malthusianischen Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) – Milliarden in Afrika, Asien und Lateinamerika umzubringen – und der sowjetischen Politik, nach militärstrategischen Überlegungen die Bevölkerung im Westen zu dezimieren und die Schuld dafür Amerika zu geben.

Zuckermans »New Scientist« hat Anfang Dezember 1985 über eine Ende November in Brüssel stattgefundene Konferenz über AIDS in Afrika berichtet. Dazu wurde der gesamte Pughwash-Apparat zusammengetrommelt, um die Sache richtig zu »beleuchten«.

Dr. Martin Kaplan, Generalsekretär von Pugwash, dessen Hauptsitz in Genf gegenüber der Weltgesundheitsbehörde liegt, ist Virologe. Ehe er das Amt des Generalsekretärs der Pugwash-Organisation antrat, ist er 30 Jahre lang Direktor der biologischen Forschungsprogramme der Weltgesundheitsbehörde gewesen. Er ist ein Spezialist in der Systemanalyse und hat an zahlreichen Projekten zur globalen systemanalytischen Modellerstellung an dem Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse in Wien (IIASA) mitgearbeitet. Dr. Kaplan äußerte sich über die wütende Reaktion der Sowjets zur US-Studie, in dem Sinne, daß man die Sowjets provoziert habe. Es handele sich um eine Gruppe von Unruhestiftern, die alle möglichen Arten von Szenarien plazieren. Sie wollen Feindschaft und Konfrontation mit der Sowjetunion anheben. Letztendlich könnte die gesamte Überarbeitung der Protokolle von 1972 auf diese Weise zunichte gemacht werden; diese stehen im Mittelpunkt der nächsten Genfer Konferenz im September 1986.

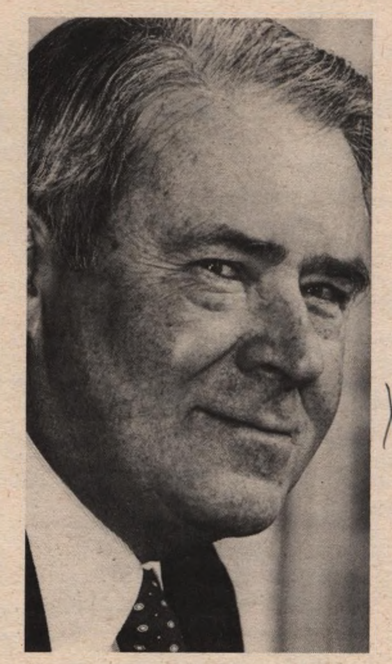
Direkt vor die Tür von Kissinger

Was die Angelegenheit direkt vor die Tür von Henry Kissinger trägt, sieht man aus der Reaktion von Alexander Markowitch, dem Direktor von Pugwash in Frankreich. Er ist ein Experte auf dem Gebiet der chemischen und biologischen Kriegsführung und ein enger Freund von Henry Kissinger. Er hat in dem Kriegsverbrechen-Tribunal von Bertrand Russell ausgesagt und die Vereinigten Staaten wegen ihrer Rolle im Vietnamkrieg verdammt. Sein Spezialgebiet zu der Zeit war der Einsatz von Napalm, Entlaubungsmitteln und bakteriologische Waffen.

Einer der Gründe, warum der Pugwash-Kissinger-Clan so bestürzt ist, ist der, daß sie befürchten, die AIDS-Krise könnte dazu führen, daß die Notlage die Wiederbelebung einer Grundlagenforschung in der optischen Biophysik auslösen könnte.

Wer hat geprüft und sichergestellt, daß die biologische Forschung nicht weitergehen würde? Die Abteilung für Übertragungskrankheiten der Weltgesundheitsbehörde wird vom Warschauer Pakt kontrolliert. Das Bild ist sogar noch heimtückischer. In derselben Zeit, als Marschall Sokolowskij seine Doktrin für »den kommenden totalen Krieg« zusammenstellte, hat die Sowjetunion einen Vorschlag unterbreitet: den allgemeinen und umfassenden Abrüstungsvorschlag für biologische Waffen.

Dieser Vorschlag befürwortet eine Abrüstung in drei Stufen. Alle Stufen wurden einseitig und bedingungslos in Amerika durchgeführt, weil Henry Kissinger die erste Nixon-Regierung Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre beherrscht hat.



Cyrus Vance: »Unsere Politik ist eindeutig die, nicht den Einsatz von lethalen Biomitteln in Gang zu setzen.«

Es ist daraufhin offen die Frage gestellt worden: »Wollen Sie damit wirklich sagen, daß der IWF und die Weltbank eine Verbreitung von AIDS zulassen als einen Weg, um Milliarden Menschen in Afrika und der dritten Welt umzubringen, um, wie diese meinen, ›überzählige Esser‹ zu verringern? Oder wollen Sie sagen, daß die Sowjets, über den Weg der Weltgesundheitsorganisation, AIDS als eine biologische Kriegswaffe gegen den Westen einsetzen?«

In der Tat, es gibt keinen Unterschied zwischen diesen beiden Problemkreisen, wie das Überlappen der Netzwerke und der gemeinsamen politischen Zielsetzungen zeigen. Die Netzwerke von Russell, Zuckerman, Kaplan und so weiter, die nach einer oligarchischen Weltherrschaft streben, werden spätesterns bis 1990 die Weltbevölkerung um mehr als eine Milliarde dezimieren, wenn es nach ihnen geht. Dieselbe Politik verfolgt auch die Sowjetunion, jedoch aus militärisch-strategischen Gründen.

Nur zwei Gruppen in der ganzen Welt haben behauptet, daß der AIDS-Virus ein synthetisches biologisches Kriegsführungsmittel sei: die Sowjets selbst und die Briten.

Man kann sich nur fragen, wie laut die sowjetischen Experten gelacht haben müssen, als die Nixon-Regierung sich daran machte, die wichtigsten amerikanischen Bio-Forschungszentren zu schließen – ganz streng nach Vorgabe der Kissinger-Protokolle.

Um AIDS erfolgreich bekämpfen zu können, sind genau jene kostspieligen grundlegenden Forschungsarbeiten in der Biomedizin notwendig, die Teil der optischen Spektroskopie sind. Amerika muß die Kissinger-Protokolle umstoßen und ein wahrhaft biomedizinisches Apollo-Programm durchziehen, das sowohl konventionelle als auch unkonventionelle Forschungsmethoden verwendet. Die erste Verteidigungslinie für die Sicherheit einer jeden Nation muß darin bestehen zu verhindern, daß ihre Menschen an Krankheiten sterben. □

Weltregierung

Satanskult der New-Age-Bewegung

Gunther Burkhardt

Die New-Age-Bewegung ist ein weltweites Netz von Zehntausenden von kooperierenden Organisationen. Sie hat Eingang gefunden in das Denken der Kirchen, politischer Parteien, Jugendgruppen, der deutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten. Ihre Methoden ähneln dem Vorgehen und Handeln der Kommunisten, die Menschen sollen die Lüge schlucken, daß die massive linke Bewegung durch »spontane Aktionen« zustande kommt. Diese Heilsbringer verkünden, daß sie ein neues Zeitalter herbeiführen, und geben vor, daß sie eine Stufe der Anerkennung erreicht haben und darum regelmäßig von »Regierungen« konsultiert werden. Natürlich sagen sie nicht, welche Regierungen sie meinen, da es nur eine gibt, nämlich das Kombinat Council on Foreign Relations (CFR) und die Clique der Trilateralen und Bilderberger mit ihren Meistern aus den Familien Rothschild und Rockefeller.

Die New-Age-Bewegung ist bereits in vieler Leute Mund, aber über ihre weltumfassenden Ziele, das heißt, der Weg zu einer Weltregierung oder Weltgemeinschaft, ist eigentlich nur wenigen etwas bekannt. Jetzt liegt von Charlotte Waterlow eine Studie vor, die den Weg vom »Chaos zu einer Weltgemeinschaft« genau skizziert und vor allem auch den Bezug zu den historischen Quellen herstellt. Herausgegeben wird die Studie von einer Gesellschaft mit dem Namen »Weltumfassender guter Wille«, Sitz in Genf. Eine Zweigstelle davon gibt es in London unter dem Namen »World Goodwill« und die Zentrale arbeitet in New York. Im Grunde handelt es sich bei dieser Organisation um eine Art Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen.

Das okkulte Gehirn dieser Bewegung

Bevor auf die Studie von Charlotte Waterlow eingegangen wird, einige Informationen zum okkulten Gehirn dieser Bewegung. Lucis Trust war die ursprüngliche Organisation, sozusagen der geistige Ausgangspunkt. Bis vor kurzem firmierte die genannte Gesellschaft, die jetzt die Waterlow-Studie auf den Markt brachte, noch unter der Abkürzung Lucis Trust.

»Lucis Trust« hatte sich zur Aufgabe gemacht, Programme anzubieten, die sich mit »praktischen Realitäten« befassen, »denen wir uns bei der Errichtung einer neuen Weltordnung stellen müssen«. Das jüngste Traktat trägt dann auch den bezeichneden Titel »Beginnendes Auftauchen einer neuen holistischen Psychologie«.

Der Lucis Trust wurde ursprünglich in London im Jahr 1922 unter dem Namen »The Lucifer Publishing Co.« gegründet. Am 11. November 1922 wurde er dann offiziell in die weniger auffällige Lucis Publishing Company in New York und Lucis Press Limited in London umbenannt. Nur wenige der New-Age-Anhänger wissen, daß Alice Bailey die Gründerin von Lucis Trust ist. Sie gilt als eine Art Medium, das die Gedanken der großen östlichen okkulten Meister von einer anderen Welt übermittelte. Diese sogenannten »Meister« werden auch »Weltgehilfen« genannt und bereiten den Weg für »den « Christus, den sie auch den Tibeth und »Maitreya« nennen.

Die Ein-Dollar-Note trägt ihr Symbol

Die »Weltgehilfen« sollen offenbar von den Bürgern der Nationen rekrutiert werden, um die groben Arbeiten für die New-Age-Bewegung zu übernehmen. In der Lucis-Bibliothek gibt es Bücher des Biosophischen Instituts. Einige der Artikel sind unter anderem von Henry Wallace, Albert Einstein und auch von Franklin D. Roosevelt, der das okkulte Symbol auf die Rückseite der Ein-Dollar-Note im Jahr 1933 setzen ließ. Zum Symbol steht dort noch der Zusatz: »Novus Ordo Seclorum«. Die sinngemäße Übersetzung aus dem Lateinischen lautet: »Die neue Weltordnung«.

Der Lucis Trust verfügt über viele Waffen, darunter den »World Goodwill« mit dem deutschsprachigen Ableger »Weltumfassender guter Wille«, die »Arcane School« und »Triangles«. Die »Arcane School« ist in Wirklichkeit ein Lehrgang, der über den Postweg abgewickelt wird. »Triangles« sind Gebetsgruppen aus drei Leuten, die von Lucifer Trust gegründet werden.

Das Geburtsjahr dieser Bewegung – man höre und staune – wird in das Jahr der Französischen Revolution, 1789, gelegt. Die Französische Revolution, die mit finanzieller Hilfe von Rothschild und mit den geistigen Ideen Adam Weishaupts initiiert und durchgeführt wurde, ist das Fundament der neuen Ordnung.

Charlotte Waterlow schreibt dazu: »1789, das Jahr der Französischen Revolution und des Unterschreibens der amerikanischen Verfassung, kann als Geburtsjahr der modernen Zeit angesehen werden. Es trägt die Kennzeichen zweier machtvoller Entwicklungen, die völlig neu in der Geschichte sind: der Drang nach Durchsetzung der ›Menschenrechte‹ für jeden einzelnen in der Welt und die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um die materiellen Lebensbedingungen auf dem Planeten zu verändern. Die Verbindung dieser beiden Entwicklungen – die Befreiung der menschlichen Seele von den Fesseln der Armut, der Unwissenheit und der autoritären Kontrolle und das Zurverfügungstellen für den befreiten Menschen jener Werkzeuge, die ihn befähigen, die physischen Kräfte zu kontrollieren – macht das Zustandekommen dieser dritten Mutation möglich.«

Auf dem Weg zur Weltkontrolle

Und wie sieht diese dritte Mutation, der endgültige Sieg über die Menschen auf dem Weg zur Weltkontrolle aus? Frau Waterlow nennt acht Punkte:

»Die Errichtung einer neuen Weltordnung mittels dieser und anderer Maßnahmen wird aber nicht nur von der Entwicklung des Weltgeistes durch die Verbreitung von Informationen und Fachkenntnis, sondern auch vom Erwachsen des Weltherzens abhängen. Die Energien, die sich zur Zeit in negativen Emotionen ausdrücken, müssen in Liebe umgewandelt werden. Es gibt viele Anzeichen dafür, daß diese Bewußtseinsveränderung im Gang ist. Dazu gehören unter anderem:

Erstens, das neue psychologische Bewußtwerden, das Einstellungen in allen Bereichen durchdringt und das danach drängt, Kritiksucht durch Verstehen zu ersetzen und Strafe durch Heilen – mittels Liebe. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft wäre nicht möglich gewesen, wenn man den Deutschen nicht in einem tiefgehenden Sinne vergeben hätte.

Zweitens, der Feminismus, was nicht nur heißt, die Energien der Frauen, welche jahrhundertelang durch die Vorherrschaft der Männer unterdrückt wurden, freizusetzen, sondern auch soviel bedeutet wie die ›weiblichen‹ Eigenschaften des Sorgens für andere, des Mitgefühls und der Instuition, in den Männer zu wecken.

Drittens, das wachsende Bestreben der traditionellen Religionen, besonders der christlichen, anachronistische Züge und exklusive Einstellungen abzulegen und mit der modernen Wissenschaft sowie den Menschenrechten und dadurch miteinander ins reine zu kommen.

Viertens, die außergewöhnliche Durchdringung der westlichen

Weltregierung

Satanskult der New-Age-Bewegung

Kultur mit ihrem übermäßigen Nachdruck auf rationalem Denken durch orientalischen Mystizismus.

Fünftens, der wachsende Drang, die Politik zu vergeistigen, so wie er von Gandhi, Martin Luther King, dem radikalen römisch-katholischen Klerus in Lateinamerika und einigen politischen und religiösen Führern ausgelöst wurde.

Sechstens, die positive Behauptung des Marxismus, daß der Gang der Geschichte zur Entstehung einer Weltbruderschaft führt, in welcher kein Mensch den anderen mehr ausbeuten wird und der Staat als Instrument der Macht ›vergehen‹ wird.

Siebtens, das rasche Zunehmen des Umweltbewußtseins und des Wunsches, eine Gesellschaft zu bilden, die in Harmonie mit der Natur lebt.

Achtens, das Wachsen einer ›Gegen-Kultur‹, welche die Annahme der traditionellen Wirtschaftslehre, daß quantitatives Wachstum schon an sich ein Ziel sei, verwirft und die Behauptung aufstellt, daß Lebensqualität soviel bedeutet wie ›klein ist schön‹. ›Grenzen des Wachstums‹ kann nicht nur heißen, daß die Reichen ihren Konsum einschränken sollen, um für die Grundbedürfnisse der Armen Sorge zu tragen, sondern auch, daß Energien freigesetzt werden sollten für das Wachstum in nicht-materiellen Bereichen. Wenn die ganze, einer Person verfügbare Zeit dem Geldverdienen geopfert wird, dann muß man sich fragen, welche Energien ihr noch für künstlerische Aktivitäten oder für das Pflegen von Freundschaften bleiben.«

Ein neuer Satanskult

Eine große Anzahl von Mitgliedern der New-Age-Bewegung ist wirklich überzeugt, für das Wohl der Menschheit und für ihr eigenes Wohl zu arbeiten. Es gibt zwar Tausende von unterschiedlichen Organisationen, die sich gegenseitig nach dem Prinzip des Netzwerks dabei unterstützen, das »neue Zeitalter« ins Leben zu rufen. Die eigentliche Macht innerhalb der Bewegung liegt beim »Weltrat der Weisen«, der »Planetary Initiative for the World we Choose«.



Baphomet. Pantheistisches und magisches Bild des Absoluten. Auf der Stirn und unter der Fackel das Zeichen des Makrokosmos oder das Pentagramm mit Spitze nach oben als Symbol der menschlichen Intelligenz.

Die New-Age-Bewegung hat inzwischen mit Erfolg die gesamte Christenheit unterwandert. Viele Anhänger der New-Age-Bewegung glauben, sie hätten es mit »Weißer Magie« oder mit der »Lichtseite der Kraft« zu tun. Sie würden wahrscheinlich vor Schrecken erschaudern, wenn jemand nur andeutete, daß sie in Wirklichkeit den Teufel anbeten. Sie erkennen entweder die Existenz des Teufels nicht an oder bringen Satan mit der »Schwarzen Loge« in Verbindung – ihre Bezeichnung für Anhänger traditioneller Religionsformen oder offen satanischer Formen des Okkultismus.

Und wofür beten sie? Sie beten für »den Plan«. Ihr Plan wird durch die spirituelle Hierarchie des Planeten beschrieben. Und wie sieht der Plan aus? Er wird durch die »Welt-Goodwill«-Organisation ausgefüllt. Er besteht darin, die Vereinten Nationen kräftig zu fördern. Dazu gehören das Konzept der Einfrierung nuklearer Waffen, eine einseitige Abrüstung und das Schüren von Angst vor einem neuen Krieg. All das sind auch die Hauptziele der Trilateralen Kommission unter der Leitung von David Rokkefeller, der sich damit den größtmöglichen Profit für seine weltweiten Geschäfte verspricht.

Auch Charlotte Waterlow verkündet in ihrer Studie nichts anderes, als was die internationalistischen Gremien, das Council on Foreign Relations, die Bilderberger, die Round-table-Gruppen und die vielen anderen von den Illuminaten beeinflußten Geheimgesellschaft seit Jahrhunderten als ihr Programm ansehen:

»Wenn wir jedoch eine neue Weltordnung herbeiführen wollen, in welcher das Superproblem gelöst werden wird, sind die Modelle bereits vorhanden, die Grundmauern bereits errichtet. Der Weg in die Zukunft bedeutet gewiß, auf diesen Grundmauern weiterzubauen und diese Modelle für die ganze Welt verbindlich anzusehen. Ich möchte mit einigen Vorschlägen abschließen:

Entwicklung des Weltgeistes

Erstens, die ›Hilfe für die Entwicklungsländer‹ muß bis zur Bildung eines Weltwohlfahrtsstaates erweitert werden, der durch ein Welteinkommens-Steuersystem finanziert wird. Dies wurde bereits im Brandt-Bericht aus dem Jahr 1980 und der päpstlichen Enzyklika Populorum Progressio aus dem Jahr 1967 vorgeschlagen; beide empfahlen, die Hauptsteuer auf den Waffen zu erheben.

Zweitens, ein Weltplan für die Zuteilung und den Gebrauch seltener Hilfsgüter muß nach dem Prinzip der Vorrangigkeit der Bedürfnisse von den Vereinten Nationen aufgestellt werden.

Drittens, das Prinzip des ›gemeinsamen Erbes‹ sollte von den gemeinsamen Besitztümern in den Weltmeeren auf jene, die sich auf dem Land befinden, wie der Boden, das Wasser, die fossilen Brennstoffe und die Hauptmineralien erweitert werden.

Viertens, der Transfer von technischem Know-how und wissenschaftlicher Sachkenntnis. Statt der Befriedigung der militärischen – wie der Verbrauchergelüste in den reichen Ländern zu dienen, sollen technisches und wissenschaftliches Know-how eingesetzt werden, um die Grundbedürfnisse der Armen zu befriedigen. So sollte zum Beispiel die Energiegewinnung mittels Kernfusion, die Entwicklung von Methoden billiger Entsalzung des Meerwassers zum Bewässern von Wüsten, von Mittel

gegen Malaria und anderen Parasitenkrankheiten Vorrang haben vor Fernlenkwaffen für den ›Sternenkrieg‹, Heimcomputern und Desodorierungsmitteln.

Fünftens, Planen, Teilen, Erhalten und Konservieren sollten durch regionale und universale, gewählte Körperschaften gegenüber verantwortliche Exekutionsbehörden organisiert werden. Modelle hierzu liefern die Europäische Gemeinschaft und von den Vereinten Nationen eingesetzte Exekutivorgane, wie die Meeresbodenbehörde. Die Idee, den Vereinten Nationen eine zweite, direkt gewählte Kammer zu geben, wird zur Zeit in Großbritannien und den Vereinigten Staaten erwogen.

Sechstens, einer internationalen Gesetzgebung zum Schutze der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Zivilpersonen, im Kriegsfall nicht getötet zu werden, sollte durch die Einsetzung eines Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte – ein Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte existiert bereits – und eines Internationalen Strafgerichtshofs, um den in Nürnberg geschaffenen Präzedenzfall nicht aus dem Auge zu verlieren, stärkeres Gewicht beigemessen werden.

Siebtens, das Prinzip der ›Adhoc‹-Friedenstruppen der Vereinten Nationen sollte zur Bildung einer ständigen, angemessen besoldeten Streitmacht führen, eine entsprechende Bestimmung ist bereits in der Charta der Vereinten Nationen enthalten. Gleichzeitig sollte eine Abrüstungs-Dienststelle von den Vereinten Nationen geschaffen werden. Diese sollte über die nötigen Befugnisse verfügen, um die Abrüstung zu organisieren und zu überwachen, wie dies bereits im McCloy-Zorin-Abkommen aus dem Jahr 1961 vorgeschlagen wurde.

»Ihr werdet sein wie Gott«

Die Errichtung einer neuen Weltordnung, mittels dieser und anderer Maßnahmen wird aber nicht nur von der Entwicklung des Weltgeistes durch die Verbreitung von Informationen und Fachkenntnis, sondern auch vom Erwachen des Weltherzens abhängen. Die Energien, die sich zur Zeit in negativen Emotionen ausdrücken, müssen in Liebe umgewandelt werden.«

Die Studie »Vom Chaos zu einer Weltgemeinschaft« ist im Grunde ein moderner Aufguß des alten Programms des Begründers der Illuminaten, Adam Weishaupt, das dieser als Auftragsarbeit für den Bankier Rothschild lieferte. Dieses Programm diente als Grundlage der Französischen und sämtlicher folgender Revolutionen. Karl Marx schrieb danach sein Kommunistisches Manifest, und heute werden die Ideen und Ziele im neuen Wortgewand als Ziele der »New-Age-Bewegung« präsentiert.

Der Geist der Verschwörung hinter der New-Age-Bewegung und viele ihrer Theoretiker, Leiter und okkulten Vorläufer hat sich erfolgreich das Prinzip »teile und herrsche« zunutze gemacht. Es ist gelungen, die Christen dazu zu bringen, daß sie sich gegenseitig bekämpfen. Und während die Christen auf diese Weise miteinander beschäftigt sind, werden beinahe alle Kirchen von der New-Age-Philosophie und den sozialen und politischen New-Age-Programmen unterwandert.

Die New-Age-Lehren basieren auf denselben alten Lügen, mit denen die Schlange schon im Garten Eden Eva verführt hatte: »Ihr werdet nicht sterben . . . ihr werdet sein wie Gott.«

Wenn man diese Lehren und die Angriffe auf Gottes Wort versteht und weiß, warum Luzifer ursprünglich aus dem Paradies vertrieben wurde, kennt man auch die Philosophie und die Ziele der New-Age-Bewegung.

Das politsche Ziel der Bewegung ist Weltherrschaft. Obwohl niemand je zuvor dieses Ziel erreicht hat, glauben die Anhänger, die Zeit dafür sei reif – sie könnten sehr gut recht haben.

Die New-Age-Mitglieder plädieren für eine Einrichtung von gigantischen, globalen Verwaltungszentren, wie zum Beispiel einer Weltzentrale für Ernährung, einer Weltzentrale für Wasserversorgung und eines Amtes, das eine weltweite Wehrpflicht und Besteuerung regelt. Die »New-Ager« beabsichtigen außerdem, den Bürgern aller Nationen eine »universelle Kreditkarte« zu geben – und natürlich eine neue Weltreligion.

Die von der New-Age-Bewegung angestrebten politischen Strukturen haben hinsichtlich ihrer Reichweite, ihrer Organisation und ihrer Möglichkeiten apokalyptische Ausmaße und ähneln der Welt aus Orwells »1984«. Die Sprecher der New-Age-Bewegung propagieren die Auflösung und Zerstörung einzelner Nationalstaaten wie man früher sich zum Ziel setzte, durch Revolutionen sämtliche Monarchien auszuschalten. Statt nationaler Regierung soll ein »planetarisches Leitsystem« errichtet werden.

Die »heilige« Zahl 666

Wenn man die grundlegende Literatur der New-Age-Bewegung studiert, wird bald deutlich, daß die Hintermänner dieser Bewegung danach trachten, all jene Teilsysteme des Antichristen einzuführen, vor denen in der Bibel – insbesondere im 13. Kapitel der Offenbarung – gewarnt wird.

Die New-Age-Bewegung hat öffentlich ihre Absicht bekundet, jegliche Geldwährung abzuschaffen. Statt dessen wollen sie »ein rationaleres Tauschsystem« einführen, wie zum Beispiel einen computergestützten Tauschhandel. In Büchern von Buckminster Fuller ist unverblümt von der Absicht die Rede, jedem Erdbewohner eine Nummer zuzuteilen; deren Gebrauch soll bei jeder finanziellen Transaktion – auch bei kleineren Käufen – mit Hilfe einer universellen »Kreditkarte« zwingend vorgeschrieben sein.

Die New-Age-Bewegung gebraucht das Zeichen des Regenbogens – nach 1. Mose 9, 15–17, das Zeichen des Bundes – als Symbol der angestrebten Errichtung der Regenbogenbrücke, die eine Brücke zwischen der Persönlichkeit, dem Menschen, und der Seele, Luzifer, darstellen soll.

In ihrem Buch »The Rays and the Initiations« nennt Alice Bailey 666 eine heilige Zahl und zeigt auf, wie diese Zahl in der okkulten Zahlenlehre berechnet wird. 666 beinhalte »das Geheimnis, das von einem der drei himmlischen Menschen verborgen wurde«. Das New-Age-Mitglied soll die Zahlenfolge 6-6-6 so häufig wie möglich gebrauchen. Der Gebrauch dieser Zahl soll »höhere Intelligenz« aus einer anderen Dimension beziehungsweise aus dem Weltall auf unseren Planeten ziehen.

In der Bibel heißt es in der Offenbarung 12, 18 zur Zahl 666: »Wer Verstand hat der berechne die Zahl des Tieres, denn es ist eines Menschen Zahl, und seine Zahl ist 666.«

Die neue Weltordnung mitsamt dem geplanten Einfrieren aller Atomwaffen beziehungsweise den Abrüstungskampagnen behandelt Alice Bailey in ihrem Buch »Die geistige Hierarchie tritt in Erscheinung«. Sie behauptet, die Atombombe sei ein großer Fortschritt für die Menschheit. Die »Hierarchie« habe durch den »fünften Strahl«, beziehungsweise durch Wissenschaftler, dazu beigetragen, sie zu entwickeln. Weiterhin meint sie, wenn die Bombe in der Hand der Vereinten Nationen sei, könnten diese sie einsetzen oder mit ihrem Einsatz drohen, »wenn Aggressionen zum Durchbruch kommen«.

Dabei sei es nicht von Bedeutung, ob diese »Aggressionen« von Staaten ausgingen oder von mächtigen religiösen Gruppen wie etwa der »römisch-katholischen Kirche, die es bis jetzt nicht fertiggebracht haben, ihre Finger von der Politik zu lassen und den Aufgaben nachzukommen, denen sich religiöse Gruppen widmen sollten«.

Über den Einsatz von Atomwaffen gibt es umfassende New-Age-Literatur.

Ein zentraler Punkt der Geheimlehre

Benjamin Creme, ein Jünger von Alice Bailey, und die gesamte New-Age-Bewegung mit Ausnahme derer, die noch keinen entsprechenden Grad der Einweihung erlangt haben, bestreiten beharrlich, daß Jesus der Christus ist. Sie bestehen darauf, Maitreya sei der Christus und Jesus dessen Jünger. Ein zentraler Punkt der Geheimlehre und eine zentrale Lehre von New-Age-Kirchen lautet: Das Christusbewußtsein wohnt in jedem einzelnen von uns – die Lehre vom innewohnenden Gott; außer Jesus gibt es noch andere Christusse – Buddha war ein Christus, Krishna war ein Christus und so weiter.

Die Mitglieder der New-Age-Bewegung – unter ihnen Benjamin Creme und David Spangler,

Weltregierung

Satanskult der New-Age-Bewegung

ebenfalls ein Jünger von Alice Bailey, die Unity-Kirche und viele Theologen, die andere Denominationen unterwandert haben – behaupten, Jesus Christus sei nicht im Fleisch gekommen. Vielmehr sei das Christus-Bewußtsein bei seiner Taufe auf ihn herabgekommen und sei bis zu seiner Kreuzigung in ihm gewesen.

Noch verabscheuungswürdiger ist Cremes Behauptung, Jesus habe sich nicht das Recht verdient, seinen Auferstehungsleib zu behalten, und lebe gegenwärtig in dem Körper eines 640 Jahre alten Syrers im Himalaya.

Die New-Age-Bewegung gründet theologisch auf dem Pantheismus – alles ist göttlich – und auf den Animismus – Verehrung von unbelebten Objekten, Seelen- und Geisteswesen in der Natur –. Die Bewegung verehrt Luzifer als Gott; David Spangler hat sogar erklärt, daß wir uns einer luziferischen Initiation unterziehen müssen, wenn wir das neue Zeitalter lebend erreichen wollen. Sie haben jeden heidnischen Gott wieder hervorgeholt, der jemals verehrt wurde, und sich außerdem eine Anzahl von neuen Göttern geschaffen.

Was die Hexerei betrifft, so muß sie geradezu als eine Säule der New-Age-Bewegung bezeichnet werden; auch psychischen Phänomenen und »Bewußtseinserweiterungen« wird große Bedeutung beigemessen.

Maitreya hat durch Botschaften Benjamin Cremes die Behauptung aufgestellt, Jesus sei einer seiner Jünger; er selbst, Maitreya, sei das Oberhaupt einer Hierarchie von »Göttern« oder »Meistern«.

Abschaffung des orthodoxen Judentums

Das Hauptinteresse des Okkultismus, des Luzifer-Kults und der Sekten innerhalb der New-Age-Bewegung besteht darin, zu lernen, wie man die »Kraft« beziehungsweise die »Macht« beeinflussen kann. Mitglieder der New-Age-Bewegung glauben nicht an einen persönlichen, die



Adam Weishaupt, ehemaliger Jesuit, gründete am 1. Mai 1776 die Geheimgesellschaft der Illuminaten.

Erfahrung überschreitenden Gott, vor dem wir uns alle verantworten müssen. Sie glauben, Gott sei eine neutrale Kraft, die entweder zum Guten oder zum Bösen manipuliert werden kann.

Den Aussagen Benjamin Cremes zufolge erwartet das »Schwert der Spaltung« all diejenigen, die sich weigern, Maitreya als den »Christus« anzunehmen. Alice Bailey stellt in ihren Büchern die Behauptung auf, der nächste große Krieg werde im Bereich der Weltreligionen stattfinden. Die drei Ziele des sogenannten neuen Christus beinhalten ihren Aussagen zufolge die Neugestaltung des Christentums und die Abschaffung des orthodoxen Judentums.

Mitglieder der New-Age-Bewegung – unter ihnen Bailey, Creme und David Spangler – beabsichtigen in Übereinstimmung mit dem sogenannten »Plan« die Abschaffung traditioneller religiöser Festtage und deren Ersetzung durch heidnische Feste. Sie haben zum Beispiel angekündigt, daß Weihnachten und Karfreitag abgeschafft werden sollen.

Die Mitglieder der New-Age-Bewegung und besonders David Spangler behaupten, die luziferischen Energien seien positiv, da sie die »Energien der Erwartung« seien, die »eine Person von einem Ort zum anderen versetzen«.

Drogen werden von der New-Age-Bewegung schon seit langem zur Beschleunigung der Bewußtseinserweiterung eingesetzt.

Die Mitglieder der New-Age-Bewegung glauben, sie hätten sich durch »spirituelle Disziplin« und »Bewußtseinsentwicklung« zu einer neuen, überlegenen Spezies entwickelt – zum homo noeticus, im Gegensatz zur alten Art, dem homo sapiens.

Mitglieder des »First Earth Bataillon« der US-Armee, das sich an New-Age Lehren orientiert, unterziehen sich Weihezeremonien, die heidnischen Einweihungszeremonien ähneln.

Viele Mitglieder der New-Age-Bewegung, besonders auf höchster Ebene, vertreten die Ansicht, daß es eine Lizenz für die »Anschaffung von Kindern« geben müsse. Die Gruppe »Friends of the Earth« (»Freunde der Erde«) macht sich für dieses Anliegen besonders stark.

Das wahre Licht Luzifers

Alice Bailey sagte, Luzifer sei der »Beherrscher der Menschheit«. Jedenfalls ist er der Leitstern der New-Age-Bewegung. Und was David Spangler in einem seiner zahlreichen Bücher, »Reflexions on the Christ«, über Luzifer schreibt, dürfte eindeutig genug sein, um diese Bewegung als einen Satanskult zu charakterisieren:

»Das wahre Licht Luzifers kann nicht durch Sorge, durch Dunkelheit, durch Ablehnung hindurch wahrgenommen werden. Das wahre Licht dieses großen Wesens kann man nur erkennen, wenn die eigenen Augen mit dem Licht des Christus sehen, dem Licht der inneren Sonne. Luzifer wirkt in jedem von uns, um uns in einen Zustand der Vollkommenheit hineinzuführen. Wenn wir in ein neues Zeitalter eingehen, das Zeitalter der Vollkommenheit des Menschen, wird jeder von uns auf irgendeine Weise an den Punkt gelangen, den ich als luziferische Initiation bezeichne. Dies ist das besondere Eingangstor, das das Individuum durchschreiten muß, um völlig in die Gegenwart seines Lichtes und seiner Vollkommenheit zu gelangen.

Luzifer kommt, um uns die endgültige Gabe der Vollkommenheit zu bringen. Wenn wir sie annehmen, ist er frei und wir sind frei. Das ist die luziferische Initiation. Viele Menschen erleben diese jetzt, und viele werden es in den vor uns liegenden Tagen erleben, denn es ist eine Initiation in das neue Zeitalter. Diese Initiation bedeutet, das Alte hinter sich zu lassen und einzugehen in das Neue, Schuld und Furcht, unsere Sorgen, Bedürfnisse und Versuchungen abzulegen, Vollkommenheit zu erreichen und mit Frieden erfüllt zu werden, denn wir haben unser inneres Licht erkannt und das Licht, das uns einhüllt, das Licht Gottes.« □

Weiter führende Literatur: Constance Cumbey »Die sanfte Verführung – Hintergrund und Gefahren der New-Age-Bewegung«, erschienen im Verlag Schulte + Gerth, Asslar; Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider «, Verlag Diagnosen, Leonberg

Frankreich

Kirche als Handlanger des Kommunismus

Beat Christoph Bäschlin

Das offizielle Hilfswerk der katholischen Kirche Frankreichs wollte ein für allemal klarmachen, daß seine mit dem Wortschatz des Marxismus-Leninismus angereicherte Werbung »eindeutig christlich« sei. Zu diesem Zweck hat das genannte Hilfswerk CCFD (Comité contra la faim et pour le développement – Komitee gegen den Hunger und für die Entwicklung) die angesehene Zeitung des liberalen Bürgertums, »Le Figaro«, gerichtlich eingeklagt wegen übler Nachrede und Verleumdung.

Die Klage galt im besonderen der Sonntagsbeilage »Figaro-Magazine«, sowie dem Verfasser und dem Verleger des Buches »Kirche und Subversion«, das im »Figaro« ausführlich besprochen worden war.

Linkslastigkeit der Kirchenleitung

Die Klage ist am 15. Januar 1987 abgewiesen worden. Das bedeutet für die Gesamtheit der französischen Bischöfe eine bedeutende moralische Niederlage, denn sie hatten sich mit ihrem Hilfswerk CCFD durchaus solidarisch erklärt. Anstatt des auf große Publikumswirksamkeit vorprogrammierten Triumphes haben die Bischöfe und ihr Hilfswerk eine so schwere Schlappe einstecken müssen, daß sie nun selbst sozusagen als Angeklagte dastehen. Denn nun klebt der gerichtlich festgestellte Vorwurf an ihnen, sie seien Hilfskräfte der kommunistischen Subversion.

Die Führungsgruppen der katholischen Kirche Frankreichs hatten geglaubt, mit diesem Prozeß sich vor aller Welt vom Vorwurf der politischen Linkslastigkeit reinwaschen zu können. Das Gericht hat aber eine Gesamtbewertung der kirchlichen Verlautbarungen vorgenommen und ausdrücklich festgestellt, es ist keine Verleumdung, wenn dem Hilfswerk CCFD vorgeworfen wird, »der dritten Welt mit der Theologie der Befreiung den Marxismus-Leninismus und den Klassenkampf zu predigen«.

Es ist keine Verleumdung zu sagen, das kirchliche Hilfswerk CCFD sei »ein objektiver Verbündeter des internationalen Kommunismus, der als eigentliche Antriebskraft und als Nutznießer dieser kirchlichen Agitation erscheint«.

Es ist keine Verleumdung zu behaupten, »das Wohltätigkeitsgerede der CCFD ist eine Propaganda, worin die Armen – wie bei Marx und Lenin das Proletariat – weitgehend als Vorwand dienen, um die Revolution zu fördern«.

Schließlich kann es nicht als verleumderisch gelten festzustellen, daß gewisse Priester und Bischöfe »nichts anderes als Volkskommissäre sind«.

Den Sinn der Wörter gerichtlich bestimmen

Es ist höchst sonderbar, daß die auf Bibelauslegung abgerichteten Theologen, die oft um die Bedeutung einzelner Wörter heftig streiten, heutzutage sich vom Gericht den Sinn der von ihnen verwendeten Ausdrücke und die Auslegung ihrer Texte erklären lassen müssen. Manche Theologen haben sich in einem schwärmerischen Gerechtigkeitsfimmel so sehr verstrickt, daß sie nicht einmal mehr merken, daß ihr Geist sich mit Marxismus und Leninismus vollgesogen hat.

So predigen sie Marxismus und meinen, noch mit dem Evangelium übereinzustimmen. Das von den katholischen Kirchenleuten selber angerufene Gericht hat den Klägern den Sinn ihrer eigenen Worte klarlegen müssen. Das Gerichtsurteil vom 15. Januar 1987 hat die katholische Theologenschaft darauf aufmerksam gemacht, daß sie in einer tatsächlichen Verblendung lebte.

Unbegründete Empfindlichkeit bei den Geistlichen

Der während des Prozesses von Seiten der CCFD und des Episkopats am häufigsten verwendete Ausdruck war »Verleumdung«. Der Verfasser der Schrift »Kirche und Subversion«, Gabriel Maury, sowie den Journalisten des »Figaro-Magazine« gegenüber sollte dieser harte Vorwurf wie eine Drohung wirken und sie zum Schweigen bringen.

Aber das Gericht behielt einen klaren Kopf und stellte fest: »Es ist unvernünftig, Journalisten und Schriftsteller daran hindern zu wollen, daß sie öffentliche Aussprache führen.«

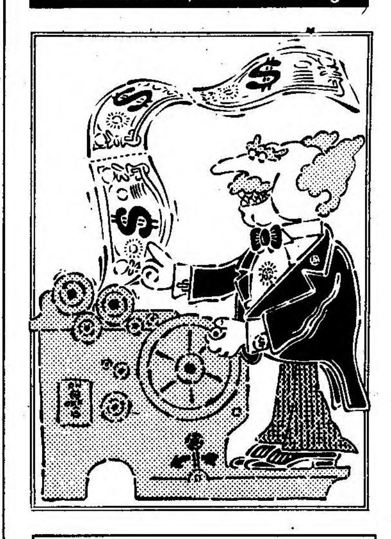
In der Urteilsbegründung steht: »Es ist nötig, daß Zeitungsleute und Schriftsteller von der Möglichkeit zur öffentlichen Aussprache auch mit einiger Leidenschaft Gebrauch machen dürfen, um die Tätigkeit eines Hilfswerks zu prüfen und dessen Auffassung von Hilfe an die benachteiligten Völker unter die Lupe zu nehmen.«

Diese Worte mögen von den Hilfswerken aller Konfessionen in allen westlichen Ländern beherzigt werden. Haben sich doch die Theologen angewöhnt, extravagante, ja absurde Stellungnahmen zu beziehen, jedoch mit mimosenhafter Empfindlichkeit Zetermordio zu schreien, sobald man sie ob ihrer abstrusen Äußerungen und Taten kritisch »hinterfragt«. □

Ostern wieder urchristlich feiern:

auf dem 5. Internationalen Festival der Christusfreunde, Frankfurt, Messegelände, 17. – 19. 4. 1987
Tausende von Christen der Bergpredigt kommen aus aller Welt nach Frankfurt – kommen Sie auch?
Viele Themen stehen auf dem Programm: Der Innere Weg zu Gott, Ehe, Familie, Partnerschaft, das Therapiekonzept der Christus-Ärzte u.v.m.
Eine kleine Musterstadt wird aufgebaut, in der sich Christusbetriebe präsentieren.
Nähere Informationen durch:

Universelles Leben
Postfach 5643, 8700 Würzburg



Die protestantischen Kirchen im Sog des Kommunismus

Die evangelischen Kirchen sind zu Mägden des atheistischen Kommunismus erniedrigt worden, weil kirchliche Meinungsmacher (z. B. aus dem Genfer Weltkirchenrat) ein Dogma mit Unfehlbarkeitscharakter aufnötigen: daß Sozialismus verbindlicher sei als das Evangelium. Vom Durchbruch dieser geistlichen Perversion handelt die genannte Schrift.

Autor: Dr. jur. B. C. Bäschlin, 44 Seiten, SELVAPIANA-Verlag, CH-6652-Tegna.

Preis: 14,– DM/12,– sfr.

Direkt beim Verlag (Porto inbegriffen) oder im Buchhandel.

Vatikan

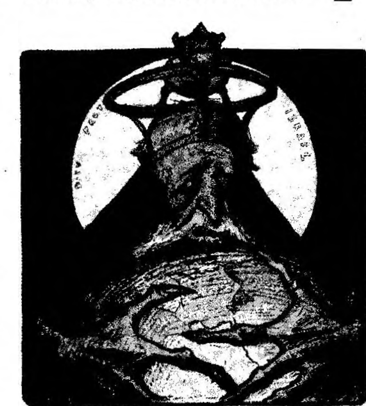
Wichtige Freimaurer der Kirche

An der Vergiftung durch Zyankali ist Michele Sindona, 66, ehemals mächtigster Bankier des Vatikans, in einem Krankenhaus in Voghera in Oberitalien gestorben. Er war beim Frühstück in seiner angeblich streng bewachten Zelle zusammengebrochen. Zwei Tage vorher war der Sizilianer schuldig gesprochen worden, schon 1979 einen Mafia-Killer mit der Ermordung des Konkursverwalters Ambrosoli beauftragt zu haben.

Sindona hatte Vorahnungen. Schon vor einigen Wochen hatte er geäußert, er werde »sterben wie Pisciotta« – Michele Pisciotta, das war ein sizilianischer Mafioso, der 1954 in einem Gefängnis in Palermo an Strychnin gestorben war, das man in den Kaffee geschüttet hatte. Nicht ausgeschlossen ist freilich, daß Sindona diese Todesart selbst geplant hat. Der ehemalige »Bankier Gottes«, der eine Zeitlang in den USA untergetaucht war, ist allerdings ein hochrangiger Geheimnisträger gewesen: Er hatte Verbindungen zu Roberto Calvi, dem »Ambrosiano«-Chef, der über Klagenfurt nach London geflüchtet war und den man dann an der Themse 1982 ermordet aufgefunden hatte. Viel dürfte Sindona auch über die Freimaurerloge P 2 gewußt haben, deren graue Eminenz Licio Gelli immer noch »umgeht«. Bei einer Hausdurchsuchung in einer Loge nach dem italienischen P 2-Skandal, wurde folgende Liste italienischer Prälaten gefunden, die Freimaurer sind.

Freimaurer in der kirchlichen Hierarchie

Ablondi, Alberto, 5. 9. 1985, 7/2431 (Bischof von Livorno)
Abresch, Pio, 3. 12. 1967, 63/143 (Adj. Studien d. Bischofskongregation)
Acquavia, Sabino, 3. 12. 1969, 175/69 (Prof. d. Religionssoziolog. Universität Padua)
Angelini, Fiorenzo, 14. 10. 1957, 14/005
Argentieri, Benedetto, 2. 3. 1970, 298a (Laie in Verwaltung d. Hl. St.)
Baggio, Sebastiano, 14. 8. 1957, 85/2640 (Kardinal-Präfekt der Bischofskonferenz)
Balboni, Dante, 21. 7. 1968, 79/14 (Assist. a. d. Vatik. Bibliothek)
Baldassari, Salvat., 19. 2. 1958, 4315/19 (Ehem. Erzbisch. v. Ravenna)
Balducci, Ernesto, 16. 5. 1966, 1452/3 (Ordensmann)
Basadonna, Ernesto, 14. 9. 1963, 19/243 (Ehrenprälat in Mailand)
Batolli, Giudio, 24. 3. 1959, 129/a (Laie, Mitgl. versch. Akadem.)
Beduschi,. Lorenzo, 19. 2. 1959, 124/04
Belloli, Luigi, 6. 4. 1953, 22/04 (Rektor d. Lombard. Somonars)
Belluci, Cleto, 4. 6. 1968, 12/217 (Coadj.-Bischof v. Fermo)
Betazzi, Luigi, 11. 5. 1966, 1547/45 (Bischof v. Ivrea)
Bianchi, Giovanni, 21. 10. 1969, 2251/2
Biffi, Franco, 15. 8. 1959, 64/23 (Rektor, Lateranuniversität)
Bigarella, Mario, 23. 9. 1954, 21/014 (Prälat in Vincenca)
Bonicelli, Caetana, 12. 5. 1959, 63/1428 (Bischof von Albano)
Boretti, Giancarlo, 21. 3. 1965, 0/241
Bovone, Alberto, 30. 4. 1967, 254/3 (Untersekretär Hl. Offizium)
Brini, Mario, 13. 7. 1968, 15/670 (Titular-Erzbischof v. Algiss, Sekret. d. orient. Kirchen, einer der drei Mitglieder der päpstl. Kommission f. Rußland)
Bugnini, Annibale, 23. 4. 1963, 1365/75 (Pro-Nuntius im Iran)
Buro Michele, 21. 3. 1969, 140/2 (Prälat-Mitglied der päpstl. Komission f. Latein-Amerik.)
Cacciavillan, Augustino, 6. 11. 1960, 13/154 (Staatssekretär)
Cameli, Umberto, 17. 11. 1960, 9/1436 (Dir. d. Büros f. kirchl. ital. Angelegenh. Mitgl. d. Komm. f. Erzieh.)
Caprile, Giovanni, 5. 9. 1957, 21/014 (Direktor d. Civilta-cath.)
Caputo, Giuseppe, 15. 11. 1971, 6125/633
Casaroli, Agostino, 28. 9. 1957, 41/070 (Minister f. Auslandsangelegenheiten)
Cerutti, Flaminio, 2. 4. 1960, 76/2154 (Chef d. Büros d. Studienkongregation)
Ciarrochi, Mario, 23. 8. 1962, 123/p
Chiavacci, Enrico, 2. 7.1970, 121/34 (Prof. d. Moral Universität v. Florenz)
Conte, Carmelo, 16. 9. 1967, 43/096
Cpele, Alessandro, 25. 3. 1970, 135/c
Dadagio, Luigi, 8. 10. 1967, 214/54 (Erzbischof v. Lero, Nuntius in Spanien)
D'Antonio, Enzio, 21. 6. 1969, 214/53 (Bischof v. Trevinto)
De Bonis, Donato, 24. 6. 1968, 321/02 (Prälat am Instit. op. d. rel.)
Del Gallo, Roccag., 15. 5. 1969, 102/61 (Prälat i. Antikammer d. Pap.)
Dek Monte, Aldo, 25. 8. 1969, 32/012 (Bischof von Novara)
Faltin, Danielo, 4. 6. 1970, 9/1297
Ferraioli, Giuseppe, 24. 11. 1969, 004/125 (Migl. Rates d. öffentl. Angelegenheiten d. Kirche)
Franzoni, Giovanni, 8. 3. 1963, 2246/47
Gemmiti, Vito, 25. 3. 1968, 54/13 (i. d. Bischofskongreg.)
Giardi, Giulio, 8. 9. 1970, 1471/52 (Ordinarius f. Theologie)
Giustetti, Massimo, 12. 4. 1970, 13/065
Gottardi, Allessandro, 13. 6. 1959, 2437/14 (Erzbischof v. Trient)
Gozzini, Mario, 14. 5. 1970, 31/11
Graziani, Carlo, 23. 7. 1961, 156/3 (Rektor Unterseminar Vatikan)
Gregagnin, Antonio, 19. 10. 1967, 8/45 (Richter in Ehrenangeleg. 1. Instanz/Tribunal Gen. Vikariat)
Gualdrini, Franco, 22. 5. 1961, 21/352 (Rektor d. Campranicum)
Ilari, Annibalo, 27. 7. 1970, 43/86 (Kaplan S. Heiligkeit)
Laghi, Pio, 24. 8. 1969, 0/538 (Nuntius in Argentinien)
Lajolo, Giovanni, 27. 7. 1970, 2/1397 (Mitgl. d. Rates d. öffentl. Angel. d. Kirche)
Lanzoni, Angelo, 24. 9. 1966, 6/324 (Chef im Staatssekretariat)
Levi, Virgilio, 4. 7. 1958, 241/3 (Vize-Dir. Osservatore Romano)
Lozza, Lino, 23. 7. 1969, 12/768 (Kanzler/rom. Akademie St. Thom v. Aquien u. d. kath. Religion)
Macchi, Pasquale, 23. 4. 1958, 5463/2 (Sekretär v. Paulus VI.)
Mazini, Italo, 18. 3. 1968 (Kaplan S. Heiligkeit)
Manfrini, Italo, 18. 3. 1968, 1551/142 (Laien-Konsultor d. Papstes)
Marchisano, Franc., 4. 2. 1961, 4536/3 (Untersekr. d. Studienkongreg.)
Marcinkus, Paolo, 21. 8. 1967, 43/649 (Präsident/Werk opere d. Relig.)
Marsili, Salvatore, 2. 7. 1963, 1278/49 (Abt. 013 von Finalpia)
Mazza, Antonio, 14. 4. 1971, 052/329 (Tit. Bischof v. Velia, Sekr. f. Hl. J:)
Mazzi, Venerio, 13. 10. 1966, 052/3 (Mitgl. d. Rates d. öffentl. Angel. d. Kirche)
Mazzoni, Pier L., 14. 9. 1959, 59/2 (Kongregation der Kirche)
Maverna, Luigi, 3. 6. 1969, 441/c (Bischof v. Chiavari/Ge. Ass. kath. Akt.)
Mensa, Albino, 23. 7. 1959, 53/23 (Erzbischof v. Vercelli)
Messina, Carlo, 21. 7. 1970, 21/045
Messina, Zanoni Ad., 25. 9. 1969, 045/329
Monduzzi, Dino, 11. 3. 1967, 190/2 (Regens d. Präfekt. d. päpstl. Hofes)
Mongillo, Dalmazio, 16. 2. 1968, 2145/22 (Dominik. Prof. d. Moral Angelik. Rom)
Morgente, Marcello, 22. 7. 1955, 78/0361 (Bischof v. Ascoli u. Peceno)
Natalini, Terzo, 17. 6. 1967, 21/44 (Vize-Präfekt geh. päpstl. Archiv)
Nigro, Carmelo, 21. 12. 1970, 23/154 (Rektor d. päpstl. Sem. jur. Stud.)
Neo, Virgilio, 3. 4. 1961, 43652/21 (Zeremonienmeister)
Palestra, Vittorio, 9. 6. 1968, 075/43 (Verteidiger a. d. S. Rot.)
Pappalardo, Salvatore, 15. 4. 1963, 234/07 (Kardinal)
Pasqualetti, Gottardo, 15.6. 1960, 4/231
Pasquinelli, Dante, 12. 1. 1969, 32/124 (Rat a. d. Nuntiatur Madrid)
Pellegrino, Michele, 21. 5. 1960, 352/36 (Erzbischof von Turin)
Piana, Giannino, 2. 9. 1970, 314/52
Pimpo, Mario, 15. 3. 1970, 793/43 (Am Gen. Vikariat/Angel.)
Pinto, Pio Vito, 2. 4. 1970, 3317/42 (Apostol. Signatura)
Poletti, Ugo, 17. 2. 1969, 32/1425 (Kardinalvikar von Rom)
Rizzi Mario, 10. 9. 1969, 43/179 (Chef d. Kongreg. f. orient. Kirche)
Romita, Fiorenzo, 21. 4. 1956, 52/142 (war in Kleruskongr., inzw. gest.)
Rogger, Ingo, 16. 4. 1964, 319/13 (Kaplan S. Heiligkeit)
Rossano, Pietro, 12. 2. 1968, 3421/a (Sekretär/Sekretar. f. Nichtchr.)
Rovera, Virgino, 12. 6.1964, 32/13
Sabattani, Aurelio, 22. 6. 1969, 87/43 (Tit. Bisch. v. Giustiniani, 1. Sekr. apost. Signatura)
Sacchetti, Giulio, 23. 8. 1959, 0991/b (Marquis, Del. b. Gouvern. d. Vatikan)
Salerno, Franceso, 12. 11. 1970, 0437/1 (Prälat d. Apost. Signatur. Mitglied, Präfektur f. Auslandsangelegenh.)
Santangelo, Francesco, 12. 11. 1970, 32/096 (Kirchenjurist)
Santini, Pietro, 23. 8. 1964, 326/II (Hoher Beamter a. Gen. Vikariat)
Sarvello, Fernanda, 14. 1. 1969, 004/51
Savorelli, Renzo, 12. 6. 1965, 34/692
Scanagatta, Caetano, 23. 9. 1971, 43/023 (Kleruskongregat u. Mitgl. d. Präfektur f. Pompel u. Loreto)
Schaschnig, Giovanni, 18. 3. 1965, 6574/23 (Jesuit)
Schierano, Mario, 3. 7. 1959, 14/3641 (Tit. Bisch. v. Agrida, ital. Milit.)
Semproni, Domenico, 16. 4. 1960, 00/12 (Tribunal d. Gen. Vikariat.)
Sensi, Giuseppe M., 2. 2. 1967, 18911/47 (Nuntius in Portugal)
Sobrero, Giuseppe, 2. 11. 1967, 18911/48
Sposit, Luigi, 5. 10. 1967, 539/02 (Mitgl. d. päpstl. Komm. f. kirch. Ar.)
Suenens, Leo, 15. 6. 1967, 21/64 (Kardinal Brüssel)
Trabalzini, Dino, 6. 2. 1965, 61/965 (Bisch. v. Rieti/Bisch. v. Südrom.)
Travia, Antonio, 15. 10. 1967, 16/141 (Tit. Erzbisch. v. Termini u. Imere)
Trocchi, Vittorio, 12. 7. 1962, 3/896 (Laie, Advokat Cons. Kongregation)
Tucci, Roberto, 21. 6. 1957, 42/58 (Gen. Dir. v. Radio Vatikan)
Turoldo, David, 9. 6. 1967, 191/44
Valo, Giorgio, 14. 2. 1971, 24/326 (Kaplan S. Heiligkeit)
Vergari, Tiero, 14. 12. 1970, 3241/6 (Protokollist a. d. Signatura.)
Villot, Jean, 6. 8. 1966, 041/3 (Zürich, Staatssekretär, Kardin.)
Zanini, Lino, 5. 8. 1958, 2/956 (Erzb. Tit. v. Adrianopoli)
Fregi, Francesco E., 14. 2. 1963, 1435/87 (ausgestrichen seit 1975)
Tirelli, Sotiro, 16. 5. 1963, 1257/95
Cresti, Osvaldo, 22. 5. 1963, 1653/65
Rotardi, Tito, 3. 6. 1963, 1865/34
Orbasio, Igino, 17. 9. 1973, 1526/97
Drusilla, Italia, 12. 10. 1963, 1653/24
Crosta, Sante, 17. 11. 1963, 1254/65
Ratoisa, Tito, 22. 2. 1963, 1542/74 □



Mitschuld bei der Abtreibung

Eberhard Heller

Zum Abschluß der Frühjahrsversammlung der »Deutschen Bischofskonferenz« gab Kardinal Höffner im Auftrag dieser Konferenz eine Presseerklärung ab, die in einigen Passagen zu einem Thema Stellung bezieht, das nicht nur moralische Probleme aufwirft, sondern auch rechtliche Aspekte aufweist, die für die Lebensrechtsbewegung von großem Interesse sind. Welche Bedeutung messen die deutschen Bischöfe dem sogenannten Beratungsschein zu, den die offiziellen kirchlichen Beratungsstellen schwangeren Frauen nach erfolgter Konsultation auf Antrag ausstellen müssen?

Kardinal Höffner nimmt zunächst Bezug auf von mehreren Seiten erhobene Vorwürfe gegen die Praxis dieser Beratungsstellen, durch deren Einbeziehung in die staatlich vorgeschriebenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neuregelung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches aus dem Jahr 1976 sich »die Kirche im Widerspruch zu ihrer Morallehre in das ›staatlich legalisierte Abtreibungsgeschehen‹« habe hineinziehen lassen. Man kritisiert, so fährt er fort, »auch in katholischen Stellen würde ›nur mit halbem Herzen‹ das Lebensrecht der Ungeborenen gewahrt, wenn von ›Gewissensentscheidung‹ und ›Entscheidungsfreiheit‹ der schwangeren Frauen gesprochen werde. Nach erfolgter Beratung werde auf Wunsch ein Beratungsschein ausgestellt, der einen ›Freigabeschein zum Töten‹ darstelle«.

Verflechtung von Kirche und Staat

Die hier formulierten Vorwürfe spiegeln die Tatsache wider, die auch in einer Veröffentlichung des Caritasverbandes über die Arbeit der sogenannten »katholischen Beratungsstellen« aus dem Jahr 1981 bestätigt wird, daß nämlich nur etwa die Hälfte der Frauen, die sich dort beraten lassen, sich tatsächlich für das zu erwartende Kind entschieden. Nach der Untersuchung des Caritasverbandes hatten sich von 14 729 Frauen lediglich 57 Prozent zu ihrer Mutterschaft bekannt. Sieben Porzent der beratenen Frauen hatten abgetrieben, »bei 36 Prozent war der Ausgang der Schwangerschaft unbekannt, mit starker Tendenz zum Schwangerschaftsabbruch«.

Nachdem der Vorsitzende der »Deutschen Bischofskonferenz« »das unbedingte Recht eines jeden Menschen auf sein Leben, das mit der Zeugung beginnt«, betont hat, erläuterte er die vorgebliche Aufgabe der kirchlichen Beratungsstellen: »Die fachlich qualifizierte und umfassende Beratung der kirchlichen Stellen dient dem Lebensschutz des ungeborenen Kindes«, der auch von der Verfassung vorgesehen sei.

Voraussetzung für die Straffreiheit

Höffner bestätigt ausdrücklich die Verflechtung kirchlicher in staatlichen Stellen: »Die im staatlichen Strafgesetz vorgeschriebene Beratung hat den gesetzlichen Auftrag, über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zu beraten, insbesondere über solche Hilfen, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern.«

Man erfährt ferner, daß angeblich »nur durch die Einbeziehung unserer katholischen Beratungsstellen in die gesetzlich vorgesehene Schwangerschaftsberatung ein effektives Beratungsangebot in möglichst vielen Regionen erreichbar« wäre.

Dies muß ausdrücklich bestritten werden. Selbst in kirchlichen Kreisen weiß man längst, daß durch die staatliche Reglementierung »die Arbeit der katholischen Beratungsstellen erschwert ist, weil sie unter Umständen auch Beratungsscheine ausstellen müssen«, so ein Fuldaer Domkapitular. Auch Höffner muß eingestehen, daß von den jährlich etwa 25 000 schwangeren Frauen, die eine katholische Beratungstelle aufsuchen, »mehr als die Hälfte mit der Vorentscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch kommt«.

Halten wir fest: die Beratungstätigkeit der kirchlichen Stellen geschieht im Zusammenhang mit den vom Staat vorgeschriebenen Maßnahmen hinsichtlich der Neuregelung des Paragraphen 218. Diese Einbeziehung ist überdies ausdrücklich gewollt. Damit werden implizit auch die einzelnen Bestimmungen dieser Neuregelung anerkannt.

Darin wird unter anderem zwingend vorgeschrieben, daß bei einer Abtreibung zunächst die Bestätigung einer Beratung mittels des umstrittenen Beratungsscheins vorgelegt werden muß. Erst dann kann ein Arzt die Indikationsfeststellung vornehmen, die nach geltendem »Recht« die Voraussetzung für die Straffreiheit der Abtreibung ist. Die Bedingungen für eine sogenannte »legale« Abtreibung sehen demnach so aus: ohne Beratungsschein keine Indikationsfeststellung, ohne Indikationsfeststellung keine straffreie Abtreibung.

Somit gehört das Ausstellen des Beratungsscheines – auch in den sogenannten katholischen Beratungsstellen – eindeutig zu den Voraussetzungen, die vom Staat für die Neuregelung der Abtreibungspraxis verpflichtend vorgeschrieben sind. Indem sie den Beratungsschein ausstellen, lassen sich die kirchlichen Stellen in den staatlich manipulierten Rechtsbruch mit hineinziehen.

Und hier liegt die ganze Problematik der Beratungsstellen. Dieser furchtbaren Konsequenz könnte man leicht dadurch entgehen, indem man die staatliche Regelung nicht anerkennt und keinen Schein ausstellt. Doch so ist und bleibt der Beratungsschein Mittel zum Zweck zur straffreien Durchführung der Abtreibung. Er ist Glied einer Kette, an deren Ende der Mord des ungeborenen Lebens steht.

Mitschuld beim Töten

Dies behauptet auch Schwester Hedi Lebert aus Köln in einem Rundbrief der »Aktion Lebenschance«. Im Zusammenhang mit der Gewährung der sogenannten »Geißler-Gelder« schreibt Schwester Lebert: »Trotzdem möchten wir die Geißler-Gelder nicht haben, denn wir bekämen sie nicht ohne ›Bedingung‹. Und eine davon wäre das Ausstellen eines Beratungsnachweises, der zu nichts anderem dient als zur straffreien, das heißt legalen Abtreibung.«

Diese weitreichende Verstrikkung der katholischen Stellen deckt eine Ordensfrau auf, die wegen ihrer kompromißlosen Beratung von ihrer Oberin und damit indirekt von Dienststellen Kardinal Höffners attackiert wurde, der dadurch seiner Beteuerung widerspricht, es ginge in den sogenannten kirchlichen Stellen tatsächlich um den »Lebensschutz des ungeborenen Lebens«.

Und der Kölner Erzbischof hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der »Deutschen Bischofskonferenz« noch die Stirn zu erklären: »Die Ausstellung einer Beratungsbescheinigung bedeutet nur die Bestätigung, daß nach diesen Grundsätzen beraten worden ist.«

»Nur« eine Bestätigung? Indem sich die kirchlichen Stellen durch das Ausstellen eines Beratungsscheines, der eine der vom »Gesetz« vorgesehenen Bedingungen für den straffreien Schwangerschaftsabbruch darstellt, bewußt und willentlich in den staatlichen Abtreibungsprozeß einspannen lassen, versagen sie nicht nur moralisch, sondern es trifft sie auch eine Mitschuld an der Tötung der ungeborenen Kinder in rechtlicher Hinsicht. □

Vertrauliches

UdSSR

Rückschläge in der Raumfahrt

Während die Sowjets einerseits versucht haben, die Welt mit Fernsehberichten darüber zu beeindrucken, daß es ihnen offenbar gelungen ist, Kosmonauten im Februar zu ihrer Weltraumstation »Mir« zu schicken, haben sie andererseits zwei jüngste größere Fehlschläge in ihrem Weltraumprogramm vertuscht. Moskaus Führer haben aus dem Verlust der amerikanischen Raumfähre »Challenger« vor einem Jahr Kapital geschlagen, indem sie versuchten, der Welt zu demonstrieren, daß ihr eigenes Raumfahrtprogramm zuverlässiger ist.

Die Sowjets schicken die meisten ihrer Satelliten mit der starken Proton-Startrakete in den Weltraum, die in der Größe mit der amerikanischen Titan 34-D-Rakete vergleichbar ist, die von der US-Luftwaffe für solche Zwecke eingesetzt wird. Die 770-Tonnen schwere Proton, die mit Flüssigtreibstoff angetrieben wird und 1965 von den Sowjets eingeführt worden ist, ist das sowjetische Arbeitspferd im Weltraum.

Am 30. Januar 1987 versagte eine Proton SL-12 in einem wichtigen sowjetischen Start und verursachte eine Katastrophe für die politische Public Relations. Die vierte und letzte Stufe der Proton zündete nicht und landete auf einem Nachrichtensatelliten in einer niedrigeren Umlaufbahn. Einen Tag später fielen der Satellit und Trümmerreste der vierten Stufe der Startrakete aus der Umlaufbahn und verbrannten beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre.

Der Fehlschlag der Proton am 30. Januar 1987 folgte einen Tag nach einem anderen Rückschlag in der sowjetischen Raumfahrt, als Raumfahrt-Ingenieure gezwungen waren bei einem nicht funktionierenden Spionage-Satelliten den Selbstzerstörungsknopf zu drücken, um zu verhindern, daß er möglicherweise den Amerikanern in die Hände fällt. Der Satellit mit dem Namen »Cosmos 1,813« war am 15. Januar 1987 für eine geplante Dauer von 14 Tagen in den Weltraum geschossen worden, um Photos zu schießen.

Als jedoch der Ball des Cosmos mit den Kameras und Filmen nicht planungsgemäß seinen Abstieg zum Wiedereintritt in die Erdatmosphäre und Aufnahme durch die sowjetische Marine begann, setzten die Kontrolleure den Selbstzerstörungsmechanismus in Gang. □

Großbritannien

Churchill für Milzbrand-Bomben gegen Deutsche

Der frühere britische Premierminister Winston Churchill hat nach einem Bericht der britischen Zeitung »Guardian« während des Zweiten Weltkrieges erwogen, Milzbrand-Bomben auf sechs deutsche Städte werfen zu lassen. Durch diese bakteriologischen Waffen, die von den USA und Großbritannien gemeinsam entwickelt und erprobt worden seien, wäre mehr als die Hälfte der in den betreffenden Städten lebenden Bevölkerung ums Leben gekommen. Als Ziele seien unter anderem Berlin, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart vorgesehen gewesen, schrieb die Zeitung.

Der »Guardian« bezog sich in seinem Bericht auf eine Studie des amerikanischen Historikers Harton Bernstein von der Stanford University in Kalifornien. Der von britischen Militärs 1944 geplante und von Churchill erwogene Einsatz der Bomben sei letztlich an Verzögerungen bei der Produktion in den USA gescheitert, schrieb Bernstein.

Es ist bekannt, daß Großbritannien während des Zweiten Weltkrieges mit bakteriologischen Waffen experimentierte. 1942 und 1943 wurden Versuche mit Milzbrand-Bakterien auf der schottischen Insel Gruinard unternommen, die noch heute verseucht ist und von Menschen nicht betreten werden darf. □

Dresden

Alliierter Bombenterror

Wochenlang loderten nach dem 13. Februar 1945 in Dresden die Scheiterhaufen zum Verbrennen der Leichenstapel. Der Luftkriegsexperte Dr. Max Czesany nennt in seinem neuen Standardwerk »Alliierter Bombenterror über Europa – Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung Europas«, erschienen im Druffel-Verlag Leoni am Starnberger See, erstmals authentisch die Verlustzahlen des Angriffs auf diese ungeschützte Stadt der Künste und der Lazarette, die ein Kleinod der Menschheit war.

35 000 Opfer wurden ganz, 50 000 teilweise identifiziert. An 168 000 war nichts mehr zu identifizieren. Dresden war der schaurige Höhepunkt der Feuerstürme, die in Berlin und Hamburg bis zu 90 000 Menschen in einer Nacht gefordert hatten. In Tokio waren es 100 000.

Die Luft über den brennenden Städten war durch das Phosphorfeuer bis zu 260 Grad erhitzt und entzog den Opfern jeden Sauerstoff. Es gab kein Entrinnen. Nach jedem Angriff lagen Berge von verbrannten oder erstickten Frauen und Kindern auf den Straßen. Keiner Phantasie wird es jemals gelingen, das Grauen zu ermessen, das sich abgespielt hat. Die Nachwelt müßte sich vor dem Schicksal der Opfer neigen. Millionen Deutsche tun es nicht.

Hut ab vor dem anglikanischen Bischof Bell, der ab 1943 im britischen Oberhaus immer wieder den Vernichtungskrieg verurteilte, der schon am 11. Mai 1940 im Kriegskabinett beschlossen war. Rund 45 Prozent der Bombenopfer waren Frauen, 25 Prozent Kinder. »Ist ein Pilot, der vorsätzlich Wohnviertel verbrennt, noch ein Soldat?« fragte der Bischof.

Der Chef der Bomberflotte, Sir Harris, wurde für seine Verdienste geadelt. Auch die Amerikaner hatten keine Skrupel. Churchill erhielt nach dem Krieg den deutschen Karls-Preis.

Generaloberst Löhr wurde wegen des Luftangriffs auf Belgrad, der militärischen Zielen galt, aber 3000 Tote gekostet hat, 1947 erschossen. Weil Kriegsverbrechen immer nur der Besiegte begeht. □

US-Dollar

USA erpressen Japan und Deutschland

Wie aus gut informierten Quellen in westdeutschen Bankenkreisen verlautet, benutzt Washington den Sturz des US-Dollars, um Deutschland und Japan zu erpressen, damit diese ihre eigenen Exportindustrien zerstören. Der Zweck von US-Finanzminister James Bakers erneutem Druck, den Dollar »herunterzureden«, besteht darin, Deutschland und Japan zu zwingen, schließlich damit übereinzustimmen, die Währungs- und Zinspolitik mit Washington zu koordinieren, das heißt, sich selbst zu opfern, um dem US-Bankensystem aus der Klemme zu helfen.

»Was Baker tut, wird den Prozeß einer weltweiten Vereinheitlichung des Finanzwesens beschleunigen«, so der Informant. »Für die Bonner Bundesregierung gibt es keine andere Möglichkeit, sie müssen Bakers Ruf der ›5er-Gruppe‹ folgen. Sie haben keine andere Wahl.« □

Frankreich

Chirac fordert Re-Industrialisierung

Der französische Premierminister Jacques Chirac erklärte, daß Frankreich ein »umfangreiches Re-Industrialisierungs-Programm braucht. Der De-Industrialisierungs-Trend muß gestoppt werden«. Er verlangte nach größere Anstrengungen für produktive Investitionen, doch nannte er keine genauen Vorstellungen über eine entsprechende Regierungspolitik.

Chirac äußerte sich inzwischen auch zu den Ost-West-Beziehungen: »Bevor die Sowjetführung keine wirkliche Bereitschaft zur

Abrüstung zeigt und diese auch nachweisbar ist, gibt es keinen Grund, sie beim Wort zu nehmen.«

Damit stellte Chirac sich deutlich gegen die Aussage des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der meint, daß man Gorbatschow »beim Wort nehmen« sollte.

Chiracs Worte stimmen allerdings auch nicht mit der aktuellen Wirtschaftspolitik seiner Regierung überein, die eher für eine fortgesetzte »De-Industrialisierung« sorgt. Wie auch Reagan und Thatcher hat auch seine Regierung ihrer eigenen Version von Privatisierungs-Plänen nachgegeben, die von den internationalen Finanzinteressen forciert werden. Frankreich ist dabei, staatseigene Unternehmen an Privatinteressen zu verkaufen und in vielen Fällen sind die Käufer die berüchtigten und bekannten Banker-Clans. □

Trilaterale Kommission

Währungsmanöver mit Kamerun

Die Banken der Mitglieder der Trilateralen Kommission arbeiten angeblich daran, Kamerun in Zentralafrika aus dem Währungssystem des französischen Francs herauszunehmen. Das Manöver soll von der Barclays Bank, David Rockefellers Chase Manhattan und der Bank of Boston durchgeführt werden. Kamerun hat eine der stabilsten Volkswirtschaften in dieser Region mit hohen Erträgen aus Kaffee und Öl. □

Japan

Verteidigung der Import-Praktiken

Der japanische Botschafter bei den Vereinten Nationen hat sein Land gegen die Vorwürfe verteidigt, es sei praktisch vor Einfuhren aus den Vereinigten Staaten geschlossen. »Meine Aufgabe ist es, Mißverständnisse zu beseitigen«, meinte Kiyoaki Kikuchi. »Zum einen stimmt es nicht, daß die japanische Regierung den Privatsektor subventioniert, wie die USA behaupten. Wir sind offener als jedes andere Land auf der Welt. Die amerikanischen Politiker verlangen von uns, das eine oder andere Projekt freizugeben, doch sie wollen keine Ausgleichszahlungen leisten, wenn sie Konzessionen verlangen.«

Kikuchi erwähnte, daß Japan 70 Prozent seines Rindfleisches und 60 Prozent seiner Orangen aus den Vereinigten Staaten bezieht. Er warnte vor der steigenden Welle von Unterstützung des Handelsprotektionismus und meinte, daß die USA davon profitieren, daß Japans Gewinne wieder in die US-Wirtschaft zurückkehren. »Ich denke, uns machen die amerikanischen Vorschläge zur Kontrollierung des Handels am meisten Sorge.« □

USA

Harte Maßnahmen gegen Japan

US-Finanzminister James Baker und der Vertreter für den US-Handel, Clayton Yeutter, versprachen gegenüber dem US-Kongreß, die Vereinigten Staaten seien bereit, »harte Maßnahmen« gegen die Handelspraktiken Japans zu ergreifen.

»Ich möchte die Bereitschaft der US-Regierung betonen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die erforderlichen Änderungen an diesen Export-Import-Gesetzen vorzunehmen«, sagte Baker. »Wenn die Japaner sich nicht an ihre Verpflichtungen halten können, dann müssen wir einige harte Maßnahmen ergreifen«, äußerte der amerikanische Finanzminister.

Baker wies jedoch darauf hin, daß Reagan Importaufschläge bekämpfen werde. »Es ist nichts Schlimmes an Vergeltungsdrohungen«, sagte er. »Was wir vermeiden müssen, ist gesetzlich verordnete Vergeltung«, die die Möglichkeit des Präsidenten oder die von amerikanischen Unterhändlern, Handelsstreitigkeiten beizulegen, einschränken würde.

Yeutter äußerte dazu: »Ich bin zuversichtlich, daß wir dieses Jahr eine konstruktive Handelsgesetzgebung verabschieden können, wenn wir gemeinsam und kooperativ daran arbeiten.«

Die grundlegende Poltik der Finanzinteressen des amerikanischen Establishments, die sich in der Regierungspolitik von Ronald Reagan widerspielt, und die Schreie nach einem Handelskrieg im amerikanischen Kongreß haben zum Ziel, einen Handelsdruck einzusetzen, um Japan zu zwingen, seine Wirtschaft in der gleichen Weise zu demontieren, wie man es mit der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahren getan hat, was zwangsläufig zu den gegenwärtigen Wettbewerbsvorteilen führte, die die Japaner heute haben. □

Frankreich

Die Armut wächst

Zweieinhalb Millionen Franzosen leben unterhalb des Mindest-Lebensstandards, das heißt, einer von 20 Franzosen. Diese Statistik wurde vom französischen Wirtschafts- und Sozialausschuß, einer Regierungsbehörde, veröffentlicht. □

Ostblock

Unmut über Gorbatschow

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Sergei Sokolov, besuchte mit einer großen Militär-Delegation die Tschechoslowakei. Radio Moskau meldete dazu, er und das tschechische Staatsoberhaupt, Gustav Husak, betonten die »besondere Bedeutung größerer Einigkeit« unter den Warschauer Pakt-Staaten.

Gerüchten zufolge ist Husak jedoch eines der anvisierten Opfer von Gorbatschows Säuberungspolitik in den Ostblockländern. Zu den anderen Opfern gehören Erich Honecker, Bulgariens Todor Schiffkov und Rumäniens Nicolai Ceaucescu.

Wie, um diese Gerüchte zu bestätigen, hat die DDR-Führung zunächst sehr zurückhaltend auf Gorbatschows jüngste »Reformen« reagiert. Das Parteiorgan »Neues Deutschland« hat seine Rede vor dem Zentralkomitee nicht wie üblich vollständig veröffentlicht, sondern sich auf eine Tass-Meldung beschränkt. Die Nachricht über den endgültigen Beschluß des sowjetischen Zentralkomitees erschien auf Seite 5 in einem Artikel, der ganze 21 Zeilen lang war.

Als der sowjetische Außenminister Eduard Schewadnaze im Februar nach Ost-Berlin kam, war nicht ein einziges Politbüro-Mitglied am Flughafen. Westliche Experten sind der Meinung, Honecker könnte bis Ende des Jahres verschwunden sein. Er bleibt vielleicht Staatspräsident, doch verliert er den entscheidenden Führungsposten, den Posten des Generalsekretärs, an einen »Reformer«. □

Vietnam

Sowjetische Streitkräfte vervierfacht

Das amerikanische Militär hat Aufnahmen von sowjetischen Streitkräften der Marine und Luftwaffe zum ersten Mal offiziell der Presse gegenüber freigegeben. Es handelt sich um Fotos vom vietnamesischen Stützpunkt Cam Ranh Bay. Die Enthüllungen erfolgten durch Admiral James Lyons in Australien, dem Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte. Sowjet-Diplomaten hatten vor kurzem eine Militärpräsenz in Vietnam abgestritten.

Lyons sagte, die Aufnahmen seien im Dezember 1986 gemacht worden und zeigten insgesamt sieben Anlegestellen und zahlreiche Schiffe und U-Boote, die im Hafen vor Anker liegen. Die Einrichtungen haben sich »vervierfacht«, seit die Vereinigten Staaten Vietnam im Jahr 1975 verlassen haben und sind – abgesehen von Afghanistan – Moskaus größter ausländischer Stützpunkt, der es ihnen ermöglicht, jeden Punkt im Südpazifik anzugreifen.

Auf die Frage nach seiner Meinung zu den sowjetischen Bemühungen, Fischerei-Abkommen

mit den Inselstaaten im Pazifik abzuschließen, meinte Lyons: »Blödsinn. Die Sowjets sind auf mehr aus als Fische.«

Unter Bezugnahme auf den Abschuß der KAL-007 im September 1983 und andere Zwischenfälle, meinte Lyons, das Verhalten der Sowjets reflektiert »eine Mentalität aus dem vierten Jahrhundert. Wenn man ins 20. Jahrhundert eintritt, muß man das voll und ganz tun«.

Lyons bezeichnete die Philippinen als das Zentrum des Kampfes um den Pazifik und meinte zu den »selbst ernannten Experten, die behaupten, wir haben Alternativen«, zu den US-Stützpunkten in Subic Bay und Clark Field: »Ich sage Ihnen, es gibt keine guten Alternativen. Doch das verfehlt die strategische Dimension dieser Frage. Wenn wir uns von diesen Stationierungs-Stützpunkten zurückziehen, hat das meiner Meinung nach eine völlige Destabilisierung der Region zur Folge.« □

China

Das Spiel mit den Supermächten

Die Nachrichtenagentur »Neues China« berichtete, daß eine chinesische Handelsdelegation zu Gesprächen mit den Sowjets in Moskau eingetroffen sei, die ein Handelsabkommen unterzeichnet, mit dem die Sowjets in Shanghai eine Zweigstelle ihrer Schiffahrtsgesellschaft eröffnen können und China ein Büro in Odessa.

Eine andere chinesische Delegation unter Führung des stellvertretenden Außenministers Qian Qichen traf sich mit den Sowjets zu Gesprächen über Grenzstreitigkeiten, den ersten Gesprächen dieser Art nach neun Jahren. Die Diskussionen werden sich auf die Grenzfestlegung entlang der Wasserwege und Inseln der Flüsse Ussuri und Amur konzentrieren, die das nordöstliche China und das sowjetische Sibirien voneinander trennen.

Nach Quellen, die in der europäischen Ausgabe des »Wall Street Journal« zitiert werden, betrachtet China die Sowjetunion aber noch immer als die größte Bedrohung. »Die Barbaren gegen die Barbaren einsetzen«, ist die chinesische Methode der Diplomatie zwischen den Supermächten, sagen britische diplomatische Quellen.

Das Ziel der Sowjets ist die »Reduzierung des amerikanischen Einflusses und die Stärkung ihrer eigenen Position. Die Kämpfe zwischen den Supermächten in dieser Region werden schärfer werden«, sagte ein chinesischer Informant. China will, daß die Vereinigten Staaten bei der Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI) langsamer tun.

»Die Vorstellung der Amerikaner, die Sowjets in den wirtschaftlichen Zusammenbruch treiben zu können, ist gefährlich«, sagte Zhu Ruizhen vom Institut für sowjetische Studien an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. »Kein Land kann die Sowjetunion darin übertreffen, Schwierigkeiten auszuhalten.« □

Unita

Savimbi über die Europäer

Bei seinem Besuch in Europa traf Jonas Savimbi, der Führer der angolanischen Freiheitsbewegung UNITA, auch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen. Nach seiner Rückkehr nach Angola faßte Savimbi seine in Europa gewonnenen Eindrücke wie folgt zusammen:

»Was die Europäer und auch die Amerikaner treiben, ist direkte Unterstützung der sowjetischen Interessen.« Würde Südafrika in die direkte Abhängigkeit von Moskau geraten, dann würde es den Sowjets als Aufmarschgebiet dienen, um von Süden aus Mozambique, Malawi, Simbabwe, Angola und Zaire in ihre direkte Abhängigkeit zu bringen. Damit würde die systematische Destabilisierung des ganzen afrikanischen Kontinents bewirkt. Davon nehmen die Europäer keine Kenntnis«, meinte Savimbi. Er habe im Europäischen Parlament nur einen Gesprächspartern gefunden, dem diese Zusammenhänge klar seien, dies sei Otto von Habsburg gewesen. □

Sambia

Kritik an Ostblock-Hilfe

Aufgrund gesicherter Erkenntnisse beträgt die Zahl der in Sambia stationierten sowjetischen Militärpersonen zur Zeit 450 Mann. Diese sind als militärische Berater tätig in den Bereichen Piloten-Ausbildung, Radar-Ausbildung, Luftabwehr-Ausbildung, Artillerie- und Panzerkampf-Ausbildung. Auch die Flugzeugwartung sowie die Wartung von Radarstationen und Raketenabschuß-Einrichtungen wird von sowjetischen Militärpersonen vorgenommen.

Bisher ist folgendes sowjetisches Militärpersonal an Sambia geliefert worden: Kampfflugzeuge MIG-21, Kampfpanzer T-54, und T-55, Feldkanonen vom Kaliber 130 Millimeter, Luftabwehrraketen SA-3, Radarausrüstung sowie Schwimmpanzer PT-76. Nach noch nicht bestätigten Berichten soll demnächst auch eine Lieferung von Panzern des Typs T-62 erfolgen.

Bekanntlich werden die Frontstaaten bei ihren gegen Südafrika gerichteten Sanktionsaufrufen zumindst verbal massiv vom Ostblock unterstützt. Diese verbale Unterstützung steht aber offensichtlich im Gegensatz zur Entwicklungshilfe, die die Frontstaaten vom Ostblock erhalten.

Kürzlich ist der Text einer Erklärung bekanntgeworden, in der im August 1986 die Regierung Sambias die harten Bedingungen, die an Hilfe aus sozialistischen Staaten geknüpft sind, scharf kritisiert hat. Beispielsweise hatten Ostblockländer Sambia die Entsendung von Experten in Aussicht gestellt. Für deren Wohlergehen hätte Sambia allerdings möblierte und klimatisierte Unterkünfte hohen Standards einschließlich modern eingerichteter Küchen und anderer Einrichtungen kostenlos zur Verfügung stellen müssen.

Außerdem hätten die Entwicklungshelfer aus den sozialistischen Ländern sowohl für die Wochenenden als auch für Ferien die kostenlose Beanspruchung aller benötigten Transportmittel verlangt. Außerdem beanspruchten sie eine Ausnahmebehandlung bezüglich des Wechselkurses.

Sambia kritisierte weiter, daß die Ostblockländer Hilfe nur zu Weltmarktpreisen liefern würden, ohne irgendwelche Konzessionen einzuräumen. Die skandinavischen Staaten dagegen würden Hilfsgüter zu durch staatliche Zuschüsse reduzierten Preisen liefern. Willkommen seien auch Mischkredite aus westlichen Staaten.

Insbesondere die Vereinigten Staaten werden als positives Beispiel genannt, weil deren Hilfe zu besonders günstigen Bedingungen erfolge. Weniger geschätzt werde allerdings, daß die USA zuweilen politische Bedingungen an ihre Hilfe knüpfen, beispielsweise mit dem Ziel, Sambias Wirtschaft eine liberalere Odnung zu geben. □

Logen

Freimaurer werden nicht mehr geköpft

Freimaurer in Großbritannien brauchen laut einem Bericht der englischen Tageszeitung »The Daily Telegraph« vom 16. Februar 1987 nicht mehr zu befürchten, geköpft zu werden, falls sie gegen die Verhaltensregeln ihrer Logen verstoßen. Auch die Zunge soll ihnen nicht mehr ausgerissen werden, wenn sie Geheimnisse ausplaudern. □

Südafrika

Sowjets liefern Öl

Trotz offiziell von den Sowjets unterstützten UNO-Sanktionen hat das Land regelmäßig Öl nach

Südafrika verschifft. Nach einer protestantischen holländischen Kirchenzeitung, dem »Reformatorisch Dagblad«, sind die meisten der sowjetischen Ölexporte nach Südafrika in Rotterdam gelagert, von wo sie dann auf Schiffe mit Zielhafen Südafrika verladen werden. In der Zeitung heißt es dazu, zwischen Moskau und Pretoria bestünde eine geheime Abmachung.

Ein führender Informant aus Afrikaaner Finanzkreisen äußerte, die Sowjets wären bereit, Südafrika »sanktionen-sprengende« Maßnahmen anzubieten, um die Blockbildung des Westens aufzulösen. Südafrika würde im Fall schwerwiegender Sanktionen durch westliche Nationen unter Ostblockfahne Produkte auf die europäischen Märkte verschiffen.

Der Informant wies darauf hin, daß die sowjetischen Schiffe regelmäßig rhodesische Kohle transportierten und damit die Sanktionen verletzt hätten, die geholfen haben, Robert Mugabe an die Macht zu bringen.

Im Mittelpunkt des Ganzen stehen industrielle und finanzielle Interessen des Westens, die Teil des sowjetischen »Trust«-Apparates sind. Der in die Schweiz geflüchtete Marc Rich ist einer der größten Rohöl-Tranporteure für Südafrika. Nicht ganz sicher ist, ob zu Richs Lieferungen auch sowjetisches Öl gehört.

Ein Geschäftspartner von Rich ist Shaptai Kalmanovitch, ein in der Sowjetunion geborener israelischer Staatsbürger. Er ist akkreditierter Vertreter in Israel für das südafrikanische »homeland« Bophuthatswana. Seine Firma, Liat, unterhält Beziehungen zu der Regierung von Sierra Leone, und er ist mit der Handelsdelegation dieses Landes schon in die Sowjetunion gereist, um sich gut zu informieren über »sanktionen-sprengende« Handelskanäle. □

Frankreich

Weizen und Butter für Moskau

Jean Baptiste Doumeng, Frankreichs »roter Milliardär«, hat der Europäischen Gemeinschaft ein Angebot gemacht mit der Bitte, eine Million Tonnen Getreide zu einem »Super-Subventionspreis« nach Moskau verkaufen zu dürfen. Dieser Handel würde finanzell noch attraktiver sein, als der Verkauf von 25 Prozent des Butterüberschusses, insgesamt 300 000 Tonnen, der Europäischen Gemeinschaft an die UdSSR. □

USA

Bankenzusammenbruch geht weiter

Siebzehn Banken – neun davon in den Ölstaaten Texas und Oklahoma – sind allein im Januar 1987 zusammengebrochen, es sind dreimal so viel wie im Januar 1986.

»Wir erwarten für das Jahr 1987 eine deutliche Steigerung bei den Zusammenbrüchen«, sagte der Vorsitzende der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), L. William Seidman, dem Bankenausschuß des amerikanischen Senats voraus. »Die Schwachstellen werden sich wahrscheinlich im nächsten Jahr oder noch länger fortsetzen in den Bereichen Energie, Landwirtschaft und Immobilien. Teile des Banken-Apparates werden weiterhin unter diesen Belastungen leiden.«

Im letzten Jahr wurde bei den Banken-Schließungen in der Zeit nach der Depression ein Höchstwert von 138 Banken erreicht, verglichen mit 120 Geldinstituten im Jahr 1985, 79 im Jahr 1984, 48 im Jahr 1983, 42 im Jahr 1982 und 10 im Jahr 1981. Am Jahresende standen 1484 Banken auf der »Problemliste« des FDIC und sie wird nahezu täglich länger. □

USA

Haigs schmutzige Spuren

Der amerikanische Präsidentschaftskandidat der Republikaner, Alexander Haig, ehemaliger NATO-Befehlshaber und US-Außenminister, wird als Urheber der Politik angegriffen, die im »Irangate«-Skandal zutage trat, so behauptet die Tageszeitung »Los Angeles Times«. Sie veröffentlichte zu diesem Thema einen Bericht mit dem Titel »Haig hinterläßt seine schmutzigen Spuren in der gesamten amerikanischen Politik«.

Der Autor des Artikels ist das ehemalige, übergeordnete Stabsmitglied im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Roger Morris. Er weist auf Haig als Chef und auf den ehemaligen Leiter des Nationalen Sicherheitsrates, Admiral John Poindexter, sowie auf Robert MacFarlane, Michael Ledeen, Oberst Oliver North und andere Personen hin, die bei »Irangate« eine Schlüsselrolle gespielt haben.

Morris zieht über Haig her, weil er den US-Geheimdienst und die US-Diplomatie Israel ausgeliefert habe, eine »zynische und kampfeslustige Weltanschauung zeige« und eine »Miene von Angst und Ignoranz zu gleichen Teilen aufweise«, was beides auch die Reagan-Regierung kennzeichne.

Wenn man den »zweifelhaften« Haig nicht in die Untersuchungen des Iran-Waffenskandals mit einbezieht, so Morris, wird der amerikanische Kongreß den wichtigsten Punkt in der ganzen Sache verfehlt haben. □

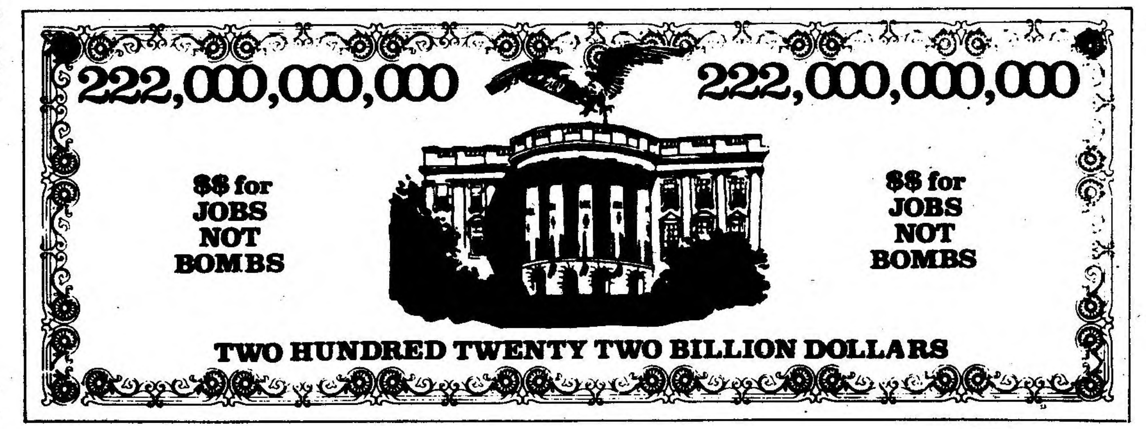
Sowjetunion

Geheimnis entweder gestohlen oder sabotiert

Ein britisches Atomwaffen-U-Boot hat in einer gefährlichen Begegnung mit einem sowjetischen U-Boot eine »streng geheime Ortungseinrichtung verloren«, so berichtete die »The Mail on Sunday«.-

Der Zeitung zufolge war die »HMS Splendid«, ein 5000 Tonnen schweres Hunter-Killer-U-Boot, in einem »erstaunlichen Katz-und-Maus-Spiel« mit einem sowjetischen, raketenbestückten U-Boot in der Barent-See in »eine der erschreckendsten Patrouillen eines britischen U-Boots in Friedenszeiten« verwickelt.

»Und dieses Mal haben die Russen gewonnen, indem sie sich mit dem Unterwasser-Ortungsgerät der ›Splendid‹ davon machten, einem der best-gehütetsten Geheimnisse der Briten und der NATO. Berichten zufolge haben die Sowjets das 1500 Meter-Kabel mit dem Geheimgerät der ›Splendid‹ wahrscheinlich absichtlich gerammt, um es abzureißen. Marineexperten halten einen Unfall für unwahrscheinlich. Sie meinen, die Russen wollten das wichtige Geheimnis der Briten entweder stehlen oder sabotieren.« □



Briefe

Betr.: Philippinen »Pazifik-Krise in Sicht«, Nr. 3/87

Obwohl sich auf den Philippinen eine ähnliche Entwicklung wie vor Jahren in Nicaragua abzeichnet, scheinen gewisse amerikanische und französische Korrespondenten noch unter dem »Vietnam-Trauma« zu leiden, was die Franzosen und vor allem doch die Amerikaner sich selbst zuzuschreiben haben mit ihrer fast ständigen Einmischungspolitik in fremde Angelegenheiten. Es sind doch nicht ausschließlich Kommunisten und linksradikale Splittergruppen, die »USA raus« brüllen. Sind nicht mehr als 400 Jahre Kolonialismus unter Spanien und zuletzt unter den USA genug für die Philippinen?

Wer hat eigentlich das größte Interesse daran, daß sich die Verhältnisse auf den Philippinen nicht entscheidend ändern? Die Multis und die Wall Street und ihre Moralprediger im derzeitigen Rom. Auch Rotarier spielen auf den Philippinen eine große Rolle, denn ich sah dort ihre Monumente.

Besuchte nicht der Präsident der Rotarier den ehemaligen philippinischen Verteidigungsminister Enrile? Kurz danach wurde der linke Gewerkschaftsführer Rolanda Olalia ermordert.

Mrs. Aquino möchte gern den Frieden, doch ist sie wegen ihrer Herkunft und des US-Glorienscheins zu sehr belastet, um eine wirkliche nationale Politik auf der Basis der Selbstbestimmung gegenüber den imperialistischen USA zu führen. So wird der Bürgerkrieg weitergehen.

Weigert sich Mrs. Aquino zum Beispiel weiterhin eine Landreform durchzuführen oder über die Kündigung der US-Militärbasen mit den USA zu verhandeln, dann wird es ihr früher oder später genauso ergehen wie Südvietnams Van Thieu und anderen US-Vasallen.

Und noch etwas: Die philippinische Kommunistische Partei und die National Democratic Front sind keine moskautreuen Marxisten, sondern zum großen Teil Maoisten und eher Nationalrevolutionäre. Ihre Stärke liegt nicht in irgendeiner marxistischen Ideologie im eigentlichen Sinne, sondern in ihrer sozialrevolutionären Einstellung zu den Problemen ihres Landes.

Waldemar A. F. Pfeffer, Kassel

Betr.: Afrika »Ein Kontinent ist am Ende«, Nr. 3/87

Es gibt ja immer noch Schwachköpfe, auch im rechten Lager, die nicht an die »Verschwörungstheorie« glauben. In Afrika zumindest liegt diese Verschwörung seit über 25 Jahren offen zutage, angefangen mit dem Mau-Mau-Spuk in Kenia, für den die englische Regierung verantwortlich zeichnete, um die eigenen Siedler in Furcht zu versetzen und zu veranlassen, das Land zu verlassen, und mit dem schändlichen Verrat de Gaulles an Algérie Francaise und den pieds noirs. Dann folgten die Verbrecher in Brüssel und Lissabon, und heute schickt sich die Bonner Regierung in eine ähnliche Rolle gegenüber Südwest.

Am 6. Mai 1987 dürfen die Weißen in Südafrika noch einmal wählen. Die Regierung hat ihren Wahl-Lügenfeldzug bereits gewonnen: »Wir dulden keine amerikanische Einmischung in unsere Angelegenheiten.« Nach der Wahl wird sie wieder vor Washington kriechen.

Hans Calow, Swakopmund

Betr.: Gold »Die Jagd nach dem gelben Götzen«, Nr. 3/87

Die NPD ist keine nationale Partei. Sie hat jahrzehntelang dem selbstmörderischen NATO-Bündnis zugestimmt und dadurch mitgeholfen, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern.

In ihren bisherigen Parteiprogrammen wurde niemals die Forderung nach Abzug aller Besatzungstruppen aus Gesamtdeutschland erhoben. Sie hat immer nur ihre Faust gegen die sogenannten »Linken« und die Sowjetunion erhoben und niemals gegen den alles Nationale zerstörenden Amerikanismus.

Die NPD bezeichnet sich selbst, im Gegensatz zu den »Linken«, als staatsloyal. Kann eine Partei national sein, die diesem Bonner Staat Loyalität anbietet? Dieser Staat der die planmäßige Vernichtung des deutschen Volkes zuläßt. Dieser Staat der unaufhörlich deutsche Patrioten verfolgt, diesen die Rente entzieht, sie lange Jahre in Gefängnisse sperrt, sie mit hohen Geldstrafen belegt.

NPD-Mitglieder schreiben in Leserbriefen: »Die Verfassungstreue der NPD ist unbestreitbar.« Wieso Verfassung? Noch existiert das Provisorium Grundgesetz! Andere NPD-Mitglieder schreiben: »Es war ja nicht die NPD, die Ausländer ins Land holte, weil der Deutsche sich für Dreckarbeit zu fein war.«

Eine große Beleidigung ist das gegenüber dem deutschen Arbeiter. Wer hat denn die Dreckarbeiten vorher gemacht bevor Ausländer im Land waren und in den neuerbauten Fabriken die sauberen Arbeitsplätze besetzten? Haben diese NPD-Leute auch an unsere Trümmerfrauen gedacht?

Die NPD bekennt sich zu dem mißgeborenen Rumpfeuropa. Sie hat an den Europawahlen 1984 teilgenommen und hat Kandidaten dazu aufgestellt. Aber ein Europa ohne ein Gesamtdeutschland kann es nicht geben. Soll denn das Rumpfeuropa an der DDR-Grenze halt machen? Zuerst Deutschland, dann Europa!

Heinrich Doser, Schwetzingen

Betr.: Vatikan »Das Ende des Christentums«, Nr. 3/87

Zum Artikel »Das Ende des Christentums« möchte ich ergänzend auf das fünfbändige Werk von Dr. Bromme hinweisen, aber auch zu den richtungsführenden Werken »Tod ohne Moral« von H. Maduk, wie »Der dreizehnte Stamm« von Artur Köstler.

Weiter gibt es kunsthistorische, wie geschichtliche Darlegungen aus dem mesopotamischen Raum, die die Ausführungen Dr. Brommes bestätigen.

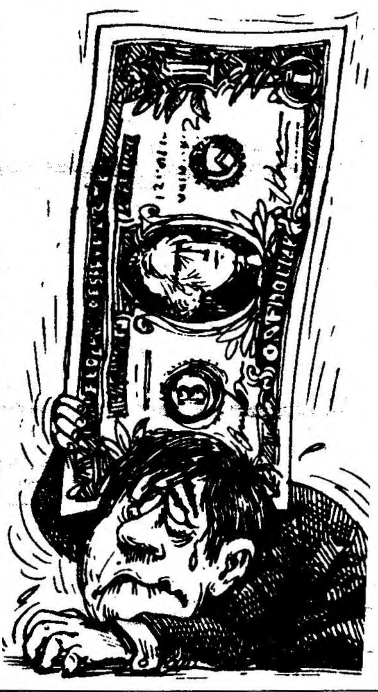
Aus vielen Stellen der Bibel erkennen wir zudem, daß es bei den »Wanderungen« Moses real um Kriegshandlungen der damaligen Großreiche in diesem Raum handelte. Die Volksgruppe der Israeliten wurde zwangsläufig in diese Kampfhandlungen und Eroberungen integriert.

Erst mit dem reformierenden Rabbiner Jesus aus der militanten Essener-Ordensgruppe teilte sich das jüdisch-mosaische Religionsbild.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die römische Kirche getreu dem alten Testament mit grausamem Haß gegen die germanischen Heiden, gegen Ketzer vorging und mit den »Hexenverbrennungen« die Mißachtung der Frau im orientalischen Bild in den europäischen Raum trug.

Mit der Umwertung des germanischen Glaubensbildes der Naturreligion (war nicht auch Gott Jahve ehemals altpersischer Naturgott – von den Juden zu ihren Nutzen »umgedreht«?) zur christlichen Liturgie, gelang es erst der Kirche, die Herzen der Heiden zu gewinnen, soweit sie nicht durch den christlichen Kaiser Karl zwangsgetauft wurden.

Franz Starlinger, Traunreut



Den obigen Artikel möchte ich zum Anlaß nehmen, um einmal den unqualifizierten Angriffen der christlichen Kirche gegen den Okkultismus, die Magie, entgegenzutreten. Zunächst zu den Fakten: Der Okkultismus ist eine Wissenschaft, und die Magie gehört zu den höheren Stufen dieser Wissenschaft. Die höchste Stufe der Magie ist die Quabbalah (zum Vergleich: F. Bardon: Der Schlüssel zur wahren Quabbalah), die Wissenschaft des göttlichen Wortes.

Sowohl Christus als auch Moses waren Quabbalisten, sie bewirkten somit ihre Wunder mittels dieser Wissenschaft. Der westlichen Quabbalah ist in der östlichen Magie der Tantrismus gleichgestellt. Bei beiden Zweigen dieser Wissenschaft werden die wahren Kenntnisse als die höchsten und heiligsten verehrt. Was aus dem Tantrismus als Phalluskult und sexuelle Ausschweifung beschrieben wird, ist nur eine irrtümliche Mißdeutung von unreifen Geistern.

Die Angriffe der Kirche gegen den Okkultismus sind verständlich, denn durch die okkulte Weltanschauung und Wissenschaft wird ihr in den kommenden Jahrzehnten endgültig die Macht genommen werden, weil der Okkultismus den Menschen selbständig macht und von allen blinden Dogmenglauben befreit.

Es scheint mir dringend notwendig, daß die modernen Menschen sich ein fundiertes Wissen über den politischen Okkultismus aneignen, denn nur wenn ich die Waffen meines Gegners kenne, werde ich ihn besiegen können. Wer die Magie kennt, der weiß auch wie es möglich ist, daß ein Dutzend Menschen Macht gewinnt über viele Millionen.

Also, das verteufeln des Okkultismus, der Magie und Quabbalah ist ein Akt der Volksverdummung, wird somit die chaotischen Verhältnisse verstärken und besonders den Untergang Mitteleuropas beschleunigen. Die größte okkulte Bibliothek besitzen übrigens nicht die Freimaurer, sondern der Vatikan.

Dieter Rüggeberg, Wuppertal

*

Der vatikanische Katholizismus lebt in und mit einem höchst arroganten Weltverbesserungswahn. Rufmord stand am Anfang der Inquisition, der Völkermorde, der Verfolgung im Dritten Reich. Dies im Bund mit Riten, Dogmen und Fanatismus sind Waffen der Finsternis.

Der Vatikan ist eine der Hochburgen der Finsternis. Als ehemaliger Katholik durchschaue ich die Lügen und habe erkannt, daß insbesondere diese Lehre sich in den letzten ca. 1500 Jahren zu einer destruktiven und brutalen Sekte entwickelt hat.

Gleichzeitig kenne ich die Alternative, den Weg zur Wahrheit, ins göttliche Leben.

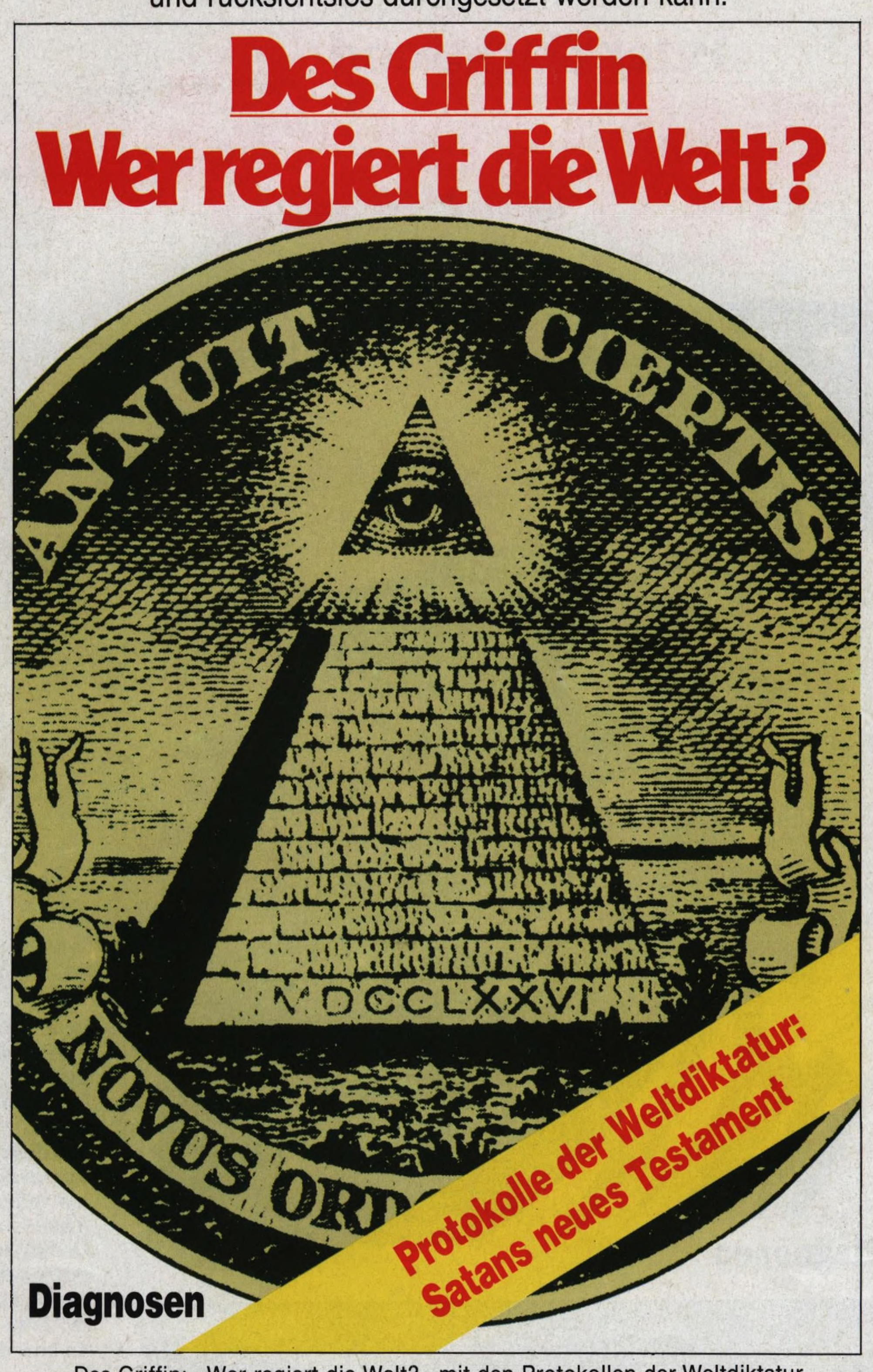
Horst Kuhl, Düren

Eine gottlose Gesellschaft operiert weltweit, um über die Finanzen und die marxistische Ideologie das politische Ziel einer Weltregierung zu erreichen. Diese internationalistische Gruppe, die die »Neuerschaffung der Welt« will, versteckt sich hinter vielen Namen in verschiedenen Gremien. Mit ihrem Geld wollen sie die ganze Welt unter ihre Herrschaft bringen. Dieses Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.



Peter Blackwood: »Die Netzwerke der Insider«, ein Nachschlagewerk über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten. 408 Seiten mit vielen Abbildungen DM/sfr 30,– ISBN 3-923864-02-7 Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg. Zu beziehen über den Buchhandel.

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel